



Impressum:

© Arbeitsförderungsinstitut Bozen, 2001

Autor: Thoamas Benedikter

Redaktionelle Bearbeitung: Karl Gudauner, Andrea Zeppa

Für den Inhalt verantwortlich: Egon Sanin, Präsident des Institutsausschusses

Druck: Tipografia Alto Adige - BZ

**Thomas Benedikter**

# **Mensch und Wirtschaft, Gesellschaft und Gewerkschaft in Südtirol**

*Eine aktuelle sozial- und wirtschaftskundliche Darstellung*



**Arbeitsförderungsinstitut  
Istituto per la Promozione dei Lavoratori**

**Bozen, Jänner 2001**

# VORWORT

Es ist notwendig, gute Argumente vorzubringen, um seine eigenen Interessen als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin wirksam vertreten zu können. Ob im Betrieb oder auf politischer Ebene, überall setzt sich die Logik der Zahlen durch. Im Kampf um Interessen, in der Darstellung und Begründung von sozialen und politischen Maßnahmen wird immer mit Zahlen operiert: diese mögen zwar objektiv stimmen, doch welche Zahlen fallen unter den Tisch? Wie sind diese Zahlen zu interpretieren und wo liegen die Grenzen ihrer Aussagekraft?

Gewiß, Zahlen sind nicht imstande, menschliche Würde und gemeinschaftliche Werte wie Gerechtigkeit und soziale Verantwortung widerzuspiegeln und finden also darin ihre Grenze. Deshalb sollen Zahlen allein nicht die ausschlaggebende Richtschnur für gesellschaftliches Handeln und für die Ausrichtung der Politik sein.

Wer in der politischen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzung bestehen will, muß allerdings imstande sein, sich in der Logik der Zahlenwelt zu bewegen und auszudrücken. Vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in diesen Dingen Kompetenz erwerben, wenn sie gegenüber anderen Interessengruppen bestehen wollen. Wichtig ist deshalb vor allem der allgemeine Zugang zu Daten und Datenbanken und die Transparenz der Datenverwaltung, aber auch die Fähigkeit, mit diesen Daten sinnvoll umzugehen.

Der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Benedikter hat Zahlen und Fakten aus allen verfügbaren Quellen zum wirtschaftlichen und sozialen Leben Südtirols zusammengetragen und unter dem Blickwinkel der Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in einen neuen Zusammenhang gestellt. Der Band will und kann nicht auf sämtliche Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens erschöpfend eingehen, sondern soll in gebotener Kürze das Wesentliche an Ergebnissen zu sonst nur wenig oder in speziellen Studien behandelten Aspekten darstellen.

Ich wünsche allen, die sich darin vertiefen, eine gute Lektüre.

Egon Sanin  
(Präsident des Institutsausschusses)

# Aspekte des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in Südtirol heute

## *Eine aktuelle sozial- und wirtschaftskundliche Darstellung mit Schwerpunkt „Arbeitnehmerinteressen“ - Einführung*

Über 143.000 Personen oder gut 70% der Erwerbstätigen Südtirols stehen in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, wovon fast 42% gewerkschaftlich organisiert sind. Wenn auch viele Selbständige in verschiedenen Wirtschaftsbereichen (gerade in Südtirol dominiert das Klein- und Kleinstunternehmen) die Einkommenslage und andere Probleme der Arbeitnehmer/innen teilen, so unterscheidet sich die soziale Position von Arbeitnehmer/innen in einigen Aspekten wesentlich von jener der Arbeitgeber oder der selbständig Tätigen. Arbeitnehmer/innen sind an die Weisungen des Arbeitgebers in der Gestaltung ihrer Arbeit gebunden, beziehen ein durchschnittlich geringeres Einkommen, verfügen über weniger Vermögen und haben in der Regel weniger wirtschaftliche Macht.

Zu Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und über die zentralen Einrichtungen des Sozialstaats gibt es Südtirol mittlerweile eine Vielzahl von Daten und Berichten. Dabei ist es nicht immer einfach, eine Gesamtschau der Entwicklung zu gewinnen und Fehlinterpretationen zu vermeiden. Zudem ist die Sicht auf soziale Problemlagen von Arbeitnehmer/innen und - als ihr Sprachrohr - der Gewerkschaften in der Welt der Politik und der Medien in Südtirol unterrepräsentiert. In der öffentlichen Diskussion wird aufgrund dieses Ungleichgewichts Arbeitnehmerinteressen ein geringerer Stellenwert beigemessen. Deshalb ist es legitim, wesentliche soziale und wirtschaftliche Fragen einmal in diesem Licht zu betrachten und auch die konkrete Rolle gewerkschaftlicher Interessenvertretung mit Daten und Fakten aufzuzeigen.

In der Welt der Schule und Ausbildung sind wirtschaftliche und soziale Aspekte unseres Landes Gegenstand des Fachs „Volkswirtschaft und Rechtskunde“ oder „Politische Bildung“. Doch nehmen die vorhandenen Unterrichtstexte wenig Bezug auf Arbeitnehmerinteressen und die Probleme der sozial Schwächeren. Die Südtiroler Wirtschaft wird in diesem Kontext eher als konfliktfreier Raum wahrgenommen, zwar nicht hinsichtlich des Wettbewerbs auf Unternehmensebene, wohl aber hinsichtlich der industriellen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die soziale Ungleichheit in der Südtiroler Gesellschaft, die Legitimität und Durchsetzungsmöglichkeiten von Arbeitnehmerinteressen, die Formen des Konflikts zwischen verschiedenen sozialen Gruppen auf verschiedenen Ebenen und alternative Lösungsmöglichkeiten kommen zu wenig zur Sprache.

Es geht nämlich darum, die Südtiroler Wirtschaft nicht nur als „komplexes, aber funktionierendes Ganzes“ zu begreifen, sondern jene Aspekte mitzuberechnen, die Arbeitnehmer/innen heute noch nachteilig treffen oder besonders interessieren, wie z.B. die Einkommensverteilung, die Entwicklung der Reallöhne, die Verteilung öffentlicher Leistungen auf die verschiedenen sozialen Gruppen, die Steuerlastverteilung nach Selbst- und Unselbständigen, die betrieblichen und politischen Mitspracherechte, das Recht auf Wohnraum zu erschwinglichen Preisen, die Aufstiegschancen von Arbeitnehmerkindern über das Bildungssystem, die Qualität der Arbeit und Sicherheit am Arbeitsplatz und anderes mehr. Erst all diese Aspekte zusammen ergeben ein

vollständiges Bild, das es Arbeitnehmer/innen erlaubt, sich ein Urteil über die Wirtschafts- und Sozialpolitik gemäß der eigenen sozialen Position und Interessenlage als Lohnabhängige zu bilden.

Deshalb ist in dieser Publikation versucht worden, grundlegende Sachverhalte und Aspekte des sozialen und wirtschaftlichen Lebens Südtirols anhand aktueller Daten und Quellen aus einer arbeitnehmerorientierten Sicht auszuwählen und aufzubereiten. Hauptzielgruppen der Publikation sind Gewerkschaftsmitarbeiter/innen, Betriebsräte, Studierende und Oberschüler/innen, Lehrlinge: sie können diese Publikation als Informationshintergrund, didaktische Unterlage und Argumentationshilfe im Fach Sozial- und Wirtschaftskunde (bzw. Volkswirtschaft und Recht) oder einfach als aktuelle Zusammenschau wichtiger sozialer und wirtschaftlicher Aspekte Südtirols benützen. Bei der Themenauswahl, Darstellung und Interpretation der Einzelthemen waren die grundlegenden Prioritäten gewerkschaftlichen Einsatzes begleitend.

Kapitel 1 befasst sich mit den vier zentralen Aspekten der Bevölkerungsentwicklung, die auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik großen Einfluss haben. Kapitel 2 ist wichtigen Themen der Südtiroler Wirtschaft gewidmet, insbesondere jenen, die die Lage der Arbeitnehmer konkret betreffen: das reicht von der Entwicklung der Löhne über die öffentlichen Ausgaben bis zur Vermögensverteilung. Der Arbeitsmarkt wird im Kapitel 3 relativ knapp behandelt, da hier nicht so sehr die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt beleuchtet werden soll, die in periodischen Berichten bereits ausführlich dargestellt wird, sondern einige besondere Aspekte, die gerade in diesen Jahren einen starken Wandel erfahren. Bei den sozialen Fragen, die in Kapitel 4 behandelt werden, fiel die Themenauswahl angesichts der Fülle von sozialen Problemen einerseits und sozialpolitischer Maßnahmen andererseits schwer. Somit wurde der Schwerpunkt auf die vier für Arbeitnehmerfamilien bedeutsamsten Bereiche gelegt: Wohnung, Gesundheit, Bildung und soziale Vor- und Fürsorge. Die Bildung wird nicht nur als Schlüsselgröße für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch als Weg zum sozialen Aufstieg betrachtet.

Nach den Aspekten Bevölkerung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Soziales ist der letzte Abschnitt 5 dieser Publikation den Gewerkschaften, ihrer Rolle,

ihren Aufgaben und Leistungen in der heutigen Gesellschaft gewidmet. Nicht nur objektive Daten und Fakten über die Gewerkschaften kommen hier zur Sprache, sondern auch die heutigen Probleme, Herausforderungen und neuen Aufgaben der Gewerkschaften als Vertretung der größten gesellschaftlichen Gruppe, nämlich der unselbständig Beschäftigten. Die Gewerkschaften sind das wichtigste Instrument zur Artikulation und Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen. Angesichts des raschen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft ist es hilfreich, gewerkschaftliche Aufgaben und Rollen neu zu reflektieren.

Thomas Benedikter

Bozen, Dezember 2000

### *Hinweise zur Benutzung*

*Insgesamt kommen 41 einzelne Themen bzw. Sachbereiche in Text, Tabellen und Grafiken zur Darstellung. Dazugehörige Fachbegriffe werden als „Stichworte“ in einer Box im Textfluss gesondert erläutert. Jedem Thema sind zwei bis drei Seiten gewidmet, deren Kernaussagen am Ende kurz zusammengefasst werden. Die Themen sind zwar im Zusammenhang zu sehen, bauen aber als Einzelkapitel in dieser Publikation nicht direkt aufeinander auf. Literaturhinweise zur Vertiefung werden am Ende fast jeden Themenblattes und im Anhang aufgeführt.*

# Inhaltsübersicht

	<i>Seite</i>
<i>Vorwort des Herausgebers</i> .....	3
<i>Einführung</i> .....	5
<i>Inhaltsübersicht</i> .....	7
<b>1. Die Bevölkerung</b>	
1.1 Die Bevölkerungsentwicklung vor der Wende .....	11
1.2 Die Überalterung der Gesellschaft .....	13
1.3 Immer mehr Haushalte, immer kleinere Familien .....	15
1.4 Zweite Heimat Südtirol? - Die ausländische Bevölkerung .....	17
<b>2. Die Wirtschaft</b>	
2.1 Das Bruttoinlandsprodukt - Die Wirtschaftsleistung in einer Zahl .....	21
2.2 Mythos Bruttosozialprodukt und alternative Wohlstandsmaße .....	23
2.3 Welcher Anteil für die Arbeitnehmer? Zur Entwicklung der Lohnquote .....	25
2.4 Wieviel verdienen Arbeitnehmer? Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit .....	27
2.5 Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung im Gleichschritt .....	30
2.6 Der EURO kommt - Die Inflation für immer gebannt? .....	32
2.7 Die Südtiroler Industrie - Ein untypischer Werdegang .....	35
2.8 Subventionen: zielgenau oder bloße „Gießkanne“? .....	38
2.9 Die öffentlichen Finanzen - Die Einnahmen .....	40
2.10 Die öffentlichen Finanzen - Die Ausgaben .....	43
2.11 Die Verflechtung mit dem Ausland .....	45
2.12 Die Einkommensverteilung .....	48
2.13 Die Vermögensverteilung .....	50
<b>3. Der Arbeitsmarkt</b>	
3.1 Die Erwerbstätigkeit .....	55
3.2 Ein Land ohne Arbeitslosigkeit? .....	58
3.3 Die Frauen auf dem Arbeitsmarkt .....	60
3.4 Pendlerströme und Wanderungen .....	62
3.5 Arbeitszeitverkürzung - eine Illusion? .....	65
3.6 Zwischen Arbeitsplatzgarantie und Scheinselbständigkeit .....	68
3.7 Die Arbeitswelt von morgen .....	70
3.8 Was hält Herr und Frau Südtiroler von der Arbeit? .....	73
3.9 Die Arbeitsmarktpolitik .....	76

<b>4. Soziales</b>	
4.1 Soziale Ungleichheit und Armut .....	81
4.2 Das Gesundheitswesen: steigende Kosten=mehr Gesundheit? .....	84
4.3 Die Sozialfürsorge .....	87
4.4 Die Rentner - Die neuen Armen? .....	90
4.5 Grundrecht Wohnen .....	93
4.6 Wohnen zu erschwinglichen Preisen .....	96
4.7 Chancengleichheit durch Bildung? .....	99
4.8 Qualifikation - Schlüsselgröße für den beruflichen Erfolg .....	102
<b>5. Die Gewerkschaft</b>	
5.1 Die Gewerkschaft in der modernen Gesellschaft .....	107
5.2 Die Gewerkschaften in Südtirol .....	109
5.3 Gewerkschaftliche Errungenschaften .....	112
5.4 Sozialer Dialog in der „Verbändedemokratie“ .....	115
5.5 Kollektivverträge, Betriebsabkommen und Betriebsräte .....	117
5.6 Herausforderungen an die Gewerkschaften heute .....	119
5.7 Die Südtiroler Gewerkschaften: auf zu neuen Ufern? .....	122
<i>Weiterführende Literatur und Quellen .....</i>	<i>125</i>
<i>Verzeichnis der Tabellen und Grafiken .....</i>	<i>127</i>



# 1. Die Bevölkerung



- 1.1 Die Bevölkerungsentwicklung vor der Wende
- 1.2 Die Überalterung der Gesellschaft
- 1.3 Immer mehr Haushalte, immer weniger Familien
- 1.4 Zweite Heimat Südtirol - Die ausländische Bevölkerung

*Im Jahr 2009 werden in Südtirol mit gut 471.000 am meisten Menschen leben. 10 Jahre später - so die Demografen - wird der Bevölkerungsstand von 1999, also rund 462.500, wieder erreicht sein. Im europäischen Vergleich ist Südtirol immer noch ein relativ „junges Land“ mit einer Geburtenrate über dem italienischen und dem EU-Durchschnitt, allerdings mit abnehmender Tendenz. Das Bevölkerungswachstum wird sich mittelfristig auf die stagnierenden Raten der übrigen EU einpendeln.*

*In vielen Ländern und Regionen Europas ist die zunehmende Überalterung der Bevölkerung eine ernstzunehmende Herausforderung für die Zukunft. 2020 werden 27,5% der Südtiroler über 60 Jahre alt sein. Welche Wirkungen wird die Überalterung auf die Erwerbstätigkeit und das Rentensystem haben? Wird mit der Kinderzahl auch das Bildungssystem schrumpfen? Werden die Gewerkschaften bald mehr Rentner als Arbeitnehmer vertreten? Aus gewerkschaftlicher Sicht tun neue Strategien not, um diese Fragen anzugehen und Lösungen im Arbeitnehmersinne mitzugestalten.*

*Hand in Hand mit der Überalterung geht der Wandel der Haushaltsstruktur. Die durchschnittliche Familiengröße sinkt, die Einpersonenhaushalte geben immer mehr den Ton an und die Zahl der Teilfamilien (Alleinerzieher) steigt stetig an. Sind wir auf dem Weg in die „Single-Gesellschaft“? Wie kommen die immer zahlreicheren alleinlebenden, älteren Menschen zurecht? Wie wird der Wohnungsmarkt durch diese Entwicklung beeinflusst? Familienpolitik stand bisher nicht im Zentrum gewerkschaftlichen Einsatzes, aber langfristig scheint Handlungsbedarf gegeben.*

*Seit 1992 hat Südtirol mehr Zuwanderer als Abwanderer. Während noch bis in die 70er Jahre Tausende auf der Suche nach Arbeit und Wohlstand das Land Richtung Norden verließen, stoßen derzeit im Schnitt jährlich 750 Zuwanderer zu uns, angezogen von der positiven Arbeitsmarktentwicklung und der guten Lebensqualität. Im Jahr 2000 beantragten Südtirols Unternehmen über 13.000 Arbeitsgenehmigungen für Ausländer, aber sind sie sich der sozialen Implikationen der wachsenden Beschäftigung von Ausländern bewusst? Die Gewerkschaften unterstützen die Integration von Arbeitsmigranten und ihrer Familien in unsere Gesellschaft, aber noch viele Fragen stehen offen.*

## 1.1 Die Bevölkerungsentwicklung vor der Wende

*Der „Babyboom“ bescherte Südtirol in den 60er und 70er Jahren einen robusten Bevölkerungszuwachs. Nach dem Rückgang der Geburtenfreudigkeit und einer entsprechenden Verlangsamung des Bevölkerungswachstums in den 80er Jahren stieg die Bevölkerung in den 90er Jahren wieder kräftiger an. Dazu trug auch der positive Wanderungssaldo bei, denn der dynamische Arbeitsmarkt kam mit den einheimischen Kräften nicht mehr aus. Die Geburtenrate wird ihr historisches Tief von 1985 mit 5.088 Geburten schon im Jahr 2000 wieder erreichen, bleibt aber noch weit über dem italienischen Durchschnitt.*

Bis 2008 wird die Einwohnerzahl Südtirols ansteigen und ab 2009 langsam abnehmen, es sei denn die sinkenden Geburtenraten würden durch eine entsprechende Zuwanderung von außen ausgeglichen. Die Geburtenrate von 12,1 Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner (1999) wird bis 2020 auf 7,0 zurückgehen, was 3.200 Geburten im Jahr entspricht. Ab 2006 wird in Südtirol mit einem Geburtendefizit gerechnet. 2020 werden im Vergleich zu 2000 gar 35-40% weniger Kinder geboren werden.

**Tab. 1 - Die Bevölkerungsentwicklung in Südtirol 1970 bis 2020**

JAHRE	WOHN- BEVÖLKERUNG	JÄHRLICHE BEVÖLKERUNGS- VERÄNDERUNG JE 1000 EINW.
1970	410.994	8,5
1980	430.182	1,9
1990	438.918	3,7
1995	451.563	5,5
1998	459.300	6,8
2000	463.100	3,8
2005	469.500	1,9
2010	470.800	-0,4
2015	467.500	-2,1
2020	461.000	-3,2

Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

### Das Stichwort: „Babyboom“

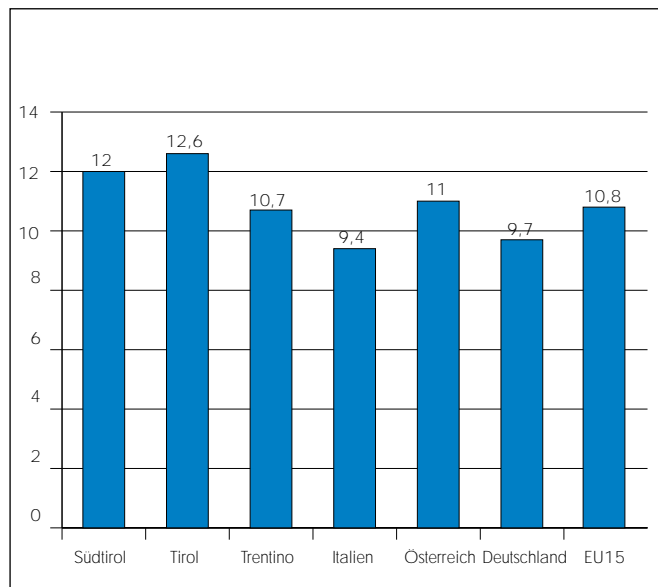
Demografisch gesehen war der Anstieg der Geburten Ende der 50er und in den 60er Jahren höchst bedeutsam. Er bewirkte zu Anfang eine starke Zunahme der Geburten, dann fast 30 Jahre später eine starke Erhöhung der Frauenbestände im gebärfähigen Alter und damit einen neuen Geburtenschub in den 90er Jahren, den sog. Echoeffekt des Babybooms. Seine Auswirkungen werden sich nochmals um 2020 bemerkbar machen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ausscheiden und einerseits die Anzahl der Erwerbspersonen reduzieren, andererseits die sozialen Sicherungssysteme „belasten“.

Die vom Altersaufbau und anderen soziokulturellen Faktoren beeinflusste Geburtenrate ist in Südtirol auch nach geografischem und ethnischem Aspekt unterschiedlich. Die deutsche Landbevölkerung ist geburtenfreudiger als die italienische und auch als die deutsche Stadtbevölkerung. Das Durchschnittsalter der Gebärenden ist auf über 30 Jahre gestiegen, d.h. die Mütter bekommen ihre Kinder immer später. Den für den Bestandserhalt nötigen Wert von 2,1 Geburten je Frau erreicht Südtirol nicht mehr, es besteht aber auch keine unmittelbare Gefahr des Aussterbens. Ab 2007 wird die Sterberate erstmals höher als die Geburtenrate sein. Die sinkende Geburtenrate ist auch eine Folge der Tatsache, dass die geburtenstarken Jahrgänge ihre Elternschaft hinter sich haben und geburtenschwächere Jahrgänge in die Phase der Elternschaft treten.

In den vergangenen 30 Jahren hat sich auch die geografische Verteilung der Bevölkerung verschoben, und zwar weg von der Landeshauptstadt. Als einziger Bezirk verlor Bozen bis 1996 an Einwohnern. Lebten noch vor 30 Jahren ein Viertel aller Südtiroler in Bozen, so tun es im Jahr 2000 nur mehr ein Fünftel. Die städtische Bevölkerung hat in diesem Zeitraum aber insgesamt zugenommen, wobei die Bevölkerung von Leifers seit 1971 gar um 50% angestiegen ist. Bozen hingegen weist den geringsten Anteil an jungen Menschen unter 20 Jahren und den höchsten Anteil an über 65-jährigen auf.

Vergleichen wir Südtirol mit den Nachbarn, so lag 1990-95 das Südtiroler Bevölkerungswachstum über dem europäischen Durchschnitt, aber unter jenem Tirols und Österreichs. Im kommenden Jahrzehnt 2001-2010 wird sich die Südtiroler Geburtenrate der EU-Durchschnittsgeburtenrate von 8,0 annähern. Sie lag 1998 gleichauf mit jener Tirols, aber deutlich über der Durchschnittsrate Italiens, Österreichs und der EU insgesamt.

**Tab. 2 - Die Geburtenrate - Internationaler Vergleich 1996 (jährl. Geburtenzahl pro 1000 Einwohner)**



Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

Die Lebenserwartung der Südtiroler ist in den letzten 20 Jahren um 6 Jahre angestiegen und liegt im EU-Vergleich über dem Durchschnitt, nämlich bei 81,9 Jahren für die Frauen und 74,6 für die Männer. Frauen werden durchschnittlich um 7,3 Jahre älter als Männer.

Ausgeglichen wird das Geburtendefizit nach 2009 voraussichtlich durch die Zuwanderung von Arbeitsmigranten, die ihrerseits eine höhere Fruchtbarkeit haben und - wie in den nördlichen Nachbarregionen - die Überalterung der Gesellschaft bremsen. Bis 1992 war Südtirol ein Auswanderungsland. Dann wendete sich das Blatt. 1991-1995 wanderten durchschnittlich 473 Personen zu, 1996-2000 deutlich mehr. Während nach Rest-Italien nur wenige Menschen abwandern und aus den deutschsprachigen Ländern nicht mehr viele Personen zuwandern, zieht es aus anderen EU-Ländern und vor allem aus Nicht-EU-Ländern immer mehr Menschen aus Arbeitsgründen nach Südtirol (vgl. Kapitel 1.4).

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Im Zuge des langfristigen Trends abnehmender Geburtenfreudigkeit nimmt in Südtirol die jährliche Geburtenzahl bis 2020 auf 3.000-3.500 ab.
2. Bis 2020 werden die Sterbefälle auf jährlich 5.000-5.500 zunehmen und die Geburten übertreffen: 1996 gab es einen Geburtenüberschuss von 1.700 Personen, 2020 wird es ein Geburtendefizit von -2.000 Personen geben.
3. Die Bevölkerung nimmt insgesamt bis 2009 bei einem Migrationssaldo von +750 Personen zu, dann aber trotz stetiger Zuwanderung langsam ab.
4. Bozen bleibt die Stadt mit der geringsten Geburtenfreudigkeit, aber die ländlichen Gemeinden pendeln sich langsam darauf ein.

#### Zur Vertiefung:

- ASTAT, Sozialporträt Südtirol 1998, Bozen 1999
- ASTAT, Haushaltsvorausberechnung für Südtirol bis 2010, Bozen 1999
- ASTAT, Statistisches Jahrbuch 1999, Bozen 1999
- WIFO, Südtirol auf dem Weg in die Zukunft, Bozen 1999

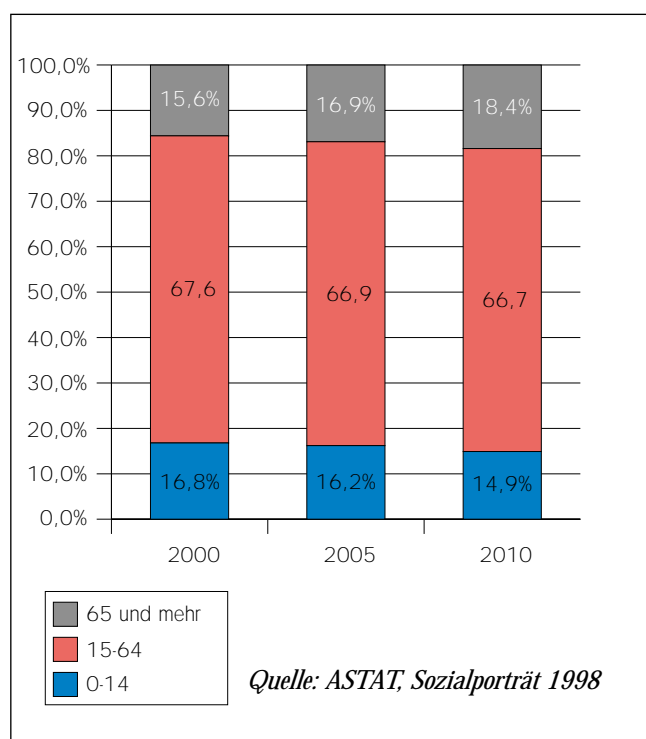
#### Zur Vertiefung des Kapitels 1.4:

- ASTAT-Informationen, Ausländer in Südtirol 1998, Bozen 1999
- AFI/IPL, Adel Jabbar/Nora Lonardi, Die Nicht-EU-Arbeitnehmer in Südtirol, Bozen 1998
- CEDOCS, Nora Lonardi/Adel Jabbar, Die Integration ausländischer Bürger und ihrer Familien, Bozen März 2000

## 1.2 Die Überalterung der Gesellschaft

*Wie in fast allen fortgeschrittenen Industrieländern ist in Südtirol seit 30 Jahren eine wachsende Überalterung der Bevölkerung im Gange. Dies bedeutet, dass der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung, bedingt durch die höhere Lebenserwartung und den Rückgang der Geburtenrate, zahlenmäßig zunimmt. Dieser langfristige, anscheinend unaufhaltsame Prozess lässt sich gut aus der Entwicklung der „großen Altersklassen“ ablesen. Diese Altersklassen stimmen ungefähr mit den üblichen Lebensabschnitten der Ausbildung, des Erwerbslebens und des Ruhestands überein.*

**Tab. 3 - Bevölkerungsentwicklung nach großen Altersklassen - 2000–2010 (in Prozent)**



Während 1971 noch 35,7% der Bevölkerung unter 20 Jahre alt waren, werden 2020 nur mehr knapp 16% der Südtiroler im Ausbildungsalter stehen. Die Ausbildungspflicht dauert ab 2000 bis einschließlich 18 Jahre. In wenigen Jahren wird es in Südtirol gleich viel Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren wie alte Menschen über 65 Jahren geben. Daraus folgt, dass die Zahl der Schüler, Lehrlinge und Studierenden tendenziell spürbar abnehmen wird. Die Bevölkerungsgruppe der über 60jährigen wird hingegen von 14% im Jahre 1971 auf 27,5% bis 2020 ansteigen. Fast 28.000 Menschen werden dann über 80 Jahre alt sein, woraus ein neuer Bedarf an Pflege und Betreuung erwächst. Fürs Erwerbsleben stehen 2020 höchstens 56,5% der Menschen bereit, es sei

denn Erwerbstätigkeit würde zunehmend für über 60- und 65jährige wieder interessant oder zur Pflicht gemacht werden, etwa um die Renten zu sichern. Für die Sozial- und Bildungspolitik ergibt sich daraus ein erheblicher Handlungsbedarf (vgl. Kapitel 4.7 und 4.8).

**Tab. 4 - Lehrlinge und Vollzeitkurse an berufsbildenden Schulen - 1991-1996**

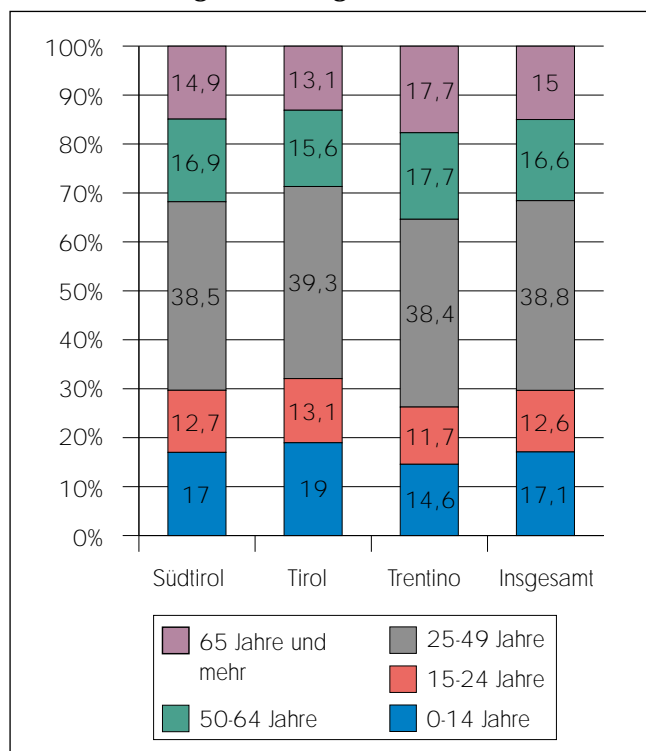
(Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998)

BILDUNGSJAHRE	LEHRLINGE		VOLLZEITKURSE INSGESAMT
	INSGESAMT	DAVON 1. JAHR	
1991/92	5.509	1.929	3.683
1992/93	5.048	1.846	3.583
1993/94	4.611	1.701	3.634
1994/95	4.510	1.738	3.785
1995/96	4.616	1.863	3.751

Weniger dramatisch liest sich die Entwicklung der mittleren Bevölkerungsgruppe zwischen 19 und 59 Jahren. Sie wird von 2000 bis 2020 von 57,9% auf 56,5% zurückgehen, also von 268.100 Personen auf 260.900. Angesichts der langsamen Zuwanderung aus anderen Weltregionen kann diese Abnahme an erwerbsfähigen Einheimischen durch diese Art von „Auffrischung“ wettgemacht werden. Die Überalterung betrifft in Südtirol vor allem Bozen, und nur in geringerem Maße die übrigen Bezirke. Während das subjektive Lebensgefühl der älteren Menschen sich kaum ändert (die „jungen Alten“), bringt die Überalterung für die Sozialversicherungssysteme, den Arbeitsmarkt und die sozialen Dienstleistungen im allgemeinen erhebliche Veränderungen.

Im internationalen Vergleich (bezogen auf 1995) hat Südtirol zwar gegenüber Tirol eine relativ „ältere“ Bevölkerung, liegt aber fast genau auf dem Durchschnitt Italiens, Österreichs und Deutschlands.

**Tab. 5 - Wohnbevölkerung nach Altersklassen - Interregionaler Vergleich - 1997 (in Prozent)**



Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998

### Das Stichwort: demografischer Belastungsindex

Dieser Indikator misst das Verhältnis zwischen den Bevölkerungsgruppen bis 14 Jahren und mit mehr als 65 Jahren. Dabei geht man beim heutigen Sozialstaatsmodell davon aus, dass die erwerbstätige Bevölkerung die Lasten der jungen und älteren Bevölkerung tragen muss. Allerdings liegt das reale Eintrittsalter ins Erwerbsleben wesentlich höher, und das durchschnittliche reale Austrittsalter vermutlich unter 65 Jahren (z.B. aufgrund der Frühpensionierungen, die in letzter Zeit aber eingeschränkt worden sind). Steigende Werte des Indikators weisen auf eine größere „demografische Belastung“ hin. Diese ist im Hinblick auf die Finanzierbarkeit des Rentensystems von Bedeutung.

In der Demografie spricht man in Sachen „Alterung der Gesellschaft“ von Kinderbelastungsquote und Altenbelastungsquote. Weder Kinder noch alte Menschen müssen dabei als „Last“ gewertet werden, doch geht man davon aus, dass die Menschen im Ruhestand und in Ausbildung wie auch die Kleinkinder von der erwerbstätigen Bevölkerung versorgt werden müssen. Aus dem Verhältnis dieser drei Gruppen bildet man den „Demografischen Belastungsindex“ (siehe *Das Stichwort*), der 1996 bei 46,4% lag und langsam auf über 50% steigt. Das bedeutet, dass auf zwei Erwerbsfähige ein Kind unter 14 oder eine Person über 65 Jahren kommt. Bei einer Erwerbsquote von fast 50% wird damit statistisch jeweils ein Erwerbstätiger eine nicht erwerbstätige Person erhalten. Derzeit liegt dieser Index für Südtirol noch unter jenem Tirols (47,1%) und des Trentino (47,3%).

Zur Bevölkerungszusammensetzung gesellen sich andere Faktoren, die die soziale Entwicklung beeinflussen. Aufgrund längerer Ausbildungszeiten wird das reale Eintrittsalter ins Berufsleben tendenziell erhöht, das Austrittsalter aufgrund der Verkürzung der Lebensarbeitszeit (höherer Wohlstand) tendenziell gesenkt. Ergebnis: immer weniger erwerbstätige Menschen werden für immer mehr Kinder, Schüler und Rentner sorgen müssen. Auf diese Prozesse kann auf vielfältige Art reagiert werden: eine andere Art der Verteilung der Arbeitszeit auf die Lebenszeit, z.B. mit flexiblem Übergang in die Rente, ist genauso denkbar wie die Erhöhung der Zahl der an der Erwerbsarbeit beteiligten Menschen (vgl. Kapitel 4.4). Der absolute Rückgang der Erwerbsarbeit für sich genommen muss nicht unbedingt zu einer Reduzierung des Wohlstands führen. Er kann einerseits durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität wettgemacht werden, andererseits kann mehr Freizeit in verschiedener Weise einer älter werdenden Gesellschaft zugutekommen: mehr Zeit für ehrenamtliche Sozialarbeit, mehr Zeit für die Familie und die älteren Mitmenschen wird gefragt sein.

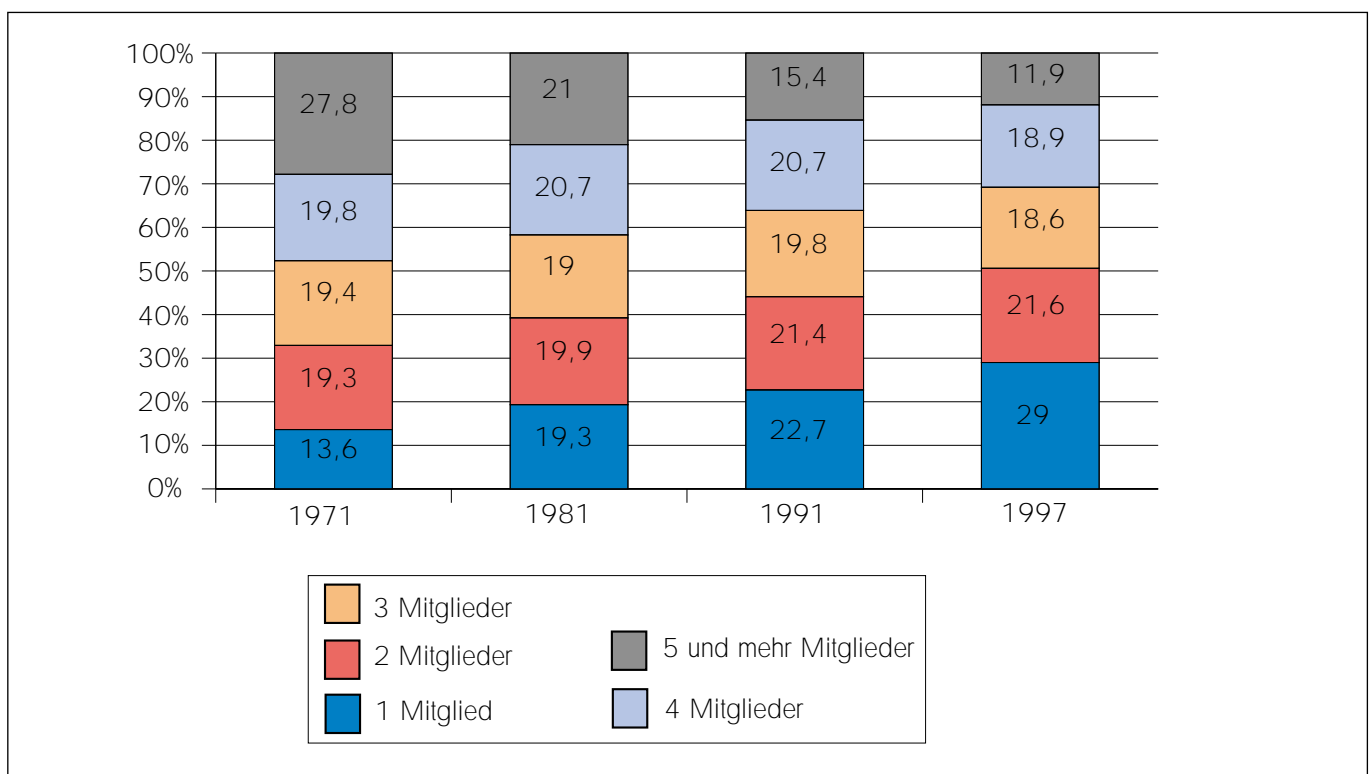
### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Es kommt zu einer spürbaren Änderung in der Altersstruktur: in Südtirol leben immer weniger Kinder und Jugendliche und immer mehr über 60-jährige.
2. Die Zahl der Erwerbsfähigen sinkt bis 2020 nur um 7.000 Personen.
3. Der demografische Belastungsindex (1996 bei 46,4%) steigt langsam auf über 50%. Das bedeutet, dass auf zwei Erwerbsfähige ein Kind unter 14 oder eine Person über 65 Jahren kommt. Bei einer Erwerbsquote von fast 50% wird damit statistisch jeweils ein Erwerbstätiger eine nicht erwerbstätige Person erhalten.
4. Die Zuwanderung von durchschnittlich jüngeren Personen in erwerbsfähigem Alter aus dem Ausland bremst die Überalterung der Gesellschaft.

## 1.3 Immer mehr Haushalte, immer weniger Familien

*Die Bevölkerung ändert sich nicht nur nach ihrer altersmäßigen Zusammensetzung, sondern auch in der Form des Zusammenlebens. Umfasste noch vor 50 Jahren ein Haushalt oft mehrere Generationen, so ist das Zusammenleben mit Oma und Opa im selben Haushalt heute eine Seltenheit geworden. Mit abnehmender Kinderzahl nahm die Zahl der kinderlosen Haushalte zu, gleichzeitig entschlossen sich immer mehr Menschen zum selbständigen Wohnen. Einerseits führt die längere Lebenserwartung dazu, dass zunehmend ältere Menschen nach dem Tod des Partners einige Jahre alleine wohnen. Andererseits gehört das selbständige Wohnen zum Lebensstil immer mehr jüngerer Leute.*

Tab.6 - Entwicklung der Haushalte nach Anzahl der Mitglieder - 1971-1997



Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

In den letzten 30 Jahren (1971-2000) stieg die Zahl der Haushalte um über 50%, die durchschnittliche Haushaltsgröße sank von 3,6 auf 2,7 Personen. War noch 1971 der Haushalt mit vier Mitgliedern der häufigste, gibt es 2000 schon nahezu 50.000 Einpersonenhaushalte, die 28,9% aller Haushalte stellen. Nur mehr in 55% der 167.112 Haushalte (1997) lebten auch Kinder, und in 42,3% der Haushalte mit Kindern gab es nur ein Kind. Die Alleinerzieherfamilien mit minderjährigen Kindern steigerten ihren Anteil auf 14,7% aller Familien mit Kindern.

2000 gab es in Südtirol gut doppelt so viele Einpersonenhaushalte als noch vor 20 Jahren.

**Das Stichwort: die „Single-Gesellschaft“**

„Single“ bedeutet im gängigen Sprachgebrauch alleinwohnende oder alleinlebende Person. Allein zu wohnen ist nicht gleichbedeutend mit Isolation und Vereinsamung. Die zunehmende Zahl von alleinstehenden älteren Personen in einer alternden Gesellschaft wird einen Bedarf an neuen Betreuungs- und Aktivierungsformen wachsen lassen. Bei jüngerer Menschen ist das Alleinwohnen meist Ausdruck des Wunsches nach Selbständigkeit, nach freier Gestaltung des Wohnens und Zusammenlebens, und nach materieller Unabhängigkeit. Dieser Lebensstil bringt einen höheren Wohnungsbedarf (Kleinwohnungen) und eine höhere Nachfrage nach bestimmten Konsumgütern mit sich.

Ein Unterschied besteht bei den 1-Personen-Haushalten hinsichtlich des Geschlechts: es gibt weit mehr Männer bis 40, die in Einzelhaushalten leben, als alleinwohnende Frauen in diesen Altersgruppen. Demgegenüber leben drei Viertel der älteren Frauen (über 65 Jahre) allein, da Frauen auch eine längere durchschnittliche Lebensdauer haben. Frauen wechseln öfter vom Elternhaushalt direkt in den 2-Personen-Haushalt, während Männer öfter den Umweg über einen 1-Personen-Haushalt nehmen.

So hat sich das Bild gewandelt: gab vor einem halben Jahrhundert noch die Mehrpersonenfamilie und gar die Mehrgenerationenfamilie den Ton an, so werden in wenigen Jahren Haushalte mit Kindern die Minderheit stellen. Alleinlebende steuern auf einen 30%-Anteil zu und auch die Teilfamilien nehmen tendenziell zu. 15% aller Familien mit Kindern sind inzwischen sog. „Teilfamilien“, nämlich Allein-erziehende mit unterhaltsberechtigten Kindern.

Wie wird sich die Haushaltsstruktur weiterentwickeln? Die Einpersonenhaushalte werden nicht mehr so dramatisch ansteigen wie bisher. Am stärksten steigen die 2-Personen-Haushalte, die 2010 23% aller Haushalte stellen (kinderlose Paare und alleinerziehende Elternteile). Die 3-4-Personenhaushalte bleiben konstant, während der Niedergang der Großfamilie sich fortsetzt und 2010 nur ein Fünftel der Haushalte stellen wird. Lebte 1986 noch jeder dritte Südtiroler in einer Großfamilie, wird es 2010 nur mehr jeder Fünfte sein.

Diese Veränderung wirkt sich in erster Linie auf die Wohnformen und den Konsumstil aus. Die Zunahme der Kleinhaushalte brachte einen gewaltigen

Anstieg der Nachfrage nach Kleinwohnungen mit entsprechenden Preisschüben mit sich. Auch die Produzenten von Gütern des täglichen Gebrauchs von Lebensmitteln bis Hygieneartikel haben sich auf die neue Zusammensetzung der Konsumenten eingestellt. Schwieriger abzuschätzen sind die langfristigen Folgen der Verkleinerung der Haushalte für die sozialen Beziehungen zwischen den Generationen und fürs Gemeinschaftsleben.

**Tab. 7 - Haushalte nach Haushaltstyp - Internationaler Vergleich 1990/91**

HAUSHALTSTYP	ITALIEN IN %	ÖSTERR. IN %	DEUTSCHL. IN %	SÜDTIROL IN %
Familienhaushalte	76,3	69,0	62,3	73,4
Einpersonenhaushalte	20,6	28,3	33,6	22,7
Personen je Haushalt	2,8	2,6	2,2	3,0
Paare mit Kindern	62,6	53,9	50,0	65,4
Paare ohne Kinder	25,9	33,1	41,0	18,4
Mütter mit Kindern	8,7	11,7	7,2	13,2
Väter mit Kindern	2,7	1,9	1,4	2,9
Teilfamilien insgesamt	11,4	13,0	8,5	16,2

Quelle: Astat, Sozialporträt 1998

Betrachtet man die Entwicklung der Haushaltsstruktur in den Nachbarländern, liegt Südtirol auf dem Weg zur „Single-Gesellschaft“ noch weit zurück. Österreich und Deutschland weisen gegenüber Südtirol einen wesentlich höheren Anteil an Alleinlebenden auf. Beim Anteil der Paare ohne Kinder liegt Südtirol gegenüber Italien, Österreich und Deutschland mit 18,4% beträchtlich dahinter. Spitzenreiter gegenüber diesen Ländern ist Südtirol allerdings beim Anteil der Teilfamilien an den Haushalten.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Die Zahl der Haushalte wächst schneller als die Gesamtbevölkerung. 2011 wird es in Südtirol 180.000 Haushalte mit einer durchschnittlichen Größe von 2,6 Personen geben.
2. Die Ein- und Zwei-Personen-Haushalte sind die großen „Aufsteiger“, während Haushalte mit mehr als vier Mitgliedern auf dem absteigenden Ast sind.
3. Im Trend zur langfristigen Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße liegt Südtirol hinter Österreich und Deutschland noch weit zurück.
4. Die Zunahme der Kleinhaushalte wirkt sich primär auf den Wohnungsmarkt und auf die Konsumgüternachfrage aus, langfristig wohl auch auf die Formen des sozialen Zusammenlebens.

#### Zur Vertiefung:

- ASTAT, Sozialporträt 1998, Bozen 1999
- WIFO, Südtirol auf dem Weg in die Zukunft, Bozen 1999
- ASTAT, Haushaltsvorausberechnung für Südtirol bis 2010, Bozen 1999

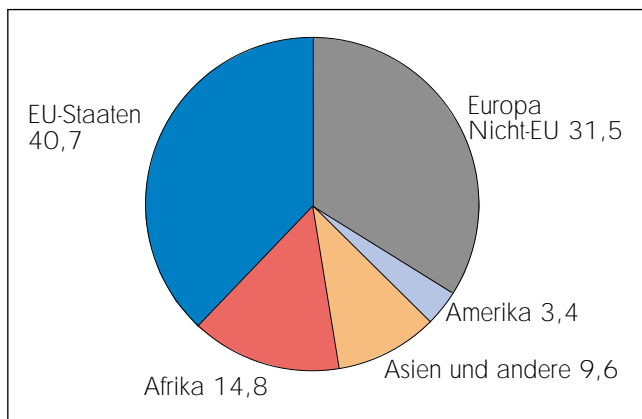


## 1. 4 Zweite Heimat Südtirol? - Die ausländische Bevölkerung

*Seit den 50er Jahren wanderten aus Südtirol mehr Menschen ab als Zuwanderer sich hier niederließen. Erst das Jahr 1992 markierte die Wende. Die positive Wirtschaftsentwicklung zog Arbeitsuchende aus ärmeren Ländern an; die gute Lebensqualität und der hohe Freizeitwert lockte Menschen aus reicheren Ländern, Südtirol zu ihrer „Wahlheimat“ zu machen. In der Beschäftigung von Ausländern vollzieht Südtirol langsam eine Entwicklung nach, die die nördlichen Nachbarregionen schon seit mehr als drei Jahrzehnten erfahren haben. Nachweislich haben ausländische Arbeitnehmer in diesen Ländern und Regionen wesentlich zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand beigetragen.*

Die Zahl der ansässigen Ausländer stieg von 5.134 (1990) auf 12.702 (1999) an, wovon rund 4.500 aus anderen EU-Ländern stammen. Weitere Ausländer halten sich mit kurzfristigen bzw. befristeten Aufenthaltsgenehmigungen in Südtirol auf, ohne sich hier niederzulassen. Man schätzt die Zahl der zu saisonalen Spitzenzeiten anwesenden Ausländer auf bis zu 20.000. 73,8% der 1997 in Südtirol ausgestellten Aufenthaltsgenehmigungen nennen als Grund die Arbeitsaufnahme. Es folgen familiäre Gründe und die Tatsache, dass Südtirol zur „Wahlheimat“ erkoren wurde.

Tab. 8 - Ansässige Ausländer nach Herkunftsregion - 1997 (in Prozent)



Quelle, ASTAT, Sozialporträt 1998

Der größere Teil der Nicht-EU-Bürger stammt aus europäischen Ländern, während die Afrikaner nur mehr ein Viertel der Nicht-EU-Bürger ausmachen. Die wichtigsten Herkunftsländer sind die jugoslawischen Nachfolgestaaten, Marokko, Albanien, Pakistan und Tunesien. Nach Sprachen betrachtet ist die große Mehrheit der ansässigen Ausländer (Bundesdeutsche und Österreicher) deutschsprachig, dann folgen die albanischsprachige Gruppe (Albanien und Kosovo) und die Menschen aus ara-

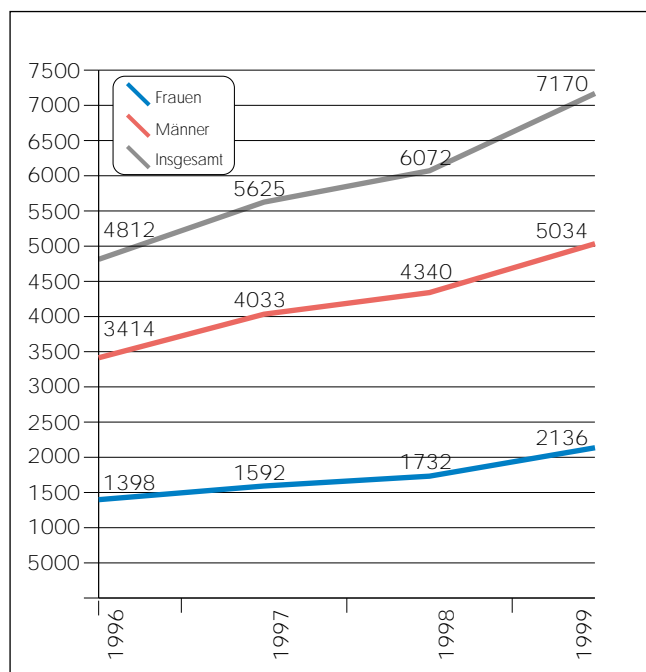
bischsprachigen Ländern. Der Frauenanteil liegt bei den Nicht-EU-Bürgern insgesamt bei einem Drittel, ist aber im Zuge der Familienzusammenführung im Steigen begriffen.

1999 lag der Ausländeranteil in Südtirol bei 2,7%, der Anteil der Nicht-EU-Bürger bei 1,7%. Im interregionalen Vergleich weist Südtirol damit einen geringen Ausländeranteil auf. In Vorarlberg (51.000 Ausländer, 14,4% der Wohnbevölkerung) und Tirol (60.000 Ausländer, 9% der Wohnbevölkerung) leben jeweils rund vier bzw. fünfmal so viele Ausländer als in Südtirol. Aber auch im gesamteuropäischen Vergleich des Anteils der ausländischen Mitbürger an der Wohnbevölkerung liegt Südtirol mit 2,7% noch weit zurück (EU-Durchschnitt: 5,0%), allerdings über dem gesamtitalienischen Durchschnittsanteil von 1,7% Ausländern an der Gesamtbevölkerung.

1999 waren durchschnittlich 7.170 Ausländer in Südtirol als beschäftigt gemeldet, davon 14,8% in der Landwirtschaft, 22,4% im produzierenden

### Das Stichwort: Migranten

Migrationsbewegungen haben vielschichtige Ursachen, sowohl im Herkunfts- wie im Zielland. Bei den ausländischen Zuwanderern muss genau unterschieden werden zwischen Motiven und „Projekten“: **Arbeitsmigranten** wollen sich mittel- bis langfristig zwecks Arbeit hier niederlassen; **Saisonsarbeiter** kehren jedes Jahr in ihr Heimatland zurück; **Flüchtlinge** verbleiben solange keine Aussicht auf sichere Rückkehr besteht; **Asylbewerber** streben einen längeren Aufenthalt im Gastland an; **Studenten** bleiben oft auch zwecks Arbeitsaufnahme im Gastland; **Rentner** mit Alterswohnsitz haben wiederum andere Pläne. Ausländische Arbeitnehmer werden normalerweise von inländischen Unternehmern angeworben, wenn keine einheimischen Arbeitskräfte verfügbar sind.

**Tab. 9 - Beschäftigte Nicht-EU-Bürger nach Geschlecht - 1996-1999**

Quelle: Abt. Arbeit, Der Südt. Arbeitsmarkt, Schaubilder 1999

Gewerbe und 38,3% im Gastgewerbe sowie 24,5% in den übrigen Sektoren. Nur ein sehr kleiner Teil der Nicht-EU-Ausländer ist selbständig. Die meisten Beschäftigungsverhältnisse sind zeitlich befristet, jene in der Landwirtschaft gar nur für die Wochen oder Monate in der Erntezeit im Obst- und Weinbau (1997 95% befristete Arbeitsverhältnisse). Im Gastgewerbe waren 1997 37% der Arbeitsverhältnisse befristet. Somit werden die ausländischen Beschäftigten in Zukunft auch in Südtirol, wie in der Schweiz, ganz nach Arbeitsmarktlage zum Einsatz kommen. Es bietet sich die Chance und auch Notwendigkeit, durch verstärkte Berufsqualifizierung Facharbeiterstellen in Mangelberufen mit Ausländern zu besetzen.

**Tab. 10 - Nicht-EU-Bürger nach Sektoren und Art des Arbeitsvertrags - 1997 (Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998)**

SEKTOREN	BEFRISTET		UNBEFRISTET		INSGESAMT
	ZAHL	%	ZAHL	%	
Landwirtschaft	662	94,8	33	4,7	698
Industrie u. Handw.	145	7,7	1.733	91,8	1.887
Handel	26	8,8	258	87,2	296
Gastgewerbe	876	37,3	1.457	62,0	2.350
Priv. Haushalte	5	2,1	229	97,9	234
Andere Sekt.	27	12,7	174	81,7	213
Insgesamt	1.741	30,7	3.885	68,4	5.677

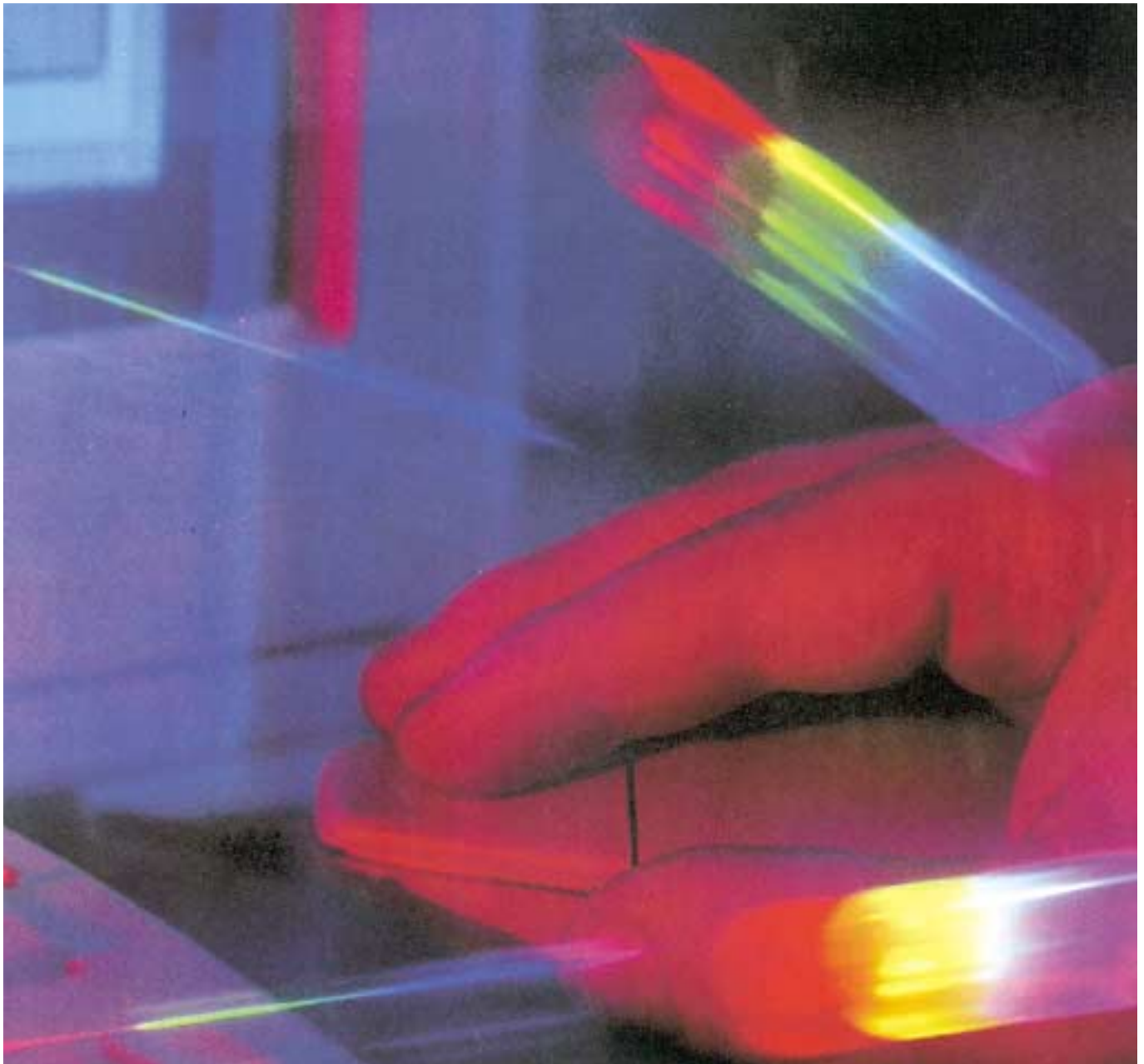
Anmerkung: 51 nicht zugeordnete Arbeitsverträge

Die italienische Ausländerpolitik hat den Neuzuzug von Nicht-EU-Bürgern nach Italien mit dem Gesetz Nr.40 von 1998 stark eingeschränkt und kontingentiert. Davon sind auch die jährlichen Kontingente saisonaler Anstellungen betroffen. Damit wird es, bei tendenziell steigendem Bedarf, in Zukunft für die Südtiroler Unternehmer immer schwieriger werden, ausreichend Genehmigungen für die Anstellung von ausländischen Mitarbeitern zu erhalten. Südtirols Arbeitsmarkt bedarf aufgrund der Bildungs- und Beschäftigungsdynamik in den nächsten Jahren einer wachsenden Zahl von ausländischen Arbeitnehmern. Gleichzeitig gibt es in der Ausländerbeschäftigung immer die Notwendigkeit, die soziale Integration ausländischer Familien mitzubedenken: ausreichend Wohnraum muss bereitgestellt werden, die schulische Integration der Kinder und die sanitäre und soziale Fürsorge muss organisiert werden, auf spezielle Bedürfnisse hinsichtlich Kultur und Religion muss Rücksicht genommen werden. Die Unternehmen, die Arbeitnehmerorganisationen und die Südtiroler Politik stehen vor einer neuen Verantwortung.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Nicht-EU-Bürger übernehmen in Südtirol Tätigkeiten, für welche sich einheimische Arbeitnehmer nicht mehr in ausreichender Zahl berefinden. Sie werden meist von Unternehmen angeworben.
2. Die Ausländer in Südtirol sind vorwiegend junge berufstätige Männer. 73% sind zwischen 20 und 59 Jahre alt.
3. Rund 38% der in Südtirol ansässigen Ausländer stammen aus der EU, weitere 33,6% aus dem übrigen Europa, die übrigen aus anderen Kontinenten.
4. Der Ausländeranteil an Südtirols Bevölkerung steigt konstant an, liegt aber noch weit unter jenem der Nachbarregionen und dem EU-Durchschnitt.

## 2. Die Wirtschaft



- |            |   |             |   |
|------------|---|-------------|---|
| <b>2.1</b> | <b>Das Bruttoinlandsprodukt - Die Wirtschaftsleistung in einer Zahl</b>         | <b>2.7</b>  | <b>Die Südtiroler Industrie - Ein untypischer Werdegang</b> |
| <b>2.2</b> | <b>Mythos Bruttonettoprodukt und alternative Wohlstandsmaße</b>                 | <b>2.8</b>  | <b>Subventionen: zielgenau oder bloße „Gießkanne“?</b>      |
| <b>2.3</b> | <b>Welchen Anteil für die Arbeitnehmer? Zur Entwicklung der Lohnquote</b>       | <b>2.9</b>  | <b>Die öffentlichen Finanzen - Die Einnahmen</b>            |
| <b>2.4</b> | <b>Wieviel verdienen Arbeitnehmer? Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit</b> | <b>2.10</b> | <b>Die öffentlichen Finanzen - Die Ausgaben</b>             |
| <b>2.5</b> | <b>Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung im Gleichschritt</b>                | <b>2.11</b> | <b>Die Verflechtung mit dem Ausland</b>                     |
| <b>2.6</b> | <b>Der EURO kommt - Die Inflation für immer gebannt?</b>                        | <b>2.12</b> | <b>Die Einkommensverteilung</b>                             |
|            |   | <b>2.13</b> | <b>Die Vermögensverteilung</b>                              |

*Bei der Betrachtung der Südtiroler Wirtschaft stößt man nicht selten auf vordergründige Widersprüche, die nicht ins rundum positive Bild des „starken Landes“ passen: so weist z.B. die Landwirtschaft eine recht geringe Produktivität auf, verzeichnet aber dennoch steigende Durchschnittseinkommen und einen wesentlich höheren Anteil an der Wertschöpfung als in vergleichbaren Regionen. Der Industrie werden, gegenüber anderen Regionen, eine geringere Produktivität, weniger Innovationsfreudigkeit und Defizite in modernen Schlüsseltechnologien zugeschrieben, trotzdem behauptet sie sich im Export. Der Arbeitsmarkt vermeldet eine Knappheit an Facharbeitern, also einen Nachfrageüberschuss, doch waren die Lohnzuwächse in den 90er Jahren sehr bescheiden. Die Einnahmen der Landesverwaltung wuchsen in den vergangenen Jahren weit mehr als das Südtiroler Bruttoinlandsprodukt, obwohl das lokale Steueraufkommen, die Hauptquelle des Haushalts, nicht im selben Ausmaß wuchs. Warum?*

*Aus Arbeitnehmersicht interessieren zudem nicht nur Produktivität, Wachstum und die Sicherheit der Arbeitsplätze, sondern auch der Anteil am Kuchen, der den Arbeitnehmern zugutekommt, sowie die Qualität der Arbeitsplätze, die „Ökologie der Arbeit“ und der Lebensbedingungen. Nicht wenige fragen sich, warum bei florierender Wirtschaft gerade die Zuwächse in den Lohntüten so bescheiden bleiben. Es drängen sich Fragen auf, die in den Konjunkturberichten kaum beantwortet werden: warum sinkt die Lohnquote und warum hinkt die Entwicklung der Reallöhne hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, wenn es der Wirtschaft gut geht und anteilig die Personalkosten sinken? Warum wird die Vermögensverteilung nicht erfasst? Wie hoch liegt die Steuerhinterziehung in Südtirol? Werden wir immer abhängiger von außen? Wem kommen die Subventionen aus dem Landeshaushalt zugute? Welche sozialen Gruppen tragen eigentlich am stärksten zum Landeshaushalt bei?*

*Schließlich sind die Maße für den wirtschaftlichen Erfolg bisweilen fragwürdig. So wird das Bruttosozialprodukt als monetäres Gesamtmaß der Wirtschaftsleistung als Wohlstandsindikator weltweit immer mehr in Frage gestellt. Zu viele negative Faktoren gehen mit positivem Vorzeichen in dieses Maß ein. Welche Alternativen sind aus Arbeitnehmersicht zielführender? Gewerkschaftsnahe Institutionen sind bemüht, einen umfassenderen, gleichwohl messbaren Begriff von Wohlstand zu entwickeln, der die Arbeits- und Freizeit, die Gesundheit und Umweltqualität, die Verteilung von Einkommen und Lebenschancen, den Grad an Demokratie und innerem Frieden eines Gemeinwesens einschließt. Auf einige dieser Fragen wird in diesem Abschnitt näher eingegangen.*

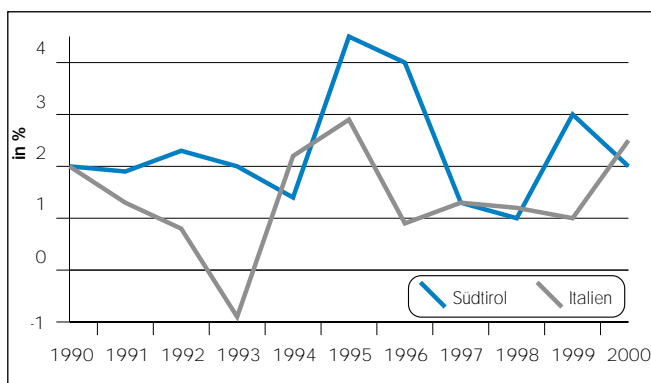
## 2.1 Das Bruttoinlandsprodukt - Die Wirtschaftsleistung in einer Zahl

*Die Wirtschaftsleistung eines bestimmten Gebiets wird, nach inzwischen EU-weiten Standardmethoden der Erfassung und Berechnung vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen. Diese Zahl drückt den Gesamtwert der in einem Jahr in einem bestimmten Gebiet produzierten Güter und Dienstleistungen aus. Das BIP ist nichts anderes als das Jahres-Produktionsergebnis aller im Land tätigen Wirtschaftseinheiten. Im BIP nicht enthalten ist allerdings die nicht marktmäßige Erstellung von Gütern und Dienstleistungen: etwa die Selbstversorgung auf dem Bauernhof, die Nachbarschaftshilfe oder die gesamte unbezahlte Arbeit in Haushalt und Familie.*

Die Landwirtschaft erbringt inzwischen nur mehr 5% der gesamten Wertschöpfung in Südtirol. Damit liegt Südtirol 1997 noch über dem gesamtstaatlichen Wert von 3,3%, beschäftigte aber anteilmäßig weit mehr Menschen, nämlich 12,3% der Erwerbstätigen. Das heißt, dass die Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft relativ gering ist, was jedoch nichts über die unzweifelhafte soziale und ökologische Bedeutung dieses Wirtschaftszweigs aussagt. Als Arbeitgeber sind die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen von nur bescheidener Bedeutung. So werden jährlich wesentlich mehr Menschen als Erntehelfer aufgenommen als insgesamt als Lohnabhängige auf dem Bauernhof oder als Waldarbeiter arbeiten.

Die Industrie im engeren Sinne und das Baugewerbe werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zum „Produzierenden Gewerbe“ zusammengefasst. Der Unterschied zu den anderen Sektoren liegt dabei nicht im Produzieren, sondern in der Art des Produkts und der eingesetzten Produktionsmittel. Diese sind in diesem Sektor nicht der Boden und nicht Dienstleistungen, sondern Bauten und Güter.

**Tab. 11 - Wachstumsrate des BIP Südtirol-Italien 1990-2000**



Quelle: ASTAT, Sozialprodukt und Wirtschaftsentwicklung

### Das Stichwort: die Wertschöpfung

Die Wertschöpfung ist das Produktionsergebnis, das jährlich durch den Einsatz der Produktionsfaktoren erzielt wird. Ausgegangen wird bei seiner Berechnung von den gesamten Umsätzen innerhalb eines Jahres. Der Gesamtproduktionswert muss um die Vorleistungen gekürzt werden, die in der Produktion verbraucht worden sind. Außerdem müssen die Abschreibungen abgezogen werden, die die relative Abnutzung des Anlagevermögens wiedergeben. Nach Abzug der unterstellten Bankdienstleistungen erhält man die Wertschöpfung zu Marktpreisen. Um dem staatlichen Eingriff in die Wirtschaft Rechnung zu tragen, muss der Saldo von indirekten Steuern und Subventionen vom Marktwert der Wertschöpfung abgezogen werden. Als Ergebnis erhält man Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

26,4% der Südtiroler Wertschöpfung stammen aus dieser Quelle, für die 24,3% der Beschäftigten im Einsatz sind (1999). Das Baugewerbe steuert zum Produzierenden Gewerbe immerhin 29% bei. Die Südtiroler Industrie ist aufgrund geschichtlicher Faktoren von etwas geringerer Bedeutung als in den Nachbarregionen. Fließende Grenzen gibt es zwischen Handwerk und Industrie (vgl. Kap. 2.7). Die marktbestimmten Dienstleistungen erbrachten 1997 53,5% der gesamten Wertschöpfung und beschäftigten 62,9% der Erwerbstätigen. Sie sind die heterogenste Abteilung der Wirtschaft: die Leistungen eines Frisérs werden hier genauso gezählt wie der Einsatz des Werbegrafikers. „Marktbestimmtheit“ bedeutet, dass diese Leistungen auf dem freien Markt angeboten werden, während die „nicht marktbestimmten“ Dienstleistungen von nicht gewinnorientierten, privaten oder öffentlichen Institutionen produziert werden. In Südtirol von entscheidender Bedeutung ist der Fremdenverkehr, und zwar nicht nur seine unmittelbare Wertschöpfung, sondern auch die „induzierte Wertschöpfung“, d.h. die in den

verschiedensten anderen Branchen ausgelöste Nachfragesteigerung. Mit knapp 15% der Wertschöpfung noch wichtiger als der Tourismus sind die nicht marktbestimmten Dienstleistungen, wovon der Großteil dem öffentlichen Dienst zuzurechnen ist, der in den 90er Jahren nominal ständig wuchs.

Die zyklischen Veränderungen der Wirtschaftsleistung (Konjunkturzyklen) waren in Südtirol in jüngster Vergangenheit eher moderat. Die Beschäftigung schwankt saisonal im Jahresverlauf weit

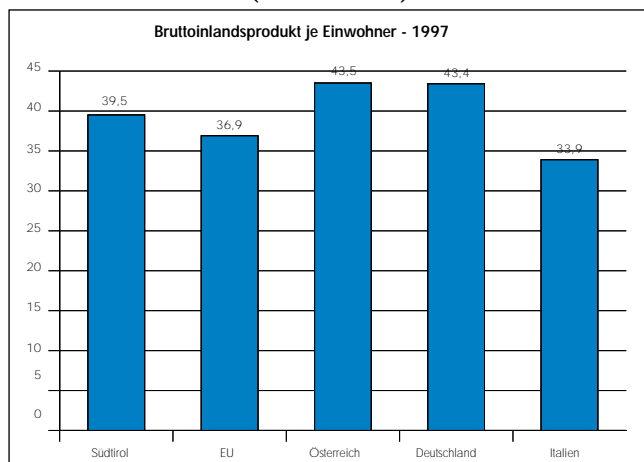
stärker als aufgrund des nationalen oder internationalen Konjunkturgeschehens.

Südtirol liegt beim BIP pro Kopf, dem wichtigsten herkömmlichen Wohlstandsindikator, etwas über dem gesamtstaatlichen und dem EU-Durchschnitt, allerdings noch knapp unter den Werten Österreichs und Deutschlands. Im interregionalen Vergleich hat Südtirol die nördliche und südliche Nachbarregion bereits überholt, wobei auffällt, dass Südtirol gerade im produktivsten Wirtschaftszweig, nämlich in der

**Tab.12 - BIP und Wertschöpfung 1997 - Interregionaler Vergleich** (Quelle: ASTAT, Trentino-Südtirol-Tirol 2000)

	TIROL	SÜDTIROL	TRENTINO	INSGESAMT
Bruttoinlandsprodukt 98 (in Mio. Lire)	27.524	18.032	19.088	64.644
BIP pro Einwohner (in Mio. Lire)	41,62	41,40	40,86	41,40
Ausfuhr 1998 (in Mio. Lire)	8.302	3.754	2.434	14.490
Wertschöpfung zu Marktpreisen (in Mio. Lire)	26.516	17.380	17.794	61.690
Darunter: (in %)				
Land- u. Forstwirtschaft	1,2	4,9	3	2,8
Prod. Gewerbe	30,3	26,54	30,4	29,3
Dienstleistungen	68,5	68,6	66,6	68

**Tab.13 - Bruttoinlandsprodukt je Einwohner - 1997**  
(in Mio. Lire)



Quelle: ASTAT, Sozialprodukt und Wirtschaftsentwicklung in Südtirol, 1980-1997

Industrie einen geringeren Anteil aufweist als Tirol und das Trentino. Im inneritalienischen Vergleich des BIP pro Kopf liegt Südtirol an 6. Stelle unter allen Provinzen.

Das Bruttoinlandsprodukt wird gemeinhin unter zwei Aspekten untersucht, nämlich dem Angebot und der Nachfrage. Beim Angebot (oder „Aufkommen des BIP“) wird zwischen interner Produktion und Import unterschieden, während die Nachfrage (die „Verwendung des BIP“) sich auf den Konsum, die Investition, den Export und die Vorratsveränderung aufteilt.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Südtirols Bruttoinlandsprodukt weist im letzten Jahrzehnt ein stetiges Wachstum auf.
2. Die marktbestimmten Dienstleistungen und das produzierende Gewerbe tragen dieses Wachstum, abgestützt durch die kontinuierlich gestiegenen öffentlichen Ausgaben. Die Wertschöpfung der Landwirtschaft bleibt konstant, aber anteilmäßig wenig bedeutend.
3. Südtirols BIP pro Kopf der Bevölkerung (1997: 39,5 Mio. Lire) liegt bereits über dem EU- und dem italienischen Durchschnitt, aber unter den Werten Österreichs und Deutschlands. Innerhalb Italien liegt Südtirol an 6. Stelle der Rangliste der Provinzen.

#### Zur Vertiefung:

- ASTAT, Sozialprodukt und Wirtschaftsentwicklung in Südtirol 1980-1997, Bozen 2000
- ASTAT, Statistisches Jahrbuch für Südtirol 1999

## 2.2 Mythos Bruttosozialprodukt und alternative Wohlstandsmaße

*Jahrzehntlang bedeutete die Steigerung des Güter- und Dienstleistungsvolumens auch ein Wachstum der Lebensqualität. Wir betrachten uns immer noch als reicher, wenn bloß eine Maßzahl steigt, nämlich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Dabei hat sich der Wohlstandsgewinn durch mehr Produktion und Konsum in den Industrieländern längst in sein Gegenteil verkehrt. Symptome dieser Entwicklung sind soziale und ökologische Schäden verschiedenster Art. Begleitet wird dies von steigenden Arbeitszeiten, wachsenden psychischen und gesundheitlichen Belastungen und immer weniger sozialem Zusammenhalt. So muss ein wachsender Teil des Wirtschaftswachstums bzw. der öffentlichen Mittel für soziale und ökologische Reparaturmaßnahmen verwendet werden.*

Als zentrale Größe für die Orientierung der Wirtschaftspolitik - auch auf regionaler Ebene - ist das Bruttoinlandsprodukt nach wie vor ausschlaggebend. Das BIP ist aber für Südtirol genausowenig wie für andere Regionen oder Länder ein wirklich taugliches Mittel zur Messung von Wohlstand und Lebensqualität. Zuviele Faktoren, die der Lebensqualität eigentlich abträglich sind, gehen in dieses Maß ein; zuviele für das Wohlbefinden wichtige Faktoren bleiben dagegen bei der Messung des BIP unberücksichtigt. Jede Art von Markttransaktion geht in das BIP ein ohne zu unterscheiden, ob sie zu unserem Wohlbefinden beiträgt oder nicht. Als Wohlstandsmaß war das BIP auch gar nie gedacht. Die UN-Umwelt- und Entwicklungsorganisation

### *Das Stichwort: Nachhaltige Entwicklung*

Nachhaltige Entwicklung bedeutet eine Entwicklung, welche den Bedürfnissen der gegenwärtig lebenden Menschen entspricht, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu gefährden. Dabei geht es um die ethische Verantwortung für die Gerechtigkeit zwischen den heutigen und späteren Generationen. Es handelt sich um ein Leitbild, das weit über die umweltpolitische Komponente hinausgeht und unmittelbar ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungsprozesse berührt. Neben dem Erhalt des natürlichen Realkapitals geht es auch darum, Sachkapital, Wissen, Humankapital und das den sozialen Frieden sichernde institutionelle Kapital weiterzugeben und für nachfolgende Generationen nutzbar zu machen, um ihnen Chancen und Optionen für die eigene Entwicklung offen zu halten (*aus dem Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags*).

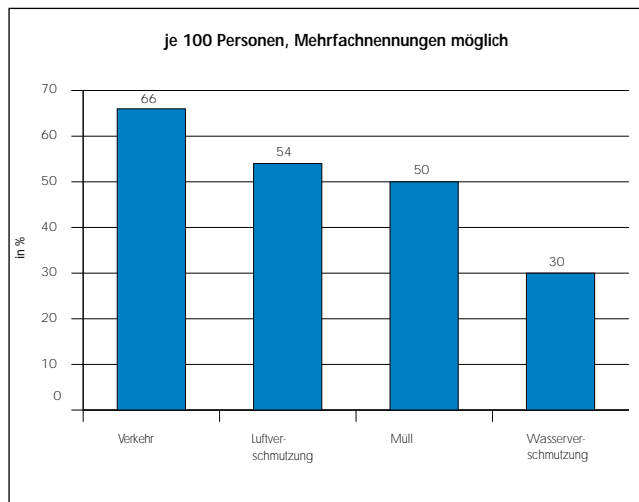
nennt fünf häufig auftretende, schädliche Folgen des Wirtschaftswachstums heute:

1. Das Wachstum produziert keine neuen Jobs.
2. Wachstum geht meist ohne Erweiterung und Verbesserung der Demokratie ab.
3. Oft verdrängt und zerstört das Wachstum andere Kulturen.
4. Wachstum ist mit Umweltzerstörung und Raubbau an Ressourcen verbunden.
5. Die Früchte des Wachstums kommen zum Großteil den schon Wohlhabenden zugute.

Deshalb muss die Qualität der Entwicklung in den Brennpunkt rücken. Die Kriterien müssen sich an der Befriedigung der Bedürfnisse und an der Verbesserung der Lebensqualität orientieren.

Wissenschaftliche Institutionen haben alternative Maßstäbe entwickelt, die über das bloße Wachstum der statistisch erfassten Produktion hinaus den Reichtum in verschiedener Hinsicht aufschlüsseln. Dabei kommen auch ökologische, soziale und Verteilungsaspekte zum Zuge. Überdies wird die Frage des Zeit-Wohlstands in Rechnung gestellt (vgl. Kapitel 3.5). Ein solcher Indikator kann anzeigen, inwiefern die Politik für eine bessere Lebensqualität gesorgt hat. Obwohl für die Wirtschaft das BIP die zentrale Größe bleibt, muss auch für die Wirtschaftstätigkeit ein Qualitätsmaß verwendet werden. Am meisten entwickelt ist der ISEW (Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand), der das BIP hinsichtlich Einkommensverteilung und Umweltzerstörung korrigiert.

Südtirol bildet hinsichtlich der Fragwürdigkeit des BIP keine Ausnahme. Zwar steigen die Durchschnittseinkommen, aber wie hoch ist der tatsächliche Zugewinn an Wohlstand, wenn dafür länger, mit mehr Stress und höherer Umweltbelastung gearbeitet werden muss? Beispiel motorisierter Verkehr.

**Tab. 14 - Die größten Umweltprobleme in Südtirol - 1996**

Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

Die größte Beeinträchtigung der Lebensqualität geht, laut Erhebungen unter der Bevölkerung (*Social Survey 1997*, vgl. Grafik oben), vom Verkehr aus (66%), gefolgt von der Luftverschmutzung und dem Müll. Letzterer und der Verkehr, vor allem der Transitverkehr, wird dabei in den Landgebieten als belastender empfunden als in den Städten. Somit wird die Ambivalenz der individuellen Motorisierung für die Lebensqualität klar: einerseits galt der

PKW-Bestand - Südtirol liegt bei einem PKW pro zwei Einwohner - lange als Wohlstandsindikator, andererseits sind die negativen Auswirkungen gewichtigster Grund für Unzufriedenheit: Luftverschmutzung, Unfälle, Verkehrstote, Landschaftszerstörung. Aber nicht nur Produktion, Verkauf, Transport von Fahrzeugen gehen immer positiv in das BIP als gängiges Wohlstandsmaß ein, sondern auch die Reparatur- und Folgenbeseitigung der Schäden des Verkehrs: die Leistungen der Versicherungen, der Krankenhäuser, der Karosseriebauer, der Therapeuten usw.

Lebensqualität und Wohlstand hängen nicht nur von der allgemeinen Lebensumwelt und dem monetären Einkommen ab, sondern gerade bei Arbeitnehmern von einer Reihe weiterer Faktoren:

- Arbeitsplatzsicherheit
- Zeitdruck oder Stress
- repetitive Arbeit/Qualität der Arbeit
- Gestaltung des Arbeitsplatzes
- betrieblicher Unfall- und Gesundheitsschutz
- Fahrzeiten und -kosten zum Arbeitsplatz
- menschliche Beziehungen innerhalb des Betriebs
- Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten
- Chancengleichheit zwischen Mann und Frau

Viele dieser Elemente gehören seit Jahrzehnten zu den klassischen Themen der Gewerkschaftsbewegung. In den Vordergrund tritt die ganzheitliche Betrachtung der Einflussfaktoren, und Zusammenhänge und ihrer Vernetzung in einem Modell ökologischen Wohlstands.

**Fazit:** viel Zeit für sich und einen gesunden Arbeitsplatz zu haben, die Arbeit selbst bestimmen und gestalten zu können, bei der Arbeit Kreativität und Selbstverwirklichung einbringen zu können, Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln zu haben, Ruhe vor Verkehrsbelastung zu genießen - dies alles sind Bestandteile eines umfassenden Wohlstands, die oft kaum quantifizierbar sind, genausowenig wie die soziale Grundsicherung, der innere und äußere Frieden, die Rechtssicherheit und die intakte Umwelt. Die Bestandteile einer „ökologischen Lebensqualität“ sind vielfältig und variieren je nach Geschmack und Gewohnheiten des Einzelnen und dem sozialen und kulturellen Umfeld in einer Region. Ein alternatives Wohlstandsmaß muss die Schieflage der Messung des Wohlstands durch das Bruttoinlandsprodukt korrigieren.

#### Vertiefung:

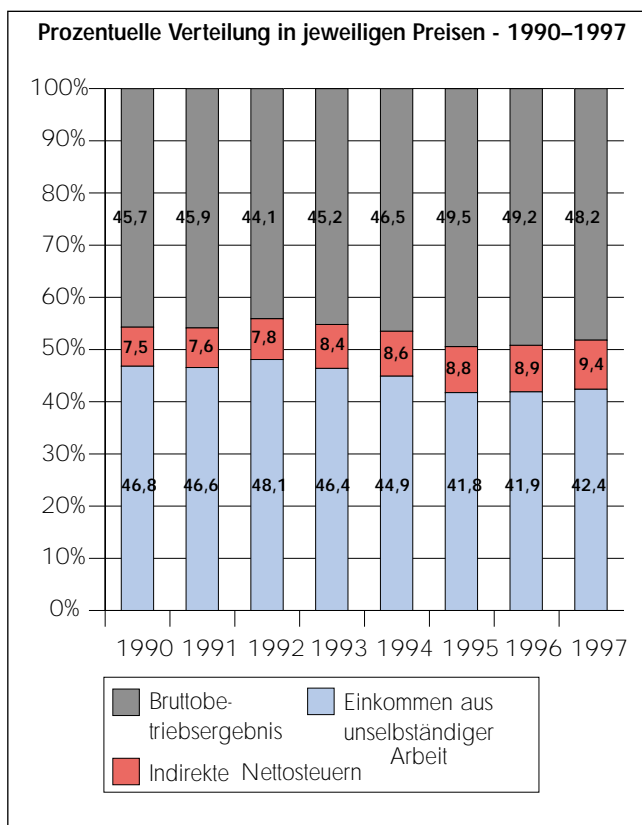
- Arno Teutsch, Schritte zum ökologischen Wohlstand, AFI-IPL, Bozen 1998
- E.A. Rauter, Wofür arbeiten wir eigentlich?, Hamburg 1988
- Karlheinz A. Geißler, Zeit leben, Weinheim 1993
- Gerhard Bosch (Hg.), Die Zukunft der Erwerbsarbeit, Frankfurt 1998
- Deutscher Bundestag (Enquête-Kommission), Konzept Nachhaltigkeit, Bonn 1997



## 2.3 Welchen Anteil für die Arbeitnehmer? Zur Entwicklung der Lohnquote

*Bei der Betrachtung der Lohnquote geht es um die Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens auf die Produktionsfaktoren nach deren Funktion im Produktionsprozess, also Arbeit und Kapital (funktionale Einkommensverteilung). Der Begriff „Arbeit“ steht hier für alle unselbständig Beschäftigten und deren Einkommen. Der Begriff „Kapital“ ist im weitesten Sinne zu verstehen, nämlich nicht nur als Gesamtheit aller finanziellen Ressourcen, die mit einer Rendite entlohnt werden, sondern auch als Betriebsergebnis der selbständigen Berufe wie Unternehmer und Freiberufler. Es geht also nicht um die individuelle Einkommenssituation, sondern darum, wieviel vom gesamtwirtschaftlichen Einkommen der abhängigen Arbeit zugutekommt, und wieviel bei den Selbständigen und Beziehern von Kapitaleinkommen verbleibt.*

Tab. 15 - Die Verteilung des Bruttoinlandsprodukts 1990-97



Quelle: ASTAT, Sozialprodukt 1980-1997

Der Anteil der Lohneinkommen lag für den Zeitraum 1980-1993 mit 55% über dem entsprechenden nationalen Durchschnitt. Bis 1997 sank die Lohnquote, parallel zur gesamtitalienischen Entwicklung, auf 51,8%. Dies ist jedoch nicht Ausdruck einer höheren durchschnittlichen Entlohnung der Arbeitnehmer in Südtirol. Vielmehr scheint es so, dass in Südtirol die durchschnittlichen Einkommen der Selbständigen geringer sind als im übrigen Italien. Hier kommt die Betriebs- und

Eigentumsstruktur der Wirtschaft zum Ausdruck, die durch zahlreiche Kleinunternehmer etwa in Landwirtschaft, Handel und Handwerk geprägt ist (vgl. Kapitel 2.7).

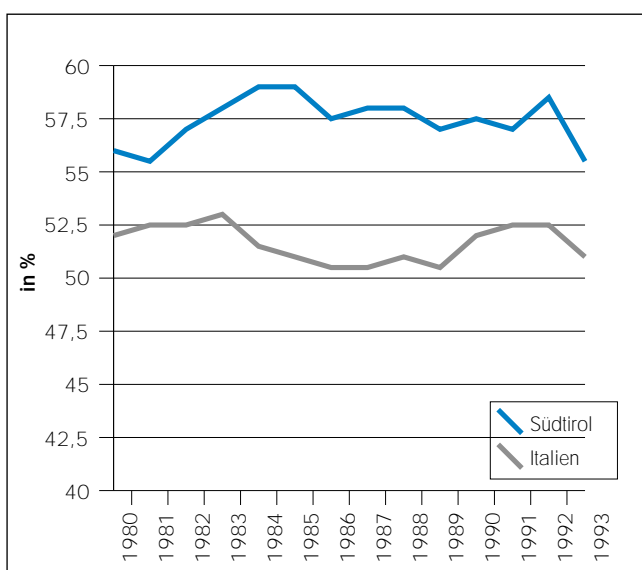
**Das Stichwort: Die funktionale Einkommensverteilung**

Die Lohnquote misst den Anteil der Bruttoeinkommen (Bruttolöhne und Sozialabgaben plus indirekte Netto Steuern) aus unselbständiger Arbeit am gesamten Volkseinkommen. Demgegenüber steht das Bruttobetriebsergebnis, also die Gewinne vor Besteuerung. Die Entwicklung der Lohnquote zeigt die Verschiebungen in der funktionalen Einkommensverteilung auf. Allerdings verändert sich auch die Struktur der Beschäftigten: Arbeitnehmer werden selbständig oder mehr junge Menschen treten eine abhängige Arbeit an als eine selbständige. Deshalb muss eine Bereinigung der Lohnquote erfolgen, um diesen sog. Beschäftigungsstruktureffekt zu eliminieren.

Die Abschaffung der sog. „Gleitenden Lohnskala“ hat den Rückgang der Lohnquote mitverursacht. In den 90er Jahren wurden stagnierende Reallöhne verzeichnet. Heute bezieht der Faktor „unselbständige Arbeit“ rund 50% des Gesamteinkommens bei einem Anteil der Unselbständigen von über 70% an den Erwerbstätigen Südtirols. Allerdings müssen bei der Ermittlung der tatsächlichen Einkommensverteilung auf die Personen bzw. die Haushalte weitere Faktoren in Rechnung gestellt werden: die Lohnabhängigen beziehen andere Arten von Einkommen (z.B. sind viele Arbeitnehmer Neben- oder Zuerwerbslandwirte), die öffentlichen Verwaltungen vergeben Beiträge und Subventionen an Private zu ver-

schiedensten Zwecken, und schließlich wirkt die Einkommensbesteuerung progressiv, schöpft also mehr bei den höheren an Einkommen ab (vgl. Kapitel 2.12). Wieviel Einkommen und Vermögen dem Fiskus verschwiegen wird, steht auf einem anderen Blatt. Arbeitnehmer haben in der Regel eine „gläserne Brieftasche“, da die Steuern vom Arbeitgeber an der Quelle einbehalten werden.

**Tab. 16 - Die Entwicklung der bereinigten Lohnquote - Südtirol und Italien - 1980-1993**



Quelle: AFI-IPL, *Die funktionale Einkommensverteilung*, 1997

Auffällige Veränderungen in der funktionalen Einkommensverteilung haben auf sektoraler Ebene stattgefunden: die Lohnquote nimmt in Wachstumsbranchen (z.B. bei der Kommunikation, Präzisionsgeräten und Chemie) deutlich ab, während sie in Krisensektoren stark zunimmt. Dies wird bedingt durch die relative Trägheit der Arbeitseinkommen, d.h. auch in Krisenbranchen bleibt das Lohnniveau zunächst konstant und Entlassungen werden nicht immer sofort vorgenommen. In Südtirol gibt es derzeit kaum Krisenbranchen. Boomende Branchen müssen andererseits höhere Gehälter zahlen, um genügend Personal anheuern zu können.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Lohnquote über die Zeit. Das sanfte Auf und Ab der Lohnquote in den 80er und Anfang der 90er Jahre ist auf die relative „Trägheit“ der Arbeitseinkommen über die verschiedenen Phasen der Konjunktur zurückzuführen und kann in allen Marktwirtschaften beobachtet werden. In einer Rezession reagieren die Löhne wegen der tarifvertraglichen Verankerung nur langsam. In einer Wachstumsbranche steigen zunächst die Gewinne und Einkommen der Selbständigen relativ rasch, bevor die Arbeitnehmer nachziehen können. Während die Lohnquote in den 80er Jahre eher stabil blieb, scheint sich in den 90er Jahren in Südtirol wie in Italien insgesamt eine länger anhaltende Reduzierung ergeben zu haben.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Obwohl Südtirols Lohnniveau und der Anteil der Lohnabhängigen an den Erwerbstätigen den Werten Gesamtitaliens sehr nahekommt, liegt die Lohnquote in Südtirol etwas höher. Abgesehen von statistischen Problemen scheint der Grund dafür die Tatsache zu sein, dass Selbständige (und dazu gehören auch alle Bauern) im Durchschnitt weniger verdienen als im übrigen Italien.
2. Die funktionale Einkommensverteilung schwankt in der Regel in Abhängigkeit von der Konjunktur und Krisenanfälligkeit der Branche. Die restriktivere Lohnpolitik seit 1993 hat zu einem Rückgang der Lohnquote geführt, die eine langfristige Niveauverschiebung mit sich bringen kann.
3. Aussagekräftiger im Hinblick auf die konkrete Einkommenssituation der Arbeitnehmer ist nicht die Lohnquote, sondern die personelle Einkommensverteilung, die den Bezug anderer Arten von Einkommen durch die Arbeitnehmer berücksichtigt (vgl. Kapitel 2.12 und 2.13).

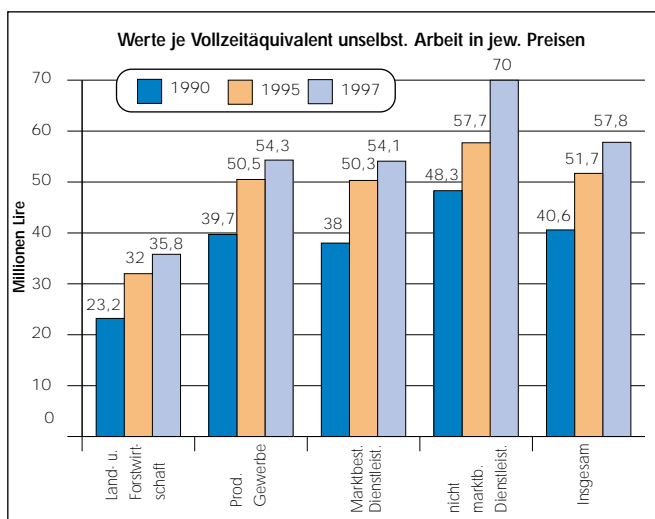
#### Zur Vertiefung:

- AFI-IPL, Funktionale Einkommensverteilung und Entwicklung der Lohneinkommen in Südtirol 1980-1993, Dokumentation Nr. 5, Bozen 1997
- ASTAT, Sozialprodukt und Wirtschaftsentwicklung in Südtirol 1980-1997, Bozen 2000

## 2.4 Wieviel verdienen Arbeitnehmer? Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit

*Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit hängen im wesentlichen von der Entwicklung der Bruttolöhne ab, in zweiter Linie von der Besteuerung des Lohn Einkommens. Die Bruttolöhne sind zwar die Kerngröße der Arbeitnehmereinkommen, aber noch nicht alles. Um die Einkommenslage der Arbeitnehmerhaushalte insgesamt zu erfassen, müssen weitere Faktoren einbezogen werden: Einkünfte aus Nebenerwerb, aus Vermögen, aus öffentlichen Beiträgen und die Einkommen anderer Familienangehöriger. Um die reale Kaufkraft des Einkommens aus abhängiger Arbeit zu erfassen, müssen die Löhne preisbereinigt werden, d.h. der Kaufkraftverlust aufgrund der Inflation muss herausgerechnet werden.*

Tab.17 - Einkommen aus unselbständiger Arbeit - 1990-97



Quelle: ASTAT, Sozialprodukt und Wirtschaftsentwicklung

1997 wurden in Südtirol Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Lohneinkommen) von 7.640 Mrd. Lire erzielt, was 58 Millionen Lire je Vollzeitäquivalent entspricht, um 5 Millionen mehr als auf Staatsebene. Die deutlichsten Unterschiede im Einkommen je Vollzeitäquivalent zwischen Südtirol und dem restlichen Staatsgebiet bestehen im öffentlichen Sektor und der Landwirtschaft, wo auf Landesebene jeweils 12 bzw. 11 Millionen Lire mehr verdient wurden als auf gesamtstaatlicher Ebene. Die höchsten Einkommen, die 1997 bezogen wurden, entfielen mit 70,1 Mio. auf die nichtmarktbestimmten Dienstleistungen. Die geringsten Einkommen wurden in der Landwirtschaft erzielt (35,8 Mio.). Im produzierenden Gewerbe betragen die Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Vollzeitäquivalent 54,3 Mio. Lire, bei den marktbestimmten Dienstleistungen 54,2 Mio. Lire. Das geringste Lohnniveau besteht aber bei den Arbeit-

### Das Stichwort: Vollzeitäquivalent

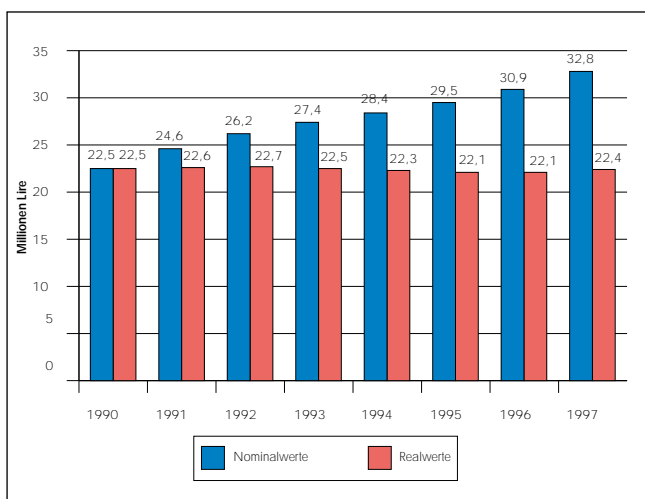
Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit umfassen die Bruttoentlohnung vor Abzug der Steuern und aller Sozialbeiträge, sowohl jener zu Lasten des Arbeitnehmers als auch jener zu Lasten des Arbeitgebers. Das Vollzeitäquivalent dient als Messgröße für die in einem Wirtschaftsraum vorhandene Arbeitsleistung. Die Erwerbstätigen unterscheiden sich nämlich nach Tätigkeit, Stellung im Beruf, Dauer des Vertrags, Arbeitszeiten und Steuerposition. Das Vollzeitäquivalent als Durchschnittsgröße umfasst die in einem Jahr von einem Erwerbstätigen geleistete Arbeitsmenge oder die gleichwertige Arbeitsmenge von Teilzeitbeschäftigten. Das Einkommen je Vollzeitäquivalent entspricht dem Durchschnittseinkommen für ein vollzeitiges Arbeitsverhältnis.

nehmern im Handel und Gastgewerbe. Mit steigender Betriebsgröße steigt auch tendenziell die Bruttoentlohnung mit Ausnahme der Unternehmen ab 500 Beschäftigten, wovon es aber in Südtirol nur rund ein Dutzend gibt.

Betrachtet man die Bruttoentlohnungen der Südtiroler Arbeitnehmer im Licht der O1/M-Erklärungen, die die Betriebe jährlich beim INPS/NISF abgeben, ergibt sich ein anderes Bild: der durchschnittliche Bruttoverdienst in der Privatwirtschaft lag 1997 bei 32,8 Mio. Lire mit einem Anstieg von 1990 bis 1997 um 10,3 Mio. Lire. Bereinigt man aber den Durchschnittslohn 1997 um die Inflationsrate, war er real nicht mehr wert als der Durchschnittslohn von 1990, nämlich 22,5 Mio. Lire. Aufgrund einer Rezession in Italien und des Lohnabkommens von 1993 lag der Lohnanstieg 1993-1996 wesentlich unter der Inflationsrate. Der Median der Bruttolöhne lag 1997 bei 18,6 Mio.

Demnach liegt die Hälfte der bezahlten Bruttolöhne unter diesem Wert. Hier schlägt die hohe Zahl der Saisonsbeschäftigten und der geringfügig Beschäftigten zu Buche. Ein Drittel der Versicherungspositionen erreicht nicht einmal 10 Mio. Lire. Der geringste Tageslohn betrug 1997 65.000 Lire. Der Mittelwert der Tageszuwendungen lag 1997 bei 109.000 Lire: 71,4% der Positionen mit Vollzeit lagen unter diesem Wert, während nur 2% der Versicherten über 250.000 Lire Bruttolohn täglich bezogen.

**Tab. 18 - Die durchschnittliche Entlohnung der Arbeitnehmer 1990-1997 - Nominale und reale Werte**



Quelle: ASTAT, Arbeitnehmer und Entlohnungen in Südtirol, Bozen 2000

Die Höhe der Löhne hängt wesentlich vom Alter, dem Geschlecht und der Qualifikation ab. Arbeitnehmer zwischen 15 und 18 Jahren bezogen 13,8 Mio., während 50 bis 54-jährige im Schnitt 42,9 Mio. brutto einstrichen. Männer verdienten durchschnittlich 37,4 Mio. gegenüber einem mittleren Bruttoverdienst der Frauen von 26,7 Mio. Ausländische Arbeitnehmer (4,1% der Arbeitsverhältnisse) liegen mit 22,3 Mio. Durchschnittsverdienst nochmals darunter. Führungskräfte konnten 1997 im Schnitt ein Einkommen von 156 Mio. verbuchen, während die Lehrlinge sich mit 14 Mio. begnügen mussten.

Die Reallohnentwicklung zeigt im Unterschied zu den Bruttolöhnen, was den Arbeitnehmern preisbereinigt an Kaufkraft bleibt. Während der Verbraucherpreisindex in Italien von 1980-1999 um 285,4% anstieg, waren es in Südtirol im selben

**Tab. 19 - Die Reallohnentwicklung in einigen EU-Ländern 1995-1998**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %  
(Quelle: EGB, European Trade Union Yearbook 1998, Brüssel 1999)

	1995	1996	1997	1998
Deutschland	1,9	0,6	-0,1	0,3
Österreich	1,4	-0,8	-0,2	0,7
Schweiz	-0,3	-0,4	-0,2	0,2
Italien	-0,9	1,1	2,2	0,8
EU 15	0,4	0,8	1	1,1

Zeitraum 336,1%. Die Nettolöhne zeigen, wieviel nach Abzug der Lohnsteuern den Arbeitnehmerfamilien übrigbleibt (vgl. zur Steuerdrift Kap. 2.12). Die Reallohnentwicklung lag in Südtirol im europäischen und italienischen Trend. Aufschlussreich wären die Daten der Einkommenssteuererklärungen, die in Südtirol von den Finanzämtern leider nicht publiziert werden. Bei den Bruttoentlohnungen liegt Südtirol im Durchschnitt gleichauf mit dem Trentino und Italien insgesamt.

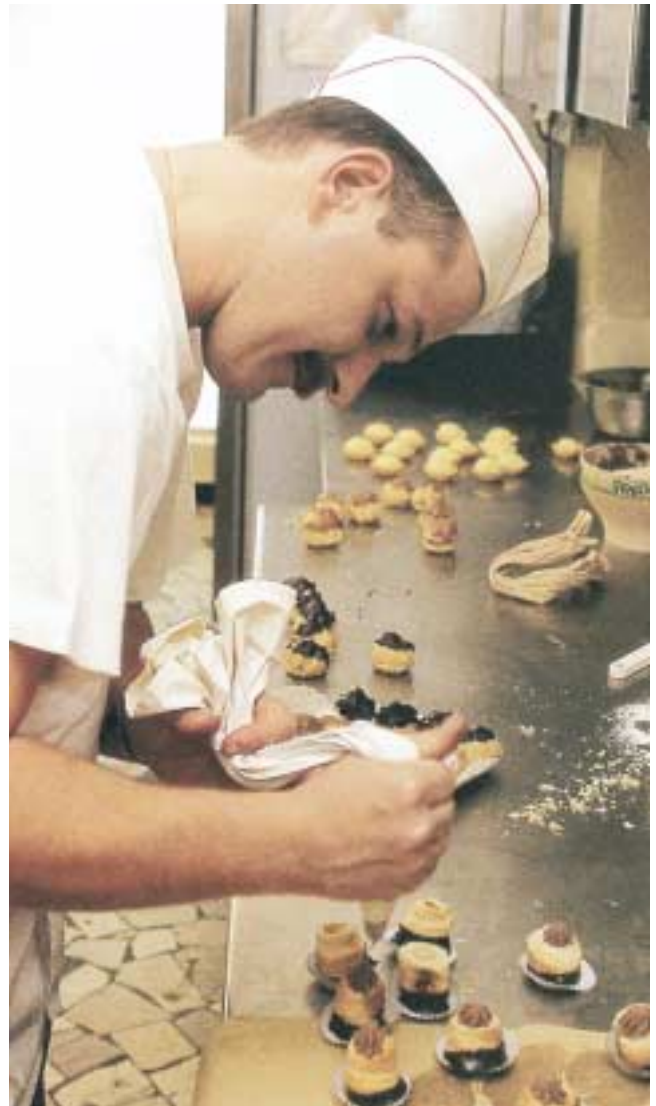
**Tab. 20 - Durchschnittliche monatliche Bruttoentlohnungen nach Sektoren - 1996 (1000 Lire)**  
Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998

	ARBEITER	ANGESTELLTE	INGESAMT
<b>Prod. Gewerbe</b>	<b>2.745</b>	<b>3.806</b>	<b>2.982</b>
Baugewerbe	2.721	3.326	2.789
Übrige Industriezweige	2.754	3.872	3.043
<b>Dienstleistungen</b>	<b>2.632</b>	<b>3.547</b>	<b>3.119</b>
Handel u. Gastgewerbe	2.680	3.154	2.914
Verkehr u. Nachrichten	2.914	3.542	3.068
Kredit und Versicherungen	2.226	4.267	3.714
Sonstige Dienstleistungen	2.523	3.513	3.058
<b>Insgesamt</b>	<b>2.697</b>	<b>3.613</b>	<b>3.057</b>
Trentino	2.705	3.626	3.064
Italien	2.643	3.826	3.116

Wie sieht es mit der subjektiven Einschätzung der Netto-Einkommen aus? Wie in Kapitel 2.12 zur Einkommensverteilung näher ausgeführt wird, erklärten die abhängig Erwerbstätigen Südtirols 1999 im Rahmen einer Untersuchung zur personalen Einkommensverteilung, über ein Netto-Jahreseinkommen von im Schnitt 28,6 Mio. Lire zu verfügen. Je nach Tätigkeitsbereich reicht das Einkommen von 22,6 Mio. im Gastgewerbe bis zu 32 Mio. im öffentlichen Dienst. In der Landwirtschaft, im Gastgewerbe und in der Bauwirtschaft muss der teils hohe Anteil von saisonalen Arbeitsverhältnissen berücksichtigt werden. Ein

Arbeiter verdiente im Durchschnitt 24 Mio. Lire, ein Vorarbeiter 26 Mio. Lire, ein selbständiger Arbeiter 28 Mio. Lire im Jahr. Die durchschnittlichen monatlichen Arbeitnehmereinkommen (Vollzeitbeschäftigte) befinden sich somit in einer Bandbreite zwischen 2 und 2,5 Mio Lire. Das Monatseinkommen unterscheidet sich nicht nur nach dem Sektor, sondern auch nach Geschlecht und der Stellung im Beruf. Dennoch waren 79,5% der Südtiroler Haushalte mit ihrer wirtschaftlichen Lage sehr oder ziemlich zufrieden, während nur ein Fünftel der Südtiroler Haushalte 1997 kaum oder gar nicht zufrieden war (vgl. *Social Survey* 1997).

Wie stehen Südtirols Einkommen im Vergleich da? Nimmt man das gesamte Haushaltseinkommen (in Südtirol gibt es relativ mehr Doppelverdiener pro Familie) liegt Südtirol etwas über den vergleichbaren Werten Italiens und des Trentino. Seit 1996 hat sich diese Differenz aufgrund des höheren Wirtschaftswachstums zugunsten Südtirols erhöht. Allerdings sagen diese Daten nichts über die Verteilung innerhalb der Einkommensgruppen aus, die im Kap. 2.12 näher beleuchtet wird. Die Südtiroler Haushalte verfügen über ein um 15% höheres Einkommen als der gesamtstaatliche Durchschnitt. Ein Drittel der Haushalte verfügt über mehr als 5 Millionen im Monat. Dies erklärt sich auch aus der hohen Erwerbsquote in Südtirol aufgrund des höheren Anteils von Doppelverdienern in den Familien und der höheren Frauenerwerbsbeteiligung.



#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. **Beim Nominallohn reicht die Bandbreite der in Südtirol durchschnittlich gezahlten, jährlichen Bruttolöhne von 35,8 Mio. in der Landwirtschaft bis zu 70,1 Mio. im öffentlichen Dienst.**
2. **In Südtirol wird pro vollzeitbeschäftigtem Arbeitnehmer (Vollzeitäquivalent) um 5 Mio. brutto mehr verdient als im italienischen Durchschnitt. Ein Teil des Zugewinns an Kaufkraft ist durch die in Südtirol bis vor wenigen Jahren relativ höhere Inflation ausgehöhlt worden.**
3. **Die durchschnittlichen monatlichen Netto-Arbeitnehmereinkommen (Vollzeitbeschäftigte) liegen laut Eigenangaben der Arbeitnehmer zwischen 2 und 2,5 Mio Lire.**
4. **Die Entlohnung unterscheidet sich auch nach anderen Merkmalen: Männer verdienen im Durchschnitt mehr als Frauen, Angestellte mehr als Arbeiter, Beschäftigte von Mittel- und Großbetrieben mehr als in kleinen Betrieben, in städtischen Gebieten wird mehr verdient als auf dem Land.**

#### Zur Vertiefung:

- Autonome Provinz Bozen, Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998, Bozen 1999
- ASTAT, Arbeitnehmer und Entlohnungen in Südtirol 1990-1997, Bozen 2000
- WIFO, Lohnkosten in Südtirol, 1997

## 2.5 Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung im Gleichschritt

*Bei den Kollektivverhandlungen und Betriebsabkommen geht es in erster Linie um die Höhe und Zusammensetzung des Lohns. Dabei ist die Entwicklung der Produktivität der gesamten Wirtschaft, der jeweiligen Branche oder des betroffenen Unternehmens die zentrale Bezugsgröße. Wenn die Entlohnung der Arbeitnehmer rascher zunimmt als die Produktivität, wird der Anteil der Lohnkosten an den Produkten und langfristig der Anteil der Lohneinkommen am gesamten Volkseinkommen steigen. Wenn hingegen die Lohnerhöhungen hinter der Produktivitätsentwicklung nachhinken, erhalten die Arbeitnehmer keinen angemessenen Anteil an den höheren Erträgen ihres Unternehmens oder ihrer Branche, mit anderen Worten: sie erhalten weniger Lohn für mehr Leistung.*

Der Anteil der Lohnkosten am einzelnen Produkt (die Lohnstückkosten) steigt, wenn die Löhne rascher zunehmen als die Menge an Gütern und Dienstleistungen, die pro Arbeitskraft hergestellt werden. Die Lohnstückkosten messen das Verhältnis zwischen dem Arbeitseinsatz und der Produktion. Wenn die Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung herhinken, fallen die Lohnstückkosten. Die Löhne sind

bekanntlich ein wichtiger Kostenfaktor und bestimmen die Entwicklung der Preise mit. Steigen die Löhne wesentlich mehr als die Produktivität, entsteht auch ein gewisser Druck auf die Preise. Als kostenneutral wird eine Lohnentwicklung betrachtet, die sich strikt am Verlauf der Produktivität der jeweiligen Branchen und Unternehmen und der diesbezüglichen Lohnstückkosten orientiert.

Tab. 21 - Die Veränderung der Lohnstückkosten in Südtirol - 1993 bis 1997

WIRTSCHAFTSBEREICHE	1993/92	1994/93	1995/94	1996/95	1997/97
	PROZENTUELLE VERÄNDERUNG				
Land- u. Forstwirtschaft	4,8	-2,7	14	-7,7	0,9
Produzierendes Gewerbe	2,5	-0,8	0,3	3,5	0,7
Industrie	4,2	-0,8	0,8	3,6	-1,4
Baugewerbe	-1,6	-0,8	-1,1	2,8	5,4
Marktbest. Dienstleistungen	-2,3	1,9	-3,2	3,7	3,9
Waren u. marktbest. Dienstl.	0,1		-0,7	2	2,3
Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	0,4	2,2	0,7	12,4	7,7
Insgesamt	-0,3	0,3	-0,9	4,7	3,8

Quelle: ASTAT, Sozialprodukt und Wirtschaftsentwicklung 1980-1997

Wovon wird die Produktivität mitbestimmt? Sie wird, neben der Effizienz der Arbeitsorganisation und der Motivation der Mitarbeiter, von den Investitionen in Maschinen und Anlagen bestimmt, mit welchen die Produktionsanlagen modernisiert und erweitert werden. Die Bruttoinvestitionen beinhalten die von den Betrieben angekauften Produktionsgüter und die erstellten Bauten. Sie sind in Südtirol von 1980-1993 jährlich um 1,8% gestiegen. Mit 22% liegt die Investitionsquote (Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP) über dem gesamtstaatlichen Niveau. In Südtirol hat diese relativ hohe Investitionsrate zwar zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, aber noch nicht zu einer entsprechenden Steigerung der Produktivität und der Wertschöpfung geführt. Warum?

1. Die Mehrzahl der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes produziert für den lokalen Markt.
2. Die meisten Industriebetriebe operieren auf reifen, gesättigten Märkten, mit geringer Rentabilität der Investitionen.
3. Die Investitionen werden von der öffentlichen Hand großzügig gefördert.
4. Es besteht eine zu geringe Bereitschaft zur Innovation.

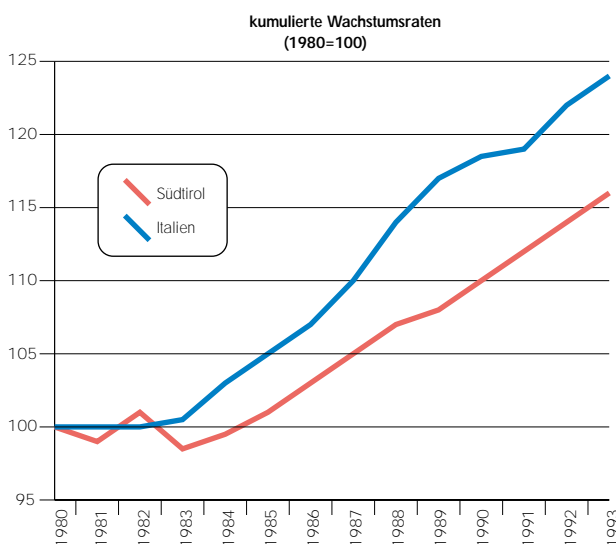
Dies führte z.B. 1996 und 1997 zu einem deutlichen Anstieg der Lohnstückkosten. In Südtirol ist eine nach Branchen genau differenzierende Betrachtung der Lohnstückkosten nötig. In der Industrie (ohne Baugewerbe) hat die Produktivität

nicht mit der Lohnentwicklung Schritt halten können, die von den nationalen Kollektivverträgen vorgegeben wird. Dies könnte, mit anderen Faktoren, zu einem gewissen Druck auf die Preise beigetragen haben.

Gut entwickelt hat sich die Produktivität in den Dienstleistungen. Andere für Südtirol bedeutsame Wirtschaftsbereiche wie die Landwirtschaft und der Öffentliche Dienst haben ein geringes Produktivitätswachstum, sind aber personalintensiv. Eine höhere Nachfrage erfordert in diesen Branchen eine sofortige Ausweitung des Personals, da personalsparende Investitionen nur begrenzt möglich sind (so z.B. bei der Ernte in der Landwirtschaft, beim Bedienungspersonal im Gastgewerbe, bei Lehrpersonen und dem Pflegepersonal im öffentlichen Dienst).

Die Erhöhung der Produktivität steigert nicht nur die Gewinne der Unternehmer und vielleicht im Anschluss daran die Löhne der Beschäftigten. Die Produktivität selbst ist auch ein wichtiger Wachstumsfaktor. Hohe Produktivitätsgewinne erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze, weshalb sie auch ein wichtiger Ansatzpunkt der Wirtschaftsförderung sind. Wie hat sich die Produktivität im gesamtstaatlichen Vergleich entwickelt?

Tab. 22 - Entwicklung der Produktivität 1980-93



Quelle: AFI-IPL, Funktionale Einkommensverteilung 1980-1993

### Das Stichwort: die Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität misst das Verhältnis aus Produktion und Arbeitseinsatz. Sie gibt den Wert der Güter und Dienstleistungen wieder, die pro Arbeitskraft in einer bestimmten Zeit hergestellt werden. Um die Arbeitsproduktivität zu berechnen, muss die Arbeitsleistung in einem bestimmten Raum einheitlich erfasst werden, unabhängig von der Stellung im Beruf, der Tätigkeit, der Arbeitszeit, der Dauer und Art des Arbeitsvertrags. Die gesamtwirtschaftliche durchschnittliche Arbeitsproduktivität ergibt sich aus der Arbeitsproduktivität der einzelnen Wirtschaftssektoren, die mit dem entsprechenden Anteil der sektoralen Arbeitsmenge gewichtet wird. Sie ist die gebräuchlichste Maßzahl für die gesamtwirtschaftliche Produktivität und wird gemessen als Verhältnis des realen BIP zu Marktpreisen und der Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt der betrachteten Periode.

Im Zeitraum 1980-93 blieb das Wachstum der Produktivität Südtirols hinter den Werten Italiens zurück. Die Lohnkosten entwickelten sich dagegen weitgehend parallel, weil die Löhne in den nationalen Kollektivverträgen vorgegeben sind. Dennoch stieg die Beschäftigung in Südtirol stärker an bzw. hielt sich auf hohem Niveau mit minimaler Arbeitslosigkeit. Dies führte insgesamt zu einem verhältnismäßig starken Anstieg der Lohnstückkosten in Südtirol, was einen Wettbewerbsnachteil mit sich bringen kann, wenn nicht die Produktivität mittelfristig erhöht wird.

Für die Wettbewerbssituation einer Wirtschaft sind neben den Lohnstückkosten eine Reihe weiterer Faktoren maßgeblich, wie z.B. das Ausbildungssystem, die Infrastrukturen und Subventionen, die Nähe zum Absatzgebiet usw. Wie kann die Produktivität gefördert werden? Wenn die Arbeitskräfte mit mehr und leistungsfähigeren Maschinen und Anlagen ausgestattet werden, wird mehr und zu geringeren Kosten produziert. Entscheidend ist allerdings die Qualität der Investitionen, die ein gleichzeitiges Mitwachsen des Ausbildungsstandes der Arbeitnehmer („Humankapital“) bedingt. Hier bestehen auf dem Südtiroler Arbeitsmarkt noch Engpässe, denn Investitionen in die Ausbildung brauchen längere Zeiten (vgl. zur Innovationsfreudigkeit auch Kap. 2.7).

**ZUSAMMENFASSUNG:**

1. Arbeitnehmer und Gewerkschaften orientieren sich bei Lohnforderungen maßgeblich an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den jeweiligen Branchen und Unternehmen.
2. Die Produktivität liegt in Südtirol bei den marktbestimmten Dienstleistungen relativ hoch, in der Industrie relativ zu anderen Regionen niedrig, und das trotz einer durchschnittlich höheren Investitionsquote in Südtirol.
3. In verschiedenen Branchen hat die relativ hohe Investitionsquote nicht zu einem entsprechenden Zuwachs an Produktivität geführt. Diese hat mit der Lohnentwicklung nicht immer Schritt gehalten, was die Lohnstückkosten erhöht hat. Diese haben sich in Südtirol bei der Sachgüterproduktion und den marktbestimmten Dienstleistungen bis 1997 günstiger entwickelt als bei den nicht marktbestimmten Dienstleistungen.
4. Für die Wettbewerbssituation sind neben den Lohnstückkosten eine Reihe weiterer Faktoren maßgeblich (Ausbildungssystem und -stand, Infrastrukturen, Subventionen, Nähe zum Absatzgebiet usw.).

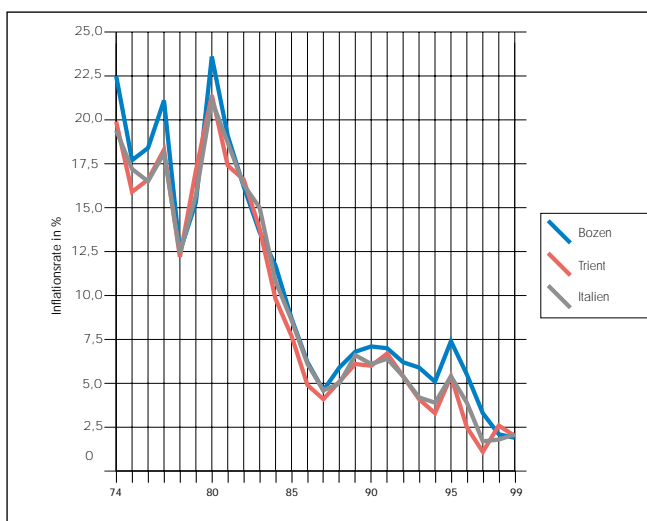
*Zur Vertiefung:*

- AFI-IPL, Funktionale Einkommensverteilung und Entwicklung der Lohneinkommen in Südtirol 1980-1993, Dokumentation Nr. 5, Bozen 1997

## 2.6 Der EURO kommt: ist die Inflation für immer gebannt?

*Inflation ist die anhaltende Abnahme des Geldwertes bzw. Zunahme des Preisniveaus auf Güter- und Faktormärkten. Während sich die Inflation seit Einführung des EURO in den 12 EURO-Ländern auf relativ geringe Werte innerhalb einer engen Bandbreite eingependelt hat, waren die Preissteigerungen in Italien in den Jahrzehnten davor mit an der Spitze der nationalen Inflationsraten in Europa. In Bozen lagen die Werte zudem noch etwas höher als im gesamtstaatlichen Durchschnitt. Erst Ende 1999 hat sich die Inflation in Bozen auf den gesamtstaatlichen Wert eingependelt und lag 2000 zeitweise sogar darunter.*

**Tab. 23 - Die Inflationsrate Bozen-Trient-Italien  
1974-1999**

**Das Stichwort: der Verbraucherpreisindex**

Als Indikator für die Abnahme des Geldwertes infolge der Inflation werden verschiedene Preisindizes verwendet. Man unterscheidet vor allem den Preisindex fürs BIP, für die Lebenshaltung und für die Erzeugerpreise industrieller Produkte. Die Entwicklung zentraler wirtschaftlicher Größen muss um die Preissteigerungen bereinigt werden, um die tatsächlichen Quantitäten zu erfassen. Je nachdem, ob preisbereinigt oder nicht, spricht man von realen oder nominalen Werten. Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Veränderung der Preise einer Vielzahl von Produkten, die den sog. Warenkorb zusammensetzen. Die Warenkörbe unterscheiden sich nach Art der Haushalte und nach geografischer Lage.

Quelle: ASTAT-Jahrbuch 1999



Was in Südtirol vor 20 Jahren 1.000 Lire kostete, muss heute mit 4.137 Lire bezahlt werden. Welche Faktoren verursachen Inflation? In historischen Inflationsprozessen, wie etwa jenem Italiens in den 70er und 80er Jahren, traten mehrere Faktoren gemeinsam auf:

a) **Nachfrageseitige Faktoren** bestehen aus einem Überhang an monetärer Nachfrage, ausgelöst durch überhöhte, defizitfinanzierte Staatsausgaben oder durch den Zufluss ausländischer Kaufkraft.

b) **Angebotsseitige Faktoren** werden durch Kostensteigerungen (z.B. die Steuern, Sozialabgaben und Löhne) ausgelöst, die die Unternehmen veranlassen, die Preise zu erhöhen. Von importierter Inflation spricht man z.B. bei der Verteuerung wichtiger Importprodukte wie dem Erdöl.

Beide Faktoren sind miteinander verknüpft. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer z.B. bringt eine Kostensteigerung mit sich, erlaubt aber auch höhere Staatsausgaben, die nachfragewirksam sind.

Die Inflation hat dann einen größeren Nährboden, wenn die staatliche Geldpolitik mitspielt und die Geldmenge entsprechend vermehrt. Sie hat nicht nur gravierende Auswirkungen auf das Wachstum und die Währungsstabilität, sondern auch auf die Einkommensverteilung. Die Inflation benachteiligt nämlich alle Einkommen, die kontraktbestimmt, also längerfristig festgelegt sind, wie z.B. die Löhne und die Renten. Auch die frühere laufende Anpassung der Löhne an die Inflationsrate (mittels der „gleitenden Lohnskala“) konnte den Kaufkraftverlust der Lohn- und Rentenempfänger nicht ganz ausgleichen.

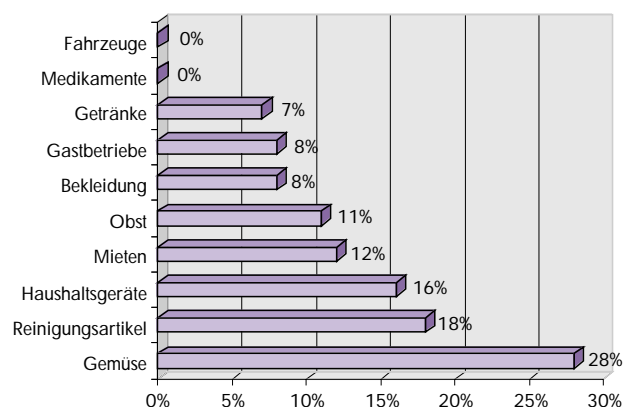
Sachvermögen wird von der Inflation geringer getroffen als Geldvermögen. Gläubiger werden gegenüber den Schuldner begünstigt. Kleinsparer z.B. erleiden Verluste, da die Inflationsrate die Zinsgewinne aushöhlt. Inflation führt auch zu Kapitalflucht und Währungsabwertung, wie aus der italienischen Erfahrung ersichtlich geworden ist, und das wiederum zu chronischen Leistungsbilanzdefiziten.

Inzwischen nähert sich die Inflationsrate in Südtirol zwar dem EU-Niveau an, doch geht die Umverteilungswirkung, die Reduzierung von Geld- und Sparvermögen in Arbeitnehmerhand und der Kaufkraftverlust der Löhne und Renten weiter. Diese Verluste summieren sich über die Zeit und führen insgesamt zu einem Rückgang der Lohnquote. Schließlich bedeutet eine höhere Inflations-

rate auch einen Unsicherheitsfaktor, der die Sparer vom Sparen und Investoren vom Investieren abhält.

Die in einer bestimmten Stadt erhobene Inflationsrate muss nicht unbedingt mit jener anderer Städte vergleichbar sein. Die Teuerungsrate allein ist kein verlässlicher Indikator für höhere Lebenshaltungskosten. Zu diesem Zweck muss man vielmehr auch die Höhe der Preise vergleichbarer Güter und Dienstleistungen vergleichen. Eine Untersuchung der Handelskammer hat ergeben, dass Bozens Preisniveau um 5-7% über dem durchschnittlichen Preisniveau italienischer Städte liegt. Die laufend höhere Inflationsrate hat sich über die Jahre hinweg akkumuliert. Vor allem bei den Mieten und bei den Wohnungspreisen liegt Südtirol auf überdurchschnittlichem Niveau: während in Norditaliens Städten im Durchschnitt 9.090 Lire pro Quadratmeter an Miete bezahlt wird, sind es in Südtirol 10.633 Lire. Werden in Nord- und Mittelitalien 2-5 Mio. Lire für den Quadratmeter an Wohnungspreis bezahlt, so wird in Bozen dieser Wert deutlich überschritten.

**Tab. 24 - Unterschiede im Preisniveau Bozen-Italien - 1995 (Quelle: AFI-IPL, Inflation und Kaufkraft in Südtirol, 1998)**



Was kann zu dem relativ höheren Preisniveau in Bozen geführt haben?

- Die höheren öffentlichen Ausgaben. Die Staatsquote (siehe Kap. 2.9, Öffentliche Einnahmen) liegt bei über 50% des Südtiroler BIP und erzeugt direkt und indirekt eine stärkere Nachfrage.

- Das Marktversagen im Wohnungs- und Mietbereich übt Druck auf das Preisniveau aus.
- Die Vollbeschäftigung bewirkt ein hohes Konsumniveau.
- Preistreibend wirkt die starke Nachfrage durch kaufkräftige Touristen.
- Die im italienischen Vergleich starke Nachfrage nach ausländischen Gütern und Dienstleistungen bewirkt einen höheren Importanteil (teurere Güter), der sich auf andere Preise auswirkt.
- Die Handelsstruktur im Lande - vergleichsweise wenig Großmärkte, viele Detailgeschäfte, relativ geringere Produktivität - führt zu insgesamt höheren Preisen.



Die Gewerkschaften haben zur Bekämpfung der Inflation immer wieder Vorschläge und Forderungen vorgebracht, die sich auf vier Kernbereiche konzentrieren:

1. **Eine antiinflationäre Gesamtstrategie in Form konzertierter wirtschaftspolitischer Aktionen. Die Gewerkschaften haben den Unternehmern und der Landesregierung eine Zusammenarbeit im Geiste der Sozialpartnerschaft angeboten.**
2. **Die Verantwortung der Landesregierung, der eine Reihe von Instrumenten zur Inflationsdämpfung zur Verfügung stehen, wie z.B.: keine überdurchschnittlichen Preissteigerungen bei Ankäufen tolerieren; die Wirtschaftsförderung an mehr Preisdisziplin knüpfen; Gebührensteigerungen nicht über der programmierten Inflationsrate vornehmen.**
3. **Die Öffnung des Wohnungs- und Mietmarktes: dem Marktversagen auf diesem Sektor muss mit strukturellen Reformen (Bauleitpläne, Bedarfserhebungen) und begleitenden Maßnahmen begegnet werden.**
4. **Zuverlässige und gültige Analysen über die Entwicklung der Inflation und des Preisniveaus sind vonnöten. Die Datenerhebung darf nicht nur in der Gemeinde Bozen erfolgen, sondern auf ganz Südtirol ausgeweitet werden, die Gewichtung der Ergebnisse muss nach der Bevölkerungszahl erfolgen und der Warenkorb muss laufend angepasst werden.**

*Zur Vertiefung:*

- AFI-IPL, Inflation und Kaufkraft in Südtirol, Dokumentation Nr. 9, Bozen 1998
- AFI-IPL, Die Inflation in Südtirol - Ursachen, Lösungsansätze, Positionen, Dokumentation Nr. 1, Bozen 1996

## 2.7 Die Südtiroler Industrie - Ein untypischer Werdegang

*Südtirols Industrie ist vergleichsweise jung. Sie unterscheidet sich von anderen Industrieregionen Oberitaliens, hat aber auch einen anderen Entwicklungsverlauf genommen als jene in Nordtirol. Ein industrieller Entwicklungsschub fand in den 20er und 30er Jahren mit der forcierten Industrialisierungspolitik des faschistischen Regimes statt, das Betriebe losgelöst vom sozialen und wirtschaftlichen Kontext in einigen wenigen Standorten Südtirols ansiedelte.*

Seit Mitte der 50er Jahre entstanden dann nach und nach einige Industriezentren in verschiedenen Mittelpunkorten: Leifers, Meran-Lana, Brixen-Vahrn, Sterzing und Bruneck. Heute sind in allen größeren Orten Gewerbegebiete eingerichtet wor-

den, die Industriebetrieben Platz bieten. Die Alterstruktur der Industriebetriebe zeichnet den Entwicklungsgang der Südtiroler Industrie deutlich nach. Aus der Zeit vor 1979 stammen ganze 218 Industriebetriebe mit damals 19.313 Beschäftigten.

Tab. 25 - Die Entwicklung der Südtiroler Industrie 1800-1979

	BETRIEBE		BESCHÄFTIGTE		DURCHSCHNITT
	ABSOLUT	IN %	ABSOLUT	IN %	BESCH. ZAHL
1800-1918	11	5	1.214	6	110
1919-1945	17	8	7.172	37	421
1946-1954	9	4	705	4	78
1955-1971	100	46	6.841	35	68
1971-1979	81	37	3.381	18	41
Insgesamt	218	100	19.313	100	886

Quelle: Albin Pixner, *Die Industrie in Südtirol, Innsbruck 1983*

Heute zählt die Industrie i.e.S. (ohne das Handwerk) rund 1.700 Betriebe mit 28.000 Beschäftigten, was 13% der insgesamt Beschäftigten entspricht. 93,9% sind als Kleinbetriebe mit höchstens 50 Beschäftigten einzustufen. Lediglich 88 Unternehmen sind Mittelbetriebe (51-250 Beschäftigte) und 15 sind Großbetriebe (über 250 Beschäftigte). Der Schwerpunkt der industriellen Beschäftigungsdynamik ist seit 1990 von den Kleinstunternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten getragen worden, während die Großunternehmen eine rückläufige Entwicklung aufzeigten. Im Schnitt haben Südtirols Industriebetriebe nur 19 Beschäftigte.

Mehr als 33% der Industrie-Beschäftigten arbeiten in Unternehmen mit über 250 Beschäftigten. Am höchsten ist der Beschäftigtenanteil der „Großbetriebe“ in der Metallverarbeitung, im Fahrzeug- und Maschinenbau und im Bereich Chemie- und Kunststoffe. Höhere Anteile mittelgroßer Betriebe mit 50 bis 249 Beschäftigten finden sich vor allem in den Branchen Textil und Bekleidung, Nahrungsmittel und Getränke. In jüngster Zeit ist die Industriebeschäftigung in Südtirol insgesamt stabil. Aufgrund des Unterscheidungskriteriums der

Betriebsgröße kann man die Südtiroler Industrie grundsätzlich in zwei große Blöcke gliedern: auf der einen Seite die Großindustrie mit etwa einigen Dutzend Betrieben, die sich vornehmlich in den großen Siedlungszentren des Landes befinden (der Raum Bozen und Bruneck), auf der anderen eine Fülle von Kleinbetrieben, die ziemlich gleichmäßig übers Land verteilt sind. Der Grund für diese Zweiteilung liegt in der geschichtlichen Entwick-

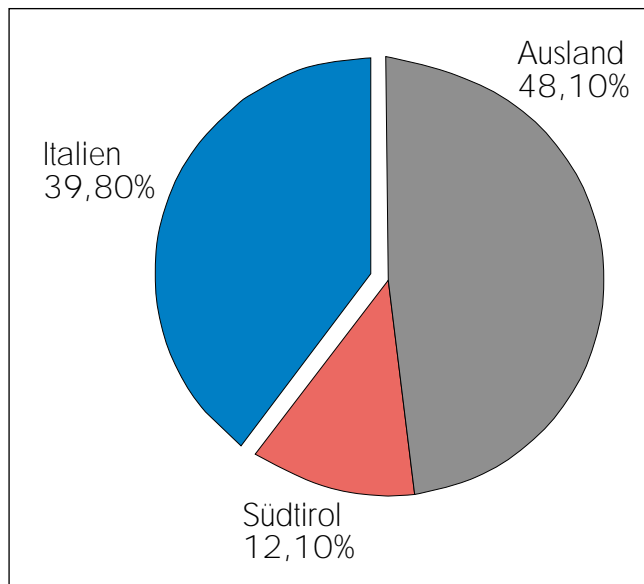
### Das Stichwort: Innovationen

Innovationen bezeichnen allgemein sowohl technologische als auch organisatorische Neuerungen. Dabei handelt es sich um Produktinnovationen in Form verbesserter Produkte oder um Prozessinnovationen. Hinzu kommen organisatorische Neuerungen in den Betrieben, nämlich Änderungen der Produktions- und Arbeitsorganisation. Die verschiedenen Formen der Innovation hängen ursächlich zusammen: z.B. bringen neue Maschinen und Anlagen oft Änderungen in der Arbeitsorganisation mit sich. Durch ihre Wirkung auf Produktivität und Absatz sind Innovationen notwendige Bedingungen für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit.

lung: einige der Großbetriebe der Bozner Industriezone sind in den 20er und 30er Jahren aus politischen Gründen aufgebaut worden; andere Großbetriebe sind Zweigbetriebe multinationaler Konzerne (Birfield, Hoppe, MEMC, Electrisola), die sich aus Gründen der Investitionsstreuung in den 60er und 70er Jahren hier niedergelassen haben. Dazu gibt es noch eine Reihe bodenständiger Unternehmen, die sich nach und nach organisch zu Großbetrieben entwickelt haben (Forst, Zuegg, Leitner, Durst, Longo, Finstral, Gasser Speck, Senfter u.a.).

Die Industrie, die den größeren Anteil ihrer Produktion ins Ausland exportiert, gehört zu den Südtiroler Wirtschaftsbereichen mit der höchsten Produktivität. Insgesamt trägt die Industrie 26,4% zur Südtiroler Wertschöpfung bei (1997), ohne das Baugewerbe 18,7%. Allerdings ist der Technologiegehalt im Vergleich zum OECD-Durchschnitt eher niedrig, wenn auch steigend.

**Tab. 26 - Umsatzanteile nach Absatzgebieten in der Industrie - 1997**

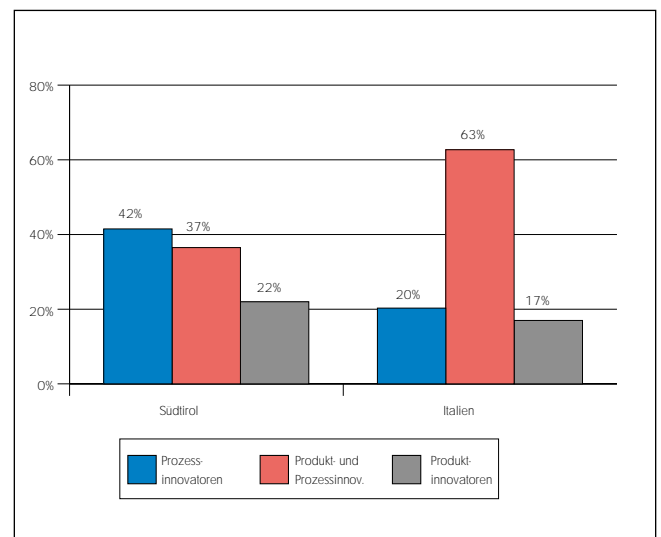


Quelle: WIFO, Struktur der Industrie, 1999

Eine ausgesprochene Branchenvielfalt prägt die Südtiroler Industrie, wobei die wichtigsten Branchen gemessen an der Beschäftigung das Baugewerbe, die Holzverarbeitung und die Möbelindustrie sind, gefolgt vom Fahrzeug- und Maschinenbau sowie der Metallverarbeitung.

Die Stärke der Südtiroler Industrie liegt in der breiten Grundausbildung in Kernkompetenzen, der Außenorientierung und der zentralen Lage in Mitteleuropa. Als Standortvorteil für Südtirols Industrie wird überdies das Lohnniveau, die Berufsausbildungskultur und der im Vergleich zu Italien geringere Grad an gewerkschaftlicher Organisation betrachtet. Außerdem werden die Subventionen, der Stellenwert der Tradition und der soziale Friede als Vorteile gewertet. Als negative Standortfaktoren oder „Engpässe“ werden von den Unternehmen - neben dem Facharbeitermangel - die eingeschränkte Verfügbarkeit von Gewerbegrund, das Fehlen von Forschungseinrichtungen und die Steuerbelastung ausgemacht.

**Tab. 27 - Die Verteilung der Betriebe nach Innovationstyp - 1998**



Quelle: WIFO, Struktur der Industrie, 1999

Ein entscheidender Faktor in der Wettbewerbsfähigkeit der Südtiroler Industrie ist die Innovationsfähigkeit. Laut einer AFI-Studie sind 43% der Südtiroler Industrieunternehmen innovativ, d.h. sie bringen jedes Jahr neue Produkte auf den Markt oder verbessern ihre Produktionsprozesse. Der Mangel an Facharbeitern wird als Innovationsbarriere angegeben, aber es fehlt auch an Kooperations- und Ausbildungsbereitschaft. Großbetriebe finden in Südtirol zuwenig Zulieferer und hochqualifizierte Dienstleister. Mehr als 80% der Unternehmen haben Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung, vor allem bei Stellen für Facharbeiter. Produktinnovationen sind in der Regel beschäfti-

gungswirksam, während die Prozessinnovationen eher einen Rationalisierungsdruck erzeugen.

Als Ansatzpunkte zur Verbesserung der Innovation werden genannt: der Ausbau der externen Anbindung an andere Unternehmen; die Entwicklung des regionalen Umfeldes im Sinne der Vernetzung untereinander und der Ausbau der beruflichen Weiterbildung in Zusammenarbeit mit lokalen Forschungsinstituten.

Das Land ist in Südtirol für die Industriepolitik zuständig, deren Aufgabe nicht nur in verschiedenen Investitionshilfen, sondern auch in der Aus- und

Weiterbildung zwecks Innovationsförderung besteht. Bei den Großbetrieben spielen Kostenüberlegungen eine geringere Rolle als vielmehr die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Mitarbeitern für Forschung und Dienstleistungen. Kleine Betriebe brauchen mehr Kooperation, eine verbesserte Beratung und Technologietransfer. Laut ISTAT erreichten 1999 die Südtiroler Ausgaben für Forschung und Entwicklung anteilmäßig nur ein Drittel des entsprechenden Durchschnittswertes für ganz Italien. Im Jahr 2000 wird die Industrie mit 100 Mrd. Lire gefördert, wobei innovative Investitionsvorhaben ein wichtiges Kriterium darstellen (vgl. Kapitel 2.8).



#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Südtirols Industrie i.e.S. (ohne das Handwerk) zählt rund 1.700 Betriebe mit 28.000 Beschäftigten, was 13% der insgesamt Beschäftigten entspricht. Im Schnitt haben die Unternehmen nur 19 Beschäftigte. 87% dieser Betriebe sind seit 1980 entstanden.
2. Die Industrie, die 48,1% ihrer Produktion im Ausland und 39,8% im restlichen Italien absetzt, gehört zu den Südtiroler Wirtschaftszweigen mit der höchsten Produktivität.
3. 43% der Südtiroler Industrieunternehmen sind als innovativ zu betrachten, d.h. sie entwickeln jedes Jahr neue Produkte oder verbessern ihre Produktionsprozesse, doch bremst der Mangel an Facharbeitern und Forschungseinrichtungen die Innovationsfreudigkeit.

#### Zur Vertiefung:

- WIFO, Struktur der Südtiroler Industrie, Bozen 1999
- Albin Pixner, Industrie in Südtirol, Innsbruck 1983
- AFI-IPL, Industriestandort Südtirol, Dokumentation Nr. 13, Bozen 1999
- WIFO, Wirtschaftsstandort Südtirol, Bozen 1997

## 2.8 Subventionen: zielgenau oder bloße „Gießkanne“?

*Ein Zehntel der Ausgaben des Landeshaushalts 2000, nämlich über 700 Mrd. Lire ((1999 noch 9%), kommen der Wirtschaftsförderung einschließlich des Transportwesens zugute. 1997 erhielt im Schnitt jedes Südtiroler Unternehmen 13,05 Millionen an Beiträgen vom Land. Einschränkend wirkt die EU-Gesetzgebung, die Wettbewerbsverzerrungen über die Subventionierung verhindern will. Während in der Agrarpolitik mit Subventionen auch soziale und ökologische Ziele verfolgt und von der EU erlaubt werden, wird in den meisten anderen Sektoren mehr nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen. Ist die Wirtschaftsförderung, zusammengefasst im Landesgesetz Nr.4 von 1997, zur „Sicherung des Standorts Südtirol“ in diesem Umfang überhaupt nötig?*

In der Landwirtschaft erreicht das Subventionsniveau 30% der gesamten Wertschöpfung, aber ohne diese massive Hilfe wären viele Kleinbauern, vor allem am Berg, zum Aufgeben gezwungen. Allerdings wird zunehmend kritisiert, dass diese Beiträge zu sehr nach dem Gießkannenprinzip vergeben werden und sich nicht auf die bedürftigsten Betriebe konzentrieren.

Im Handel, Handwerk und Tourismus werden zunehmend Marketingtätigkeiten gefördert. Subventionen ins Transportwesen verfolgen zum Teil den Zweck der Aufrechterhaltung des öffentlichen Personentransports zu erschwinglichen Tarifen für die ganze Bevölkerung, zum Teil die Modernisierung des weitverzweigten Systems der Aufstiegsanlagen. Auch in diesen Bereichen wird flächendeckend und umfassend gefördert, wobei man meist von allgemeinen Investitionshilfen sprechen kann.

**Tab. 28 - Beiträge des Landes an die Wirtschaft 1998-2000 (Beträge (Kompetenz) in Mio. Lire; nicht enthalten: Transportwesen, Rotationsfonds, Genossenschaften)**

	1998	1999	2000
Handel u. Dienstleistungen	43.000	41.100	41.450
Industrie	102.941	88.205	89.400
Handwerk	106.031	101.138	100.500
Fremdenverkehr	42.028	65.377	65.710
Land- u. Forstwirtschaft	283.307	276.733	277.500
Insgesamt	577.307	572.553	574.560

*Quelle: Haushalte der Autonomen Provinz Bozen*

Bei der Industrie als dem am stärksten auf nationale und ausländische Märkte hin orientierten Sektor, trifft die Subventionierung durch das Land auf die kritische Kontrolle durch die EU. Laut L.G. Nr. 4/1997 können Beiträge an die privaten Unternehmen für allgemeine Investitionen, Umweltschutz, Forschung und Entwicklung, Beratung,

Ausbildung und Technologietransfer, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Internationalisierung vergeben werden. Das Land kann sich auch selbst bis zu 34% an Kapitalgesellschaften beteiligen. Kommissionen zur Begutachtung der Anträge sind abgeschafft worden, Arbeitnehmervertreter können hier nirgendwo mitreden. Die Abwesenheit von strengen und präzisen Kriterien führt zu einer hohen Ermessensfreiheit der Verwalter.

Bei der Subventionierung der privaten Unternehmen stellen sich aus Gewerkschaftssicht vier wichtige Fragen:

1. Inwiefern ist eine massive Subventionierung der privaten Unternehmen und vor allem der nicht dem auswärtigen Wettbewerb ausgesetzten Betriebe bei Vollbeschäftigung noch sinnvoll? Warum entscheidet nicht der Markt über die Rentabilität eines Unternehmens oder einer Branche?
2. Erreichen die Subventionen tatsächlich im Einzelfall und bezogen auf einzelne Sektoren ihren Zweck, haben sie also die vorgegebene Wirksamkeit oder werden vor allem Investitionen und Betriebsausgaben gefördert, die ohnehin vorgenommen worden wären (der sog. Mitnahmeeffekt)?
3. Sollen eher die auf dem Markt schwächeren Unternehmen unterstützt werden, um Arbeitsplätze zu sichern, oder die Wettbewerbsfähigkeit der Starken „belohnt“ werden, um langfristig leistungsfähige Unternehmen zu gewährleisten?
4. Inwiefern werden Subventionen auch an die Sicherheit und Qualität der Arbeit und der Arbeitsplätze geknüpft und wie können die betroffenen Arbeitnehmer dies überprüfen?

Diese allgemeinen Aspekte müssen gerade in Zeiten sinkender Verteilungsspielräume in genaue und nachprüfbar Kriterien gefasst werden, um eine möglichst hohe Objektivität und Zielgerechtigkeit der Subventionsvergabe zu gewährleisten.

## Die Betriebsgrößen: klein ist nicht immer fein

Tab. 29 - Die Betriebsgrößen in Südtirol - 1996

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN	UNTERNEHMEN			ARBEITSSTÄTTEN	
	INSGESAMT	DAVON HANDWERKS- BETRIEBE		DER UNTERNEHMEN INSGESAMT	
		ABSOLUT	IN%	ABSOLUT	BESCHÄFT.
1	12.971	3.169	24,4	14.274	14.274
2	6.529	2.287	35,0	7.142	14.284
3 bis 5	7.713	2.743	35,6	8.242	30.364
6 bis 9	2.790	1.015	36,4	2.989	21.284
10 bis 19	1.630	448	29,9	1.744	22.872
20 bis 49	587	52	8,9	658	18.923
50 - 99	118			130	8.799
100 - 199	47			50	6.706
200 - 499	23			24	6.888
>500	13			8	5.284
<b>Insgesamt</b>	<b>32.418</b>	<b>9.144</b>	<b>28,2</b>	<b>35.261</b>	<b>149.678</b>

Quelle: Jahrbuch ASTAT 1999, Arbeitsstättenzählung

### Das Stichwort: Betriebsgröße und gewerkschaftliche Vertretung

103.000 Beschäftigte arbeiten in Betrieben mit höchstens 19 Beschäftigten, also in Kleinbetrieben. Dies hat für viele Arbeitnehmer zwar den Vorteil der Überschaubarkeit der Arbeitsbereiche, des größeren Zusammengehörigkeitsgefühls und der Identifikation mit dem Betrieb. Andererseits geht der Kleinbetrieb oft mit paternalistischen Strukturen und geringen Möglichkeiten der Interessenvertretung der Arbeitnehmer einher. Die gewerkschaftliche Betätigung ist in diesen Betrieben nur eingeschränkt möglich. 28,2% der Südtiroler Betriebe sind Handwerksbetriebe, die fast ausschließlich weni-

ger als 20 Beschäftigte haben. Im Handel und Gastgewerbe reduziert sich die durchschnittliche Beschäftigtenzahl auf 3,5. Die geringe Größe ist für Unternehmen ein Vorteil, da sie eine geringe Krisenanfälligkeit und größere Anpassungsfähigkeit an Marktentwicklungen mit sich bringt. Für die Rechte der Arbeitnehmer muss die kleinbetriebliche Struktur nicht immer von Vorteil sein. So z.B. knüpft das Recht auf die Wahl von Betriebsräten (EGV) an das Vorhandensein von mindestens 16 abhängig Beschäftigten. Das Recht auf Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung setzt ebenso mindestens 16 Beschäftigte voraus. Sicherheitskoordinatoren müssen erst bei Betrieben mit mindestens 15 Beschäftigten eingesetzt werden.

Die Modernisierung der Unternehmen, die Förderung von Forschung und betrieblicher Weiterbildung und die Förderung des Absatzes Südtiroler Produkte im Ausland mag im Sinne der Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Südtiroler Wirtschaft legitim sein. Verläuft die Subventionierung aber primär nach dem Gießkannensystem, ergibt sich daraus vor allem eine Umverteilungswirkung zugunsten der Unternehmer im allgemeinen, während arbeitnehmerorientierte Kriterien unbedacht bleiben: eine ausgewogenere Branchenstruktur, die Förderung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze, die Reduzierung der Unfall- und Gesundheitsrisiken, die Ökologisierung der Arbeitswelt und der betriebliche Umweltschutz, die Innovationsfreudigkeit, der Ausbau der Weiterbildung und der betrieblichen Mitspracherechte. Die Gewerkschaften bemühen sich, in die Subventionspraxis des Landes mehr Transparenz zu bringen und fordern einen ausführlichen „Subventionsbericht“, der über Effizienz und Zielgerechtigkeit des Mitteleinsatzes Aufschluss geben soll.

### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Rund 10% (700 Mrd. Lire) des Südtiroler Landeshaushalts 2000 kommen der Wirtschaftsförderung zugute, wovon nur ein geringerer Teil mit ausgesprochen sozialen oder ökologischen Zwecken motiviert wird. Aber auch die wirtschaftspolitischen Maßstäbe sind nicht offenkundig.
2. Die Subventionspraxis des Landes ist durch einen deutlichen Mangel an überprüfbaren und meßbaren Vergabekriterien und Transparenz der Vergabep Praxis gekennzeichnet. Arbeitnehmer der betroffenen Unternehmen haben keine Informationsrechte.
3. Eine Subventionierung der privaten Unternehmen nach dem Gießkannensystem, wie in einigen Sektoren bisher gängig, bringt im wesentlichen eine Umverteilungswirkung zugunsten der Unternehmer, interregionale Wettbewerbsverzerrungen und eine wachsende Abhängigkeit der Betriebe von öffentlichen Geldern mit sich.
4. Arbeitnehmerorientierte Kriterien könnten sein: die Schaffung einer ausgewogeneren Branchenstruktur, die Förderung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze, die Reduzierung der Unfall- und Gesundheitsrisiken, die Ökologisierung der Arbeitswelt, den Ausbau betrieblichen Mitspracherechte und Weiterbildung, die Förderung strukturschwacher Gebiete mit Arbeitsplatzmangel, die Innovationsfreudigkeit.

## 2.9 Die öffentlichen Finanzen - Die Einnahmen

*Die öffentlichen Einnahmen in Südtirol stammen aus Steuern, Gebühren und Beiträgen. Gebühren werden in der Regel für Leistungen öffentlicher Stellen oder Betriebe erhoben, Beiträge für individuelle Positionen, also z.B. für die Alters- und Unfallversicherung. Die Steuern fließen als Staatssteuern ohne Zweckbindung ans Finanzamt, aber gut 90% des vom Staat eingehobenen Südtiroler Steueraufkommens werden ans Land, an die Region und andere Lokalkörperschaften „zurücküberwiesen“. Nur rund 11% der Einnahmen der lokalen Körperschaften stammen aus eigenen Steuern und Gebühren, wie z.B. aus der Gewerbesteuer IRAP oder der Autosteuer.*

Die meisten Lokalkörperschaften finanzieren sich durch Zuweisungen vom Land, das seinerseits nahezu 80% seiner Einnahmen vom Staat zugewiesen erhält. Die staatliche Zuweisungen werden jährlich aufgrund fixer und variabler Anteile am staatlichen Steueraufkommen in Südtirol berechnet. Nur die Gewerbesteuer IRAP und die Autosteuer sowie einige Zuschläge zu Gebühren fließen direkt in den Landeshaushalt. Deren Steuersätze können mit geringem Spielraum selbst festgesetzt werden. Das Land hat zwar weitgehende Freiheit in der Gestaltung der Ausgaben, aber keine legislative Befugnis auf dem Sachgebiet „Steuerpolitik“, weshalb man nicht von Finanzhoheit sprechen kann. Auf Gemeindeebene werden ebenfalls kleinere Steuern (z.B. die Gemeindeimmobiliensteuer) und Gebühren (z.B. für die Gas- und Wasserversorgung) eingehoben.

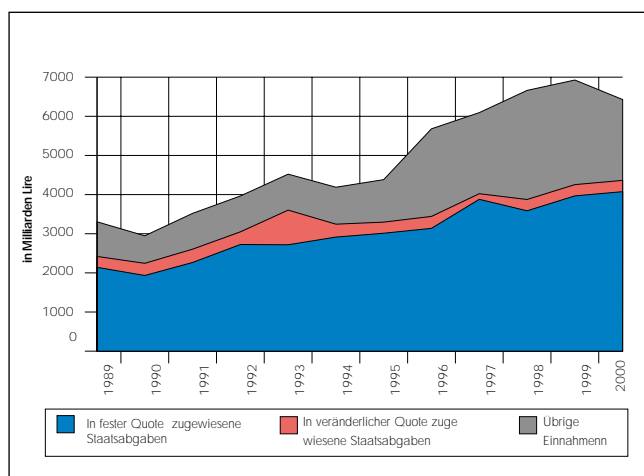
Wie setzt sich das Steueraufkommen in Südtirol zusammen? Welche Steuern sind die ergiebigsten und welche sozialen Gruppen bzw. welche wirtschaftlichen Tätigkeiten werden relativ stärker belas-

tet? Wieviel des Südtiroler BIP fließt durch die „öffentlichen Hände“?

Das Steueraufkommen in Südtirol stammt jeweils rund zur Hälfte aus den direkten Steuern (IRPEF, IRPEG, ILOR, Kapitalertragssteuer und sonstige) und zur Hälfte aus den indirekten Steuern (IVA, Elektroenergiesteuer, Mineralölsteuer, sonstige). Innerhalb der direkten Steuern umfassen allein die Einkommenssteuern auf die natürlichen Personen gut 80% des Aufkommens. Die Einkommenssteuer wird, laut gesamtstaatlichen Analysen, mehrheitlich von Arbeitnehmern aufgebracht. Die indirekten Steuern werden primär von den Konsumenten der besteuerten Güter getragen: sie bewirken kaum eine Umverteilung hin zu einkommensschwächeren Gruppen. Kaum erfasst wird das Ausmaß der Steuerhinterziehung. Arbeitnehmer haben in Bezug auf die Lohneinkommen kaum Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung, da ihre Steuern an der Quelle, also vom Arbeitgeber, einbehalten werden.

Die Steuerarten wirken in verschiedener Weise auf die personelle Einkommensverteilung. Während die Einkommenssteuer über die Steuerprogression bei höheren Einkommen mehr abschöpft und tendenziell Einkommen von den Besser- zu den Geringer-

Tab. 30 - Die Einnahmen des Landes 1985-2000



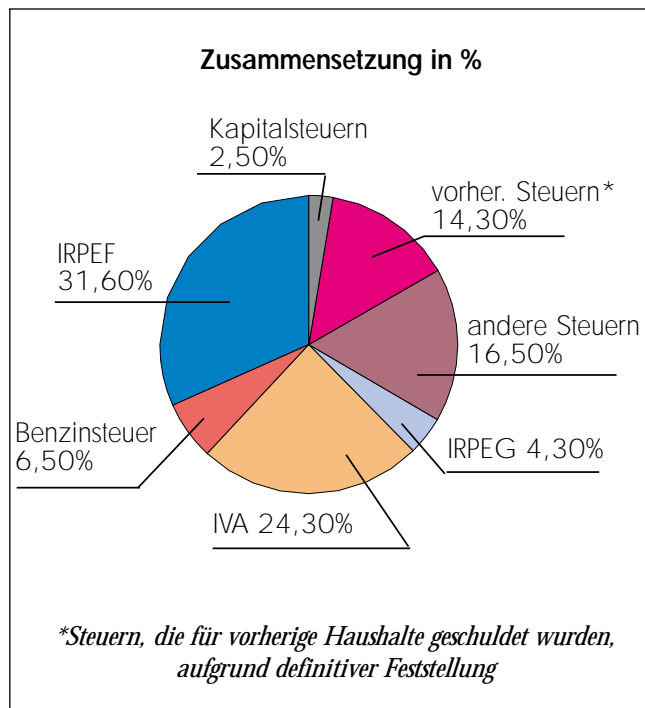
Quelle: AFI-IPL, Die Finanzen der Aut. Provinz Bozen, 1999

### Das Stichwort: der konsolidierte öffentliche Haushalt

Um einen umfassenden Überblick über die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften zu vermitteln, werden die Einnahmen und Ausgaben aller örtlichen und zentralen Körperschaften vielfältig strukturiert wiedergegeben. Wenn die Einnahmen und Ausgaben mehrerer Körperschaften zusammengefasst werden, müssen die untereinander gewährten Beiträge und Überweisungen konsolidiert werden, um Doppelzählungen zu vermeiden. Diese Konsolidierung kann erst auf der Grundlage der Kassenbeträge, also der tatsächlich eingenommenen und verausgabten Beträge, erstellt werden.



**Tab. 30a - Zusammensetzung der vom Staat in fixer Quote überwiesenen Steuern 1998**  
(Quelle: Aut. Provinz Bozen, Erläuternde Bemerkungen zur allgemeinen Rechnungslegung 1998, Bozen 2000)



verdienenden umverteilt, wirkt die Mehrwertsteuer regressiv, da die Wohlhabenden anteilmäßig weniger für Konsumgüter ausgeben als die Geringverdienenden. Die IRAP, eine Art Gewerbesteuer, die 1997 eine Reihe von anderen Steuern ersetzt hat, hat insgesamt die Unternehmen entlastet. Die eigenen Abgaben des Landes, vor allem gespeist von der IRAP (Aufkommen 2000: 525 Mrd.), erreichen im Haushaltsjahr 2000 725 Milliarden, also rund 10% der Gesamteinnahmen.

Die in Südtirol getätigten öffentlichen Ausgaben stammen aber nicht allein aus den hier gezahlten Steuern und Abgaben. Zwar verbleiben über 90% des lokalen Steueraufkommens den Südtiroler Lokalkörperschaften zur Verausgabung im Land. Aber insgesamt kommen hier mehr öffentliche Mittel zum Einsatz als an Steuern aufgebracht werden, und zwar aufgrund der Ausgaben, die der Staat selbst im Land tätigt. Müsste sich Südtirol auch an allen staatlichen Gemeinkosten (Regierungsfunktionen, Zinsen auf Staatsschuld usw.) beteiligen, wären die in Südtirol verfügbaren öffentlichen Mittel spürbar geringer. Südtirol ist bei den öffentlichen Haushalten ein „Nettoempfänger“ (vgl. auch das folgende Kap. 2.10).

**Tab. 31 - Die Einnahmen und Ausgaben des Staates in Südtirol 1990**

	IN MRD. LIRE	IN %	AUSGABEN	IN MRD. LIRE
<b>Indirekte Steuern</b>	<b>1.627</b>	<b>35</b>	Direkte Zuweisungen an Lokalkörperschaften	2.802
Davon: Mehrwertsteuer	840	18,1	Sozialleistungen (Renten etc.)	1.310
Energieproduktionssteuer	196	4,3	Direkte Ausgaben des Staates	552
Mineralölsteuer	318	6,8	<b>Insgesamt</b>	<b>4.664</b>
Sonstige indirekte Steuern	273	4,6	Anteilige Gemeinkosten	502
<b>Direkte Steuern</b>	<b>1.596</b>	<b>34,3</b>	Anteilige Zinsen auf die Staatsschuld	376
IRPEF (auch außerhalb der Prov.)	1.128	24,3	<b>Südtirolbezogene Ausgaben</b>	
IRPEG	80	1,7	<b>Insgesamt</b>	<b>5.542</b>
ILOR	151	3,2		
Kapitalertragssteuern	224	4,8		
Sonstige direkte Steuern	13	0,3		
Sozialbeiträge	1.428	30,7		
<b>Insgesamt</b>	<b>4.651</b>	<b>100</b>		

Quelle: WIFO, Steueraufkommen und öffentliche Ausgaben in Südtirol, Bozen, Mai 1994

Bei den Pflichtbeiträgen zu den verschiedenen Sozialversicherungen (INPS/NISE, Unfallversicherung INAIL, andere) ist das Verhältnis zum Staat umgekehrt. Südtiroler Versicherte zahlen - immer über den Arbeitgeber - mehr ein als Südtiroler Rentner und andere Berechtigte in Form von Renten und anderen Sozialversicherungsleistungen erhalten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in Südtirol ein

relativ hoher Anteil der Rentner nur die Mindestrente erhält. Aufgrund mangelnder Versicherung durch den Arbeitgeber, der saisonal schwankenden Beschäftigung und geringerer Löhne in der Vergangenheit reiften weit weniger Rentenansprüche an, als heute bei besserer Wirtschaftslage und Versicherungsmoral an Sozialversicherungsbeiträgen eingezahlt wird (vgl. Kapitel 4.4).

Die Steuerungsmöglichkeiten der Einnahmen durch Südtiroler Instanzen sind sehr beschränkt, da das italienische Steuersystem im Vergleich zu jenem der Bundesrepublik Deutschland noch sehr zentralstaatlich strukturiert ist. Erst in jüngster Zeit sind Schritte zur Föderalisierung des Steuersystems gesetzt worden. Langfristig soll allen Regionen eine begrenzte Steuerhoheit mit eigenen Steuern zugestanden werden, wobei diese auch eine Gesetzgebungsbefugnis auf diesem Gebiet voraussetzt. Erst dadurch würde eine wirklich autonome Finanzpolitik sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite ermöglicht. Derzeit bleibt die für Südtirol angenehme Situation, die Verantwortung für die Besteuerung Rom überlassen zu können, während die Ausgaben des Landes von Bozen aus verteilt werden. Die Gewerkschaften sind bemüht, in jeder Hinsicht mehr Steuergerechtigkeit herzustellen: sowohl eine Entlastung der Arbeitnehmer-

familien, als auch eine vollständigere Erfassung aller Einkommen zwecks Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist ihr primäres Ziel.

*Stichwort: die Steuerdrift*

Das Aufkommen der Einkommenssteuer nimmt mit wachsenden nominellen Einkommen aus Löhnen und Gehältern (nicht inflationsbereinigt) zu, weil die Steuersätze über längere Zeit meistens unverändert bleiben. Auf diese Weise geraten immer mehr lohnabhängige Steuerpflichtige automatisch in höhere Steuerklassen, obwohl sie real nicht mehr verdienen. Die Gewerkschaften bemühen sich, dieser schleichenden Steuererhöhung durch eine Senkung der Steuerhebesätze oder durch die Anpassung der Einkommensklassen entgegenzuwirken.

**ZUSAMMENFASSUNG:**

- 1. Südtirols Lokalkörperschaften finanzieren sich zum Großteil durch Zuweisungen vom Staat. Das Land hat zwar weitgehende Freiheit in der Gestaltung der Ausgaben, aber keine legislative Befugnis auf dem Sachgebiet „Steuerpolitik“, weshalb man nicht von Finanzhoheit sprechen kann.**
- 2. Zwar fließen nur rund 90% des lokalen Steueraufkommens des Staates an die öffentlichen Haushalte Südtirols, aber insgesamt kommen in Südtirol mehr öffentliche Mittel zum Einsatz als an Steuern aufgebracht werden, weil der Staat selbst noch eine Reihe wichtiger Ausgaben trägt.**
- 3. Das Steueraufkommen in Südtirol stammt jeweils rund zur Hälfte aus den direkten Steuern (IRPEF, IRPEG, ILOR, Kapitalertragssteuer und sonstige) und zur Hälfte aus den indirekten Steuern (IVA, Elektroenergiesteuer, Mineralölsteuer, sonstige).**
- 4. Zentrales Interesse der Gewerkschaften ist ein gerechteres Steuersystem durch Betonung progressiver Steuerarten, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und die Korrektur der Steuerdrift bei der Einkommensbesteuerung.**

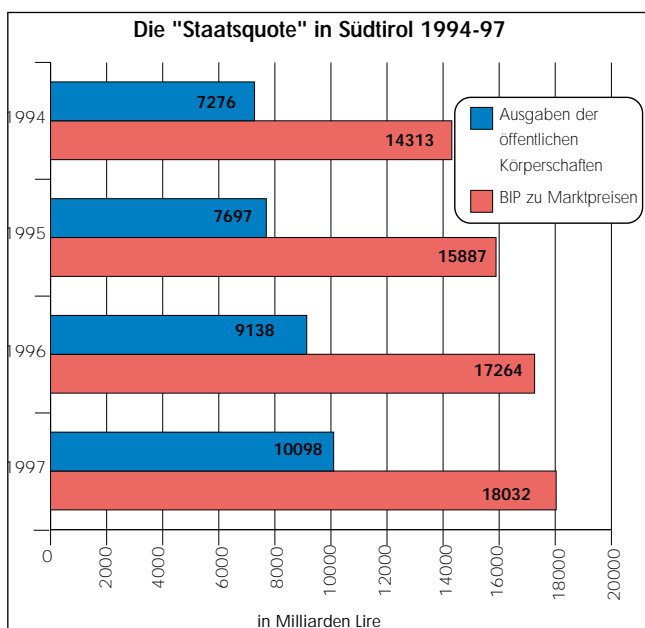
*Zur Vertiefung:*

- AFI-IPL, Stefano Fidenti, Die Finanzen und der Haushalt der Autonomen Provinz Bozen, Bozen 1999
- WIFO, Steueraufkommen und öffentliche Ausgaben in Südtirol, Bozen, Mai 1994
- AFI-IPL, Die Steuerautonomie der Südtiroler Gemeinden: Die Rolle der Gemeindeimmobiliensteuer ICI, Dokumentation Nr. 16, Bozen 2001

## 2.10 Die öffentlichen Finanzen - Die Ausgaben

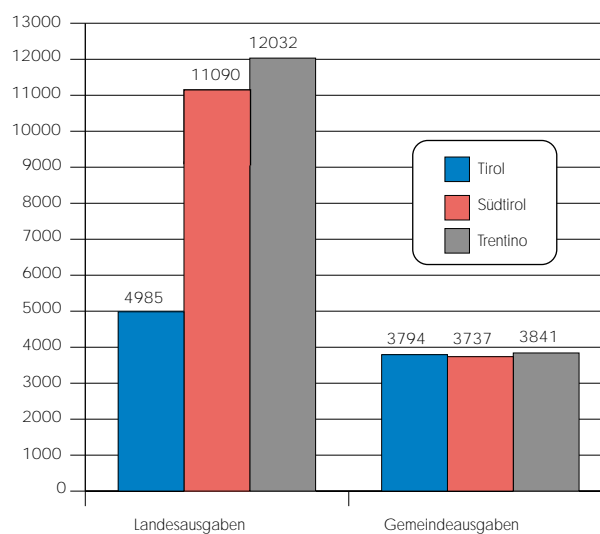
Mit über 7.287 Milliarden Lire umfasst der Landeshaushalt 2000 fast ein Drittel des Südtiroler Bruttoinlandsprodukts. Ein Teil dieser Mittel fließt anderen öffentlichen Körperschaften zu (z.B. den Gemeinden, Sanitätseinheiten, Bezirksgemeinschaften usw.). Mit den zusätzlichen Mitteln, die der Staat, die Gemeinden, die Region und die Sozialversicherungsanstalten in Südtirol verausgaben, erreicht die Staatsquote in Südtirol über 56% des BIP. Dabei kommt dem Landeshaushalt eine herausragende Rolle zu.

Tab. 32 - Die konsolidierten Ausgaben der Lokalkörperschaften in Südtirol und das BIP - 1994-1997  
(Quelle: ASTAT, Jahrbuch 1999)



Bei den Ausgaben des Landes hatte es bisher ein kräftiges, aber aufgrund unregelmäßiger Zahlungen aus Rom unetwas Wachstum gegeben. Ab 2000 wird von einem „reifen Haushalt“ gesprochen, der bereits zu 87% aus dem lokalen, jährlichen Steueraufkommen stammt. Der Anteil der Investitionsausgaben erreicht 2000 23,4%, jener der laufenden Ausgaben 76,6%. Zur Finanzierung dieses Haushalts ist so gut wie keine Kreditaufnahme nötig. Bemängelt wird, dass gut zwei Drittel der Ausgaben durch die vielfältigen Gesetze und Verpflichtungen vorab gebunden sind, und der nicht verplante finanzpolitische Gestaltungsspielraum sich auf ein knappes Drittel der Mittel beschränkt. Man fordert deshalb eine Überprüfung aller ausgabenwirksamen Gesetze. Mit dem Haushalt 2001 hat das Land eine Kürzung der Ausgaben um rund 400 Milliarden geplant. Dies sei auf Mindereinnahmen bei den Zuweisungen aufgrund von Steuer-senkungen und allgemeinen Kürzungen im Staatshaushalt zurückzuführen. Von den Kürzungen sollen die wesentlichen Sozialausgaben und die Ausgaben für die Verwaltung ausgenommen bleiben. Einschnitte im

Tab. 33 - Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung von Land und Gemeinde in Südtirol, Tirol und dem Trentino - 1998 (in 1000 Lire)



Quelle: ASTAT, Tirol-Südtirol-Trentino 2000

### Stichwort: die Staatsquote

Es gibt kein umfassendes Maß zur Bestimmung des Staatsanteils, also einen Indikator, der alle öffentlichen Ausgaben repräsentieren kann. Der Einfluss der öffentlichen Hand reicht über den Umfang aller öffentlichen Ausgaben hinaus. Im Vordergrund der Finanzströme stehen die öff. Ausgaben. Alle Budgets der Träger öffentlicher Tätigkeit müssen zusammengefasst werden. Auch die Sozialversicherung gehört zu den Staatsausgaben, weil beim NISF Pflichtmitgliedschaft besteht. Die Finanzströme zwischen den öffentlichen Körperschaften müssen konsolidiert, sprich aufgerechnet werden, um Doppelzählungen zu vermeiden. Die öffentlichen Einnahmen dagegen können in der Abgabenquote zusammengefasst werden.

Bereich Schule, Ausbildungswesen und Kultur sind nach heftigen Protesten zurückgenommen worden. Der Löwenanteil der Landesausgaben des Jahres 2000, nämlich 22% fließt in das Gesundheitswesen, in die Sozialfürsorge weitere 7%, während der geförderte Wohnbau 5% der Landesmittel beansprucht. Bedeutende Anteile gehen auch in die Bildung und Kultur

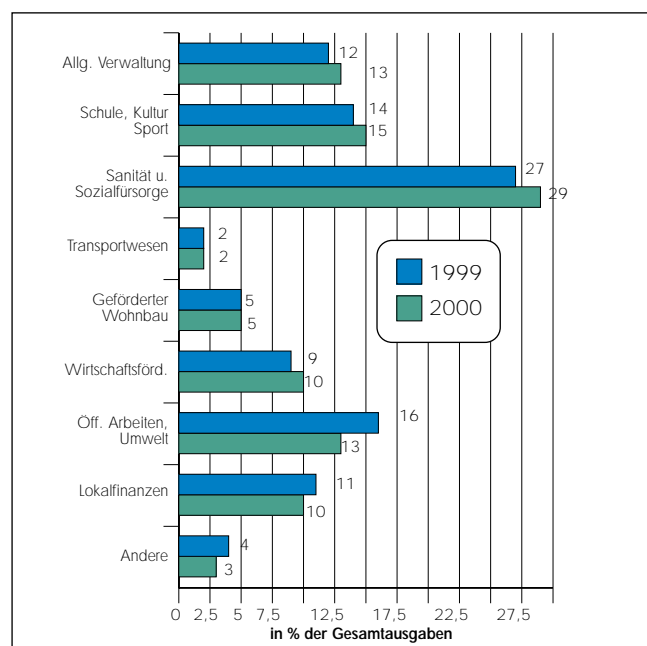
(mit dem Sport) mit 15% und in die öffentlichen Arbeiten mit 13%. Betrachtet man die konsolidierten Ausgaben der Lokalkörperschaften insgesamt, so steigt der Anteil für soziale Zwecke (Gesundheit, Sozialfürsorge, Wohnungswesen) auf 41,8%. Die allgemeine Verwaltung verschlingt beim Land 13%, aber im allgemeinen nur 7%. Die Wirtschaftsförderung beansprucht 17,5%, bei den Ausgaben des Landes hingegen „nur“ 10%, nämlich gut 700 Milliarden Lire. Dieses relativ hohe Subventionsniveau wird mit der Notwendigkeit der Sicherung der Arbeitsplätze und des Standorts Südtirol begründet (vgl. Kap. 2.8), obwohl die Effizienz und die Beschäftigungswirkungen der Subventionen noch nie genau nachgewiesen worden sind. Vielmehr hat es den Anschein, dass durch das Land die verschiedenen Branchen (Landwirtschaft, Handel, Industrie, Handwerk, Fremden-

verkehr, übrige Dienstleistungen und das Genossenschaftswesen) nach anderen Kriterien als jenem der wirtschaftspolitischen Zweckmäßigkeit bedient werden. Dabei kommt es wesentlich auf die Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Interessensgruppen an (vgl. Kapitel 2.7).

Durch die öffentliche Hand fließen in Südtirol jährlich über 27 Millionen pro Kopf der Bevölkerung. Diese Mittel bringen erhebliche Verteilungswirkungen mit sich. Wenn einerseits der Staat durch die Besteuerung in bestimmtem Umfang Umverteilung herbeiführt, kann andererseits das Land durch die Steuerung der Ausgaben verschiedene soziale Gruppen unterschiedlich unterstützen und so die primäre Einkommensverteilung korrigieren. Angesichts des in den vergangenen 20 Jahren stetig gewachsenen Landesbudgets sind größere Verteilungskämpfe noch ausgeblieben. Für den geförderten Wohnbau, das Gesundheitswesen, die Sozialfürsorge und das Recht auf Bildung gibt das Land pro Kopf der Bevölkerung wesentlich mehr aus als fast alle übrigen Regionen Italiens und Bundesländer Österreichs. Durch den Aufbau der Universität Bozen, der Europäischen Akademie und des Business Innovation Center wird auch in Forschung und Lehre mehr investiert als bisher. Die aktive Arbeitsmarktpolitik nimmt dagegen mit rund 8 Milliarden Lire relativ wenig Mittel des Landeshaushalt in Anspruch.

Die Gewerkschaften versuchen, ein Gegengewicht zu den wachsenden Ansprüchen der mächtigeren Verbände zu bilden und verlangen einen „arbeitnehmerorientierten Haushalt“. Nicht nur innerhalb jeden Bereichs soll untersucht werden, ob die Ausgaben effizient und zielgerecht eingesetzt werden (also die gesetzten Ziele mit dem geringsten Mitteleinsatz erreicht werden), sondern auch ob diese grundsätzlich richtig liegen, nämlich dem Ausgleich der sozialen Ungleichheit, der Verhinderung von Armut und der Verbesserung der Lebensbedingungen der sozial Schwachen dienen.

**Tab. 34 - Die Ausgaben des Landeshaushaltes  
1999-2000 - Funktionale Gliederung**



Quelle: Aut. Provinz Bozen

#### ZUSAMMENFASSUNG:

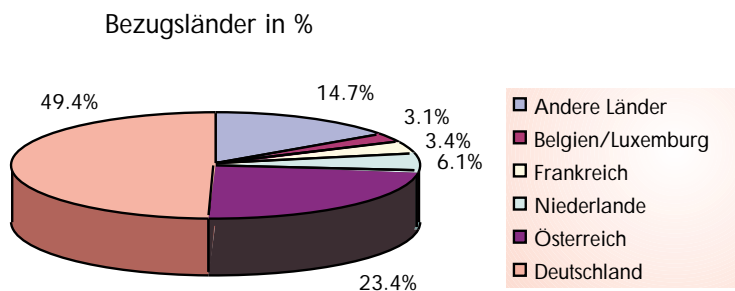
1. Das Land und die lokalen Körperschaften Südtirols genießen eine Art „unvollständige Finanzautonomie“, da sich ihre Verantwortung im wesentlichen auf die Ausgaben beschränkt.
2. Der größere Teil des Steueraufkommens stammt aus jenen Steuerarten, die vor allem von Arbeitnehmerfamilien getragen werden. Somit stammt auch der Großteil der Landesgelder aus den Brieftaschen der Arbeitnehmer.
3. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Staat, Region, Land, Gemeinden usw.) haben erhebliche Verteilungswirkungen. Auf der einen Seite wird soziale Ungleichheit gemildert, auf der anderen Seite wird die private Wirtschaft per Gießkanne massiv subventioniert.
4. Bei den bevorstehenden Haushaltskürzungen wollen die Gewerkschaften negative Rückwirkungen auf die sozial schwächeren Gruppen verhindern.

## 2.11 Die Verflechtung mit dem Ausland

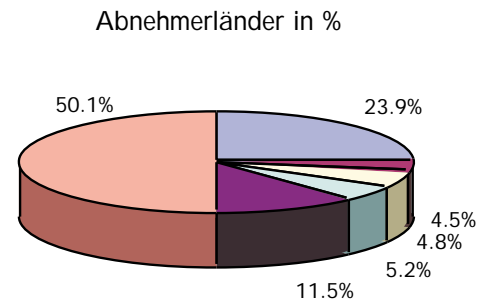
*Offene Wirtschaftsräume sind mit den Nachbarregionen und dem Ausland in wachsendem Maße verflochten. Südtirol liegt an der Nord-Süd-Achse zwischen wirtschaftlich wichtigen Ballungsräumen der EU. Durch die zunehmende Integration der osteuropäischen Länder ist Südtirol noch stärker ins Zentrum gerückt, was verschiedene Vorteile, aber auch gravierende Nachteile birgt. Obwohl die Industrie die Hälfte ihrer Produkte im Ausland absetzt, hat Südtirol insgesamt ein chronisches „Handelsbilanzdefizit“. Warum?*

Tab. 35 - Import- und Exportströme nach Herkunfts- und Bestimmungsländern - 1999

Einfuhr 1999: 4.311,6 Milliarden Lire



Ausfuhr 1999: 3.917,5 Milliarden Lire



Quelle: ASTAT, Jahrbuch 1999

Hauptabnehmer von Südtiroler Warenproduktion ist Deutschland, gefolgt von Österreich, der Schweiz und Frankreich. Die importierten Waren stammen zur Hälfte aus Deutschland und zu 22% aus Österreich. Die Schweiz und Frankreich liefern nach Südtirol weniger als sie aus Südtirol an Waren beziehen. Der Saldo zwischen Import und Export liegt beim Handel mit der EU konstant negativ, so z.B. verzeichnete Südtirol gegenüber der EU 1999 ein Defizit von -696,3 Mrd. Lire, gegenüber anderen europäischen Ländern aber ein laufend positives Ergebnis. Gegenüber dem Rest der Welt hingegen konnte Südtirol um 302,1 Mrd. Lire mehr Waren exportieren als importieren. Insgesamt importiert Südtirol mehr als es exportiert (1999: -394,2 Mrd. Lire).

In welchem Sektor ist Südtirol sehr stark von außen abhängig? Nicht überraschen kann die Importabhängigkeit bei Mineralöl- und chemischen Erzeug-

nissen, bei Maschinen, Metallwaren und Textilien, aber auch bei Holz, Holzprodukten und Lebensmitteln wird erheblich importiert. Der entscheidende Exportschub kommt von der Industrie: die wichtigsten Exportbranchen sind die Metallwaren und Maschinen, die Fahrzeuge, Holzmöbel und Holzprodukte und Lebensmittel. 14% der Exportgüter sind Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft. Das Handwerk setzt nur rund 10% seiner Produkte im Ausland ab.

Nicht berücksichtigt wird bei dieser Betrachtung die wirtschaftliche Verflechtung Südtirols mit dem übrigen Italien. Der Handels- und Kapitalverkehr mit den anderen Provinzen wird aber nicht in gleicher Form erfasst und aufgeschlüsselt wie jener mit dem Ausland und kann daher nicht eingehender analysiert werden. Laut WIFO sind die Beziehungen mit Italien quantitativ bedeutender als jene mit dem Ausland, Südtirol hat gegenüber dem restlichen Staatsgebiet ein „Außenhandelsdefizit“.

Im Zehnjahresraum 1989-98 hat Südtirol ein „Handelsbilanzdefizit“ von rund 2.880 Milliarden eingefahren. Die Importe überstiegen den Export jährlich im Durchschnitt um 288 Mrd. Lire. Bis auf die Jahre 1994 und 1997 war die Handelsbilanz negativ. Wer kommt dafür auf? Hat sich Südtirol dafür verschuldet? Nicht unbedingt, da auch die Dienstleistungs- und Kapitalbilanz betrachtet werden muss. Als Fremdenverkehrsland „exportiert“ Südtirol in hohem Umfang Dienstleistungen, und zwar deshalb, weil nicht ansässige Personen diese Leistungen bezahlen und damit einen Nettozufluss an Devisen herbeiführen. Andererseits fließt auch produktives Kapital nach Südtirol, das ausländische

Tab. 36 - Handelsverkehr mit dem Ausland 1989-98

JAHR	EINFUHR	AUSFUHR	SALDO
	IN MILLIARDEN LIRE		
1989	2.545	1.467	-1078
1990	2.694	1.761	-934
1991	2.898	2.004	-895
1992	3.116	2.376	-740
1993	2.657	2.554	-103
1994	2.962	3.161	200
1995	3.505	4.051	546
1996	3.322	3.595	273
1997	3.637	3.623	-13
1998	3.891	3.754	-136

Quelle: ASTAT, Jahrbuch 1999

#### Das Stichwort: Die Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz ist ein Kontensystem, in dem die jährlich zwischen In- und Ausländern vorgenommenen Transaktionen wertmäßig verzeichnet werden. Diese umfassen: Ströme von Sachgütern und Dienstleistungen, die Änderungen der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten eines Landes, die in Folge der Transaktionen entstehen, und die unentgeltlichen Übertragungen. Das entsprechende Kontensystem umfasst folgende Teilbilanzen:

1. Die Leistungsbilanz (Handel-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz)
2. Die Kapitalbilanz
3. Die Gold- und Devisenbilanz
4. Ausgleichs- und Restposten



Anleger hier in Betriebe und Anlagen investieren. Wie sieht es mit den Investitionen aus, die nach oder aus Südtirol fließen? Die Kapitalzuflüsse entstehen durch eine Investition einer physischen oder juristischen, im Ausland ansässigen Person in Südtirol. Kapital fließt dagegen ab, wenn ein nicht in Südtirol Ansässiger eine Veräußerung in Südtirol vornimmt, also desinvestiert. 1998 z.B. sind von Südtirol offiziell 101,794 Milliarden Lire abgeflossen; zugeflossen sind dagegen 125,927 Mrd. Lire, womit sich ein Plus von 24,133 Mrd. Lire ergibt. Allerdings sind hier nicht alle Kapitalbewegungen enthalten, wie etwa die Beteiligungsinvestitionen, die von den nationalen Bankstatistiken nicht aufgeschlüsselt werden. Somit sind in unterstehender Tabelle nur die Direktinvestitionen enthalten. Unter Umständen könnte die Südtiroler „Zahlungsbilanz“ auch ein anderes Vorzeichen haben.

Tab. 37 - In und von Südtirol getätigte Investitionen - 1998 (in Millionen Lire)

LÄNDER	AUSLANDSKAPITALE		KAPITALE SÜDTIROLS		KAPITAL- ABFLÜSSE	KAPITAL- ZUFLÜSSE	GESAMTSALDO KAPITALZU- U. ABFLÜSSE
	INVESTITIONEN IN SÜDTIROL	VERÄUßERUNGEN IN SÜDTIROL	INVESTITIONEN IM AUSLAND	VERÄUßERUNGEN IM AUSLAND			
EU	105.225	8.023	62.065	11.973	70.088	117.198	47.110
Osteuropa		693	4.514	-	5.207	-	-5.207
Amerika	257	158	18.226	1.598	18.384	1.855	-16.529
Asien	35	-	324	-	324	35	-289
Andere Länder	6.284	445	7.346	555	7.791	6.839	-952
Insgesamt	111.801	9.319	92.475	14.126	101.794	125.927	24.133

Quelle: ASTAT, Jahrbuch 1999

Die positive Kapitalbilanz gleicht jedenfalls die negative Handelsbilanz nicht aus, weshalb die positive Dienstleistungsbilanz (Zustrom ausländischer

Devisen in Form der von Ausländern getätigten Ausgaben) und der Überschuss an öffentlichen Ausgaben dem Land zuhilfefkommt.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Südtirol ist naturgemäß mit den Nachbarräumen der EU am engsten verflochten. Dies gilt für die Industrie auch für Italien, wo fast 40% der Produkte abgesetzt werden. Die hohe Importneigung und die Bedeutung des Fremdenverkehrs sind mit der Transitroute Brenner aber eher unter Umweltaspekten ein wachsendes Problem als unter dem Aspekt der Abhängigkeit von außen.
2. Bei den Direktinvestitionen hat Südtirol einen knapp positiven Gesamtsaldo. Ebenso positiv ist die Dienstleistungsbilanz, da der Fremdenverkehr einen hohen Devisenzustrom mit sich bringt. Negativ ist seit einigen Jahren die Handelsbilanz.
3. Risiken der starken Auslandsverflechtung in verschiedenen Bereichen ergeben sich eher auf nicht-ökonomischem Gebiet, z.B. durch den Verkehr. Immer mehr gefährdet der wachsende Transitverkehr die Lebensqualität und die Grundlage anderer Wirtschaftsbranchen, wie z.B. des Tourismus.

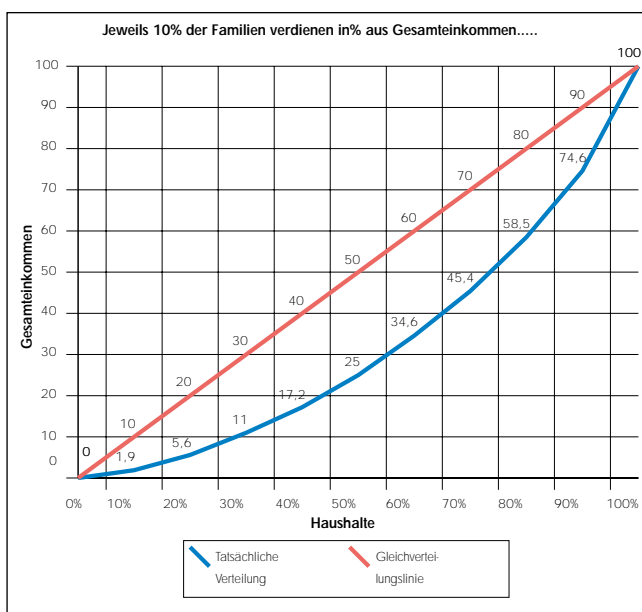
#### Zur Vertiefung:

- ASTAT, Statistisches Jahrbuch 1999, Kapitel „Handel“
- WIFO, Berichte zur Wirtschaftslage in Südtirol, 1997, 1998, 1999

## 2.12 Die Einkommensverteilung

Bereits aus den Ausführungen zur Lohnquote (vgl. Kap. 2.3) ist deutlich geworden, dass die Bezieher von Lohneinkommen sich mit einem wesentlich kleineren Anteil des Volkseinkommens zufriedengeben müssen, als es ihrem Anteil an den Erwerbstätigen entspricht. Aussagekräftiger für die soziale Realität der einzelnen Haushalte als die Verteilung nach Einkommensart (funktionelle Einkommensverteilung, Lohnquote) ist die Verteilung des Einkommens auf die einzelnen Haushalte (oder Familieneinkommen bzw. personelle Einkommensverteilung).

Tab. 38 - Die Einkommensverteilung auf die Haushalte in Südtirol - 1998



Quelle: ASTAT/AFI-IPL, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000

### Das Stichwort: primäre und sekundäre Einkommensverteilung

Bei der primären Einkommensverteilung wird die vom Staat noch (theoretisch) nicht beeinflusste Situation betrachtet, wie sie sich aus der Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ergibt: Unternehmen und Staat beziehen hier nur Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, während die Haushalte neben diesen Einkommen und auch Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit empfangen.

Die sekundäre Einkommensverteilung betrifft die real verfügbaren Einkommen der Einzelnen, wie sie sich nach der Umverteilung und der Querverteilung (aus verschiedenen Quellen stammende Einkommen der einzelnen Haushalte) ergibt. Vergleiche der Haushaltseinkommen von Unselbständigen und Selbständigen müssen von der sekundären Einkommensverteilung, also auf die Haushalte oder Familien, ausgehen.

Die aufgrund einer Direkterhebung (Befragung einer repräsentativen Stichprobe) erfassten Daten über die Netto-Einkommen der Südtiroler Familien geben ein Bild deutlicher Ungleichheit der Einkommen wieder. Obige Kurve drückt in %-Werten folgendes aus: die untersten 10% der Familien beziehen 1,9% des Gesamteinkommens (im Durchschnitt 8,6 Mio. Lire im Jahr), das oberste Zehntel der Haushalte bezieht dagegen 25,4% der Einkommen insgesamt. Die unteren 50% der Familien beziehen (kumuliert) ein Viertel der

Tab. 39 - Das persönliche Einkommen nach Erwerbsstellung und Sektor - 1998  
(Quelle: ASTAT/AFI-IPL, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000)

WIRTSCHAFTSSEKTOR	ABHÄNGIG ERWERBSTÄTIGE		SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	
	ERWERBSEINK. IN 1.000 LIRE MITTELWERT	PERSONEN ZEILEN-%	ERWERBSEINK. IN 1.000 LIRE MITTELWERT	PERSONEN ZEILEN-%
Landwirtschaft	25.005	26,7	21.299	73,3
Prod. Gewerbe	26.223	81,8	46.131	18,2
Handel	26.557	79,3	28.793	20,7
Gastgewebe	22.641	64,7	34.557	35,3
Priv. Dienstl.	30.624	79,0	37.346	21,0
Öff. Dienstl.	32.063	99,3	25.000	0,7
Insgesamt	28.622	77,8	31.845	22,2

Einkommen, also genausoviel wie die obersten 10% der Familien in Südtirol. Das unterste Zehntel muss durchschnittlich mit 700.000 monatlich auskommen, während das oberste Zehntel über 9 Millionen im Monat verfügt. Die Verteilung der Einkommen weist zwar in allen modernen Gesellschaften eine „schiefe“ Form auf, weil der Großteil der Einkommen im unteren Bereich liegt. Die jetzt erhobene Einkommenskonzentration im oberen Bereich war aber in Südtirol bisher nicht vermutet worden. Andererseits werden 14,1% der Haushalte als „relativ arm“ eingestuft (vgl. Kapitel 4.1).



Das Netto-Jahreseinkommen einer Familie hängt natürlich auch von der Zahl der Einkommensbezieher ab, die üblicherweise mit dem Umfang der Familien ansteigt. Durchschnittlich verfügt jeder der 167.122 Haushalte (1997) über ein Netto-Einkommen von 44,5 Mio. Lire. Bei Einpersonen-Haushalten beträgt das Durchschnittseinkommen nur 21,6 Mio, bei Haushalten mit 5 oder mehr Mitgliedern 70 Mio. Lire.

Woher stammt das Einkommen? 70% des Einkommens stammt aus der Erwerbstätigkeit, während Alters- und andere Renten mit 23,7% zu Buche schlagen. Weitere Transfereinkommen (Arbeitslosengeld, Stipendien, Sozialhilfe) haben geringere Bedeutung, während nur 3,3% des direkten Einkommens aus Besitz- und Investitionserträgen stammt (vgl. Kapitel 2.13). Dieses Ergebnis der Befragung gibt vermutlich nicht die reale Situation wieder, da gerade diese Einkommensquellen gerne verschwiegen oder nicht in der wirklichen Dimension deklariert werden.

Sehr deutlich ist der Einfluss des Alters und des Bildungsgrads auf das Einkommen: Erwerbstätige zwischen 35 und 54 Jahren verdienen durchschnittlich doppelt soviel als Menschen im Pensionsalter; Personen mit Pflichtschulabschluss verdienen 17 Mio. Lire, Hochschulabsolventen dagegen 50 Mio. Lire. Außerdem besteht ein erheblicher Einkommensunterschied zwischen Männern (durchschnittlich 29 Mio. Lire im Jahr) und Frauen (19 Mio. Lire). Erwerbstätige verdienen im Schnitt 27 Mio. Lire im Jahr in ihrer Haupttätigkeit, Rentner beziehen durchschnittliche Altersrenten von 16 Mio. Lire. Personen mit Besitzerträgen erwirtschaften im Durchschnitt 13 Mio. Lire aus diesen Quellen.

Neben den Einflussfaktoren Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Erwerbsstellung (Rente, arbeitslos, berufstätig, Hausarbeit) spielt natürlich bei den Erwerbstätigen die Art der ausgeübten Tätigkeit eine wesentliche Rolle (in den Tabellen 39 und 40 wurde das Einkommen auf Vollzeitbeschäftigung umgerechnet, um Unterschiede aus saisonaler oder Teilzeitbeschäftigung auszugleichen). Eine vollzeitlich beschäftigte Person hat 1998 im Schnitt 29 Mio. Lire verdient. Am höchsten sind die Arbeitseinkommen im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen (32 Mio) und im Produzierenden Gewerbe (30 Mio. Lire), etwas niedriger im Handel und Gastgewerbe (je 27 Mio. Lire) und deutlich am geringsten in der Landwirtschaft (22 Mio Lire).

Einen stärkeren Einfluss als der Sektor hat aber die berufliche Stellung auf den Verdienst. Hier reicht die Bandbreite von 53 Mio. Jahreseinkommen bei Führungskräften und leitenden Angestellten, über 43 Mio. Lire bei Unternehmern und Freiberuflern bis zu den 12 Mio. Lire der Lehrlinge. Deutlich unter dem Durchschnitt liegen auch die Einkommen von mithelfenden Familienangehörigen (21 Mio. Lire) und einfachen Arbeitern (24 Mio Lire), knapp darunter jene von Vorarbeitern (26 Mio. Lire). Angestellte und selbständige Arbeiter kommen mit je 28 Mio. Lire dem allgemeinen Mittel am nächsten.

Bei einer derartigen Betrachtung muss berücksichtigt werden, dass die Beschäftigten in den verschiedenen Sektoren unterschiedlich zusammengesetzt sind. So zeigt sich, dass das besonders hohe Einkommen der leitenden Angestellten Hand in Hand mit einem überdurchschnittlich hohen Männeranteil geht, wobei Männer in diesen Positionen auch deutlich mehr verdienen als Frauen. Die Selbständigen verdienen nicht in allen Sektoren relativ viel.

Den höchsten Selbständigenanteil hat in Südtirol die Landwirtschaft, wo vergleichsweise wenig verdient wird. Umgekehrtes gilt für das Produzierende Gewerbe und die privaten Dienstleistungen. Bei den öffentlichen Dienstleistungen schlägt das hohe Durchschnittseinkommen für abhängig Beschäftigte zu Buche, während umgekehrt das Gastgewerbe durch die niedrigsten Löhne gekennzeichnet ist.

**Tab. 40 - Die Einkommensverteilung nach der Stellung im Beruf - 1998**

(Quelle: ASTAT/AFI-IPL, *Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, 2000*)

STELLUNG IM BERUF	MÄNNER		FRAUEN	
	ERWERBSEINK. IN 1.000 LIRE MITTELWERT	PERSONEN ZEILEN-%	ERWERBSEINK. IN 1.000 LIRE MITTELWERT	PERSONEN ZEILEN-%
Leit. Angestellter	55.877	78,5	40.361	21,5
Angestellter	29.859	46,3	26.492	53,7
Vorarbeiter	27.577	74,4	22.956	34,7
Arbeiter	25.071	65,3	21.418	34,7
Lehrling	11.802	66,7	11.069	33,3
Unternehmer	45.276	79,4	33.513	20,6
Freiberufler	46.356	86,3	19.051	13,7
Selb. Arbeiter	26.951	83,5	32.419	16,5
Mithelfender	18.264	41,8	23.680	58,2
<b>Insgesamt</b>	<b>31.518</b>	<b>60,1</b>	<b>26.051</b>	<b>39,9</b>

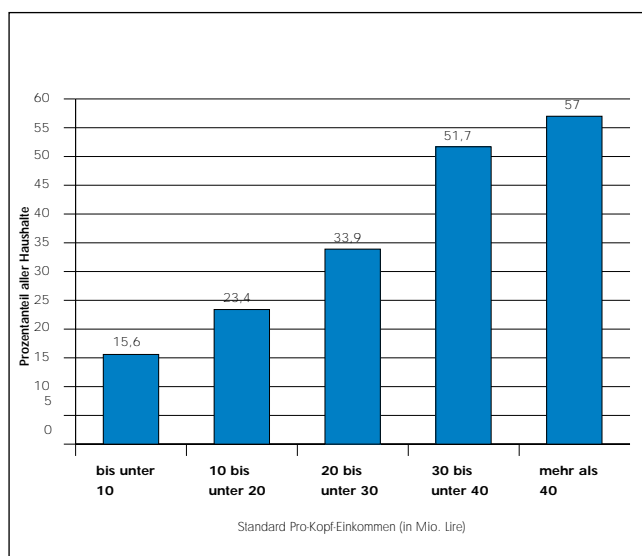
## ZUSAMMENFASSUNG:

1. Das oberste Zehntel der Haushalte bezieht 25,4% der Einkommen, also etwas mehr als die unteren 50% der Familien in Südtirol beziehen (kumuliert). Das unterste Zehntel muss durchschnittlich mit 1 Million monatlich auskommen, während das oberste Zehntel über 7 Millionen im Monat verfügt.
2. Neben dem Geschlecht, dem Alter, dem Bildungsgrad und der Erwerbsstellung (Rente, arbeitslos, berufstätig, Hausarbeit) hat bei den Erwerbstätigen die Art der ausgeübten Tätigkeit sowie die Stellung im Beruf den größten Einfluss auf die Höhe des Einkommens.
3. Am wenigsten wird in Südtirol durchschnittlich in der Landwirtschaft, am meisten in den öffentlichen Dienstleistungen verdient. Die niedrigsten Lohneinkommen weist allerdings, wohl aufgrund der saisonalen Arbeitsverhältnisse, das Gastgewerbe auf.

## 2.13 Die Vermögensverteilung

*Das Einkommen allein reicht noch nicht aus, die wirtschaftliche Lage eines Haushalts zu beurteilen. Auch das Vermögen muss in Betracht gezogen werden, um Aussagen über die finanzielle Leistungsfähigkeit und den Lebensstandard treffen zu können. Vermögenseinkünfte gleichen Einkommenschwankungen aus oder ergänzen das Einkommen. Drei Arten von Vermögen stellen den Großteil der Vermögen in Südtirol insgesamt: Grundvermögen, Haus- oder Wohnungseigentum, Finanzanlageinvestitionen. Wenig Informationen sind zur Verteilung des Produktivvermögens verfügbar.*

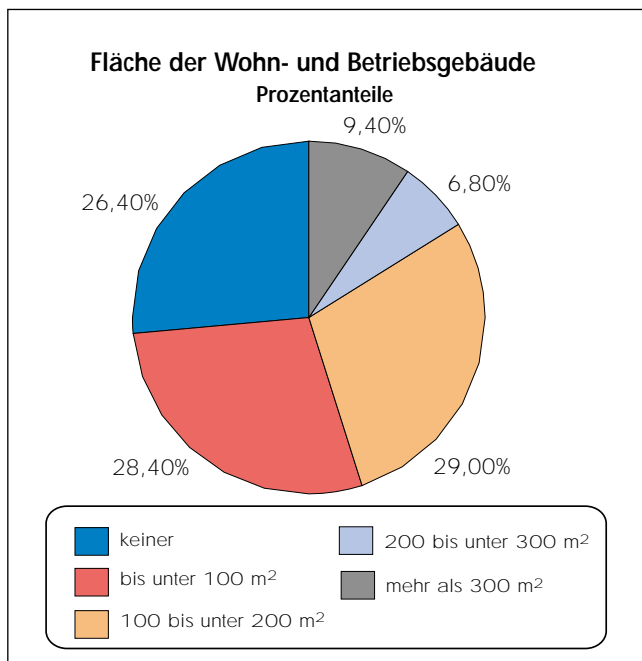
**Tab. 41 - Die Geldanlage der Haushalte nach Einkommensklassen - 1999**  
(Quelle: ASTAT/AFI-IPL, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000)



Die Grafik lässt erkennen, dass sich der Anteil der Haushalte, die Wertpapiere halten, mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen von 15,6% (bis 10 Mio. Jahreseinkommen) auf 57% (mehr als 40 Mio. Jahreseinkommen) erhöht. Nur rund die Hälfte der Haushalte konnte 1998 überhaupt Ersparnisse bilden. Diese Sparbeträge werden meist längerfristig investiert: Staatspapiere, Investitionsfonds, Sparbriefe, Aktien und Obligationen sind die beliebtesten Anlageformen. Die Geldanlage in Wertpapiere steigt mit wachsendem Pro-Kopf-Einkommen. Doch diese Anlagen ergänzen eher andere Vermögensformen als dass sie sie ersetzen.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen Grund- und Kapitalvermögen, denn je größer der Immobilienbesitz, desto eher hat ein Haushalt auch Wertpapiere. 45% der Haushalte mit Immobilienbesitz mit einer Fläche von mehr als 300 m<sup>2</sup> an Wohn- und Betriebsgebäuden verfügen auch über Finanzanlagen. Über die tatsächliche Höhe des Vermögens konnten noch keine verlässlichen Daten gewonnen werden.

Tab. 42 - Gebäudebesitz der Haushalte - 1999



Quelle: ASTAT/AFI-IPL, *Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, 2000*

#### Das Stichwort: Einkommens- und Vermögensverteilung

Da die unteren Einkommenschichten in ihrer Sparfähigkeit beschränkt sind und überdies vorwiegend für die Anschaffung größerer Konsumgüter oder von Wohnungseigentum sparen und nur eingeeengte Möglichkeiten der Anlagendisposition haben (was bei Inflation Geldwertschwund mit sich bringt), tendiert die Vermögenskonzentration bei produktivem Kapital sich zu verschärfen. Die Einebnung der Unterschiede in der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern darf nicht als Indiz für eine Besserung der Vermögensverteilung betrachtet werden. Für eine gleichmäßigere Verteilung ist neben dem Finanzkapital das Sachkapital entscheidend, und darunter die Verteilung des Produktivkapitals.

Während das Eigentum an Grund und Boden sowohl Vermögensanlage als auch Grundlage für die landwirtschaftliche Produktion ist, kann das Immobilienvermögen, sprich Haus- oder Wohnungseigentum, als Zeichen eines gewissen materiellen Wohlstandes oder zumindest einer Absicherung der Lebensverhältnisse betrachtet werden. 28% aller

Südtirol Haushalte (nämlich 46.000) haben Grundstücke, wobei dieser Anteil bei der Landbevölkerung und bei den Vollerwerbslandwirten naturgemäß höher liegt.

Wie sieht es beim Gebäudebesitz aus? Knapp drei Viertel aller Haushalte sind Eigentümer von Immobilien, wobei es sich in den allermeisten Fällen um Wohngebäude oder Wohnungen handelt. „Betriebsgebäude“ besitzen dagegen nur 13% der Bevölkerung. Bei den Bauernhöfen kann allerdings keine klare Unterscheidung zwischen Gebäudeteilen für Wohn- und für Wirtschaftszwecke gemacht werden. Das Eigentum an Betriebsgebäuden geht fast immer Hand in Hand mit dem Eigentum an Wohngebäuden. Gebäudebesitz ist auf dem Land häufiger als in der Stadt. Selbständige besitzen zu 90% Gebäude, Arbeitnehmerfamilien zu 72%. Haushalte ohne erwerbstätige Mitglieder (z.B. Rentnerhaushalte) sind am seltensten Eigentümer von Gebäuden (62%). Ein ausgeprägter Unterschied besteht auch nach Volksgruppen: 90% der ladinischen Haushalte, 77% der deutschen und nur 66% der italienischen Haushalte sind Hauseigentümer.

Je höher das Gesamteinkommen, desto öfter haben Haushalte auch Gebäudebesitz. Nur 59% der Haushalte mit weniger als 25 Millionen Lire Nettoeinkommen verfügen über Gebäudebesitz. Obwohl ein relativ hoher Teil der Südtiroler Immobilien sein Eigen nennt, unterscheidet sich die Art des Eigentums ziemlich stark: das unterste Fünftel der Haushalte verfügt im Durchschnitt über 74 m², das oberste Fünftel über 165 m². Bei den Betriebsgebäuden hat das unterste Fünftel 55 m², das oberste 410 m². Wie auch immer die innere Verteilung, der relativ hohe Anteil von Arbeitnehmerfamilien mit Gebäudebesitz zeigt auf, dass die Politik der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand einen gewissen Erfolg gezeitigt hat, wenn auch nicht in Form einer gleichmäßigeren Streuung des Produktivkapitals.

Das Wohnungseigentum kann der Wohnkostenbelastung nach Einkommensklassen gegenübergestellt werden. Daraus geht hervor, dass die Geringverdienenden (bis 25 Mio. Jahreseinkommen) eine wesentlich höhere prozentuelle Wohnkostenbelastung tragen müssen. Mit der Ungleichverteilung des Gebäude- und Wohnungsbesitzes (bewohnbare Fläche) geht eine höhere Wohnkostenbelastung einher (vgl. Kapitel 4.6).

Haus- und Grundbesitz scheint, zumindest nach Aussagen der Eigentümer selbst, kaum Auswirkungen auf das Einkommen zu haben. Durchschnittlich besitzen Haushalte mit Grundeigentum sieben Hektar, allerdings sehr ungleich verteilt. Die Hälfte der Haushalte hat nicht einmal einen Hektar. Das oberste Fünftel hat durchschnittlich 9,5 Hektar. In über 90% der Fälle werden Grundstücke in Besitz der Haushalte auch von diesen selbst genutzt und sind somit das Produktionsmittel für diese Haushalte. Bauland besitzen 2,8% aller Haushalte (4.600) im durchschnittlichen Ausmaß von 2.800 m<sup>2</sup>. Obst- und Weinbau besitzen 6,7% aller Haushalte Südtirols, also 11.000 Haushalte, was ein relativ breit gestreutes Eigentum an dieser Art von Grund und Boden widerspiegelt. 88% dieser 11.000 Haushalte nutzen die Obstwiesen und Weingärten selbst.

**Tab. 43 - Wohnkostenbelastung nach Einkommensklassen - 1998**

*(Quelle: ASTAT/AFI-IPL, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000)*

DIREKTES EINKOMMEN INGES. (IN MIO. LIRE)	WOHNUNGSKOSTEN GESAMT		WOHNKOSTEN- BELASTUNG
	MITTELWERT IN 1.000 LIRE	ANZAHL HAUSHALTE	MITTELWERT DES PROZ. ANTEILS
Bis unter 25	3.774	44.007	30,8%
25 bis unter 50	6.519	63.158	18,8%
50 bis unter 75	7.920	34.625	13,2%
75 bis unter 100	7.009	12.798	8,3%
Mehr als 100	8.085	8.890	6,7%
<b>Gesamt</b>	<b>6.200</b>	<b>163.478</b>	<b>19,3%</b>

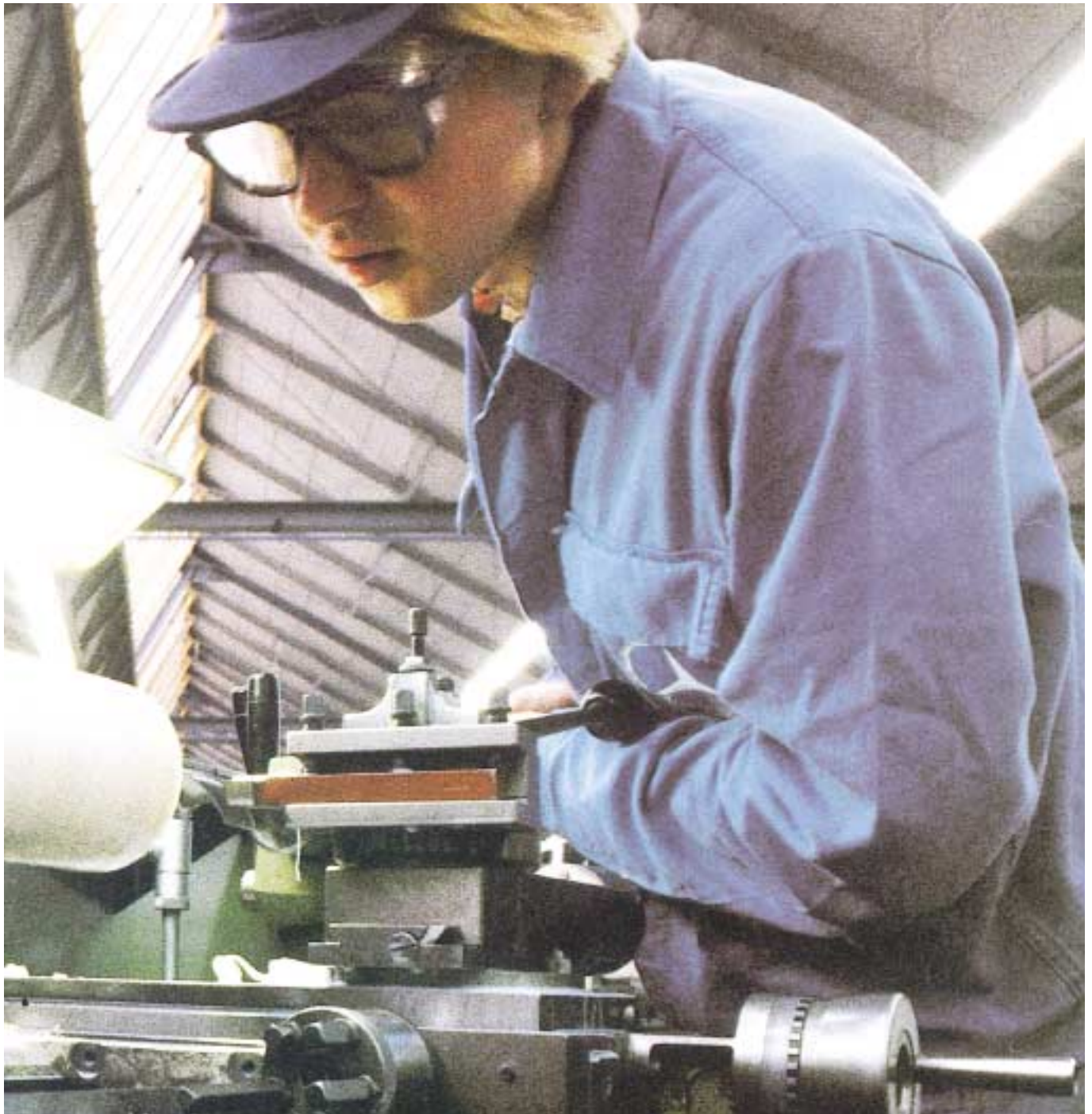
#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Das Vermögen ist in Südtirol ähnlich ungleich verteilt wie das Einkommen. Die subjektiven Aussagen der Betroffenen sind aber mit großem Vorbehalt zu betrachten, da angegeben wird, dass nur 3,4% des Einkommens aus dem Vermögen stammt.
2. Das Grund- und Gebäudeeigentum ist relativ breit gestreut, was auf den noch teilweise stark bäuerlichen Charakter der Bevölkerung zurückzuführen ist. Allerdings besteht in Umfang und Art des Immobilieneigentums eine relevante Ungleichverteilung.
3. Über die Konzentration des Vermögens an Finanzanlagen und an Produktivkapital gibt es noch keine stichhaltigen Ergebnisse. In den modernen Insutriegesellschaften besteht in diesem Bereich eine sehr hohe Konzentration.

#### Zur Vertiefung:

- ASTAT/AFI-IPL, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000
- ASTAT, Sozialporträt Südtirol 1998, Bozen 1999

## 3. Der Arbeitsmarkt



- 3.1 Die Erwerbstätigkeit**
- 3.2 Ein Land ohne Arbeitslosigkeit?**
- 3.3 Die Frauen auf dem Arbeitsmarkt**
- 3.4 Pendlerströme und Wanderungen**
- 3.5 Arbeitszeitverkürzung - Eine Illusion?**

- 3.6 Zwischen Arbeitsplatzgarantie und Scheinselbständigkeit**
- 3.7 Die Arbeitswelt von morgen**
- 3.8 Was hält Herr und Frau Südtiroler von der Arbeit?**
- 3.9 Die Arbeitsmarktpolitik**

*Betrachtet man den Südtiroler Arbeitsmarkt unter den Aspekten Beschäftigung und Arbeitslosigkeit scheint es nur eitel Sonnenschein zu geben: eine vergleichsweise hohe Erwerbsquote und die geringste Arbeitslosenrate Italiens. Und das auf Dauer. Blickt man etwas genauer auf das Arbeitsmarktgeschehen, tun sich zahlreiche Fragen rund um die Entwicklung der Arbeit im allgemeinen und der lohnabhängigen Arbeit im besonderen auf, wie z.B.: ist der erhebliche saisonale Anteil der Beschäftigung unvermeidlich? Warum gibt es immer noch relativ viele Arbeitnehmer, die als „gering qualifiziert“ eingestuft werden? Kann es bloß ein Problem der Frauen bleiben, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen? Liefert das Ausbildungssystem die in der Arbeitswelt von morgen gefragten Qualifikationen?*

*Erwerbstätigkeit spielt sich in Zeit und Raum ab: nicht adäquate Arbeitszeiten, stundenlanges tägliches Pendeln zum Arbeitsplatz, unzählige Überstunden im Betrieb mindern den Zeit-Wohlstand und erhöhen die mit der Arbeit verbundenen Kosten. Stress aufgrund wachsender Anforderungen am Arbeitsplatz, Mangel an Mitsprache und steigende Unfall- und Gesundheitsrisiken beeinträchtigen die Arbeitsqualität. Die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau lässt vor allem in höheren Positionen noch viel zu wünschen übrig. Zudem verbleiben auch bei Vollbeschäftigung Problemgruppen, die sich auf dem Arbeitsmarkt seit jeher schwer tun. Wie reagiert die Arbeitsmarktpolitik darauf? Welche Prioritäten setzen die Gewerkschaften in ihrer Strategie?*

*Arbeit bleibt für die große Mehrheit der Südtiroler der zentrale Wert im Leben, aber dennoch wandeln sich die Einstellungen zur Arbeit. Nicht von ungefähr wünscht sich ein guter Teil der Arbeitnehmer eine geringere Arbeitszeit und mehr Zeit für Familie und Freunde. Der Großteil der Jugendlichen träumt bezüglich „Idealarbeit“ davon, mit einer kleinen Firma selbständig zu sein. Die Mehrheit von ihnen findet sich später in abhängiger Stellung, aber vielleicht in ganz anderen als den herkömmlichen Formen. Die begehrten Stellen im öffentlichen Dienst werden knapper, die Zahl der atypischen Arbeitsverhältnisse explodiert. Wie reagiert die Gewerkschaft auf diese Auffächerung in der rechtlichen Regelung von Arbeitsverhältnissen? Und wie sieht die Arbeitswelt von morgen aus?*

*Die Gewerkschaften fragen sich heute, welche Weichenstellungen nötig sind, um in Zukunft nicht nur weiterhin Vollbeschäftigung zu gewährleisten, sondern Arbeit in jeder Hinsicht humaner und selbstbestimmter zu gestalten. In der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik möchte man neue, autonome Wege gehen, neue Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitszeit finden, neue Arten beruflicher Qualifikation erschließen, um auch in Zukunft Arbeit nicht als „Job“ betrachten zu müssen, sondern als Angelpunkt eines erfüllten Lebens.*

### 3.1 Die Erwerbstätigkeit

*Arbeit ist ein verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht. Fast ein Zehntel der arbeitswilligen Menschen in der EU finden derzeit keinen geeigneten Arbeitsplatz. In Südtirol herrscht dagegen Vollbeschäftigung. Zudem ist der Anteil der Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung im letzten Jahrzehnt stetig gewachsen.*

1999 lag die Erwerbsquote Südtirols bei 57,6%, was gut 210.000 erwerbstätigen Personen entspricht; 2,6% gaben an, auf Arbeitsuche zu sein. Die Erwerbsquote ist in den letzten Jahren leicht gestiegen, was auf die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen und auf die Immigration aus Arbeitsgründen zurückzuführen

ist. Die Erwerbsquote der Männer lag Anfang 2000 bei 69,8%, bei den Frauen bei 46,5%. Insgesamt liegt die Erwerbsquote Südtirols über jener des Trentino und wesentlich über jener Nordostitaliens und Italiens insgesamt. Das heimische Erwerbspotential scheint langsam ausgeschöpft zu sein.

Tab. 44 - Erwerbspersonen nach Geschlecht - 1994 bis 1999

	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Erwerbstätige</b>	<b>201.700</b>	<b>207.300</b>	<b>208.800</b>	<b>210.300</b>	<b>210.000</b>
Männer	122.000	123.400	123.700	125.100	125.000
Frauen	79.700	83.900	85.100	85.100	85.100
<b>Arbeitsuchende</b>	<b>5.800</b>	<b>5.800</b>	<b>5.900</b>	<b>4.600</b>	<b>5.700</b>
Männer	3.000	2.700	2.800	2.100	2.000
Frauen	2.700	3.100	3.100	2.500	3.600
<b>Nichterwerbspersonen (über 15. J.)</b>	<b>157.300</b>	<b>154.400</b>	<b>155.600</b>	<b>158.100</b>	<b>159.500</b>
Männer	52.200	52.700	53.800	54.400	55.800
Frauen	105.100	101.700	101.800	103.700	103.700
<b>Arbeitslosenquote</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>	<b>2,2</b>	<b>2,6</b>
Männer	2,4	2,2	2,2	1,7	1,6
Frauen	3,3	3,5	3,5	2,9	4,1

Quelle: ASTAT, Statistisches Jahrbuch für Südtirol 1999

Längere Ausbildungszeiten, ein durchschnittlich höheres Einkommen und die Präferenz zur früheren Verrentung könnten die Erwerbsquote aber wieder sinken lassen. Immerhin sind in der zentralen Altersklasse von 25 bis 49 Jahren 83% aller Einwohner erwerbstätig oder auf Arbeitsuche, nur 17% noch in Ausbildung, schon in Rente oder mit Haus- und Familienarbeit ausgefüllt. 147.500 Erwerbstätige (70,1%) befinden sich in abhängiger Stellung, während die Selbständigen mit 62.700 Personen 29,9% der Erwerbstätigen stellen.

Dies hängt mit der Betriebsgrößenstruktur und den Eigentumsverhältnissen zusammen. Sehr viele Betriebe sind „Ein-Personen-Betriebe“. Aber auch Bäuerinnen bezeichnen sich eher als Hausfrau denn als Unternehmerinnen, sind aber natürlich beides. Mithelfende Familienangehörige bezeichnen sich als „abhängig Arbeitende“.

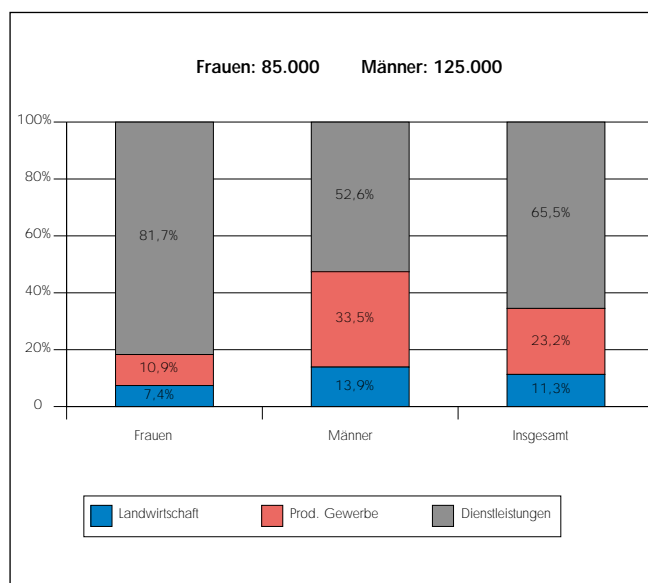
1997 arbeiteten laut Arbeitskräfteerhebung 26.200

Personen in der Landwirtschaft, 55.000 im produzierenden Gewerbe, 29.600 im Handel, 20.300 im

#### Das Stichwort: die Erwerbsquote

drückt die Erwerbspersonen je 100 Einwohner aus. Die Erwerbsquote wird nach Europäischen Standards auf die Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr bezogen. Sie gibt an, welcher Prozentsatz der erwerbsfähigen Bevölkerung am Erwerbsleben teilnimmt. Beziehen sich die Daten auf eine bestimmte Gruppe (Geschlecht, Altersklasse), so wird von spezifischer Erwerbsquote gesprochen. Die Erwerbstätigenquote (Erwerbstätige je 100 Einwohner der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren) gibt an, welcher Prozentsatz der Bevölkerung tatsächlich beschäftigt ist.

**Tab. 45 - Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereich und Geschlecht - 1999**



Quelle: ASTAT-Informationen, Erwerbstätigkeit, 2000

Gastgewerbe und 39.000 im Öffentlichen Dienst und 36.600 in den übrigen Dienstleistungen. Die Dienstleistungen halten auch den Löwenanteil an den bei der Handelskammer eingetragenen Unternehmen, nämlich 73%. Die Unternehmen im sog. Produzierenden Gewerbe haben zwar im Durchschnitt mehr Beschäftigte (nämlich 5,2 gegenüber 3,2), aber insgesamt dominiert der Klein- und Kleinstbetrieb (vgl. Kap. 2.8).

Wie ist die abhängige Arbeit auf die Sektoren verteilt? In der Landwirtschaft arbeiteten 5.400 Personen als Arbeitnehmer (3,7% aller Unselbständi-

gen). In Industrie, Handwerk und Baugewerbe sind 40.500 Arbeitnehmer beschäftigt (27,4% aller Unselbständigen), während die Dienstleistungsunternehmen 101.700 Menschen als Arbeitnehmer beschäftigen (68,9% der Arbeitnehmer insgesamt). Mit anderen Worten: während es viermal so viele Bauern als landwirtschaftliche Arbeitnehmer gibt, kommen auf jeden Industriellen und Handwerksunternehmer vier Arbeitnehmer und auf jeden Dienstleistungsunternehmer drei Lohnabhängige. Nähme man den Öffentlichen Dienst aus dem Dienstleistungssektor heraus (über 39.000 Bedienstete), kämen auf jeden selbständigen Dienstleister nur zwei Beschäftigte.

Welche sind die Besonderheiten des Südtiroler Arbeitsmarktes? Im Vergleich mit den Nachbarregionen liegt der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten in Südtirol mit 11,3% ziemlich hoch. Im produzierenden Gewerbe stellen die Bauarbeiter nahezu ein Drittel der Beschäftigten. Das produzierende Gewerbe i.e.S., also Industrie und Handwerk, beschäftigt in Tirol und im Trentino einen höheren Anteil der Arbeitnehmer. Das Gastgewerbe hat in Nord- und Südtirol ein größeres Gewicht als im Trentino, der Wert liegt aber in allen drei Ländern weit über dem jeweiligen gesamtstaatlichen Durchschnitt. Der hohe Anteil öffentlich Bediensteter in Südtirol ist Ausdruck des weit gediehenen Ausbaus der Autonomie. Weitere Besonderheiten sind: ein geringeres durchschnittliches Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen, eine relativ starke saisonale Komponente vor allem im Bau- und Gastgewerbe sowie in der Landwirtschaft, eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitsplätze in geographischer Hinsicht.

Wie entwickelte sich die Beschäftigung nach Sektoren in der Zeit? Strukturelle Veränderungen sind erst nach Jahrzehnten sichtbar. Das Produzierende Ge-

**Tab. 46 - Indikatoren zum Erwerbsleben, regionaler Vergleich - 1998 (Jahresdurchschnitte, gerundet)**

	EINWOHNER	ERWERBSPERS.	ARBEITSUCHENDE	ERWERBSQUOTE	ARBEITSLOSENQ.
Südtirol	459.687	214.900	4.600	57,6	2,7
Tirol	665.391	313.600	8.900	59,0	3,4
Trentino	469.887	200.200	9.000	50,9	5,3
<b>Insgesamt</b>	<b>1.594.965</b>	<b>728.700</b>	<b>22.500</b>	<b>56,3</b>	<b>3,8</b>
Norditalien	25.567.000	11.137.000	735.000	50,6	6,6
Italien	57.563.000	22.891.000	2.805.000	47,6	12,3
Österreich	8.072.000	3.884.000	165.000	58,0	4,2

Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998, und: ASTAT, Tirol-Südtirol-Trentino 2000, und ISTAT



werbe erreichte 1971 einen Höchstwert von 31% und ging bis 2000 auf 23,2% zurück. Der Anteil der marktbestimmten Dienstleistungen hat sich verdoppelt, der öffentliche Dienst expandierte seit Umsetzung der zweiten Autonomie. Tatsächlich liegt der öffentliche Dienst 1998 bei 18,5% der Gesamtbe-

schäftigten mit Tendenz nach oben. Beschäftigten-gewinne werden künftig nur mehr die Dienstleistungsbranchen verzeichnen.



#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. 57,6% der Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren (215.700 Personen) sind Erwerbspersonen 1999 befanden sich davon 5.700 im Jahresdurchschnitt auf Arbeitssuche (2,6%). Die Erwerbsbeteiligung in Südtirol nähert sich jener der nördlichen Nachbarregionen an. Aber verschiedene Faktoren (Überalterung, längere Ausbildung, höhere Einkommen, Wunsch nach geringerer Arbeitszeit) kündigt gegenläufige Tendenzen an.
2. Rund zwei von drei der 210.000 Erwerbstätigen Südtirols übten 1999 eine Tätigkeit in den Dienstleistungen aus. 81,6% aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in diesem Sektor.
3. Insgesamt 11,2% der Südtiroler Erwerbstätigen waren 1999 teilzeitbeschäftigt: bei den Männern 2,5%, aber 23,9% bei den erwerbstätigen Frauen.
4. Auf jeden Industriellen und Handwerksunternehmer kommen vier Arbeitnehmer und auf jeden Dienstleistungsunternehmer drei Arbeitnehmer. Ohne Öffentlichen Dienst kämen auf jeden selbständigen Dienstleister nur zwei Beschäftigte.

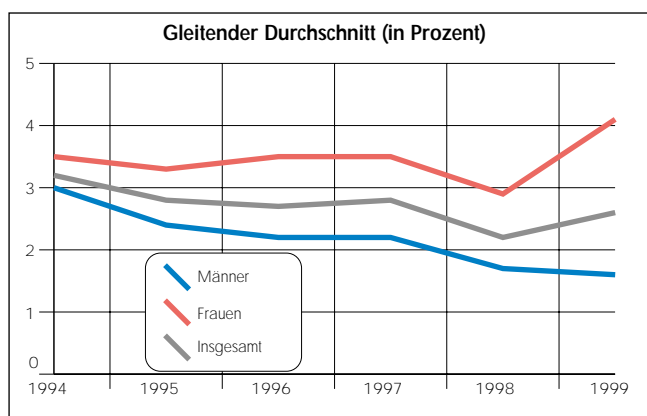
#### Zur Vertiefung:

- Aut. Provinz Bozen, Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998, Bozen 1999
- ASTAT, Tirol-Südtirol-Trentino 2000, Bozen 2000

### 3.2 Ein Land ohne Arbeitslosigkeit?

*Südtirol gilt als eine der Regionen mit der stabilsten Arbeitsmarktlage und der geringsten Arbeitslosigkeit der EU insgesamt. Die Arbeitslosenquote von 2-2,5% liegt unter dem, was gemeinhin als „natürliche“ Arbeitslosigkeit bezeichnet wird: zu jedem Zeitpunkt ist ein bestimmter Teil der Bevölkerung gerade auf Arbeitssuche, weshalb die Arbeitslosenquote immer größer als Null sein muss. Zur Zeit deuten die Daten eher auf einen teilweisen Arbeitskräftemangel hin, wenn auch verschiedene „Problemgruppen“ arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf aufwerfen.*

Tab. 47 - Arbeitslosenquoten nach Geschlecht - 1995-99



Quelle: ASTAT, 2000

1998 lag die Arbeitslosenquote auf der Tiefstmarke von 2,2%, 1999 bei 2,6% (2.000 Männer und 3.600 Frauen) und auch Anfang 2000 bei 2,6%. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern Eingetragenen bewegte sich in den letzten Jahren ohne besondere Schwankungen, abgesehen von jenen saisonaler Art. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitssuchenden liegt zwar auf doppelter Höhe, doch haben Untersuchungen ergeben, dass nur rund die Hälfte der dort Eingetragenen auch konkret Arbeit suchen. Die andere Hälfte ist aus anderen Gründen eingetragen. Die gastgewerblichen Berufe machen bei den Eingetragenen mehr als 36% aus, die Verwaltungsberufe 24%. Dann folgen die Verkaufsberufe, die Bauberufe und die Reinigungsdienste. So werden einige Problembereiche des

Südtiroler Arbeitsmarktes deutlich: zum einen die den Saisonschwankungen unterworfenen Tätigkeiten, zum anderen die geringer qualifizierten Tätigkeiten. Nicht so sehr Arbeitsplätze fehlen, als vielmehr Fachkräfte, die der Nachfrage der Unternehmen in bestimmten Branchen entsprechen. Trotz der geringen Arbeitslosenquote sind für jeden Betroffenen die mit längerwährender, unfreiwilliger Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme bittere Erfahrungen. Welche Gründe verursachen Arbeitslosigkeit in Südtirol?

Der starke saisonale Charakter kommt durch die überproportionale Zahl der Eingetragenen aus dem Gastgewerbe zum Ausdruck, die üblicherweise im November und Dezember Spitzenwerte erreicht. Saisonal arbeitslos sind auch viele Arbeitnehmer in Landwirtschaft und Baugewerbe.

Langzeitarbeitslos waren 1997 im Durchschnitt 17% der gemeldeten Arbeitslosen. Manche haben die Hoffnung auf einen geeigneten Arbeitsplatz aufgegeben, bleiben aber zwecks Gewährung von Sozialleistungen eingetragen.

Qualifikationsmangel führt eher zu Arbeitslosigkeit, obwohl in verschiedenen Sparten auch Hilfsarbeiter und gering qualifizierte Arbeitnehmer gesucht werden. Die öffentliche Arbeitsvermittlung spielt für die höher Qualifizierten eine nur geringe Rolle. Von struktureller Arbeitslosigkeit spricht man, wenn Arbeitnehmer nicht den für sie geeigneten Arbeitsplatz am passenden Ort und zu den passenden Bedingungen finden können, obwohl freie Stellen geboten werden.

Tab. 48 - Arbeitslosigkeit, regionaler Vergleich - 1998

	ARBEITSKRÄFTEERHEBUNG		EINGETRAGENE ARBEITSLÖSE	
			EINGETRAGENE	QUOTE
Südtirol	4.600	2,2	8.247	2,7
Tirol	8.900	2,8	16.824	3,7
Trentino	9.000	4,5	23.296	7,4
Insgesamt	22.500	3	48.368	4,5

Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998, ASTAT, Tirol-Südtirol-Trentino 2000

Im regionalen Vergleich weist Südtirol eine geringere Arbeitslosigkeit auf als Tirol und das Trentino. Italien und der EU-Durchschnitt liegen auf dem vierfachen Niveau.

Die positive Dynamik auf dem Arbeitsmarkt lässt sich auch aus den Daten zur Lohnausgleichskasse und den Mobilitätslisten entnehmen, denen in Südtirol relativ geringe Bedeutung zukommt. In Arbeitskräften ausgedrückt entspricht die Meldung für 1997 1.206 Personen, wovon allein 1.071 auf das Konto der Bauarbeiter gehen. Auch hier wird eher eine saisonale Schwankung dieses Sektors (im

#### *Das Stichwort: die Arbeitslosenquote*

ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitssuchenden und der Erwerbspersonen. Sie wird mit den Daten der Arbeitskräfteerhebung, einer periodischen Stichprobenuntersuchung, festgestellt. Ein weiterer Indikator für die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitssuchenden. Allerdings haben viele der dort Eingetragenen schon eine Arbeit gefunden, leisten Arbeitsstunden ohne sich in einem Arbeitsverhältnis zu befinden oder sind aus anderen Gründen eingetragen. Maßgeblich für internationale Vergleiche ist inzwischen die EU-standardisierte Stichprobenerhebung der Arbeitssuchenden.

Winterhalbjahr) ausgeglichen. Für die Lohnausgleichskasse im Baugewerbe gibt es eine eigene gesetzliche Regelung. In den Mobilitätslisten waren 1997 durchschnittlich 348 Personen eingetragen.

Warum herrscht in Südtirol eine solch geringe Arbeitslosigkeit? Mehrere Faktoren treffen zusammen:

- Dank massiver öffentlicher Unterstützung wurde eine höhere Abwanderung aus der Landwirtschaft vermieden. Der Zu- und Nebenerwerb blieb für viele das zweite Standbein.
- Dank der geografischen Position und anderer Vorteile konnte sich die Industrie stabil entwickeln. Fremdenverkehr, Handel und Handwerk entwickelten sich wirtschaftlich gesehen sehr positiv.
- Krisenresistente Betriebsstrukturen und eine hohe Flexibilität der Klein- und Mittelbetriebe.
- Die starke politische Autonomie führte zum Ausbau des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Ausgaben.
- In der Bevölkerung herrscht eine hohe Arbeits- und Leistungsmotivation vor (vgl. Kap. 3.8).

Diese Bedingungen sind allerdings nicht naturgegeben. In Zukunft könnten in einzelnen Branchen durchaus auch Arbeitsplätze abgebaut werden. Das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt bedarf vorausschauender Politik und des guten Zusammenspiels der Sozialpartner.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Im regionalen Vergleich weist Südtirol mit einer Rate von 2,6% (1999) eine geringere Arbeitslosigkeit auf als Tirol und das Trentino. Italien und der EU-Durchschnitt liegen auf dem vierfachen Niveau.
2. Die Arbeitslosigkeit ist in Südtirol vor allem saisonal und strukturell bedingt. Bei stabiler Wirtschaftsentwicklung kommt es zwecks Vermeidung von Arbeitslosigkeit auf die optimale Abstimmung von Arbeitsangebot und Qualifikationsnachfrage der Unternehmen durch laufende Anpassung des Ausbildungssystems an.
3. Ein zunehmendes Ungleichgewicht besteht in qualitativer Hinsicht: viele Arbeitnehmer möchten weniger arbeiten, doch ihr Arbeitsplatz erlaubt es nicht. Nicht Erwerbstätige, vor allem Frauen, würden gerne ins Erwerbsleben einsteigen, wenn es mehr Teilzeitstellen gäbe. Andere suchen qualifiziertere Arbeitsplätze, finden sie aber nicht oder nicht im Wohnumfeld.
4. Während geringer qualifizierte Arbeitsplätze zunehmend mit ausländischen Arbeitnehmern besetzt werden, bringt die Höherqualifizierung den Einheimischen Arbeitsplatzsicherheit und beruflichen Aufstieg.

#### *Zur Vertiefung:*

- Aut. Provinz Bozen, Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998, Bozen 1999
- Amt für Arbeitsmarkt (Thomas Benedikter), Die eingetragenen Arbeitssuchenden in Südtirol, Interner Bericht, Bozen 1991

### 3.3 Die Frauen auf dem Arbeitsmarkt

*Die Erwerbsbeteiligung der Frauen weist in Südtirol Besonderheiten sowohl in der historischen Entwicklung wie in der Aufteilung auf die Sektoren auf. Die hohe Nachfrage in den 70er und 80er Jahren erlaubte eine stetige Ausweitung der Frauenbeschäftigung. Die Emanzipation im Bildungswesen und der Abbau traditioneller Rollenvorstellungen trugen dazu bei, dass die Berufstätigkeit der Frauen zur Normalität wurde. In jüngerer Zeit ermöglichte der Rückgang der Zahl der Familien mit Kindern und der Geburtenrate im allgemeinen immer mehr Frauen nach der Kinderbetreuungsphase die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt. Allerdings gilt bei herrschender (einseitiger) Aufteilung von Familien- und Hausarbeit zwischen Mann und Frau, dass sich Frauen schwerer tun, eine Berufstätigkeit nach ihrem Geschmack zu finden und längere Zeit auszuüben.*

Die Erwerbsquote der Frauen lag Anfang 2000 bei 46,5% (jene der Männer bei 68,9%), während Deutschland und Frankreich bereits bei 60% liegen. 80% der insgesamt 86.800 weiblichen Erwerbstätigen arbeiteten im Dienstleistungsbereich. 76,6%

der erwerbstätigen Frauen befinden sich in abhängiger Stellung.

Die Arbeitslosenquote der Frauen bleibt auf einem fast doppelt so hohen Niveau wie jene der Männer.

**Tab. 49 - Frauenanteile (in Prozent) an der Gesamtbeschäftigung nach Sektoren und Stellung im Beruf - 1997**

	LEHRLINGE	ARBEITER	ANGESTELLTE	LEITENDE ANG.	SELBSTÄNDIGE	ANDERE	INSGESAMT
Landwirtschaft	30,0	31,5	54,6	–	45,5	26,3	42,9
Prod. Gewerbe	8,4	11,7	40,3	4,9	18,5	24,2	17,2
Handel	54,2	26,4	61,3	7,6	40,7	38,8	45,6
Gastgewerbe	52,4	58,2	80,0	19,6	55,9	37,8	58,0
Öff. Sektor	76,6	75,0	57,8	12,4	28,1	19,8	57,7
Sonst. Dienstl.	78,7	44,7	46,3	13,1	27,4	27,7	41,4
Andere	86,8	64,4	78,2	–	45,5	47,6	64,2
Insgesamt	30,4	29,8	54,9	8,1	39,8	27,7	41,2

Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998

Der Frauenanteil ist im Handel, Gastgewerbe und öffentlichen Dienst überdurchschnittlich hoch. Über die Hälfte der 18.700 selbständigen Frauen werden aber als „mithelfende Familienangehörige“ geführt. Sehr niedrig (17%) liegt der Anteil der Frauen im Produzierenden Gewerbe. Hinsichtlich der Stellung im Beruf lagen die Frauen 1997 sowohl bei den Selbständigen (Anteil von 39,8%) als auch bei den leitenden Angestellten (8,1%) noch eindeutig im Rückstand. Nur 29,8% der Arbeiter sind weiblich. Insgesamt liegt der Frauenanteil bei den Lohnabhängigen bei 45%, bei den Unternehmern und Freiberuflern hingegen bei nur 19%. Die unausgewogene Verteilung hinsichtlich der Stellung im Beruf lässt eindeutig darauf schließen, dass von echter Chancengleichheit auf dem Südtiroler Arbeitsmarkt noch nicht gesprochen werden kann. In den Südtiroler Betrieben sind nur wenige Führungspositionen mit Frauen besetzt, und auch der Frauenanteil an leitenden Funktionen im öffentlichen Dienst ist auffallend gering.

#### Das Stichwort: Der „segregierte Arbeitsmarkt“

Segregierter Arbeitsmarkt bedeutet, dass Männer und Frauen einen unterschiedlichen Zugang dazu haben und unterschiedliche Positionen auf dem Arbeitsmarkt einnehmen, was sich z.B. in folgendem ausdrückt:

1. Frauen konzentrieren sich nach wie vor auf wenige Berufe und Branchen.
2. Innerhalb derselben Branchen verrichten Frauen andere Tätigkeiten als Männer.
3. Frauen sind trotz verbesserter Ausbildung eher in den unteren Rängen der betrieblichen Hierarchie zu finden.
4. Frauen verdienen selbst bei vergleichbarer Qualifikation und beruflicher Position weniger als Männer.
5. Frauen tragen ein größeres Risiko, arbeitslos zu werden, als Männer.

Die Teilzeitquote betrug 1998 bei Frauen 23% (19.600 Beschäftigte), bei Männern 3% (3.800 Beschäftigte). 85% der Teilzeitbeschäftigten waren

Frauen. Der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse ist mit 9% bei Frauen doppelt so hoch wie bei Männern. Das ist ein Hinweis darauf, dass sich Frauen öfter mit relativ unsicheren Arbeitsplätzen zufriedengeben müssen. Ein Vergleich der tatsächlichen Wochenarbeitszeit zeigt, dass ein beträchtlicher Teil, nämlich 24% der Frauen weniger als 30 Wochenstunden angibt. Weitere 25% geben 30-39 Stunden an, wobei ins Gewicht fallen dürfte, dass die Arbeitszeit in vielen Dienstleistungszweigen relativ kürzer als jene in der Landwirtschaft und im produzierenden Gewerbe ist und Selbständige im Schnitt länger arbeiten als abhängig Beschäftigte. Dagegen bleibt die unbezahlte Arbeit (also Haus- und Familienarbeit, Freiwilligenarbeit) nach wie vor mehrheitlich Frauensache. Unter den Arbeitssuchenden 1997 beträgt der Frauenanteil 52%. Am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen scheinen die Frauen im Produzierenden Gewerbe zu sein, und zwar sowohl Fach- wie Hilfsar-

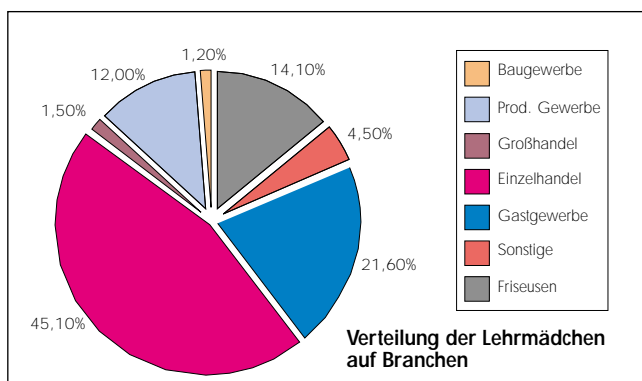
beiterinnen: der Anteil an den eingetragenen Arbeitslosen ist in allen drei Fällen um ca. drei Viertel höher als ihr Anteil an der Beschäftigung.

Wie aus den Daten ersichtlich, ist der Südtiroler Arbeitsmarkt noch klar nach Geschlechtern segmentiert, sowohl hinsichtlich der Arbeitsbereiche wie der Qualifikationsebenen. Maßgeblich für die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt ist die schulische und berufliche Ausbildung. Bevorzugt werden traditionell „weibliche“ Fachrichtungen. So wählen z.B. die Maturantinnen immer noch bevorzugt literarisch-geisteswissenschaftliche Studienrichtungen.

Bei den Lehrberufen konzentrieren sich 82% aller Lehrlinge auf nur drei Bereiche: Handel, Gastgewerbe, Körperpflege. Frauen unterbrechen bei der Geburt von Kindern die Berufstätigkeit und steigen erst nach Jahren - meist wenn die Kinder aus dem Pflichtschulalter kommen - wieder in den Beruf ein. Diese Wiedereinsteigerinnen haben es meist besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt.

Um mehr Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen muss eine Diversifizierung der Frauenerwerbstätigkeit und der Qualifikationen erwerbstätiger Frauen ermöglicht werden, und dafür sind Eingriffe bei der Ausbildungs- und Berufswahl nötig. Gleichzeitig sind verbesserte Kinderbetreuungsformen erforderlich, um Familien- und Berufsarbeit besser vereinbaren zu können. Mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Frauen erfordern aber auch mehr Chancen für die Männer in der Familienarbeit. Wenn dieser Bereich nicht besser auf Mann und Frau aufgeteilt wird, werden sich männerdominierte Positionen und Branchen kaum aufweichen lassen.

Tab. 50 - Frauen und Lehrberufe - 1991



Quelle: Pircher/Burgstaller, Viel Arbeit ist noch kein Beruf, 1991

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Bei der Erwerbsquote der Frauen liegt Südtirol mit 46,5% zwar im Spitzenfeld unter den Regionen Italiens, aber gegenüber Frankreich, Deutschland und Österreich noch zurück. Auch die Teilzeitquote der Frauen liegt in Südtirol niedriger als in den Nachbarländern.
2. Die Frauenerwerbstätigkeit wird aufgrund der guten Arbeitsmarktlage für ausbaufähig gehalten. Andererseits deuten Umfragen (Social Survey) darauf hin, dass die Mehrheit der Frauen der Erwerbsarbeit eher weniger Zeit widmen möchten.
3. Nach wie vor bleibt die unbezahlte Arbeit (also Haus- und Familienarbeit, Freiwilligenarbeit) mehrheitlich Frauensache. Der Anteil der Frauen an Spitzenpositionen in Wirtschaft und öffentlichem Dienst ist auffallend gering.
4. Maßgeblich für die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt ist die relativ schmale Palette schulischer und beruflicher Ausbildung der Frauen und die gängige Wahl traditionell „weiblicher“ Fachrichtungen.

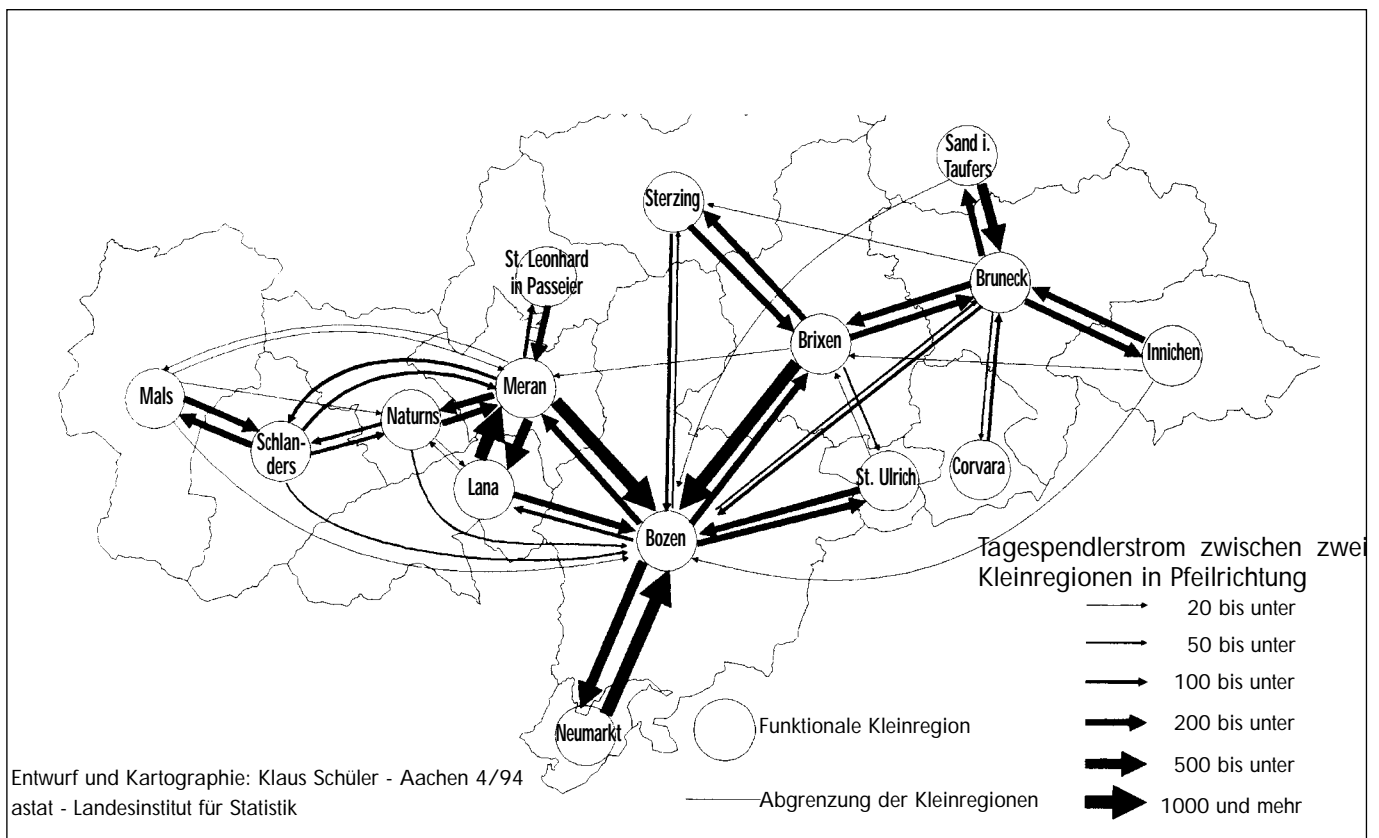
#### Zur Vertiefung:

- Erika Pircher/Barbara Burgstaller, Viel Arbeit ist noch kein Beruf, Salzburg 1991
- Erika Pircher/Elfriede C. Neubauer, Die Zeit ist ein Tyrann, Landesbeirat für Chancengleichheit der Aut. Provinz Bozen (Hg.), Salzburg 1995

### 3.4 Pendlerströme und Wanderungsbewegungen

*Das Berufspendeln führt zu erheblichen Belastungen. 1998 und 1999 haben Berufspendlerströme erheblich zugenommen. Während die Mobilität im Sinne von Wohnsitzverlagerungen der Bevölkerung sinkt, weil ein wachsender Anteil an Eigentumswohnungen vorliegt, steigt die Zahl der Personen, die ihren Arbeitsplatz nicht im selben Bezirk haben. Damit steigt auch der Zeit- und Kostenaufwand, den insgesamt Arbeitnehmer für den Weg zum und vom Arbeitsplatz zu bewältigen haben. Gleichzeitig reduziert das Pendeln die Zeit für Familie, Freunde und Freizeit.*

Tab. 51 - Tagespendlerströme zwischen funktionalen Kleinregionen



Laut Volkszählung 1991 waren auf 190.000 Beschäftigte 62.562 Pendler (32,9% der Beschäftigten), wovon aber nur 15.515 zwischen den „funktionalen Kleinregionen“ und nur 2,7% außerhalb der Provinz pendelten. 45 Gemeinden hatten 1991 mehr Tageseinpendler, woraus sich die Tendenz zur Ausweitung des Aktionsradius der Arbeitskräfte ablesen lässt. Die höchsten Pendlersaldi werden in Bozen, Bruneck, Brixen und Meran erreicht. 27% der ansässigen Erwerbstätigen pendelten 1991 aus ihrer Gemeinde aus, aber nur 3,2% außerhalb ihres Bezirks. Hauptanziehungspole der Pendler sind natürlich die

Bezirkshauptstädte. Die Kleinregion Bozen hatte 1991 einen Einpendlersaldo von 2.879 Personen, Bruneck von 298, Schlanders von 86, St. Ulrich 150. Alle übrigen Kleinregionen haben mehr Auspendler oder eine ausgeglichene „Pendlerbilanz“. Zwischen den statistischen Bezirken pendelten insgesamt 6.129 Personen täglich zwischen Wohnsitz und Arbeitsplatz. Zwischen den funktionalen Kleinregionen, die ein kleineres, wirtschaftlich eng verflochtenes Gebiet umfassen, pendelten 1991 8,2% der Erwerbstätigen. Ins Ausland (in die Schweiz und nach Österreich) pendelten hingegen nur 627 Personen.

**Tab. 52 - Tagespendler zwischen statistischen Bezirken - 1991**

	ANZAHL			JE 100 ANSÄSSIGE ERWERBSTÄTIGE		
	AUSPENDLER	EINPENDLER	SALDO	AUSPENDLER	EINPENDLER	SALDO
Meran-Schland.	2.266	724	-1.542	4,6	1,5	-3,1
Bozen	1.366	3.827	2.461	1,6	4,4	2,8
Brixen-Sterzing	1.663	1.154	-509	6,6	4,6	-2
Bruneck	834	424	-410	3	1,5	-1,5
<b>Insgesamt</b>	<b>6.129</b>	<b>6.129</b>	<b>-</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>	<b>-</b>

(Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998)

Aber nicht allein die absolute Zahl der pendelnden Personen fällt ins Gewicht, sondern der damit verbundene Aufwand an Zeit und Kosten für die Betroffenen und die herbeigeführte Verkehrsbelastung in den Tälern und Ballungsräumen. Immer mehr Menschen möchten auf dem Land oder in kleineren Gemeinden leben, während der Arbeitsmarkt in den Bezirkszentren eine höhere Dynamik aufweist. Flexiblere Arbeitszeiten könnten die Pendlerströme entzerren, bessere öffentliche Verkehrsverbindungen den Individualverkehr reduzieren. Entscheidend ist die möglichst dezentrale Betriebsansiedlung und Verteilung der Arbeitsplätze: ein wohnortnahes Arbeitsplatzangebot reduziert die Kosten des Pendelns und erhöht die Lebensqualität.

#### Das Stichwort: Pendler

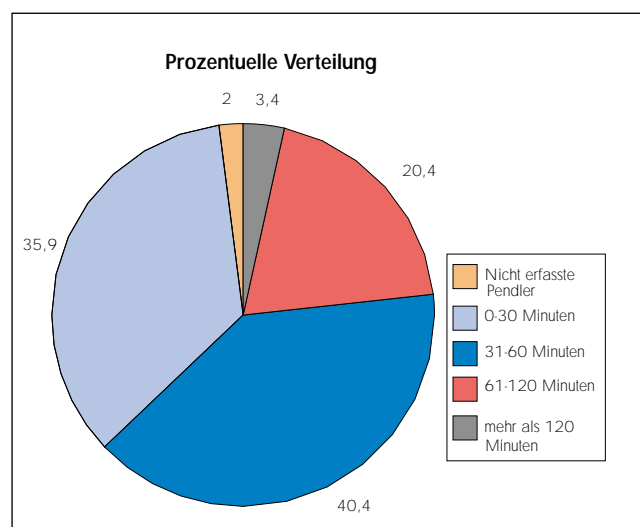
Tagespendler sind Erwerbstätige, deren Wohn- und Arbeitsort verschieden sind und die sich an jedem Arbeitstag vom Wohnort zum Arbeitsort begeben. Auspendler sind Personen, die im betreffenden Bezirk wohnen und auswärts arbeiten, Einpendler Personen, die auswärts wohnen, aber im betreffenden Bezirk arbeiten. Der Pendlersaldo ist die Differenz zwischen Einpendlern und Auspendlern. Bei den Pendlerströmen wird nicht nach Verwaltungsbezirken, sondern nach den vier statistischen Bezirken Meran-Schlanders, Bozen, Brixen-Sterzing und Bruneck unterschieden.

Wieviel Zeit wird fürs Pendeln aufgewandt? Beim Zeitaufwand gaben 1991 nur 1.668 Pendler an, mehr als 1 Stunde Fahrtzeit zum Arbeitsplatz zu benötigen, also täglich mehr als zwei Stunden für die Fahrt zum und vom Arbeitsplatz aufbringen zu müssen. Durch die relativ gute Arbeitsmarktlage und breitgestreute Verteilung der Betriebe sind in Südtirol nur 3% der Berufstätigen gezwungen, derart lange Anfahrtswege in Kauf zu nehmen. Die

Einpendler der Bozner Umgebung müssen die höchsten durchschnittlichen Fahrtzeiten in Kauf nehmen. Der durch das Berufstagespendeln induzierte Individualverkehr verursacht hohe Belastungen. Bozen als Landeshauptstadt und Oberzentrum hat die größte Anziehungskraft und den weitesten Einzugsbereich.

**Tab. 53 - Zeitaufwand für den Weg vom und zum Arbeitsplatz - 1991**

(Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998)



Insgesamt verbringt ein Pendler mit zweistündigem Arbeitsweg bei einem durchschnittlichen Arbeitsleben von 40 Jahren (zu 230 Arbeitstagen á 7,5 Stunden gleich rund 1.700 Stunden pro Jahr) volle 2,1 Jahre nur auf der Fahrt vom und zum Arbeitsplatz.

Als soziale Flankierungsmaßnahme für die Pendler ist in Südtirol der Fahrtkostenzuschuss eingeführt worden. Die Landesverwaltung zahlt dabei an die Pendler aus Arbeitsgründen einen Zuschuss, der einen Teil der für die Fahrten zum Arbeitsplatz getragenen Kosten ersetzt.

**Das Stichwort: der Wanderungssaldo**

Wanderungsbewegungen hängen eng mit der Erwerbstätigkeit zusammen. Gebiete mit einem differenzierten Arbeitsplatzangebot verzeichnen meist mehr Zuwanderungen als Abwanderungen. Ausschlaggebend sind aber die Attraktivität der Wohnorte und die Immobilienpreise, weshalb starke Wanderungsbewegungen auch von den Arbeitsplatzzentren in die Umgebung zu verzeichnen sind. Der Wanderungssaldo ergibt sich aus der Differenz zwischen Zuwanderungen und Abwanderungen. In Südtirol sind die landesinternen Wanderungen zwischen den Bezirken eher begrenzt, da auch in den peripheren Gebieten ein relativ gutes Arbeitsplatzangebot besteht.

Wer des Pendelns leid ist, wird früher oder später seinen Wohnsitz in die Nähe des Arbeitsplatzes verlegen. Daraus entstehen Wanderungsbewegungen,

die in vielen Fällen eng mit der Erwerbstätigkeit zusammenhängen. Gebiete mit einem differenzierten, ausreichenden Arbeitsplatzangebot verzeichnen im allgemeinen mehr Zu- als Abwanderungen. Ausschlaggebend sind auch die Attraktivität der Wohnorte und die Immobilienpreise. In Südtirol sind die landesinternen Wanderungsbewegungen zwischen den Bezirken eher begrenzt. Das mag, neben kulturellen Gründen, auch an der geringen Größe des Landes liegen. Andererseits gibt es auch ein relativ gutes Arbeitsplatzangebot in den peripheren Gebieten. Die Wanderungssaldi zwischen den Bezirken lassen auf kein großes wirtschaftliches Ungleichgewicht schließen. Ein Großteil der Wanderungen findet innerhalb der Großräume der einzelnen Arbeitsplatzzentren statt. Der statistische Bezirk Bozen ist der Hauptzielort der Wanderungen aus allen anderen Bezirken und verzeichnet im Verhältnis zur Einwohnerzahl die geringsten Abwanderungen in andere Bezirke.

**Tab. 54 - Wanderungsbewegungen nach und von Südtirol - 1991-1995**

	SUMME 1991-95		JÄHRLICHE WANDERUNGEN IM DURCHSCHNITT 1991-95		
	ZUWANDERUNG	ABWANDERUNG	ZUWANDERUNG	ABWANDERUNG	WAND. SALDO
Andere Provinzen	7.333	7.887	1.467	1.577	-111
Österreich, Schweiz, Deutschland	2.552	2.460	510	492	181
Andere EU-Länder	532	232	106	46	601
Nicht-EU-Länder	2.935	410	587	82	505
<b>Insgesamt</b>	<b>13.352</b>	<b>10.989</b>	<b>2.670</b>	<b>2.198</b>	<b>473</b>

Quelle: *Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998*

**ZUSAMMENFASSUNG:**

- 1. Laut Volkszählung 1991 waren auf 190.000 Beschäftigte 62.562 Pendler (32,9% der Beschäftigten): 27% pendelten aus der eigenen Gemeinde, 3,2% aus dem eigenen statistischen Bezirk und 2,7% aus der Provinz selbst aus.**
- 2. Nicht so sehr die absolute Zahl der Pendler als der damit verbundene Aufwand an Zeit und Kosten für die Betroffenen und die herbeigeführte Verkehrsbelastung in den Tälern und Ballungsräumen fallen ins Gewicht.**
- 3. 3,4% der Pendler benötigten mehr als zwei Stunden täglich für den Weg vom und zum Arbeitsplatz. Ein Fünftel der Pendler war zwischen einer und zwei Stunden auf dem Weg.**
- 4. Südtirol weist einen positiven Wanderungssaldo auf. Intern bleiben die Wanderungen aufgrund der geringen Größe des Landes und der relativ gleichmäßigen Verteilung der Arbeitsplätze gering.**

**Zur Vertiefung:**

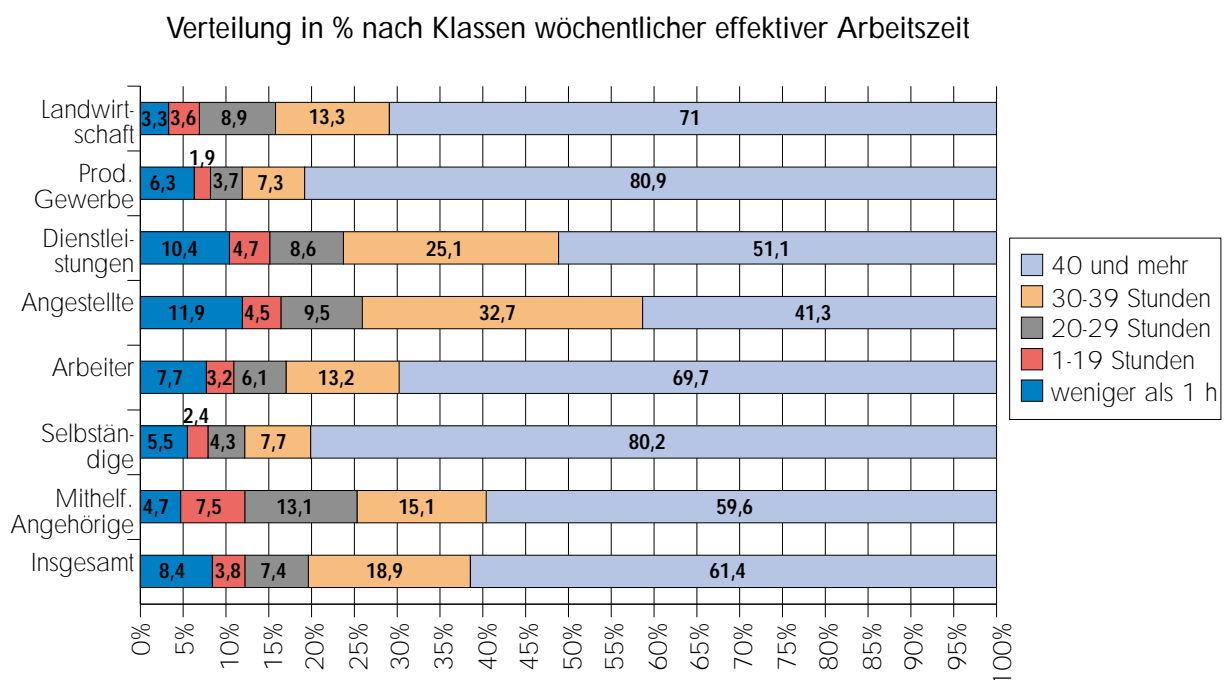
- Aut. Provinz Bozen, Abteilung Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998, Bozen 1999
- ASTAT, Berufspendlerströme und Arbeitsmarkträume in Südtirol, Bozen 1995
- ASTAT, Sozialporträt 1998, Bozen 1999



### 3.5 Arbeitszeitverkürzung - eine Illusion?

*Wieviel Zeit wenden Arbeitnehmer tatsächlich für die Arbeit auf? Obwohl kollektivvertraglich im letzten Jahrzehnt Arbeitszeitverkürzungen, vor allem der Wochenarbeitszeit, durchgesetzt werden konnten, hat sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit seit 1993 kaum verändert. In der Landwirtschaft ist sie sogar auf 46,3 Stunden gestiegen. Hohe Überstundenleistungen wiegen die geringfügigen Kürzungen bei der Wochenarbeitszeit vielfach wieder auf. Die Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet auch im Jahr 2000 noch mindestens 40 Stunden pro Woche.*

Tab. 55 - Erwerbstätige nach Sektoren, Stellung im Beruf und effektiver Arbeitszeit - 1997



Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt 37,4 Stunden, wobei die Unternehmer und Freiberufler mit 46 Wochenstunden den Spitzenwert angeben. Mehr als 80% dieser Gruppe sowie die Beschäftigten im produzierenden Gewerbe insgesamt geben an, durchschnittlich mehr als 40 Stunden pro Woche zu arbeiten. Die erwerbstätigen Frauen haben eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 32,6 Stunden, was auch auf den weit höheren Anteil von Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen ist. Allerdings gleicht sich diese geringere Zeit für die Erwerbsarbeit der Frauen durch den höheren Aufwand bei der Haus- und Familienarbeit aus. Bei den Dienstleistungen konnte 1997 eine Wochenarbeitszeit von 35,2 Stunden erreicht wer-

den, ein Ziel, das sich Gewerkschaften europaweit als Standard-Wochenarbeitszeit gesetzt haben, das aber noch in keinem EU-Land als tatsächliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit erreicht worden ist. Derzeit stocken nicht nur die Bestrebungen, die offizielle Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden zu begrenzen, die effektive Wochenarbeitszeit nimmt gar in verschiedenen Ländern und Branchen wieder zu. Dies ist primär auf die hohe Zahl der geleisteten Überstunden zurückzuführen, bedingt durch den Mangel an Arbeitskräften in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes. Beim gesamten arbeitsbedingten Zeit- und Kostenaufwand muss auch der Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz berücksichtigt werden (vgl. Kapitel 3.4)

**Tab. 56 - Effektive Arbeitszeit nach Großsektoren, Stellung im Beruf und Geschlecht - 1997**

	FRAUEN	MÄNNER	INSGESAMT
<i>Großsektoren</i>			
Landwirtschaft	36,6	50,4	46,3
Produzierendes Gewerbe	33,6	39,2	38,3
Dienstleistungen	32,0	38,9	35,2
<i>Stellung im Beruf</i>			
Angestellte	29,3	36,3	32,4
Arbeiter	33,2	38,0	36,4
Lehrlinge	37,6	38,0	37,9
Heimarbeiter	20,8	40,0	23,3
Unternehmer/Freiberufler	40,9	47,2	46,0
Mithelfende Fam. angehörige	37,7	48,3	41,3
<b>Insgesamt</b>	<b>32,6</b>	<b>40,7</b>	<b>37,4</b>

Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998

Die Zahl der Teilzeitverträge ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen, die Teilzeitbeschäftigten erreichten einen Anteil von 13%. Waren es 1994 erst 5.888 neu gemeldete Verträge, kamen 1997 schon 8.123 neue Teilzeitverträge zur Meldung. 80% der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen, 70% wurden im Handel abgeschlossen. Bei den Männern stieg zwar die absolute Zahl der Teilzeitverträge an, doch ihr Anteil stockt bei 19% der Teilzeitverträge insgesamt. Erleichterungen für die Einrichtung von Teilzeitstellen schaffen jetzt neue Anreize, doch liegt Südtirol bei der Teilzeitquote noch weit hinter dem österreichischen und dem EU-Niveau zurück. Mehr Teilzeitarbeit kommt Frauen aus der „stillen

#### Das Stichwort: die Arbeitszeit

Die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit ist die Anzahl an Stunden, die in der Bezugswoche der Befragung geleistet wurden. Werden Überstunden geleistet, so kann der Wert über der Normarbeitszeit liegen. Fallen Urlaubstage in die Bezugswoche, so ist die Stundenanzahl niedriger oder kann auch Null betragen.

Genau unterschieden werden muss zwischen der gesetzlichen, der kollektivvertraglichen und der tatsächlichen Wochenarbeitszeit. Das Gesetz legt seit 1998 die Normal-Arbeitszeit pro Woche auf 40 Stunden fest. In den Kollektivverträgen ist in vielen Sektoren eine geringere Arbeitszeit durchgesetzt worden. Tatsächlich wird diese aber im Durchschnitt nie erreicht, da viele Arbeitnehmer gezwungen sind, mehr Stunden pro Woche zu arbeiten als die Normarbeitszeit.

Reserve“ des Arbeitsmarktes und älteren Menschen entgegen. Sie könnte wesentlich dazu beitragen, dass der Kinderwunsch besser mit Berufsvorstellungen vereinbart werden kann, was den Geburtenrückgang abschwächen würde. Aber nicht nur Teilzeitarbeit, sondern auch der Ausbau der Eltern- und Bildungskarenzzeiten für Männer und Frauen würde die vorhandene Erwerbsarbeit besser auf alle Erwerbswilligen aufteilen. Die Flexibilisierung der Lebens- und Jahresarbeitszeit käme nicht nur dem Bedürfnis nach mehr Zeitsouveränität und individueller Gestaltungsmöglichkeit zugute, sondern würde auch den Unternehmen zu stärker motivierten Mitarbeitern verhelfen.

**Tab. 57 - Teilzeitbeschäftigte nach Begründung und Geschlecht - 1997**

	FRAUEN		MÄNNER		INSGESAMT	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Keine Vollzeit- Beschäftigung gewünscht	5.100	28,4	1.200	38,4	6.300	29,9
Keine Vollzeit- Beschäftigung gefunden	400	2,2	300	8,8	700	3,2
Besuch von Lehrgängen	300	1,9	100	2,8	400	2
Krankheit, Invalidität	200	1,1	400	11,7	600	2,6
Persönliche/fam. Gründe	11.400	63,6	500	16,3	11.900	56,6
Andere	500	2,8	700	21,9	1.200	5,7
<b>Insgesamt</b>	<b>18.000</b>	<b>100</b>	<b>3.100</b>	<b>100</b>	<b>21.100</b>	<b>100</b>

Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998

Das Leben des einzelnen wird immer noch viel stärker von gesellschaftlichen Zwängen und Zeitrhythmen bestimmt als gemeinhin angenommen. Die Arbeitszeit gibt das Grundmuster vor, nach dem sich

private und soziale Zeiten, Freizeit und Familienarbeit orientieren. Der Wunsch nach mehr individueller Zeit, also frei verfügbarer Zeit, ist laut „Social Survey 1997“ ziemlich groß.

**Tab. 58 - Wünsche nach mehr oder weniger Zeit für verschiedene Lebensbereiche - 1997**  
*Prozentuelle Verteilung (Quelle: ASTAT, Social Survey 1997)*

ICH WÜRD GERNE MEHR/ WENIGER ZEIT VERBRINGEN MIT		MEHR ZEIT	GENAU SO VIEL ZEIT	WENIGER ZEIT	INS- GESAMT
Bezahlter Arbeit	Männer	19	56	25	100
	Frauen	29	47	24	100
	<b>Insgesamt</b>	<b>24</b>	<b>52</b>	<b>24</b>	
Hausarbeit	Männer	16	50	34	100
	Frauen	17	49	34	100
	<b>Insgesamt</b>	<b>17</b>	<b>50</b>	<b>34</b>	
Meiner Familie	Männer	51	47	2	100
	Frauen	48	49	3	100
	<b>Insgesamt</b>	<b>49</b>	<b>48</b>	<b>3</b>	
Meinen Freunden	Männer	47	48	5	100
	Frauen	55	43	2	100
	<b>Insgesamt</b>	<b>51</b>	<b>55</b>	<b>4</b>	
Freizeit- Aktivitäten	Männer	56	41	4	100
	Frauen	58	40	2	100
	<b>Insgesamt</b>	<b>57</b>	<b>40</b>	<b>3</b>	

Mehr Zeit wünscht man sich vor allem für die Bereiche außerhalb der Arbeit, nämlich Familie, Freizeit, Freunde. Immerhin ein Viertel der Be-

fragten möchte für die Erwerbsarbeit lieber weniger Zeit aufwenden. Auch die Hausarbeit scheint nicht sehr beliebt zu sein: 34% möchten weniger dafür aufwenden, und zwar gleich ob Mann oder Frau. Auf die Frage, wer für die Hausarbeit zuständig sei, antworteten 63% der Frauen, die Hausarbeit würde von ihnen erledigt, gegen nur 8% der Männer; „Gemeinsam mit jemand anderem“ gaben Männer und Frauen zu jeweils 22% an; „eine andere Person“ gaben 69% der Männer, aber nur 15% der Frauen an.

Eine Teilzeitstelle mit bis zu 29 Wochenstunden wünschen sich, nach ihrer „idealen Arbeitszeit“ befragt, immerhin 44,3% der Südtiroler, während nur 50,9% als „Idealzeit“ eine Vollzeitbeschäftigung wünschen. Von den Frauen wünschen sich gar nur 31,7% eine Vollzeitstelle (vgl. Kapitel 3.3). Mit dem Alter nimmt die Zeitproblematik verständlicherweise ab. Insgesamt sind Selbständige, Beschäftigte in der Landwirtschaft und in einfachen Dienstleistungen zeitlich überdurchschnittlich belastet, Arbeitnehmer in der Industrie und im Handwerk sowie Angestellte im öffentlichen Dienst deutlich weniger.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Obwohl die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei 37,4 Stunden liegt, geben mehr als 80% der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe an, wöchentlich mehr als 40 Stunden zu arbeiten. Auch die Selbständigen arbeiten zu mehr als 80% mehr als 40 Stunden in der Woche.
2. Bei der tatsächlichen Wochenarbeitszeit werden die geringen Fortschritte bei der Reduzierung der Arbeitszeit vielfach durch die hohe Zahl geleisteter Überstunden - insbesondere in Branchen und Saisonen mit angespannter Arbeitsmarktlage - unterlaufen.
3. Der Wunsch nach weniger Arbeitszeit ist sehr verbreitet. Immerhin ein Viertel aller Erwerbstätigen möchte weniger arbeiten, auch wenn dafür Einkommensverluste hinzunehmen wären.
4. Als „ideale Arbeitszeit“ wünschen sich 44,3% der Südtiroler eine Teilzeitstelle, bei den Frauen wünschen sich gar 68,3% eine solche. Tatsächlich halten die Teilzeitstellen einen Anteil von nur 13% an allen Arbeitsverhältnissen.

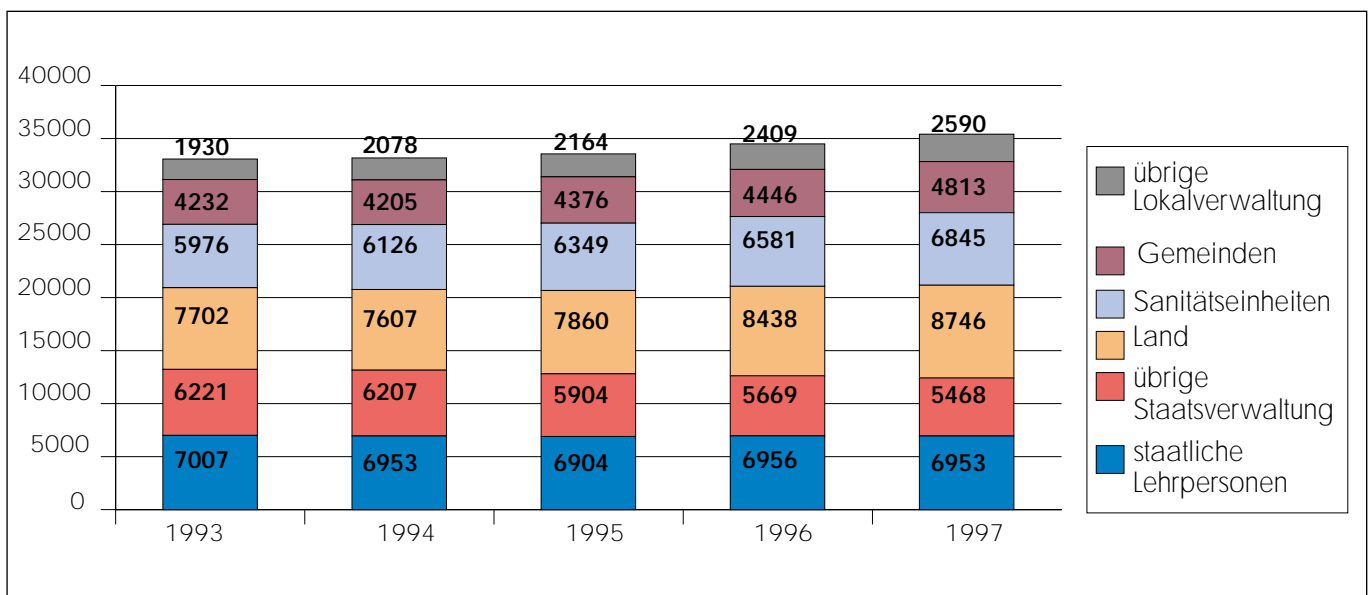
#### Zur Vertiefung:

- Karlheinz A. Geißler, Zeit leben, Vom Hasten und Rasten, Arbeiten und Lernen, Leben und Sterben, Weinheim 1993
- E.A. Rauter, Wofür arbeiten wir eigentlich? Hamburg 1988
- Arno Teutsch, Schritte zum ökologischen Wohlstand, AFI-IPL, Bozen 1998
- Autonome Provinz Bozen, Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998, Bozen 1999

### 3.6 Zwischen Arbeitsplatzgarantie und Scheinselbständigkeit

*Reiht man die Segmente des Arbeitsmarktes längs des Kriteriums „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ auf, so steht an einem Ende der Pol des öffentlichen Dienstes, am andern Pol stehen die neuen atypischen Beschäftigungsverhältnisse, meist in der Form der „freien, koordinierten Mitarbeit“, die den relativ geringsten arbeits- und sozialrechtlichen Schutz genießen.*

Tab. 59 - Öffentlich Bedienstete in Südtirol nach Körperschaften - 1993-97



Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998

Der öffentliche Sektor umfasst alle Personen, die in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Verteidigung und öffentliche Sicherheit, Sozialversicherung, Bildungswesen, Gesundheitswesen und Soziale Dienste beschäftigt sind. Der geringfügige Rückgang der Zahl der Staatsangestellten ist in Südtirol durch die Ausweitung des Personals der Lokalkörperschaften mehr als wettgemacht worden. Zum 31.12.1998 hat das ASTAT knapp 39.000 öffentlich Bedienstete registriert. 1999 waren noch 715 Stellen im Staatsdienst nicht besetzt. Ohne die Angehörigen der Streit- und Sicherheitskräfte liegt der Frauenanteil bei 65%. Während beim Lehrpersonal und beim Land der Personalstand eher stagniert, expandiert jener der Gemeinden und Sanitätseinheiten weiter. Die Zahl von 39.000 trifft allerdings nur zu, wenn man die Angestellten von Post und Bahn einschließt, die aus der unmittelbaren Staatsverwaltung ausgelagert und in Aktiengesellschaften mit staatlicher Kapitalmehrheit umgewandelt worden sind. So befinden sich die Bediensteten jetzt im privatrechtlichen Anstellungsverhältnis, gelten aber noch als „öffentlich“.

Auf dem anderen Ende der Skala der Arbeitsplatzsicherheit gibt es neue Arbeitsformen: die Leiharbeit für den wachsenden Flexibilitätsbedarf der Unternehmen; die befristeten abhängigen Beschäftigungsverhältnisse überhaupt, einschließlich der verschie-

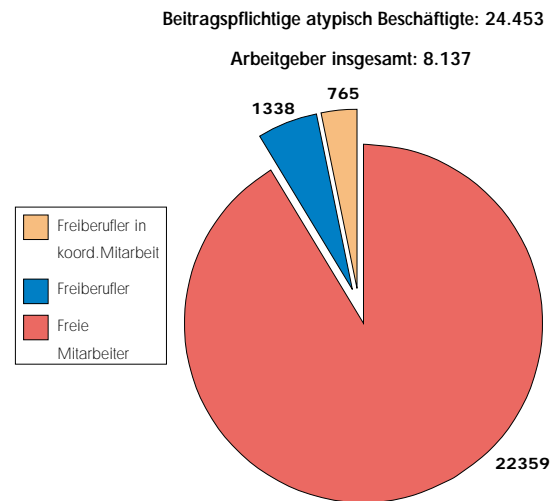
#### Das Stichwort: „Scheinselbständig“

„Scheinselbständig“ bedeutet, dass ein Erwerbstätiger zwar formal selbständig sein kann und in Form eines Werkvertrags oder einer koordinierten freien Mitarbeit Aufträge übernimmt, aber immer vom selben Auftraggeber im Rahmen seiner betrieblichen Arbeitsorganisation, weshalb doch eine beträchtliche Abhängigkeit entsteht. Der Trend zu atypischen Arbeitsverhältnissen kommt dem Wunsch nach mehr Selbständigkeit entgegen, doch ergeben sich noch kaum erforschte Rückwirkungen auf die soziale Sicherheit, die Vereinzelung am Arbeitsplatz, die gemeinsame Interessensvertretung, die Arbeitsplatzsicherheit und die Rentenansprüche.

densten Formen des „Einstiegsvertrags“ in die Arbeitswelt (Arbeits- und Ausbildungsvertrag, Betriebspraktikas usw.), und schließlich die „atypischen Arbeitsverhältnisse“. Bei diesen handelt es sich, in weitem Sinne, um alle Arbeitsverhältnisse, die nicht dem klassischen unbefristeten Vollzeit-Arbeitsvertrag entsprechen, also auch Teilzeitverträge, saisonale Anstellungen, Arbeits- und Ausbildungsverträge, die Zeitarbeit und die Lehrverträge. Unter atypischen Arbeitsverhältnissen in engerem Sinne versteht man nur die freie Mitarbeit, die in drei Formen ausgeübt wird: längerfristige, koordinierte Mitarbeit, gelegentliche Mitarbeit und die Gesellschafterbeteiligung. Für die koordinierten Mitarbeiter besteht seit 1995 eine eigene Sozialversicherungspflicht beim INPS. Die Materie ist gesetzlich noch nicht genau geregelt, aber in Italien sollen insgesamt bereits 1,5 Millionen Erwerbstätige (7% der Erwerbstätigen insgesamt) in dieser Form arbeiten. In Südtirol wird die Zahl der versicherungspflichtigen freien Mitarbeiter vom INPS-NISF mit 22.359 (Juli 2000) angegeben. Die starke Zunahme freier Mitarbeiter und Scheinselbständiger entspricht aber nicht nur dem Wunsch nach freier Arbeitszeitgestaltung, sondern eher dem Bedarf der Unternehmen nach unbegrenzter Flexibilität und Lohnkostenreduzierung. Schon heute ist im italienischen Durchschnitt der auf unbefristete Zeit auf einem Vollzeitarbeitsplatz angestellte Mitarbeiter zur Ausnahme geworden. Diese Entwicklung mag zwar dem Wunsch nach mehr Selbständigkeit vieler junger Erwerbstätiger entgegenkommen, wirft aber neue Probleme der sozialen Absicherung und rechtlichen Vertretung auf.

Die Arbeitnehmerorganisationen versuchen, diese Entwicklung im Sinne der Humanisierung der Arbeitswelt mitzusteuern, indem für die neuen, atypisch Beschäftigten Rechtsberatung und Anlaufstellen geboten werden. Es geht darum, den Sozialversicherungsschutz möglichst weitreichend auf diese neue Gruppe auszuweiten: z.B. sollen eine echte Altersrente, aber auch Leistungen im Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit, bei Mutterschaft und Erziehung auch diesen Beschäftigten zugänglich gemacht werden. Auf politischer Ebene setzt sich die Gewerkschaft für eine langsame stufenweise Angleichung der Versicherungspflichten ein, mit anteilmäßiger Belastung der Auftraggeber mit zwei Dritteln der Versicherungsbeiträge (Sozialabgaben). Auch die Aus- und Weiterbildung von atypisch Beschäftigten muss verbessert werden.

Tab. 60 - Atypische Arbeitsverhältnisse in Südtirol - Juli 2000 - (Quelle: NISF-INPS Bozen, 2000)



Die Leiharbeit, die in anderen EU-Ländern schon seit Jahrzehnten besteht, hat in Italien seit ihrer Einführung 1998 einen großen Aufschwung erfahren. Die Leiharbeiter werden von den Leiharbeitsagenturen befristet oder unbefristet angestellt. In Südtirol wurden 1999 bereits 2.200 meist kurzfristige Leiharbeitsverhältnisse eingegangen. Sie sind zwar zahlenmäßig noch von keiner großen Bedeutung, aber die Tendenz weist nach oben. Es kann daran gezweifelt werden, ob die Leiharbeit mit ständigem Arbeitsplatzwechsel der Mentalität der Südtiroler Arbeitnehmer entspricht (vgl. Kapitel 3.8).

Die Telearbeit ist nichts anderes als ein mit dem Zentralbetrieb telematisch verbundener „Heimarbeitsplatz“. Sie bringt kein anderes Arbeitsverhältnis mit sich, das unbefristet oder befristet, Teilzeit oder Vollzeit sein kann, sondern knüpft an den Ort der Arbeitsausübung an. Dieser wird zuhause oder in einem Telearbeitszentrum eingerichtet. Die Telearbeit spart die Anfahrtszeit vom und zum Betrieb und die Kosten der Arbeitsplatzeinrichtung im Unternehmen und kommt Arbeitnehmerwünschen hinsichtlich Vereinbarkeit von Beruf, Haushalt und Familie entgegen. Allerdings stehen diesen Vorteilen auch Nachteile wie die Vereinsamung, der mangelnde Austausch mit ArbeitskollegInnen und die Verstärkung traditioneller Arbeitsteilungsmuster gegenüber. Daten zur Telearbeit in Südtirol liegen noch nicht vor. In Italien gibt es davon über 100.000, aber nur 350 von ihnen haben einen regulären Vertrag. Im Nordosten Italiens haben bereits 22,9% der Unternehmen Telearbeiter in Dienst.

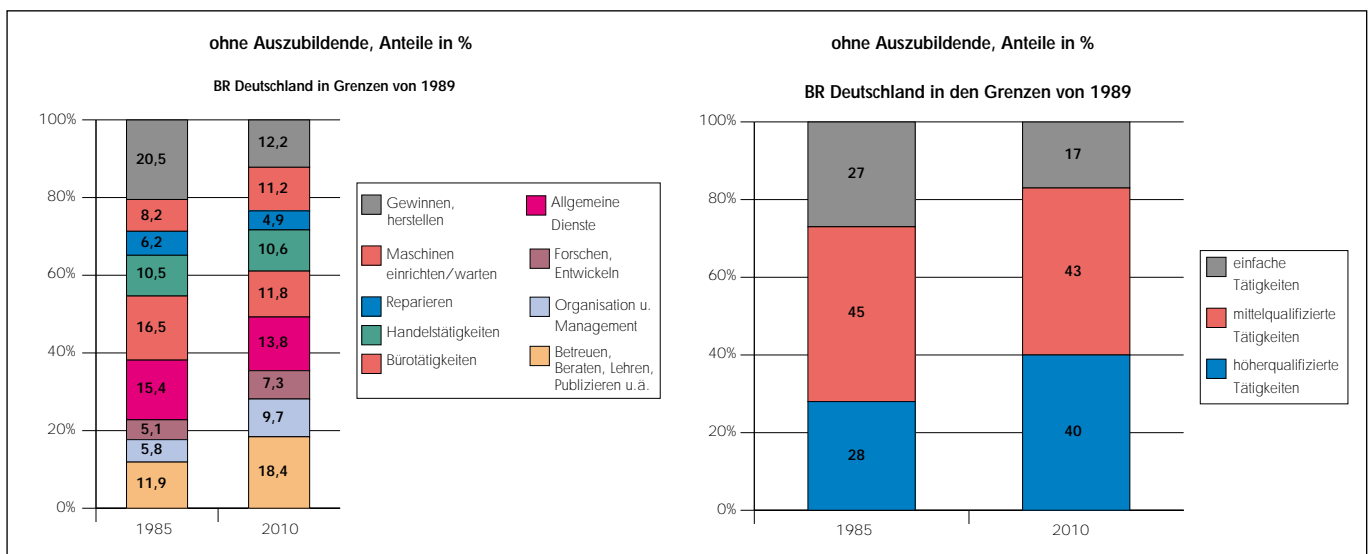
ZUSAMMENFASSUNG:

1. Viele öffentlich Bedienstete befinden sich nach den letzten Reformen in einem privatrechtlichen Anstellungsverhältnis, die Arbeitsplatzgarantie gilt aber für alle Kernbereiche des öffentlichen Dienstes. Während Land und Schule einen stagnierenden Personalbedarf haben, expandieren Gemeinden und Gesundheitsdienst noch weiter.
2. Die neuen, atypischen Beschäftigungsverhältnisse (freie Mitarbeit) erfüllen den wachsenden Flexibilitätsbedarf der Unternehmen einerseits und den Wunsch nach freierer Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung der Mitarbeiter andererseits. Die Arbeitsplatzsicherheit im Unternehmen wird diesem Anspruch unter dem Druck der steigenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt geopfert.
3. Andere Formen atypischer Arbeitsverhältnisse (befristete Arbeitsverträge, Arbeits- und Ausbildungsverträge, Leiharbeit usw.) sind sowohl unter dem Aspekt der Flexibilität als auch bei den Lohnkosten für die Unternehmen von Vorteil. Der sozial- und arbeitsrechtliche Schutz ist geringer. Die Arbeits- u. Ausbildungsverträge nehmen seit 1990 tendenziell ab.

### 3.7 Die Arbeitswelt von morgen

*Wie in anderen Regionen Europas erfuhrt die Berufswelt Südtirols in den 90er Jahren unter dem Einfluss der Modernisierung und Umstrukturierung der Unternehmen, der Computer- und Kommunikationstechnologien und der weiteren Öffnung der Wirtschaftsräume einen spürbaren Wandel. Wie wird der Arbeitsmarkt von morgen aussehen? Wohin entwickelt sich die Berufswelt und welche Tätigkeiten werden wir in der Zukunft ausüben? Ausgegangen werden muss von der genaueren Kenntnis des heutigen Standes: die nächste Volkszählung 2001 wird die jetzige Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung nach Berufen offenlegen und Grundlage für realitätsnahe Projektionen bieten.*

Tab. 61 und 62 - Erwerbstätige nach Tätigkeitsgruppen 1985 und 2010  
 Erwerbstätige nach Anforderungsprofilen der Tätigkeiten 1985 und 2010



Quelle: Wolfgang Klauer, *Ohne Fleiß kein Preis*, Zürich 1990

Allgemein geht aus den Projektionen für Deutschland, laut Wolfgang Klauder von der Bundesanstalt für Arbeit, ein wachsender Bedarf an fächerübergreifenden „Schlüsselqualifikationen“ hervor.

In allen Industrieländern gibt es ähnliche Grundtendenzen. Der säkulare Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft (2010 werden gemessen an den Tätigkeiten rund 75% der Erwerbstätigen „Dienste leisten“) als auch der Strukturwandel hin zu durchschnittlich höheren Tätigkeitsanforderungen werden sich fortsetzen.

Innerhalb der Dienstleistungen verschieben sich die Anteile stark von den „primären“ Dienstleistungen im Handel, Büro und in allgemeinen Diensten hin zu „sekundären“, wie Forschung und Entwicklung, Organisation und Management, Betreuen, Beraten und Lehren (35% aller Dienstleistungen). Dabei werden die wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen am stärksten zunehmen, wie etwa die Beratung, Planung, Werbung, das Ausstellungswesen, Leasing, Leiharbeit, Übersetzungen, Entsorgung. Aber auch die personenbezogenen Dienstleistungen verzeichnen einen wachsenden Personalbedarf. Eher stagnieren wird die Distribution (Handel, Verkehr, Lagerung). Mit leicht rückläufigen Erwerbstätigenzahlen muss im warenproduzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft gerechnet werden. Bei den Tätigkeiten in der Produktion entfallen 40% auf Einrichten, Einstellen und Warten von Maschinen (zu 30% auch in Dienstleistungsbetrieben). Der Anteil der höherqualifizierten Tätigkeiten wird sich bis

2010 auf fast 40% zu Lasten des Anteils einfacher Tätigkeiten erhöhen, während sich der Anteil der mittelqualifizierten Tätigkeiten nur wenig verändert. Die formalen Qualifikationsebenen (Schulabschlüsse) im Arbeitskräftebedarf werden sich allein schon infolge dieser Änderungen in der Sektor- und Tätigkeitsstruktur erhöhen.

Aber auch innerhalb der einzelnen Tätigkeitsfelder steigen die Qualifikationsanforderungen:

- der Anteil der Erwerbstätigen ohne formalen Bildungsabschluss wird voraussichtlich beachtlich von 23% auf 13% sinken.
- der Anteil der Erwerbstätigen mit betrieblicher Lehre bzw. Berufsschulabschluss bleibt unverändert.
- Der Anteil der Erwerbstätigen mit Fachschulabschluss könnte von 8% auf 11% steigen.
- Der Anteil der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss wird sich von 11% auf 18% erhöhen.

Für Südtirol ist insgesamt bis 2010 ein leichter Anstieg des Arbeitsangebots auch infolge des positiven Wanderungssaldo (speziell nach der EU-Osterweiterung) zu erwarten. Die maßgeblichen Änderungen betreffen aber die Zusammensetzung der Beschäftigung nach Qualifikationen. 1991 gehörten 8% der Beschäftigten zur obersten Qualifikationsebene, 12% zur mittleren. Die übrigen Berufe stellten 71%, das Hilfspersonal 9% der Beschäftigten.

Tab. 63 - Wohnbevölkerung in beruflicher Stellung nach Berufen - 1991

	ABSOLUTE ZAHL	IN %	FRAUEN- ANTEIL
Gesetzgeber, Führungskräfte, Unternehmer	5.135	2,6	18,5
Wissenschaftliche Berufe, Hochspezialisierte Berufe	10.171	5,2	35,6
Technische Berufe der Mittleren Stufe	23.761	12,1	51,2
Ausführende Berufe, Verwaltung/Betriebsführung	23.716	12	53,3
Dienstleistungsberufe	45.958	23,3	56,7
Handwerker, Facharbeiter, Landwirte	50.344	25,6	12,1
Anlagen-, Maschinen- und Fahrzeugführer, Montagearb.	16.540	8,4	15,3
Hilfspersonal	17.799	9	41,7
Streitkräfte	3.445	1,7	-
<b>Insgesamt</b>	<b>196.896</b>	<b>100</b>	<b>36,3</b>

Quelle: Abt. Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998 (Daten der Volkszählung 1991)

Bereits neun Jahre später ist ein starker Qualifizierungsschub für die Berufstätigkeit im allgemeinen anzunehmen, was durch die Volkszählung 2001

bestätigt werden wird. Die Ausbildungspflicht wurde eben bis zum 18. Lebensjahr verlängert. Auch Verwaltungsberufe und mittlere Dienstleistungs-

berufe werden mehr Qualifikationen erfordern als bisher. Die technischen Berufe auf mittlerer Ebene und wissenschaftliche Berufe nehmen zahlenmäßig zu. Allerdings fehlt in Südtirol ein größeres Potential von forschungsintensiven Wirtschaftszweigen, sodass der Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte nicht unbegrenzt aufnahmefähig sein wird. Aufgrund der Höherqualifizierung der neu ins Erwerbsleben tretenden Einheimischen und der abnehmenden Geburtenzahl werden geringer qualifizierte Tätigkeiten der Landwirtschaft, Industrie und im Fremdenverkehr nicht mehr von Einheimischen, sondern vermehrt von ausländischen Arbeitnehmern übernommen (vgl. Kapitel 1.4).

Wie wird sich der Frauenanteil verändern? Bis heute sind Frauen zahlenmäßig am stärksten beim Hilfspersonal im Fremdenverkehr, bei Berufen der mittleren Ebene der Dienstleistungen, der Dienstleistungsberufe im Fremdenverkehr, Handel und Verwaltung, sowie in den Gesundheits- und Lehrberufen präsent. Bei den Tätigkeiten auf der obersten Qualifikationsebene und bei den wissenschaftlichen Berufen holen Frauen ihren Rückstand lang-

sam auf: schon heute stellen die Frauen mehr als die Hälfte der Südtiroler Studierenden an den Hochschulen.

Die Entwicklung der Landwirtschaftsberufe hängt wesentlich von der politisch gewollten Subventionierung dieses Sektors ab, die bisher eine stärkere Abwanderung aus diesem Zweig verhindert hat. Ausserdem wird Südtirol auch in Zukunft ein Erholungsgebiet ersten Ranges für ein breites Einzugsgebiet in Mitteleuropa bleiben. Die Branche Fremdenverkehr lebt vom „Faktor Mensch“, bietet also kaum Möglichkeiten der Rationalisierung. Deshalb wird auch bei stagnierenden Nächtigungszahlen ein mindestens konstanter Anteil der Beschäftigten direkt oder indirekt mit dem Fremdenverkehr zusammenhängende Tätigkeiten ausüben. Die Höherqualifizierung könnte andererseits aber auch den Mangel an Facharbeitern akzentuieren, der bereits heute den Unternehmen zu schaffen macht. Somit kommt dem Ausbildungssystem eine Schlüsselfunktion zu, um den ständigen Ausgleich zwischen Angebot an Nachwuchskräften und Nachfrage nach Qualifikationen herzustellen (vgl. auch Kap. 4.8).

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. **Der Strukturwandel hin zu mehr Personen, die „Dienste leisten“, und zu generell höher qualifizierten Tätigkeiten wird sich weiter fortsetzen.**
2. **Rückläufige Beschäftigtenzahlen werden die Landwirtschaft und das warenproduzierende Gewerbe verzeichnen, während die unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit dem stärksten Aufschwung rechnen können. Auch die personenbezogenen Dienstleistungen legen zu.**
3. **Die Höherqualifizierung könnte den jetzt schon spürbaren Facharbeitermangel mittelfristig akzentuieren. Über das Bildungssystem muss rechtzeitig die Feinsteuerung zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage von Qualifikationen am Arbeitsmarkt erfolgen.**

#### Zur Vertiefung:

- Wolfgang Klauder, Ohne Fleiß kein Preis - Die Arbeitswelt der Zukunft, Zürich 1990
- Luigi Frey/Giuseppe Croce/Tiziana Tagliaferri, Mercati del lavoro e politica del lavoro in Provincia di Bolzano, Quaderni di Economia del Lavoro n. 63, 1999
- Giarini/Liedtke, Wie wir arbeiten werden, Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998



### 3.8 Was hält Herr und Frau Südtiroler von der Arbeit?

*Hat die Arbeit im Jahr 2000 ihre umfassende, für die menschliche Existenz sinnstiftende Rolle noch inne? Welcher Stellenwert kommt der Arbeit zu? Ist sie bloß mehr ein Job, der die Freizeit und die Zeit für die Familie stört? Eine Umfrage des ASTAT (Social Survey 1997) zeigt auf, dass mehr als die Hälfte der Südtiroler Bevölkerung die Arbeit als wichtigste Tätigkeit im Leben ansieht. Diese Einstellung steigt mit dem Alter und ist unter der deutschen und ladinischen Landbevölkerung stärker vertreten.*

1986, als der erste „Social Survey“ in Südtirol durchgeführt wurde, war Südtirol noch durch eine sehr hohe berufliche Arbeits- und Leistungsmotivation gekennzeichnet. Ein Ende der „Arbeitsgesellschaft“, wie für moderne Industriegesellschaften prognostiziert, schien nicht in Sicht. Auch 1997 betrachteten noch 50% der Befragten den Beruf als die wichtigste Tätigkeit im Leben. Dies spricht für eine hohe berufliche Leistungsorientierung. Diese Einschätzung variiert nur sehr wenig nach sozialen Merkmalen. 55% legen außerdem Wert darauf, bei der Arbeit das Beste zu geben, auch wenn das manchmal andere Bereiche des Lebens beeinträchtigt; 37% sagen: „Ich arbeite hart, aber nicht so, dass andere Bereiche beeinträchtigt werden“. Männer sind häufiger bedingungslos leistungsorientiert. Während Pflichtschulabgänger zu 60% die Arbeit als wichtigste Tätigkeit im Leben sehen, tun dies nur 30% der Südtiroler Maturanten und Akademiker.

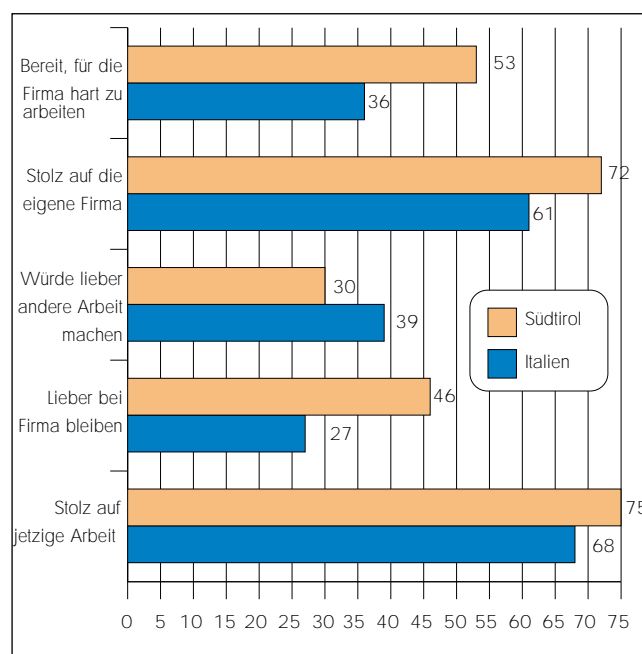
#### Das Stichwort: Social Survey

Der Social Survey, wörtlich „Sozialumfrage“, ist 1997 vom ASTAT zum zweiten Mal unter der Südtiroler Bevölkerung durchgeführt worden. Es ging dabei darum, wichtige Aspekte der sozialen Lage zu erfassen, wie sie von den Betroffenen selbst wahrgenommen und dargestellt werden. Die subjektive Seite der sozialen Realität ist aus zwei Gründen wichtig: zum einen wirkt sich die objektive Lage eines Menschen oder einer Bevölkerungsgruppe keineswegs 1:1 auf die entsprechende Zufriedenheit oder Unzufriedenheit aus. Diese hängt vielmehr von der relativen Lage eines Menschen ab. Zum anderen wird das soziale Verhalten von Menschen und Gruppen in hohem Maße durch die subjektive Wahrnehmung bestimmt und nicht durch die objektive Situation (vgl. ASTAT, Sozialer Survey 1997, erschienen im Frühjahr 2000)

Wie wichtig ist der materielle Aspekt der Arbeit, wie wichtig der qualitative, also der Inhalt, die Arbeitsplatzgestaltung, die Beziehungen innerhalb der Mitarbeiter? Nur 20% stimmen der Aussage zu „Ein

Beruf ist nur ein Mittel zum Geldverdienen - nicht mehr“. Weit mehr verbreitet ist der Wunsch, auch dann berufstätig zu sein, wenn die wirtschaftliche Situation dies nicht erfordert, nämlich 63,2%.

Tab. 64 - Berufs- und Betriebsverbundenheit Südtirol/Italien - 1997 (in Prozent)



Quelle: ASTAT, Social Survey 1997

Der Großteil der Befragten ist mit dem gegebenen Arbeitsumfang und Einkommen zufrieden. Ein Fünftel möchte länger arbeiten und mehr verdienen, nur ein Zehntel möchte weniger arbeiten und dafür Einkommenseinbußen hinnehmen.

Eine Reihe von Indikatoren attestiert den Südtirolern auch eine sehr hohe Berufs- und Betriebsverbundenheit: der größte Teil empfindet sich als sehr stark an die eigene Firma gebunden. 53% wären bereit, härter zu arbeiten als sie müssen, um zum Erfolg der Firma beizutragen und 46% würden eine andere, besser bezahlte Stelle ablehnen, um bei ihrer

jetzigen Firma zu bleiben. Drei Viertel der Befragten sind stolz auf die Arbeit, die sie derzeit ausüben bzw. für ihre Firma zu arbeiten. Die entsprechenden Befragungsergebnisse liegen für Gesamt-Italien viel niedriger. Zugleich sind die Ansprüche der Südtiroler an die Arbeit als realitätsbezogen zu bezeichnen: neben der Interessantheit der Tätigkeit schätzt man am eigenen Arbeitsplatz vor allem die Sicher-

heit als wichtig ein. Höhere Arbeitsansprüche haben die italienischsprachigen Südtiroler deshalb, weil sie im Durchschnitt eine deutlich höhere Bildung aufweisen und qualifiziertere berufliche Positionen innehaben. Die Zufriedenheit der Südtiroler mit Arbeitsplatz, Einkommen und Kollegen, aber auch die allgemeine Arbeitszufriedenheit ist sehr hoch. Welchen Stellenwert hat die Arbeit im Leben des

**Tab. 65 - Wünsche nach mehr Zeit für verschiedene Lebensbereiche in Italien, Südtirol und Österreich - 1997**

LAND ODER SPRACHGRUPPE	ANTEILE VON BEFRAGTEN, DIE SICH MEHR ZEIT WÜNSCHEN FÜR...(IN%)				
	BEZAHLTE ARBEIT	HAUSARBEIT	FAMILIE	FREUNDE	FREIZEITAKTIVITÄTEN
Italien insgesamt	32	15	50	53	65
Südtirol insgesamt	24	17	49	51	57
Deutsch	20	19	50	49	51
Italienisch	28	13	45	55	67
Ladinisch	31	14	53	49	70
Österreich insgesamt	27	12	46	34	45

Quelle: ASTAT, Social Survey 1997

einzelnen? Gibt es die ideale Arbeit? Der Wandel der technischen Arbeitswelt hin zur Informationsgesellschaft, der Wandel der Arbeitsbeziehungen und auch Verschiebungen in der allgemeinen Werteskala führten zu einer differenzierten Einstellung zur Arbeit.

Die Mehrheit der Südtiroler würde als „ideale

**Tab. 66 - Präferenzen für unterschiedliche Formen der Beschäftigung in Italien, Südtirol und Österreich 1997 (in Prozent)**

SPRACHGRUPPE BZW. LAND	SELBSTÄNDIG BESCHÄFTIGT	IN KLEINER FIRMA ARBEITEN	IN DER PRIVATEN WIRTSCHAFT
<i>Südtirol</i>			
Deutsch	60	79	59
Italienisch	65	66	58
Ladinisch	64	88	64
<b>Südtirol insgesamt</b>	<b>63</b>	<b>76</b>	<b>59</b>
<b>Italien</b>	<b>63</b>	<b>51</b>	<b>56</b>
<b>Österreich</b>	<b>60</b>	<b>66</b>	<b>55</b>

Quelle: ASTAT, Social Survey 1997

Arbeit“ jene als Selbständiger (57,5%) in einer kleinen Firma (67,4%) in der Privatwirtschaft (53,5%) mit einer Vollzeitstelle (50,9%) sehen. Bei den Frauen überwiegt jedoch der Wunsch nach einer

Teilzeitstelle (62%), bei den Jugendlichen sind über 60% an einer Vollzeitstelle in selbständiger Position interessiert.

Der Trend zur Selbständigkeit ist demnach immer stärker ausgeprägt. Nur ein Drittel der Erwerbstätigen fühlt sich in abhängiger Stellung am wohlsten, obwohl Selbständigkeit in der Regel auch eine höhere Arbeitszeit mit sich bringt. Tatsächlich liegt die Selbständigenquote bei 29,9%. Die Bereitschaft zur beruflichen Leistung und der Wunsch, den materiellen Lebensstandard zu verbessern, steht hier in Konflikt mit dem Wunsch, für Familie, Freunde und sich selbst mehr Zeit zu haben.

Bei der Zufriedenheit mit der jetzigen Arbeit pendelt sich der Wert zwischen „ziemlich zufrieden“ und „sehr zufrieden“ ein. Ältere Erwerbstätige sind in der Regel zufriedener mit ihrer Arbeit als jüngere, und Selbständige mehr als Arbeitnehmer. In Landgemeinden mit großteils deutscher und ladinischer Bevölkerung ist man zufriedener als in den Städten.

Welche Merkmale der Arbeit sind am wichtigsten? „Sichere Berufsstellung“ und eine „interessante Tätigkeit“ sind am wichtigsten, während die Arbeitszeitsouveränität am wenigsten wichtig genommen wird. Männer legen mehr Wert aufs Einkommen und auf selbständiges Arbeiten. Jugendliche

höheren Wert auf interessante Tätigkeit als die Älteren. Der Social Survey 1997 ergab, dass die arbeitenden Menschen in Südtirol den Aspekt der Selbstverwirklichung in der Arbeit immer noch stark betonen. Unter Jugendlichen erfährt die Auffassung weniger Zustimmung, dass der Arbeit die zentrale

Rolle im Leben zukommt. Die Selbstverwirklichung durch Arbeit im Sinne einer erfüllenden Tätigkeit und des Mittels zur Eigenständigkeit wird allerdings sehr wohl bejaht.



#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. In Südtirol besteht eine hohe berufliche Arbeits- und Leistungsmotivation, vor allem unter Männern. 63,2% wären auch gerne berufstätig, wenn dies die wirtschaftliche Situation nicht erforderte.
2. In Südtirol besteht auch eine sehr hohe Berufs- und Betriebsverbundenheit, wobei sich der Großteil der Arbeitnehmer sehr stark an die eigene Firma gebunden fühlt und auf sie stolz ist.
3. Die Mehrheit der Südtiroler würde als „ideale Arbeit“ jene als Selbständiger in einer kleinen Firma in der Privatwirtschaft mit einer Vollzeitstelle sehen. Nur bei den Frauen überwiegt der Wunsch nach einer Teilzeitstelle.
4. Bei der jüngeren Generation tritt die Bedeutung der sicheren Berufsstellung hinter die Erwartungen einer auch inhaltlich befriedigenden Arbeit zurück.

#### Zur Vertiefung:

- Arno Teutsch, Imago (Bildungshefte ECOLNET), Die Krise als Chance, Bozen 2000
- ASTAT, Social Survey 1997, Bozen 2000
- E.A. Rauter, Wofür arbeiten wir eigentlich?, Hamburg 1988

### 3.9 Die Arbeitsmarktpolitik

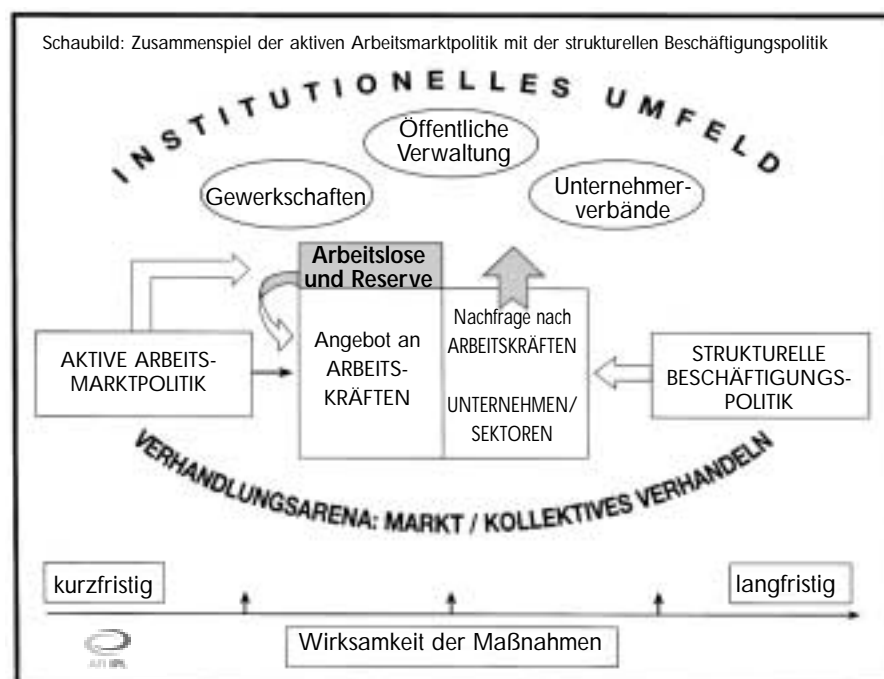
*Der Südtiroler Arbeitsmarkt scheint auf absehbare Zeit keine Probleme mit einem Defizit an Arbeitsplätzen zu haben, wie die Mehrheit der EU-Länder. Eher befassen sich die Politiker und Sozialpartner damit, wie dem Arbeitskräftemangel in einzelnen Segmenten begegnet werden kann. Entscheidendes Stichwort dabei ist eine „Qualifizierungsoffensive“ für jene Berufe, die die höchste Entwicklungsdynamik aufweisen und beim Nachwuchs noch zu wenig Interesse gefunden haben.*

Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist erst seit wenigen Jahren ausschließlich Sache der Regionen. Im Zuge der Dezentralisierung und Erweiterung der Autonomie sind italienweit alle Regionen für die Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktpolitik sowie Berufsausbildung zuständig geworden, somit auch die beiden Autonomen Provinzen Bozen und Trient (Berufsausbildung schon weit früher). Unterstützt wird die regionale Arbeitsmarktpolitik auch von der EU. Wesentliche Bereiche der Arbeitswelt bleiben jedoch der staatlichen Gesetzgebung vorbehalten, wie etwa das individuelle Arbeitsvertragsrecht, die Betriebsverfassung und die Gewerkschaftsrechte im allgemeinen, das Sozialversicherungsrecht (mit Ausnahme des Zusatzrentenfonds), die Arbeitszeitregelung, die Unfallversicherung und der Unfallschutz im Betrieb.

Grundsätzlich kann man zwei Strategien unterscheiden, um Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen:

die strukturelle Beschäftigungspolitik und die aktive Arbeitsmarktpolitik. Erstere zielt auf eine allgemeine Steigerung des Beschäftigungsniveaus und versucht, auf die Schlüsselgrößen der Arbeitsmarktentwicklung einzuwirken, im Wege der:

- Förderung von Forschung und Entwicklung durch Investitionshilfen für technologisch hochwertige Projekte;
- Infrastrukturinvestitionen mit sofortiger Wirkung auf die Beschäftigung (z.B. Kommunikation, Telematik, urbanistische Erschließung);
- Förderung für beschäftigungsintensive Betriebe und Branchen;
- Aufbau von Industrie- und Dienstleistungsparks zur Integration lokaler Produktionskreisläufe;
- Befriedigung neuer sozialer Bedürfnisse mithilfe öffentlicher Dienstleistungen und Ausbau des „dritten Sektors“ (ehrenamtliche Arbeit, Non-Profit-Organisationen);



Quelle: AFI-IPL, Dimension Arbeit, Nr. 2/99

- laufende Anpassung des Ausbildungswesens an den Bedarf der Unternehmen;

Auf der anderen Seite setzt die aktive Arbeitsmarktpolitik bei aktuellen Defiziten des Arbeitsmarktes an, die meist einzelne Gruppen besonders treffen. Sie berührt Maßnahmen wie:

- Verbesserung der allgemeinen und speziellen Berufsbildung;
- Maßnahmen zur Zusammenführung von Angebot und Nachfrage an Arbeit (Berufsberatung, Arbeitsvermittlung usw.);
- Dienste zur Arbeitseingliederung von benachteiligten Arbeitnehmerinnen (Langzeitarbeitslose, Behinderte usw.);
- Maßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität am Arbeitsmarkt.

Das wachsende Manko an Fachkräften könnte durch eine Ausweitung der Frauenerwerbsquote („stille Reserve“) und durch ausländische Arbeitnehmer zumindest teilweise wettgemacht werden. Neben dem quantitativen Ausgleich von Angebot und Nachfrage kommt es für die Südtiroler Arbeitsmarktpolitik entscheidend auf die Steuerung und Feindosierung einer arbeitsmarktgerechten Berufsausbildung auf allen Ebenen an. Der Bedarf muss erhoben und vorausgeschätzt werden.

Die Arbeitsmarktpolitik des Landes ist im neuen „Mehrjahresplan für die Beschäftigungspolitik 2000-2006“ dargelegt und wird sieben Aktionsfelder umfassen:

1. **Die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt:** je segmentierter die Arbeitsmärkte und je höher die Arbeitsplatzmobilität, umso dringender sind Maßnahmen zum Arbeitsmarktausgleich.
2. **Menschen mit besonderen Problemen am Arbeitsmarkt:** Problemgruppen brauchen besondere Maßnahmen zur Information und Qualifizierung.
3. **Weiterentwicklung der Fähigkeiten und Fertigkeiten** der bereits im Erwerbsleben stehenden Menschen: Dies soll Strukturproblemen und Problemen des technischen und sozialen Wandels vorbeugen.
4. **Dynamische Koevolution der Erstausbildung** mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes: das Ausbildungssystem muss kontinuierlich an die Bedürfnisse der Arbeitswelt angepasst werden.

#### *Das Stichwort: Primärer und sekundärer Arbeitsmarkt*

Die Arbeitsmärkte der Industriegesellschaften werden immer schwieriger steuerbar. Man kann zwei Arbeitsmärkte unterscheiden: die Akteure auf dem „ersten Arbeitsmarkt“ sind die Unternehmer und die Gewerkschaften, die in Kollektivverhandlungen die Verteilung des erwirtschafteten Volkseinkommens vornehmen. Das Verteilungsergebnis spiegelt die realen Machtverhältnisse wider. Der „zweite Arbeitsmarkt“ entstand in jüngerer Zeit, und zwar infolge der Unfähigkeit der Marktkräfte, Massenarbeitslosigkeit (als Sockelarbeitslosigkeit) zu beseitigen. Die Akteure auf diesem Markt sind neben Unternehmen und Gewerkschaften auch der Staat (öffentliche Organe auf allen Regierungsebenen), die regulierend eingreifen. Aufgabe dieses „zweiten Arbeitsmarktes“ ist es, eine Art Brückenfunktion zwischen Arbeitslosigkeit und erstem Arbeitsmarkt zu erfüllen und mit öffentlicher Hilfe Beschäftigung zu schaffen, die eine bestehende, aber zuwenig kaufkräftige Nachfrage abdeckt.

5. Die Verbesserung der **Kenntnisse über den Arbeitsmarkt** zur Gewinnung verlässlicher Daten.
6. **Diversifikation der Arbeitsformen.** Jeder soll je nach Alter und Lebenslage einen passenden Arbeitsplatz finden können.
7. **Fair Play und Transparenz am Arbeitsmarkt:** Maßnahmen zur Gewährleistung eines besseren Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz.

In den 90er Jahren und in den vorangegangenen Beschäftigungsplänen hat das Land Südtirol versucht, Defizitbereiche des Arbeitsmarktes abzudecken sowie das gesamte Arbeitsvermittlungssystem zu reorganisieren. Angesichts einer insgesamt (quantitativ) guten Arbeitsmarktlage ergab sich primär die Notwendigkeit, qualitativen Defiziten gegenzusteuern: die Arbeitsmarktpolitik ist zusammen mit der Bildungspolitik immer in die Pflicht gerufen, künftige Entwicklungen der Nachfrage nach Qualifikationen vorwegzunehmen. Insgesamt konzentrieren sich diese Maßnahmen auf die Organisation des Arbeitsmarktes und die bessere Vermittlung von Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt. Aspekte der Qualität der Arbeitsplätze, der Arbeitszeit, der gewerkschaftlichen Vertretungsrechte, der angemessenen Entlohnung werden im Beschäftigungsplan nicht berührt.

Zusammenfassend gesagt, sind in Südtirol im Sinne einer arbeitnehmerorientierten Arbeitsmarktpolitik mehr qualitative als quantitative Aspekte der Arbeit in den Vordergrund zu stellen: qualifizierte, sichere, gesunde, sozial sinnvolle, in eine nachhaltige Wirtschaft eingebettete, gerecht entlohnte, wohnortnahe Arbeitsplätze, die auch Familie und Arbeit vereinbar machen, sind Leitbild für diese Politik, die sich folgende Schwerpunkte setzen muss:

- ▶ Begleitung und Unterstützung des Umverteilungsprozesses von Arbeit
- ▶ Eröffnung neuer Zugänge zur Erwerbsarbeit, Weiterbildung
- ▶ Förderung des Dritten Sektors und Unterstützung seiner Professionalisierung
- ▶ Unterstützung von Eigeninitiative und Mobilität
- ▶ Beiträge zur Entwicklung und Stärkung lokaler Ökonomien
- ▶ Unterstützung von Nachhaltigkeit im Umgang mit Ressourcen einschl. Humanressourcen
- ▶ Förderung von privatem Engagement und der Gemeinwesenarbeit (Ehrenamtlichkeit)

*Zur Vertiefung:*

- Aut. Provinz Bozen, Abt. Arbeit, „Mehrjahresplan für die Beschäftigungspolitik 2000-2006“
- Giarini/Liedtke, Wie wir arbeiten werden, Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998
- Luigi Frey/Giuseppe Croce/Tiziana Tagliaferri, Mercati del lavoro e politiche del lavoro in Provincia di Bolzano, Quaderni di Economia del Lavoro n. 63, 1999

## 4. Soziales



- 4.1 Soziale Ungleichheit und Armut**
- 4.2 Das Gesundheitswesen: steigende Kosten=mehr Gesundheit?**
- 4.3 Die Sozialfürsorge**
- 4.4 Die Rentner - Die neuen Armen?**
- 4.5 Grundrecht Wohnen**
- 4.6 Wohnen zu erschwinglichen Preisen**
- 4.7 Chancengleichheit durch Bildung?**
- 4.8 Qualifikation: Schlüsselgröße für beruflichen Erfolg**

*Mit der Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sind die meisten sozialen Fragen eng verknüpft. Die Sozialpolitik ist ein weites Feld von Regelungen und Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen (von der EU bis zur Gemeinde) zur Herstellung von sozialer Sicherheit. Das gesellschaftspolitische Selbstverständnis der Sozialpolitik erweiterte sich in historischer Sicht von der bloßen Bekämpfung von Mißständen zur umfassenden Daseinsvorsorge für alle Bürger eines Staates.*

*Auch Südtirols kleine Welt ist ein komplexes System, in dem viele Faktoren zusammenwirken. Steigt z.B. die Frauenerwerbsquote, müssen mehr Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen werden; steigt die Ausländerbeschäftigung, braucht es zusätzliche Vorkehrungen im Schulsystem; die wachsende Überalterung der Gesellschaft erfordert zusätzliche Altenbetreuerinnen, führt aber auch zum Überdenken der Familienpolitik. Der moderne Sozialstaat befindet sich in allen Industrieländern in Krise und im Umbau: mühsam errungene Sicherungssysteme haben sich mit den bisherigen Modellen als nicht mehr finanzierungsfähig erwiesen, doch tragfähige Alternativen und mehr Selbstverantwortung und Eigenvorsorge müssen erst aufgebaut werden. Kann ein kleines autonomes Land hier gegensteuern und Sozialabbau auf regionaler Ebene kompensieren?*

*Notgedrungen konzentrieren wir uns auf die für Arbeitnehmerfamilien wichtigsten Felder: Gesundheit, Wohnen, Bildung und soziale Für- und Vorsorge. Ist die Explosion der Gesundheitsausgaben eine unausweichliche Entwicklung? Bereits heute bietet das öffentliche Rentensystem den Südtiroler Rentnern im Schnitt nur bescheidene Renten: wird man in Zukunft nur mit privaten Zusatzrenten überleben können? Südtirol hat wohl eines der großzügigsten Förderungssysteme für den sozialen Wohnbau in ganz Mitteleuropa, aber dennoch lasten die Ausgaben für Mieten, Wohnungskauf und Kredittilgungsraten schwer auf Arbeitnehmerhaushalten. Verpufft der Effekt der öffentlichen Beiträge im aufgeblähten Immobilienpreinsniveau?*

*Bildung und Qualifikation sind Schlüsselgrößen für Wirtschaft und sozialen Aufstieg. Die starke Betonung der beruflichen Ausbildung hat in Südtirol wahrscheinlich eine höhere Arbeitslosigkeit mit verhindert, aber in Bereichen höherer Qualifikation hinkt das Land zurück. Wird das Bildungssystem in Zukunft die nötigen Qualifikationen liefern? Genügt das Angebot an beruflicher Weiterbildung für Arbeitnehmer und wie können Gewerkschaften in die Bildungspolitik eingreifen?*

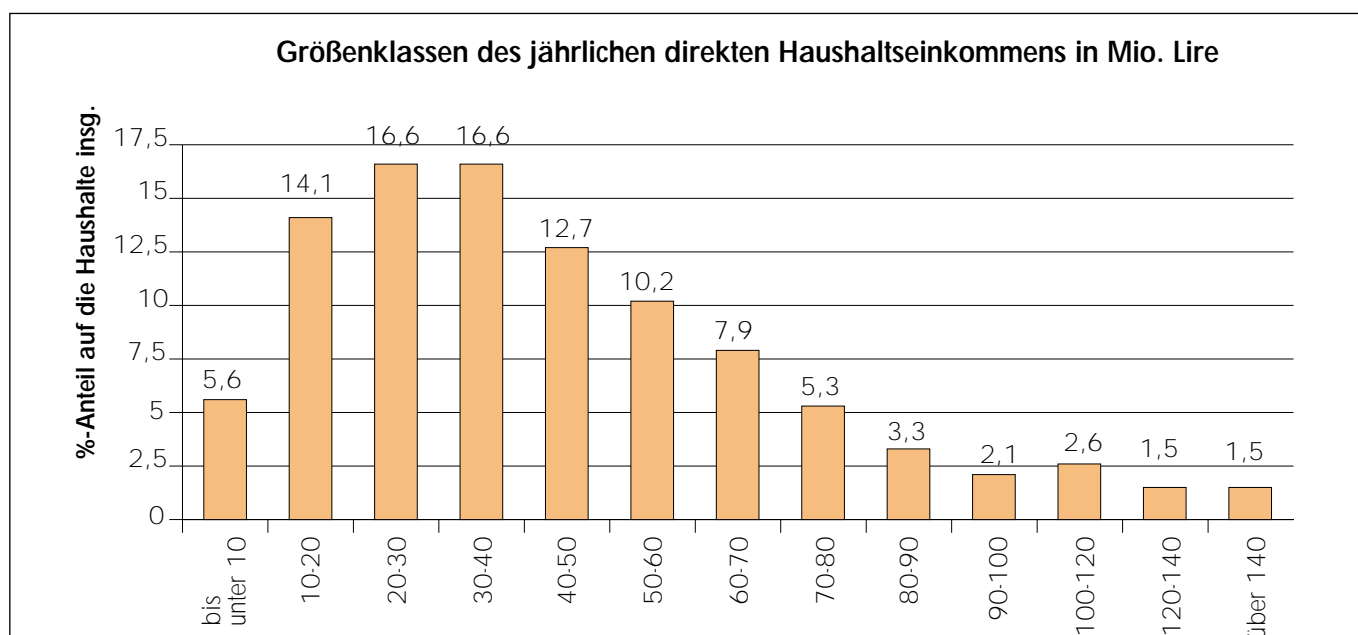
*Schließlich geht es in diesem Kapitel auch um eine der ungelösten Grundfragen in modernen Industriegesellschaften: trotz verbreitetem Wohlstand und hohem Standard der öffentlichen Dienste und Leistungen, gibt es noch verbreitete Armut; trotz der „offenen Gesellschaft“ mit vielerlei Aufstiegschancen, in der sich die allermeisten zur Mittelschicht zählen, besteht erhebliche soziale Ungleichheit im Sinne von ungleich verteilten Lebenschancen in verschiedener Hinsicht. Warum?*



## 4.1 Soziale Ungleichheit und Armut

*Soziale Ungleichheit ist ein historisch gewachsenes, empirisch feststellbares, prinzipiell aber veränderliches Strukturmerkmal heutiger Industriegesellschaften. Ausdruck dieser Ungleichheit sind die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Unterschiede im sozialen Ansehen, Abhängigkeiten und Hierarchien, das asymmetrische Geschlechterverhältnis, Faktoren, die auch mit den Machtverhältnissen und kulturellen Gegebenheiten in einer Gesellschaft zu tun haben. Mit „sozialer Ungleichheit“ meint man die gesellschaftlich verankerten Formen der Begünstigung und Bevorzugung einiger, die Benachteiligung und Diskriminierung anderer.*

Tab. 67 - Haushalte nach Monatseinkommensklassen - 1998 (Insgesamt 167.112 Haushalte)



Quelle: ASTAT/AFI-IPL, Die Einkommens- u. Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000

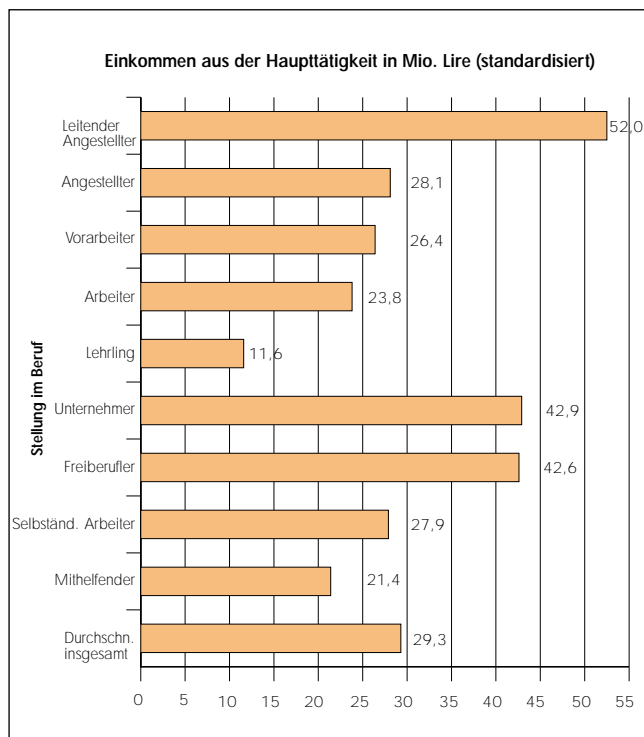
Genau unterschieden werden muss zwischen sozialer Ungleichheit und sozialer Differenzierung. Berufliche Arbeitsteilung, kulturelle Verschiedenheiten, alters- und geschlechtsspezifische Besonderheiten führen nicht notwendigerweise zu Diskriminierung. Hochqualifizierte Berufe, die eine aufwendige Ausbildung erfordern, bieten ein höheres Einkommen, um diese besonderen Leistungen zu honorieren. Lehrlinge brauchen eine besondere Betreuung am Arbeitsplatz und entwickeln erst ihre Leistungsfähigkeit, weshalb die Entlohnung geringer angesetzt wird. Der Arbeitsmarkt selbst führt zu einem Ausgleich: herrscht z.B. ein Überangebot an Lehrern, sind größere Gehaltserhöhungen unwahrscheinlich.

Demgegenüber hat soziale Gleichheit oder Chancengleichheit nichts mit „Gleichmacherei“ zu tun. Eher ist es „gleichmacherisch“, wenn nur ein einziger Maßstab, z.B. das Leistungsprinzip, über

soziale Stellung und Lebenschancen der Menschen entscheidet. Andererseits ist es wiederum diskriminierend, wenn ein leistungsunabhängiger Faktor, wie ererbter Besitz und Vermögen, die Einkommenschancen der Menschen entscheidend mitbestimmt.

Die Einkommensungleichheit ist in Südtirol nach wie vor sehr groß. Die unteren 50% der Familien beziehen ein Viertel der Einkommen, also genauso viel wie kumuliert die obersten 10% der Familien (vgl. Kap. 2.12). Das unterste Zehntel der Einkommensbezieher muss mit 1 Million im Monat auskommen, das oberste Zehntel verfügt über 7 Mio. monatlich. Relativiert wird dieser Befund durch die Tatsache, dass die Realeinkommen aller Gruppen in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen sind. Der materielle Lebensstandard auch der unteren Gruppen hat sich deutlich gebessert, ohne dass neue Armut verhindert worden wäre.

**Tab. 68 - Durchschnittliches Jahreseinkommen aus der Haupttätigkeit nach berufl. Stellung - 1998**



Quelle: ASTAT/AFI-IPL, *Die Einkommens- u. Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000*

Reichtum definiert sich als privilegierte Verfügung über knappe materielle Güter, durch die ungleiche Handlungsbedingungen und Lebenschancen entstehen. Das soziale Kürzel „Geld“ oder monetäres Einkommen kann zwar nicht mit Reichtum gleichgesetzt werden. Allerdings ist das Einkommen der gemeinsame Nenner, durch den die ungleiche individuelle Lage innerhalb der Sozialstruktur am klarsten zum Ausdruck kommt. Bei der Analyse der Einkommensverteilung müssen neben dem Arbeitseinkommen verschiedene Faktoren berücksichtigt werden: direkte und indirekte Einkommenstransfers im Zuge der Umverteilung durch die öffentlichen Haushalte; der private Unterhalt von erwerbsfähigen, aber nicht erwerbstätigen Personen, Einkommen aus Vermögen, speziell aus Kapitaleinkommen verschiedenster Art (vgl. Kapitel 2.12).

Noch eindeutiger ist die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung. Zwar hat der Besitz an langlebigen Konsumgütern, an Haus- und Grund, Geld- und Sparvermögen durchschnittlich für alle Haushalte in den letzten Jahrzehnten zugenommen und der allgemeine Lebensstandard ist gestiegen. Aber das Geld- und Sachvermögen, das die mate-

### *Das Stichwort: Soziale Ungleichheit*

Soziale Ungleichheit im weiteren Sinne liegt vor, wenn bestimmte soziale Differenzierungen es mit sich bringen, dass einzelne Individuen oder Gruppen in dauerhafter Weise begünstigt, andere benachteiligt sind (**horizontale Ungleichheit**).

Soziale Ungleichheit im engeren Sinne meint jene Formen von Ungleichheit, die sich mit hierarchisch untergeordneten Schichten oder Gruppen erfassen lassen (**vertikale Dimension der Ungleichheit**). Heute haben neue, nicht vertikale Ungleichheiten nach anderen Bruchlinien strukturprägendes Gewicht bekommen: Geschlecht, regionale Disparitäten, Benachteiligung von Randgruppen, spezielle Lebenslagen usw. Neue Ungleichheiten wachsen sich zu sozialen Konflikten aus. **Strukturierte soziale Ungleichheit** besteht in Ungleichverhältnissen, die die Lebenschancen ganzer Generationen prägen. Das Phänomen sozialer Ungleichheit wandelt sich über die Zeit, ist aber grundsätzlich veränderbar.

riellen Existenzbedingungen seiner Eigentümer, Angehörigen und Erben langfristig sichert und damit Wettbewerbsvorteile verschafft, ist sehr ungleich verteilt. Die höchste Vermögenskonzentration liegt, abgesehen vom breit gestreuten landwirtschaftlichen Grundbesitz, beim produktiven Vermögen vor (vgl. Kapitel 2.13).

Trotz relativ hoher durchschnittlicher Einkommen und einer breiten Vermögensbildung haben Untersuchungen ergeben, dass in Südtirol weiterhin Armut besteht. Absolute Armut wird auf ein Existenz- oder Überlebensminimum hin definiert, das auch von allg. sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängt. Bei der relativen Armut nimmt man das verfügbare Einkommen als Vergleichsmaßstab und vergleicht es mit den vorherrschenden Einkommen. Armut ist ein Phänomen, das sich in verschiedenen Dimensionen (nicht bloß der finanziellen) äußert. Dennoch ist die finanzielle Armut entscheidend, da sie meist andere Formen der Armut herbeiführt. Zur Definition der Armut kann man auf die Armutsgrenze Bezug nehmen, die folgendermaßen festgelegt wird: als „arm“ wird eine 2-Personen-Familie betrachtet, deren Einkommen geringer als das Pro-Kopf-Durchschnittseinkommen ist.

Insgesamt befanden sich 1998 14,1% der Südtiroler Familien unterhalb der Armutsgrenze, wobei unter den alleinlebenden Personen gar 21,7% als arm einzustufen sind. 12,8% der Südtiroler Bevölkerung sind demgemäß als „arm“ anzusehen. Von Armut überdurchschnittlich betroffen sind darunter Familien mit mehr als sechs Mitgliedern. Armut trifft auch häufiger Familien mit einem einzigen Einkommensbezieher: von allen armen Familien hatten 73,3% nur einen Einkommensbezieher. Überraschenderweise sind die Selbständigen von Armut eher betroffen als Familien von abhängig Arbeitenden. Unter den Selbständigen finden sich aber auch viele Bergbauernfamilien.

Betrachtet man Armut in Südtirol unter dem Blickwinkel der Familienstruktur, sind Familien mit einem einzigen Elternteil und minderjährigen Kindern am meisten betroffen, nämlich zu 29%. Sie stellen zwar nur 2,6% der Südtiroler Familien, haben aber anteilmäßig höhere Lasten für Wohnung und Kindererziehung zu tragen. 45% der Einzelpersonenhaushalte bestehen aus Menschen mit über 65 Jahren. 32,8% von diesen sind von Armut betroffen. Ein Drittel aller Familien lebt überwiegend von einer

Rente. 30,3% aller Familien, die von einer Rente leben, sind von Armut betroffen.

Insgesamt hat eine Armutsstudie 1997/98 gezeigt, dass die institutionellen Faktoren Südtirols den Weg in die Armut meist verhindern. Es besteht ein engmaschiges soziales Netz, das den verschiedensten Bedarfssituationen gerecht wird. Wohnen, Arbeit und Gesundheit sind laut Studie alles in allem gut überwachte und abgesicherte Bereiche. Kulturelle Faktoren seien maßgeblich für den Einstieg in sog. „Armutskarrieren“. In Südtirol erleben viele Menschen den Bruch zwischen traditionellem Landleben einerseits und den städtischen Arbeits- und Lebensstilen andererseits. Gleichzeitig fehle eine Stigmatisierung von sog. Risikoverhalten, allen voran dem Alkoholismus. Außerdem investieren die von den Sozialdiensten betreuten Familien wenig in Bildung und der schnelle Eintritt in die Arbeitswelt erweist sich als kontraproduktiv, wenn sich die beruflichen Anforderungen verändern und Umschulungen notwendig sind. Armut entsteht in Südtirol kaum durch Arbeitslosigkeit, sondern durch Ereignisse in anderen Lebensbereichen (Beziehung, Gesundheit), die sich auf die Arbeit und auf die Fähigkeit, selbständig und verantwortungsbewusst zu handeln, auswirken.

**1. Zusammenfassend gesagt trifft die Armut im oben definierten Sinne im wesentlichen drei Gruppen von Personen:**

- Menschen, die am Arbeitsmarkt nicht teilnehmen können oder wollen (Rentner, Hausfrauen, Arbeitslose) und wirtschaftlich ungenügend abgesichert sind.
- Alleinstehende alte Menschen und
- Paare, und zwar je stärker sie von einer einzigen Rente abhängen.

**2. Ein hohes Armutsrisiko besteht für kinderreiche Familien. Öfters rutschen auch Alleinerzieher mit minderjährigen Kindern unter die Armutsgrenze.**

**3. Es kommt entscheidend auf die öffentliche Sozialfürsorge an, den Einstieg in Armutskarrieren zu verhindern, Existenznöte zu mindern und armutsbedingten Folgeerscheinungen zu begegnen.**

*Zur Vertiefung:*

- Aut. Provinz Bozen, Abt. Sozialwesen, Sozialbericht 1998, Bozen 1999
- ASTAT/AFI-IPL, Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000
- Aut. Provinz Bozen, Abteilung Sozialwesen, Landessozialplan 2000-2002, Eine Kurzfassung, Bozen 2000

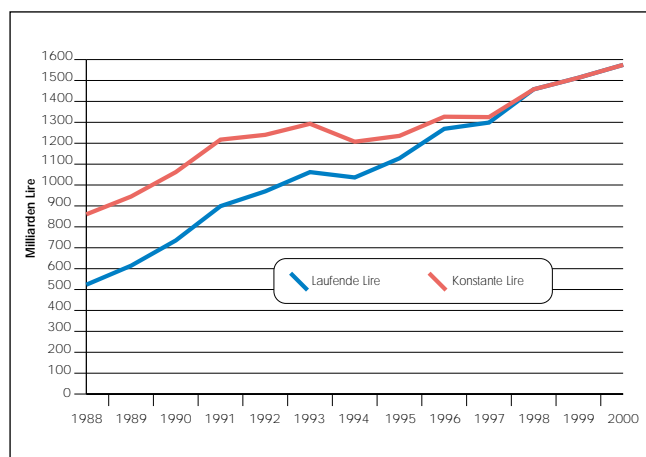
## 4.2 Das Gesundheitswesen: steigende Kosten = mehr Gesundheit?

*Steigende Gesundheitsausgaben und die Nutzung vorhandener Strukturen sind ein ambivalenter Indikator für den allgemeinen Gesundheitszustand: zum einen bezeugen sie, dass das Land sich die Vorsorge, Pflege und Rehabilitation seiner Bürger vergleichsweise immer mehr kosten lässt. Zum andern sind sie Ausdruck eines steigenden Bedarfs der Bevölkerung an Gesundheitsleistungen, demnach eines schlechteren Gesundheitszustandes.*

Südtirol hat ein leistungsfähiges Netz an Gesundheitsdiensten, wobei auch lokale Krankenhäuser erhalten blieben. Immer stärker wird der Schwerpunkt auf die Vorsorge und Rehabilitation verlagert. Der Aufbau der Strukturen und Technologien und die Anpassung an neue Erfordernisse verschlang beachtliche Mittel. Mit dem Ausbau ambulanter Betreuungsformen und der Spezialisierung des stationären Angebots wurden erste Schritte zur Kosteneindämmung gesetzt. In der Beurteilung des Gesundheitswesens wurden bisher eher wirtschaftliche Indikatoren herangezogen, wie z.B. der Auslastungsgrad der Betten oder die medizinischen Leistungen. Wenn man allerdings zu sehr die Wirtschaftlichkeit in den Blick nimmt, geht das zu Lasten der Qualität der Betreuung.

Die Finanzierungsfrage bleibt virulent. Andererseits brauchen wir eine immer spezialisiertere medizinische Versorgung. Das Ziel bleibt, die bestmögliche gesundheitliche Betreuung für alle zu gewährleisten. Die Selbstkostenbeteiligung wird von den Gewerkschaften als sozialpolitisch nicht opportune Maßnahme angesehen.

**Tab. 69 - Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen in Südtirol - 1988-2000**



Quelle: Ass. für Gesundheitswesen, Landesgesundheitsbericht 1998

### Das Stichwort: Krankenhäuser

In Südtirol gibt es 7 öffentliche Krankenhäuser mit insgesamt 2.233 Betten (1998). Dazu kommen weitere 478 Betten in den Privatkliniken. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist die mittlere Dauer (in Tagen) des Aufenthalts eines Patienten im Krankenhaus, unter dem Auslastungsgrad der Betten versteht man den Prozentanteil der durchschnittlich besetzten Betten an den Betten insgesamt im Bezugsjahr. Die mittlere Aufenthaltsdauer in den Südtiroler Krankenhäusern betrug 1998 6,8 Tage, die Betten waren übers Jahr gerechnet zu 77,5% ausgelastet. In allen Kliniken wurden fast 100.000 Einlieferungen registriert.

In den letzten 15 Jahren sind zwar die Krankenhausaufenthalte je 1.000 Einwohner gestiegen, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer und die Bettenzahl selbst ging deutlich zurück. Mit 5,5 Tagen pro 1.000 Einwohner weist diese einen relativ niedrigen Wert auf. Der Abnahme der Bettenkapazität steht eine Zunahme der Aufenthalte gegenüber. Daraus wird das Bemühen ersichtlich, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer zu reduzieren und unnötige stationäre Aufenthalte zu vermeiden.

Die Kosten des Gesundheitswesens steigen aber auch bei stabilem Gesundheitszustand der Bevölkerung, da sie zu einem hohen Anteil aus fixen, von der Auslastung der Betten unabhängigen Kosten bestehen, wie z.B. der immer aufwendigeren technischen Ausstattung der Krankenhäuser, den Gehältern des Personals, dem Bau von Infrastrukturen. Sollte der aktuelle Mangel an Pflegepersonal behoben werden, dann ebenfalls nur mit zusätzlichen Ausgaben. Südtirol wandte 1998 6,7% des BIP für die Gesundheitsdienste auf, während auf gesamtstaatlicher Ebene dieser Anteil bei 5,3% liegt. Ist das öffentliche Gesundheitswesen in Zukunft finanzierbar? Die Kostenexplosion im Gesundheits-

wesen drängt die Politik immer stärker zu Formen der finanziellen Selbstbeteiligung und Vorsorge der Bürger. Die aktive Prävention (Vorsorge) und die Förderung des Gesundheitsbewusstseins der Bevölkerung soll den Druck auf kostenintensive Einrichtungen und Dienste einbremsen. Formen einer teils öffentlich, teils privat finanzierten Pflegeversicherung werden diskutiert. In der Medizin selbst ist der Trend zur Hochtechnologie und pharmakaintensiven Heilung umstritten.

**Tab. 70 - Erklärter Gesundheitszustand, internationaler Vergleich 1994 (in Prozent)**  
(Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998)

	MEIN ALLGEMEINER GESUNDHEITZUSTAND IST...		
	GUT/SEHR GUT	MÄßIG	SCHLECHT/ SEHR SCHLECHT
Südtirol	81	15	3
Trentino	69	25	5
Italien	64	26	8
Deutschland	69	23	8
Frankreich	65	28	7
Großbritannien	74	19	7
Irland	79	17	4
Portugal	53	28	19
EU 12	65	25	10

In der subjektiven Einschätzung der Bevölkerung, die regelmäßig vom ISTAT erhoben wird, wird der Gesundheitszustand im Durchschnitt von 80% der Befragten als gut bis sehr gut eingeschätzt. Der Medikamentenkonsum ist vergleichsweise niedrig, das Rauchen rückläufig, die Alternativmedizin im Steigen. Nur die allergischen Krankheiten sind im

Steigen begriffen. Europaweit ist dies ein hervorragendes Ergebnis, leider jedoch kein objektives.

Südtirol hat auch mit zahlreichen Problemen zu kämpfen, vor allem mit wachsendem Alkoholmißbrauch und Drogenabhängigkeit. Gegenüber der Nachbarprovinz Trient und Italien insgesamt gibt es mehr tägliche Weintrinker und Biertrinker und auch durchschnittlich weit mehr Personen, die Alkohol auch außerhalb der Mahlzeiten trinken. Bei den Tumoren als Todesursache liegt Südtirol deutlich über den Werten Deutschlands, Österreichs und Tirols, und etwas über dem gesamtstaatlichen Durchschnitt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Krankheiten eher mit dem individuellen Lebensstil jedes einzelnen, welche hingegen auf die allgemeinen Umweltbedingungen oder wiederum auf spezielle Lebenslagen und Arbeitsbelastungen zurückzuführen sind. Die physischen und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz, gesundheitsschädliche Immissionen, Unfallrisiken und berufsbedingte Abnützungerscheinung spielen eine ganz wichtige Rolle in der Gefährdung der Gesundheit. Aber auch Gefährdungen durch riskante Freizeitbeschäftigungen oder durch einen unverantwortlichen Lebensstil will man in Zukunft durch verstärkte Selbstkostenbeteiligung begegnen.

Die krasseste Gefährdung besteht in den Arbeitsunfällen. Mit fast 12.000 Unfällen am Arbeitsplatz im Jahr 1999 (davon 30 tödliche; 11.804 davon vom INAIL als schadenersatzberechtigt anerkannt) liegt Südtirol in der Statistik der Arbeitsunfälle auf gesamtstaatlicher Ebene unter den Spitzenreitern. Ganze 12 Arbeitsinspektoren sind für die Kontrolle von über 50.000 Betrieben zuständig.

**Tab. 71 - Entwicklung der Arbeitsunfälle und berufsbedingten Krankheiten - 1990-1999**

JAHR	ARBEITSUNFÄLLE		BERUFSKRANKHEITEN		INSGESAMT	
	GEMELDET	ANERKANNT	GEMELDET	ANERKANNT	GEMELDET	ANERKANNT
1990	13.862	12.914	326	312	14.188	13.226
1991	14.027	13.040	311	298	14.338	13.338
1992	14.013	13.384	326	301	14.339	13.685
1993	13.300	13.163	229	179	13.529	13.342
1994	13.153	13.014	139	89	13.292	13.103
1995	11.851	11.805	148	117	11.999	11.922
1996	11.216	11.017	193	146	11.409	11.163
1997	11.524	11.366	275	203	11.799	11.569
1998	11.796	11.701	334	285	12.130	11.986
1999	11.967	11.804	256	204	12.223	12.008

Anmerkungen: Gemeldete Unfälle sind Unfälle ohne sog. Bagatellunfälle. Die anerkannten Fälle beinhalten auch jene ohne Entschädigung (z.B. Schülerunfälle). Der Rückgang der Unfälle zwischen 1994 und 1995 ist auf eine gesetzliche Neuerung zurückzuführen, aufgrund derer Teilzeitbauern von der Versicherung ausgeschlossen worden sind. (Quelle: INAIL, Bozen)

Von 1993 bis 1998 haben die vom INAIL erfassten und entschädigten Arbeitsunfälle im produzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft tendenziell leicht abgenommen. Dennoch liegt Südtirol noch sehr deutlich über dem gesamtstaatlichen Durchschnitt. Zum Teil kann diese höhere Rate auf den überdurchschnittlichen Anteil der in Südtirol in der Landwirtschaft und im Baugewerbe Beschäftigten zurückgeführt werden. Der Unfallschutz ist in den vergangenen Jahren in Italien gesetzlich wesentlich verbessert worden, was wohl zunächst in der Industrie am meisten Früchte getragen hat.

Nachteilig in diesem Sinne wirken sich zwei ansonsten als positiv herausgestrichene Aspekte der Südtiroler Wirtschaft aus: die Betriebsgrößenstruktur (vgl. Kap. 2.3) und der hohe Auslastungsgrad und Auftragsbestand der Unternehmen. Die Klein- und Kleinstbetriebe haben gesetzlich einen geringeren Grad an Vorkehrungen gegen das Risiko von Arbeitsunfällen zu treffen. Die hohe Auslastung der Kapazitäten mit hoher Überstundenleistung führt zu Stress und Überbelastung der Arbeitnehmer und damit zu höherem Unfallrisiko. 12.000 Arbeitsunfälle pro Jahr, also 52 pro Arbeitstag sind nicht Schicksal. Die öffentlichen Behörden, die Unternehmen, aber auch die Arbeitnehmervertreter in

Betrieb und Gewerkschaft und die Arbeitnehmer selbst sind in die Pflicht gerufen, für die nachhaltige Verbesserung der Sicherheit am Arbeitsplatz zu sorgen.



#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. In den letzten 15 Jahren stiegen die Krankenhausaufenthalte je 1.000 Einwohner, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer und die Bettenzahl selbst gingen deutlich zurück.
2. Südtirol hat ein leistungsfähiges Netz von Gesundheitsdiensten, das nur mit erheblichen Kosten aufrechtzuerhalten ist. Wenn man nur die Wirtschaftlichkeit in den Blick nimmt, geht das zu Lasten der Qualität der Betreuung. Die Selbstkostenbeteiligung wird von den Gewerkschaften als sozialpolitisch nicht opportune Maßnahme angesehen.
3. Laut subjektiver Einschätzung der Bevölkerung wird der Gesundheitszustand im Durchschnitt von 81% der Befragten als gut bis sehr gut eingeschätzt und steht im internationalen Vergleich gut da.
4. Von 1993 bis 1998 haben die vom INAIL erfassten Arbeitsunfälle im produzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft zwar tendenziell leicht abgenommen. Mit fast 12.000 Unfällen am Arbeitsplatz im Jahr 1999 (davon 30 tödliche) liegt Südtirol aber in der Statistik der Arbeitsunfälle auf gesamtstaatlicher Ebene unter den Spitzenreitern.
5. Die Zahl der gemeldeten und anerkannten Berufskrankheiten hat zwar in den 90er Jahren abgenommen, allerdings werden neue Arten von Berufskrankheiten dabei nicht berücksichtigt.

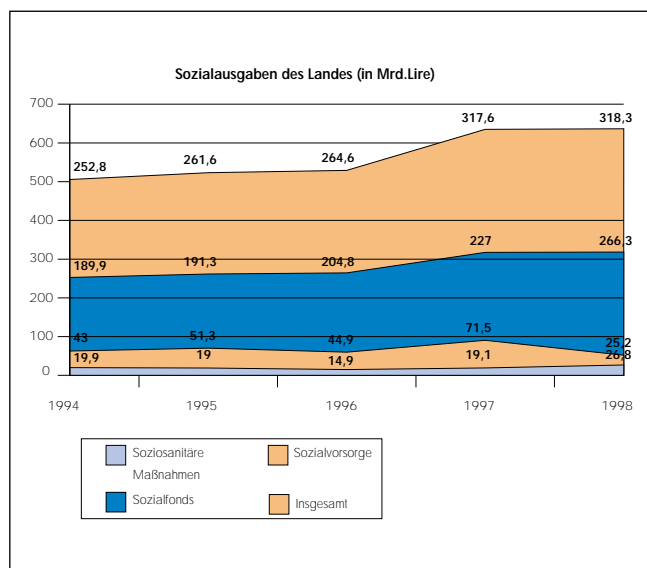
#### Zur Vertiefung:

- Aut. Provinz Bozen, Abt. Gesundheitswesen, Landesgesundheitsbericht 1998, Bozen 1999 (auch in Kurzfassung verfügbar)
- INAIL, <http://www.inail.it>

## 4.3 Die Sozialfürsorge

*Die Sozialdienste und jene der sozialen Fürsorge - in Südtirol primäre Kompetenz des Landes - bieten ein breites Angebot an Hilfen für Bedürftige an, vor allem für alte Menschen, hilfsbedürftige Familien, Kinder und sozialdeviante Jugendliche. Die Zahl der Betreuten steigt ständig an. Der allgemeine Sozialdienst wird jährlich von rund 0,5% der Bevölkerung in Anspruch genommen und befasst sich vor allem mit der Kinder- und Jugendfürsorge. 1997 bestanden 207 Einrichtungen für Minderjährige, Kleinkinder, Behinderte und alte Menschen. Immer stärker wird versucht, Betreuung und Pflege ambulant zuhause durchzuführen, um die Betreuten in ihrer gewohnten Umgebung zu belassen. Die Sozialausgaben des Landes sind in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen.*

Tab. 72 - Die Sozialausgaben des Landes 1994-1998



Quelle: Abt. Sozialwesen, Sozialbericht 1998

In Südtirol liegen die Ausgaben im Fürsorge- und Sozialbereich, bezogen auf die Einwohnerzahl, deutlich über dem Durchschnitt Gesamtiens und der meisten anderen Regionen. Die Pro-Kopf-Ausgaben im Sozialbereich sind sechs mal höher als jene Italiens, allerdings besteht in den meisten anderen Regionen z.B. keine finanzielle Grundfürsorge (Lebensminimum) und für die Zivilinvalidenunterstützung wird nur ein Bruchteil der pro-Kopf-Ausgaben Südtirols aufgewandt, da den Normal-Regionen die entsprechende Kompetenz fehlt. Die verfügbaren Mittel allein sagen noch nicht alles über die Qualität der Leistungen aus. Es besteht zwar ein ausdifferenziertes Angebot an Betreuung, aber es gibt auch noch Lücken wie etwa in der Arbeit mit Ausländern, sozialen Randgruppen und Flüchtlingen. Eine Besonderheit Südtirols ist die stark ausgebaute finanzielle Sozialhilfe, die 1997 745.000 Lire pro

### Das Stichwort: Ausgaben der Sozialfürsorge

Die Ausgaben des Landes für Soziales im engeren Sinne reichen vom Sozialfonds über die Sozialvorsorge bis zu den soziosanitären Maßnahmen. Beim Sozialfonds (vgl. Tab. 71) fließt der Großteil der Ausgaben in die Führungskosten, aber zunehmend auch in die Infrastrukturen. Die finanzielle Sozialhilfe umfasst eine Reihe von Leistungen, die sich in der Form der Leistungserbringung und in der Art des gedeckten Bedarfs unterscheiden, nämlich:

1. Direkte Familienhilfen wie das „Lebensminimum“, Sonderleistungen, „Taschengeld“;
2. Entgelt für die Familienanvertrauung von Minderjährigen;
3. Übernahme von Tagessätzen für Kinder und Jugendliche in Heimen;
4. Leistungen für Behinderte;
5. Entgelt für die Familienanvertrauung von psychisch Kranken.

Einwohner erreichte. Die finanzielle Sozialhilfe geht vom Prinzip des Lebensminimums aus, das allen Bürgern des Landes garantiert werden muss. Dazu kommen noch weitere Sonderleistungen. 1997 sind 2.576 Haushalte (1,6% der Südtiroler Haushalte) mit einer durchschnittlichen Monatsausgabe von 295.000 Lire unterstützt worden.

### Die Betreuung alter Menschen

4% der Einwohner über 64 Jahre sind in Alters- oder Pflegeheimen untergebracht, ungefähr 3% werden im Rahmen des Hauspflegedienstes betreut. 1998 gab es in Südtirol 65 Alters- und Pflegeheime mit einer Aufnahmekapazität von 3.013 Betten. In Altersheimen leben Personen, die nicht ständig betreut werden müssen, während die Aufnahme im Pflegeheim Pflegebedürftigkeit voraussetzt. Zwar wird die Bettenkapazität der Alters- und

**Tab. 73 - Ausgaben der Tätigkeitsbereiche des Sozialwesens - 1998 (in Mrd. Lire)**

TÄTIGKEITSBEREICH	FÜHRUNGSKOSTEN	INVESTITIONEN	INSGESAMT
Sozialdienste der Gemeinden	117,18	9,98	127,15
Zivilinvalidenrenten	100		100
Altenbetreuung	3,72	13,15	16,87
Behindertenbetreuung	5,18	4,3	9,48
Kinderhorte	3,36	0,44	3,72
Studien, Untersuchungen, Fortbildung	2,76		2,76
Tagesmütter	0,4	0,39	0,44
Sonstige Sozialleistungen	1,18	1,49	2,68
Vorsorge Sozialdevianz	1,73	0,27	2
Sanitätsdienste	0,6		0,6
Landeseinrichtungen	0,2		0,2
Chancengleichheit	0,34		0,34
Familienberatungsstellen		0,68	0,68
<b>Insgesamt</b>	<b>236,96</b>	<b>29,35</b>	<b>266,31</b>

Quelle: Abteilung Sozialwesen, Sozialbericht 1998

Pflegeheime noch ausgebaut, doch versucht man den höheren Pflegebedarf aufgrund der demografischen Entwicklung mit dem Ausbau der Hauspflegedienste und Tagesstätten aufzufangen. Dank dieses Dienstes können ältere Menschen ein noch möglichst selbständiges Leben weiterführen.

Heute nimmt der Anteil der älteren Bevölkerung rasch und deutlich zu (vgl. Kapitel 1.2). Die Überalterung der Gesellschaft führt auch zu einem wachsenden Anteil von sehr alten und pflegebedürftigen Menschen an den über 65-Jährigen. Die Nachfrage nach Betreuung und Heimunterbringung wird dementsprechend steigen, genauso die Pflegebedürftigkeit. Trotz des im Vergleich mit Italien gut ausgebauten Dienstes gibt es noch lange Wartelisten für die Alters- und Pflegeheime. Man versucht deshalb, alte Menschen immer mehr in ihrem gewohnten, häuslichen Umfeld zu belassen, die Angehörigen stärker in die Pflege einzubeziehen und die Selbsthilfe auszubauen. Altenwohnungen, allein oder gemeinschaftlich, sollen das Heimangebot ergänzen. Die Qualität des Betreuungspersonals wird zu einem neuen Schlüsselfaktor werden.

Eine moderne Sozialpolitik versucht die Lebensfunktionen und Lebensinteressen der älteren Menschen aufrechtzuhalten. Der alte Mensch wird nicht als Kostenfaktor, sondern als Ressource gesehen, wenn ein „aktives Altern“ ermöglicht werden soll. Die Qualität des letzten Lebensabschnitts beschränkt sich nicht nur auf die Erhaltung der Gesundheit, sondern hängt auch von der Entfaltung der geistigen und sozialen Energien und der Lebensfreude der alten Menschen ab. Sinnvolle Betätigung im Rentenalter reicht von begrenzter Erwerbsarbeit

nebenbei über ehrenamtliche Tätigkeit in vielen Bereichen bis zur Weiterbildung und zum Studium. Aktives Altern bedeutet, mit kulturellen Anregungen und zwischenmenschlichen Kontakten einen hohen Selbständigkeitsgrad der alten Menschen aufrechtzuerhalten. Die alten Menschen werden auch als spezifische Konsumentengruppe sowie als Wähler immer ernster genommen.

Die latente Nachfrage nach häuslicher Pflege ist bereits heute ziemlich hoch. Der Großteil der Pflege wird von der öffentlichen Hand finanziert, die jetzt mehr und mehr zum Sparen gezwungen wird. Deshalb ist man bemüht, mit dem Angebot an Dienstleistungen an die wirklich Hilfsbedürftigen heranzukommen und die Familien bei der Betreuung ihrer Pflegebedürftigen stärker einzubeziehen. Allerdings gibt es hinsichtlich der ökonomischen Leistungsfähigkeit der über 65-jährigen ganz gravierende Unterschiede. Bei einer Durchschnittsrente von rund einer Million Lire treten zahlreiche Fälle echter Armut auf, vor allem bei Alleinstehenden, wo niedriges Einkommen und geringes Vermögen zusammenkommen. Dauerhafte Pflegebe-

**Tab. 74 - Anzahl der Altersheimgäste nach Pflegebedarf - 1995-1998**

(Quelle: Aut.Provinz Bozen, Abt. Sozialwesen, Sozialbericht 1998)

	1995	1996	1997	1998
Selbständig	1.010	928	962	905
Teilweise pflegebedürf.	787	714	793	782
Pflegebedürf.	936	960	1.142	1.220
<b>Insgesamt</b>	<b>2.733</b>	<b>2.602</b>	<b>2.897</b>	<b>2.907</b>



dürftigkeit stellt diese Menschen und ihre Angehörigen oft vor kaum zu bewältigende Lasten. Aus diesem Grund strebt man in Südtirol jetzt eine allgemeine Pflegeversicherung nach bundesdeutschem und Luxemburger Modell an. In diesem Sinne wird auf regionaler Ebene - nach Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen durch neue Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut - ein fixer Pflichtbeitrag für alle Versicherten eingeführt, der vom Einkommen und der Einkommenssteuererklärung unabhängig sein soll. Die Bemühungen von Arbeitnehmervertretern, die Unter-

nehmen zu gesonderten Pflichtbeiträgen zur Finanzierung der Pflegeversicherung zu bewegen, sind vorher gescheitert. Deshalb wird versucht, zumindest diese fixen Pflichtbeiträge sozial erträglich zu gestalten, in dem die Zahl der Familienmitglieder und die Angehörigkeit zu sozial schwachen Gruppen berücksichtigt wird. Die Rentnerorganisationen in den Gewerkschaften begrüßen die Pflegeversicherung im allgemeinen und fordern umfassende sozialpolitische Maßnahmen, die ein würdiges Altern ermöglichen (vgl. Kapitel 4.1).



#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. 1997 sind 1,6% der Südtiroler Haushalte im Rahmen der finanziellen Sozialhilfe mit rund 300.000 Lire monatlich unterstützt worden.
2. 4% der Einwohner über 64 Jahre sind in Alters- oder Pflegeheimen untergebracht, ungefähr 3% werden im Rahmen des Hauspflagedienstes betreut. Immer stärker betont werden die Eigenvorsorge und private und öffentliche Formen der Zusatzversicherung.
3. Die Überalterung der Gesellschaft führt zu einem höheren Anteil von pflegebedürftigen alten Menschen. Darauf wird nicht mehr mit einem Ausbau der Altersheime, sondern verstärkt mit der Versorgung im gewohnten häuslichen Umfeld eingegangen.
4. Auch in der finanziellen Leistungsfähigkeit der alten Menschen besteht angesichts eines relativ geringen Rentenniveaus erhebliche Ungleichheit. Die öffentliche Hand muss für Ausgleich und eine würdige Existenz im Alter sorgen.
5. Die Einführung einer für alle verpflichtenden Pflegeversicherung mit einem Fixbeitrag für jeden Versicherten soll die finanziellen Lasten für die öffentlichen Haushalte beschränken und die Betroffenen stärker in die Verantwortung einbeziehen.

#### Zur Vertiefung:

- Aut. Provinz Bozen, Abteilung Sozialwesen, Sozialbericht 1998, Bozen 1999
- ASTAT, Sozialporträt 1998, Bozen 1999
- Aut. Provinz Bozen, Abteilung Sozialwesen, Landessozialplan 2000-2002, Eine Kurzfassung, Bozen 2000

## 4.4 Die Rentner - die neuen Armen?

*Aus einer gesamtitalienischen Verbraucheranalyse, die sich speziell mit der älteren Bevölkerung befasste, geht hervor, dass die alleinstehenden Senioren, und darunter die über 75-jährigen und die Frauen, am stärksten von Armut betroffen sind. So haben z.B. rund 1,2 Millionen Senioren weniger als eine Million Lire für die monatlichen Lebenshaltungskosten zur Verfügung: nach Abzug der durchschnittlichen Ausgaben für Miete, Nahrungsmittel und Gesundheit verfügen sie demnach über höchstens 150.000 Lire für die Befriedigung anderer Bedürfnisse. Die in Südtirol ausgezahlte Durchschnittsrente liegt nur knapp über diesem Betrag. 1997 kamen auf 100 Erwerbspersonen 76 Renten mit einem durchschnittlichen Betrag von 1.107.855 Lire.*

Tab. 75 - Die in Südtirol ausgezahlten Renten (Invalidität-, Alters-, Hinterbliebenenrenten) - 1997

	RENTEN ANZAHL	DURCHSCHNITTL. MONATSBETRAG (IN LIRE)	GESAMTBETRAG IN MILLIARDEN	RENTEN JE 100 ERWERBSTÄTIGE	MONATLICHER GESAMTBETRAG JE ERWERBSTÄT. (IN LIRE)
I.V.S. Renten	137.382	1.205.219	1.986,9	64	771.194
Davon:					
Arbeitnehmer	69.958	1.029.381	864,2	32,6	335.414
Landwirte u. Halbpächter	24.478	6996.306	204,4	11,4	79.386
Handwerker und Kaufleute	8.266	966.761	95,9	3,9	37.221
Andere im Privatsektor	13.367	1.215.687	627,3	9,9	243.485
Öffentlicher Sektor	21.313	2.452.787	627,3	9,9	243.485
Entschädigungsrenten	13.345	542.444	86,9	6,2	33.716
Sozialrenten	12.881	670.704	103,7	6	40.239
Verdienstrenten	189	51.146	0,1	0,1	45
Insgesamt	163.797	1.107.855	2.178	76,3	845.194

Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

Die Anzahl der ausgezahlten Renten ist in Südtirol von 1993 bis 1997 um 9% gestiegen, der Gesamtbetrag zu konstanten Preisen um 23%. Im Schnitt müssen Südtirols Rentner mit einem deutlich niedrigeren Rentenbetrag (Alters- und Dienstaltersrente) von nur 1.208.000 Lire auskommen als der italienische Durchschnittsrentner, der 1998 1.348.000 Lire bezog. Dabei erhielten die Rentnerinnen im Durchschnitt nochmals wesentlich weniger an Monatsrente, nämlich 814.000 Lire, als die männlichen Rentner mit 1.580.000 Lire. Während die I.V.S.-Renten (Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten) durchschnittlich 1.205.000 Lire betragen kommen die Entschädigungsrenten auf 542.000 (1997) und die Sozialrenten auf 670.000 Lire im Monat. In Südtirol werden jährlich rund 13.000 Sozialrenten (bzw. Sozialgeld) ausgezahlt.

Zählt man auch Invaliden- und Hinterbliebenenrenten sowie Entschädigungsrenten an Selbständige dazu, so wurden 1997 insgesamt 163.797 Renten in Südtirol ausbezahlt. Allerdings beziehen zahlreiche

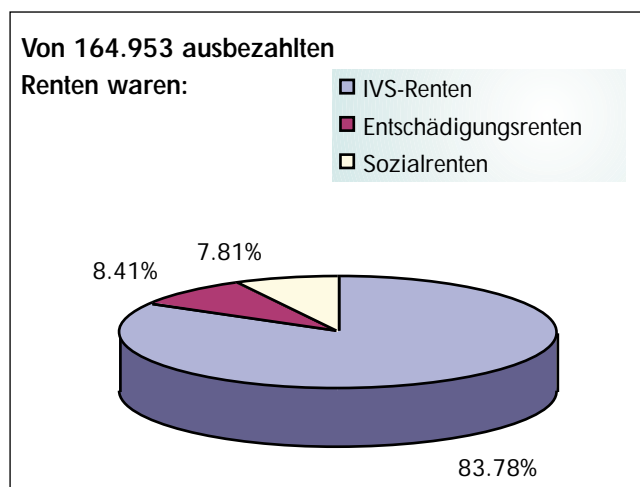
### Das Stichwort: die Rentenarten

Die **Altersrente** wird bei Erreichen des vorgeschriebenen Rentenalters (Lebensalters) ausbezahlt. Die **Dienstaltersrente** wird vor Erreichen des Rentenalters genehmigt, und zwar bei bestimmten Beitrags- und Lebensaltersvoraussetzungen oder bei Erreichen des von einer Einrichtung vorgesehenen Höchstalters. Die **Arbeitsunfähigkeitsrente** wird jenen Arbeitnehmern gewährt, die eine 100%ige Arbeitsunfähigkeit nachweisen können. Die **Beitragsrente** errechnet sich aus den effektiv eingezahlten Rentenversicherungsbeiträgen, die nach einem bestimmten Schlüssel aufgewertet werden und bei Anreife von mind. 35 Beitragsjahren gewährt wird. Die **Hinterbliebenenrente** wird dem anspruchsberechtigten Hinterbliebenen gewährt, wenn der Versicherte stirbt und schon eine eigene Rente bezogen hat. Die **Sozialrente** (seit 1996 Sozialgeld) wird ab dem 65. Lebensjahr von Armut betroffenen italienischen Staatsbürgern ausbezahlt, sofern kein Anrecht auf eine andere Rente erworben wurde.

Rentner auch mehrere verschiedene Arten von Renten (21,8% der Renten sind Hinterbliebenenrenten). 0,1% der Renten sind sog. Verdienstrenten (Kriegsopfer usw.). 1997 belief sich der durchschnittliche Monatsbetrag aller Renten auf 1.107.855 Lire.

Legt man den Gesamtbetrag der Renten auf die Zahl der Erwerbspersonen um, so ergibt sich eine „monatliche Belastung“ pro Kopf von 845.000 Lire. Jeder Südtiroler Erwerbstätige trägt jedoch tatsächlich mehr zur Finanzierung der Renten bei, da die Bilanz des INPS/NISF in Südtirol positiv ist, d.h. es werden mehr Beiträge eingenommen als an Renten wieder abfließt. In dieser Hinsicht trägt Südtirol in beschränktem Maße zum Abbau des Finanzierungsdefizits der staatlichen Versicherungsanstalt bei.

Tab. 76 - In Südtirol ausgezahlte Renten nach Art der Rente - 1998



Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

Tab. 77 - Entwicklung der Rentenzahlungen in Südtirol 1993-2000

(IVS-Renten: Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten, Monatsbeträge in Lire)

STAND ZUM JEW. JAHRESBEGINN	IVS-RENTEN ANZAHL	GESAMTAUSGABENBETRAG*	DURCHSCHNITTL. MONATSBETRAG	SOZIALRENTEN ANZAHL	DURCHSCHNITTL. MONATSBETRAG
1993	106.888	933	663.390	3.367	327.162
1994	109.615	999	694.052	3.335	343.863
1995	111.989	1.073	737.164	3.244	3.48.109
1996	113.407	1.176	797.785	3.129	375.207
1997	115.113	1.279	854.730	3.038	388.525
1998	116.219	1.350	893.379	2.971	397.710
1999	116.519	1.401	924.703	2.843	435.867
2000	116.571	1.448	955.579	2.750	468.834

\* in Mrd. Lire

Quelle: INPS/NISF Bozen

Südtirol steht mit diesem durchschnittlichen Rentenbetrag an 54. Stelle unter den 102 Provinzen Italiens. Bei den Alters- und Dienstaltersrenten der Frauen liegt Südtirol gar erst an 77. Stelle. Wesentlicher Grund für diesen Umstand ist die prekäre Arbeitsmarktlage, die in Südtirol bis in die 60er Jahre hinein bestand. Damals wurden seitens der Unternehmen nur relativ geringe Versicherungsbeiträge eingezahlt. Oft wurden abhängig Beschäftigte gar nicht sozialversichert, weshalb weit weniger Beitragsjahre und Beiträge für die spätere Rente in Rechnung gestellt wurden. Dies führte später zu geringeren Rentenbeträgen. Da die Renten nach dem Entlohnungssystem berechnet werden, ist auch das gegenüber Italien damals geringere Lohnniveau

in Südtirol für die geringe Höhe der Renten mitverantwortlich. In der Regel erhalten die jüngeren Rentner eine höhere Rente, weil sie schon höhere Löhne bezogen haben und auf eine durchschnittlich höhere Zahl von Versicherungsjahren aufbauen konnten. Das durchschnittliche Alter der Rentner, die früher Arbeitnehmer waren, beträgt heute 70 Jahre.

Aufgrund unterschiedlicher Sozialversicherungssysteme können die Daten über die Renten nur begrenzt verglichen werden. Bei den Renten je 100 Erwerbstätige (Belastungsquote) liegt der Wert für Südtirol deshalb günstiger als der italienische Durchschnitt, weil die Erwerbsquote hier höher liegt. In Südtirol werden 12.881 (1997) Sozialrenten

ausgezahlt mit einem Durchschnittsbetrag von monatlich 670.000 Lire. Diese Rente erhalten jene Rentner, die nicht genügend Beitragsjahre für die ordentliche Rente vorweisen können.

Die Region Trentino-Südtirol hat vor wenigen Jahren ihre ergänzende Gesetzgebungskompetenz im Bereich Sozialfürsorge genutzt und eine eigene regionale Zusatzrentenversicherungsanstalt errichtet, die nicht nur eine öffentlich subventionierte, individuelle Alterszusatzrentenversicherung anbietet, sondern auch eine ganze Reihe weiterer Arten von Sozialversicherungsleistungen für verschiedene Personengruppen.

Mit dem Rentenreformgesetz von 1995 wurde eine neue Art der Rentenberechnung nach dem Beitragssystem eingeführt. Ab 1.1.2001 werden die Renten aufgrund der im ganzen Arbeitsleben einge-

zahlten Versicherungsbeiträge berechnet. Zwei Grundpfeiler tragen das künftige Förderungssystem: das individuelle Beitragsaufkommen des Versicherten und der sog. Umwandlungskoeffizient. Die Voraussetzungen für den Rentenanspruch ist ein Mindestalter von 57 Jahren, unabhängig ob Mann oder Frau, sowie mindestens fünf effektive Versicherungsjahre, außer der Versicherte kann wenigstens 40 Beitragsjahre vorweisen. Die Voraussetzung für den Bezug einer Altersrente nach herkömmlichem System ist ein Alter von 65 Jahren bei Männern und von 60 Jahren bei Frauen bei mindestens 20 angereiften Versicherungsjahren. Für die Berechnung der Rentenhöhe ist die Entlohnung der letzten 10 Versicherungsjahre vor der Pensionierung ausschlaggebend. Ab dem Jahr 2001 soll diese erste Rentenreform einer weiteren Überarbeitung unterzogen werden, um die Finanzierung des Systems längerfristig zu sichern.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Aufgrund verschiedener nachteiliger Faktoren in den ersten Nachkriegsjahrzehnten erhalten Südtirols Rentner eine durchschnittlich sehr geringe Rente. Der Durchschnittsrentenbetrag steigt mit geringerem Alter der Bezieher stetig an, da sowohl die Beitragsjahre wie die Entlohnungshöhe im Laufe der Zeit zugenommen haben.
2. Die staatliche Sozialversicherung hat in Südtirol eine positive Bilanz: es geht mehr an Beiträgen ein, als an Rentenzahlungen abfließt. Mit steigenden Rentenbeträgen wird sich dies ausgleichen.
3. Das Defizit des NISF/INPS und die Überalterung der Gesellschaft zwang den Gesetzgeber 1995 zu einer ersten Rentenreform mit zwei Tendenzen: Arbeitnehmer zahlen mehr und länger in die Versicherung ein, um erst mit höherem Rentenaltersalter eine Rente zu erhalten.
4. Da die Renten der staatlichen Rentenversicherung künftig kaum mehr eine ausreichende Versorgung im Alter garantieren, müssen sich jüngere Arbeitnehmer eine Rentenzusatzversicherung aufbauen. Die Region Trentino-Südtirol bietet eine solche auf öffentlich-rechtlicher Basis an.
5. Die Rentenreform von 1995 hat eine neue Art der Rentenberechnung nach dem Beitragssystem eingeführt. Die Mindestaltersgrenzen für den Bezug der Rente wurden erhöht, die Bemessungsgrundlage der Renten reduziert, um das System längerfristig finanzierbar zu erhalten.

#### Zur Vertiefung:

- AFI-IPL, Helmuth Renzler/Arthur Pernstich, Die italienische Rentenreform, Bozen 1998
- ASTAT, Sozialporträt 1998, Bozen 1999

## 4.5 Grundrecht Wohnen

*Ausreichender Wohnraum zu erschwinglichen Preisen sowohl bei der Miete wie beim Kauf ist ein Grundbedürfnis und ein Grundrecht des Menschen. Auf sozialpolitischer Ebene geht es bei der Wohnraumbeschaffung für Arbeitnehmer und sozial Schwächere auch um das Anliegen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Der Mietwohnungs- und Immobilienmarkt Südtirols weist verschiedene Eigenheiten auf, auf die das Land dank seiner primären Kompetenz auf dem Gebiet mit gezielten Maßnahmen eingehen konnte. Dennoch blieb noch ein erheblicher Bedarf ungedeckt.*

Tab. 78 - Ständig bewohnte Wohnungen - 1961-91

Jahr	Anzahl Wohnungen	Fläche in m <sup>2</sup>	Zimmer	Bewohner	Wohnfläche je Einwohner (in m <sup>2</sup> )	Bewohner je Zimmer
1961	87.464		345.409	361.065		1
1971	107.883	8.889.928	438.251	404.046	22,0	0,9
1981	121.622	10.360.113	517.976	417.484	24,8	0,8
1991	144.661	13.437.421	641.318	432.991	31,0	0,7

Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

Südtirol war im internationalen Vergleich mit Wohnraum noch vor 40 Jahren deutlich unterversorgt: größere Familien drängten sich sehr oft in viel zu kleinen Wohnungen. Von 1961 bis 1991 ist die Zahl der ständig bewohnten Wohnungen um über 65% gestiegen, während die Zahl der Bewohner nur um 20% wuchs. Die Wohnfläche je Einwohner stieg damit von 22 m<sup>2</sup> auf 31 m<sup>2</sup>. Die neuen Wohnungen bestehen im Schnitt aus vier Zimmer und einer Nutzfläche von 87 m<sup>2</sup>.

Die Wohnsituation verbesserte sich allgemein, gleichzeitig nahm die Zahl der Haushalte stark zu. Dies führte zu einem höheren Angebot an Kleinwohnungen und zu einem Anstieg der Wohnungpreise vor allem in den städtischen Gebieten. Dadurch war ein nicht unbedeutender Teil der Familien gezwungen, dort mit beengten Wohnverhältnissen Vorlieb zu nehmen. Die höhere Wohnfläche pro Einwohner darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein wachsender Anteil der Wohnungen dem Zweitwohnungsbau zuzurechnen und die Wohnfläche selbst nicht gleichmäßig verteilt ist.

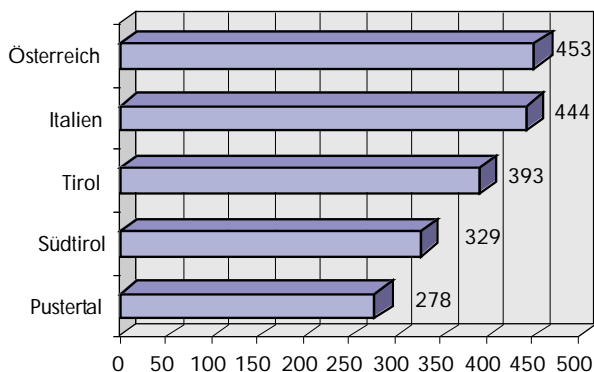
Im internationalen und interregionalen Vergleich holte Südtirol bei der Wohnraumversorgung in den 90er Jahren dank kräftiger öffentlicher Unterstützung weiter auf, allerdings hielt sich das Pustertal auf einem überraschend geringen Niveau. Während

### Das Stichwort: der soziale Wohnbau

Grundziele der Wohnbaupolitik des Landes sind einerseits die Beschränkung des Grundverbrauchs, andererseits die Stützung der Nachfrage, um den bedürftigen Familien den Zugang zur Eigentumswohnung zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wurde nicht nur ein öffentliches Institut (das *Institut für sozialen Wohnbau*) errichtet, das Sozialwohnungen an Bedürftige vermietet, sondern auch ein Beitragssystem geschaffen, das Mieter, Käufer und Sanierungswillige unterstützt. Zwei Drittel der seit 1990 gekauften Wohnungen wurden mit öffentlichen Beiträgen gekauft, ein Drittel der vor 1960 erstellten Wohnungen damit saniert. Dieses Beitragssystem hat auch zu einem gegenüber den Nachbarregionen höheren Preisniveau bei Immobilien geführt. Allerdings befinden sich auch die qualitativen Eigenschaften des Angebots auf einem höheren Niveau.

1961 noch weit weniger als die Hälfte der Wohnungen Eigentum der Bewohner waren, stieg dieser Anteil 1991 auf 67% und 1999 auf 70%. Im europäischen Durchschnitt liegt die Eigentumsquote bei nur rund 60%. In Deutschland und den Niederlanden befinden sich gar weniger als die Hälfte der Wohnungen im Eigentum der Bewohner.

**Tab. 79 - Wohnraumversorgung international - 1991  
(Wohnungen pro 1000 Einwohner)**



*AFI-IPL, Preise, Wohnungsmarkt und Wohnbaupolitik, 1999*

Gleichzeitig nahm auch der Anteil der Zweitwohnungen zu: 1961 lag er noch bei 5,3%, 1991 schon bei 13,2%. Die Hälfte dieser Wohnungen diente als Ferienwohnungen, 30% werden überhaupt nicht benutzt und ein kleiner Teil für Arbeits- und Studienzwecke. Die strengere Bauordnung bis Ende der 80er Jahre hatte den für Fremdenverkehrsgebiete typischen Zweitwohnungsbau verhindert.

Von 1992 bis 1997 sind laut der AFI-Studie zum Wohnungsmarkt zu den 1991 gezählten 166.700 Wohnungen nochmals 15.100 Wohnungen dazugekommen, 14.200 wechselten in diesem Zeitraum Besitzer (2.525 pro Jahr). Der Mietenmarkt bestand 1997 aus 39.118 Wohneinheiten, was 27% des Gesamtbestandes entspricht. Mehr als ein Drittel davon ist Eigentum der öffentlichen Hand, nämlich des Instituts für sozialen Wohnbau. Im allgemeinen haben öffentliche Beiträge entscheidend zur Bildung von privatem Wohnungseigentum beigetragen. 5% wurden gänzlich mit öffentlichen Mitteln, 52,7% mit öffentlichen Beiträgen und 42,3% ausschließlich mit privaten Mitteln gebaut. Die Frage der leerstehenden Wohnungen betrifft vor allem die Landgemeinden, während „nur“ 6,2% des Wohnbestandes in Bozen leersteht. In dieser Hinsicht hat haben nicht nur das Land, sondern auch die Ge-

meinden vor allem im Rahmen des Bauleitplans wichtige Kompetenzen und Verantwortung wahrzunehmen.

**Tab. 80 - Nicht ständig bewohnte Wohnungen - 1961-1991 (Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998)**

Jahr	WOHNUNGEN	ZIMMER JE WOHNUNG	IN% DES GESAMTEN WOHNUNGSBESTANDES
1961	4.883	4,2	5,3
1971	8.462	4,0	7,3
1981	18.012	3,7	12,7
1991	22.012	3,6	13,2

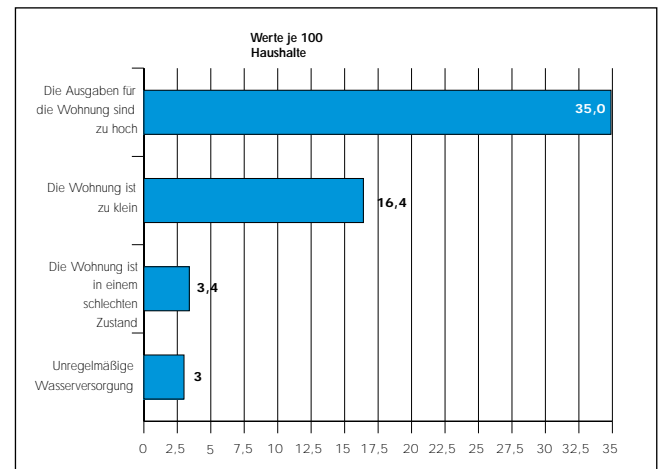
Wie steht es um die Qualität der Wohnungen? Die Statistik bildet, zwecks Abbildung der sozialen Realität, Durchschnitte. Diese können eine Entwicklung über die Zeit aufzeigen oder den Vergleich mit anderen Regionen erlauben. Sie sagen aber nichts über die Verteilung eines sozialen Gutes zwischen und innerhalb der sozialen Gruppen und über die Qualität der Wohnungen. So ist zwar die Zahl der Wohnungen und der verfügbare Wohnraum in Zimmern oder m<sup>2</sup> pro Bewohner gestiegen, aber die Verteilung bleibt nach Einkommensgruppen wahrscheinlich sehr ungleich. Dies ergibt sich



primär aus den Kosten für den Wohnraum, die immerhin für mehr als ein Drittel der Bevölkerung zu hoch sind. Für 16,4% der Bewohner ist die Wohnung, nach eigener Einschätzung, zu klein und zu teuer. Vor allem einkommensschwache Familien sind davon betroffen (vgl. das folgende Kapitel 4.6).

Daneben wird die Wohnqualität von einer Reihe von externen Faktoren beeinträchtigt, die im Wohnumfeld zu suchen sind, also in der Gegend, in der sich der Haushalt befindet. Zu viel Lärm und Verkehr, Luftverschmutzung und Parkschwierigkeiten sind die am häufigsten genannten Probleme. Der Anteil der Wohnungen, die einer Sanierung bedürfen, liegt bei 5,4%.

Tab. 81 - Die wichtigsten Wohnungsprobleme - 1997



Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Die Zahl der bewohnten Wohnungen und der Wohnfläche pro Einwohner ist in den letzten 50 Jahren in Südtirol kontinuierlich gestiegen, womit sich die Wohnraumversorgung verbessert hat. 13,2% des Bestands 1991 sind Zweitwohnungen. Wohnungsnot gibt es vor allem in den Städten.
2. Rund 27% des Wohnungsbestandes wird in Miete bewohnt, das Wohnungseigentum liegt bei rund 70%, 3% in anderer Nutzung. 10.300 Wohnungen befinden sich im Eigentum des Instituts für sozialen Wohnbau.
3. Die Wohnqualität wird nicht nur von der Wohnfläche bestimmt. Sie wird laut Umfragen primär vom Lärm, vom Verkehr, von der Luftverschmutzung und Parkschwierigkeiten beeinträchtigt. 16,4% der Familien leben nach eigener Einschätzung in zu kleinen und zu teuren Wohnungen.
4. Die öffentlichen Beiträge haben in Südtirol entscheidend zur Bildung von Wohnungseigentum in Arbeitnehmerhand beigetragen, aber auch das Preisniveau aufgebläht.

#### Zur Vertiefung:

AFI-IPL, Preise, Wohnungsmarkt und Wohnbaupolitik in Südtirol, Dokumentation Nr. 14, Bozen 1999

## 4.6 Wohnraum zu erschwinglichen Preisen?

*Um für ausreichend Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zu sorgen, muss die Politik den Wohnungsmarkt mit Beiträgen und Maßnahmen verschiedenster Art sowie öffentlichen Wohnungsangeboten so steuern, dass die Wohnungskosten sowohl zur Miete als auch im Eigentum einen angemessenen Anteil am Gesamteinkommen der Familien nicht übersteigen. Wie schwer lasten die Wohnungskosten auf den Südtiroler Haushalten? Welche Faktoren beeinflussen den Wohnungsmarkt?*

Tab. 82 - Durchschnittliche Wohnkosten 1998 (mit Anteil in % der betroffenen Familien an allen Familien)

JÄHRLICHE WOHNKOSTEN	MITTELWERT IN LIRE	ANZAHL DER FAMILIEN	ANTEIL DER FAMILIEN
Rückzahlung Darlehen	9.500.000	32.809	20,1
Miete	5.641.000	35.546	21,7
Kondominiumsspesen	2.442.000	63.272	38,7
Heizung	1.770.000	88.037	53,9
Strom	717.000	157.002	96,0
Gas	281.000	87.509	53,5
Abwasserbeseitigung	218.000	46.414	28,4
Wasser	200.000	81.600	49,9
Müllabfuhr	194.000	147.462	90,2
<b>Wohnungskosten gesamt</b>	<b>6.200.000</b>	<b>163.478</b>	<b>100</b>

Quelle: ASTAT/AFI-IPL, Einkommens- und Vermögensverteilung der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000

Durchschnittlich beträgt die monatliche Wohnbelastung pro Haushalt 517.000 Lire. Die Mieter (21,8% der Haushalte) haben im Mittel 7.810.000 jährliche Wohnkosten. Der reine Mietenaufwand beträgt im Schnitt 450.000 Lire monatlich. Die Höhe von Einkommen und Miete hängen zusammen: einkommensstärkere Personen haben im allgemeinen eine größere Wohnung und bezahlen auch mehr Miete. Personen der Kategorie „Sonstiges“ (6,0%) haben entweder eine mietfreie Wohnung oder können gegen die Verrichtung von Dienstleistungen kostenlos wohnen und tragen deshalb nur 2.190.000 Lire an jährlichen Wohnkosten.

Die Wohnungseigentümer (72,2%) geben jährlich 6.047.000 Lire aus, bieten aber ein sehr differenziertes Bild: ein Viertel trägt unter 2,35 Mio. im Jahr, ein anderes Viertel 7,86 Mio. Lire. Personen mit Wohnungseigentum sind oft durch Darlehensrückzahlungen für eine Eigentumswohnung belastet.

Allerdings betreffen diese Zahlungen nur ein Viertel der Südtiroler Haushalte. Die Belastungen durch Darlehensrückzahlungen liegen über den Mietausgaben, im Durchschnitt bei 9,5 Mio. Lire im Jahr.

Welche Faktoren beeinflussen den Wohnungsmarkt? Zuerst ist es die Bevölkerungsentwicklung. In allen Bezirken mit Ausnahme der Stadt Bozen nimmt die Bevölkerung zu. Zudem gibt es in den Fremdenverkehrsgemeinden und Städten auch Zuwanderung aus Arbeitsgründen sowie eine gewisse Nachfrage nach Zweitwohnungen. Weiters ist die Haushaltsstruktur für den Wohnungsmarkt von Bedeutung. Während in Bozen und den kleineren Städten bald die Hälfte der Haushalte 1- oder 2-Personenhaushalte sein werden, liegt die durchschnittliche Familiengröße auf dem Land höher. Die Bautätigkeit ist in jenen Gemeinden intensiver, wo auch eine Nachfrage nach Zweitwohnungen verzeichnet wird.



Tab. 83 - Indikatoren für Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt - 1998

INDIKATOREN	BAU EIGENHEIM	ZWEIT- WOHNUNGEN	BOZEN	KLEINERE STÄDTE	STÄDTE+ZWEIT- WOHNUNGEN	INSGESAMT SÜDTIROL
<i>Nachfrage</i>						
<b>Bevölkerungsprognose</b>						
ansäss. Bevölkerung 2005	128.407	83.735	93.118	65.516	98.727	469.503
Durchschn. Anstieg ab 1997 (in %)	0,6	0,6	-0,5	0,6	0,5	0,3
ansäss. Bevölkerung 2010	129.977	84.777	89.693	66.376	100.023	470.846
Durchschn. Anstieg ab 2005 (in %)	0,2	0,2	-0,7	0,3	0,3	0,1
Haushalte 2005	45.100	29.900	43.182	26.340	42.761	187.283
Durchsch. Anstieg ab 1997 (in %)	1,9	1,7	0,4	1,9	1,9	1,5
Haushalte 2010	48.112	31.442	46.418	27.742	45.471	199.165
Durchsch. Anstieg ab 1997 (in %)	1,3	1	1,5	1,1	1,3	1,3
<i>Angebot</i>						
<b>Zwischen 1995 und 1997 konzessionierte Wohnungen nach Bauherr</b>						
Institut für sozialen Wohnbau	35	70	17	48	10	180
Unternehmen	475	692	691	585	561	3.004
Genossenschaften	21	27	223	72	69	412
Andere	1.961	1.632	211	786	849	5.439
Insgesamt	2.492	2.421	1.142	1.491	1.489	9.035
Wohnungen des IfsW	1.239	736	5.149	1.186	1.926	10.236

Quelle: AFI-IPL, Preise, Wohnungsmarkt und Wohnbaupolitik in Südtirol, Bozen 1999

Wichtig für den Wohnungsmarkt ist auch die Art der Bauherren: in typischen Fremdenverkehrsgemeinden und in den Städten sind die Bauunternehmen die größten Bauherren. In Bozen gesellt sich das Institut für sozialen Wohnbau (IfsW) zu

den „Großbauherren“, das in den 90er Jahren hier 35,4% aller Wohnungen erstellt hat. Im Großteil der Landgemeinden überwiegt der Eigenheimbau mit ein oder zwei Wohnungen, der vom Genossenschaftswohnungsbau ergänzt wird.

Tab. 84 - Indikatoren des Wohnungsmarktes - 1998

INDIKATOREN	BAU EIGENHEIM	ZWEIT WOHNUNGEN	BOZEN	KLEINERE STÄDTE	STÄDTE UND ZWEITW.
<i>Marktpreise der Wohnungsmieten 1998 in 1.000 Lire/m<sup>2</sup>/monatlich</i>					
Höchstwerte	9.167	29.167	14.000	12.000	18.333
Mindestwerte	6.667	8.000	7.500	7.833	9.167
<i>Marktpreise bei Kauf von Wohnungen 1998 in 1.000 Lire/m<sup>2</sup></i>					
Höchstwerte in Zentrum	3.400	7.000	5.600	4.500	5.000
In Zentrumsnähe	3.200	6.500	4.400	3.900	4.100
In der Periferie	3.000	5.500	3.800	3.100	3.500
Mindestwerte im Zentrum	2.700	3.200	4.600	3.500	3.500
In Zentrumsnähe	2.400	2.700	3.800	2.800	3.000
In der Periferie	2.100	2.300	3.000	2.400	2.700

Quelle: AFI-IPL, Preise, Wohnungsmarkt und Wohnbaupolitik in Südtirol, Bozen 1999

Die Preise der Wohnungen schwanken zwischen 2,1 Millionen Lire/ m<sup>2</sup> für gebrauchte Wohnungen in der Peripherie bis 7 Millionen Lire/ m<sup>2</sup> für neue Wohnungen in Fremdenverkehrsgemeinden. Auf dem Land erstellt die Mehrheit der Familien ihr Eigenheim selbst und somit zu geringeren Preisen. In Bozen und in den Fremdenverkehrsgemeinden

besteht ein hoher Druck auf die Preise. Im allgemeinen nähert sich das Bozner Wohnungspreinsniveau jenem der teuersten Großstädte Italiens an. Das in Südtirol stark ausgebaute System öffentlicher Beiträge zum Kauf und zur Sanierung von Wohnungen hat eindeutig zur Aufblähung des Preisniveaus beigetragen. Ein guter Teil der öffentlichen Beiträge

wird demnach an die Verkäufer von Immobilien einfach „weitergereicht“.

Auf dem Mietenmarkt führen wiederum die Gruppe der Gemeinden mit vielen Zweitwohnungen und Städte die Rangordnung der teuersten Gemeinden an. Unterstellt man bei einer durchschnittlichen 4-Personen-Familie einen Wohnraumbedarf von 100 m<sup>2</sup>, ergibt sich eine Monatsmiete zwischen 1,4 und 1,8 Millionen Lire, die für einen Alleinverdiener-Arbeiterhaushalt kaum mehr finanzierbar ist.

Wie wird der Wohnungsbau in der Regel finanziert? Im Zeitraum 1992-1997 wurden auf insgesamt 14.458 Wohnungen 42% zur Gänze privat finanziert, 53% wurden teilweise mit öffentlicher Finanzierung realisiert, 5% zur Gänze öffentlich finanziert. Zwischen 1992 und 1995 ist im Jahresdurchschnitt 3.500 Beitragsansuchen entsprochen worden, davon 1.480 zum Ankauf, 640 zum Bau und 1.450 zur Wiedergewinnung sowie 990 zur konventionierten Wiedergewinnung. Das IfsW verwaltet selbst derzeit 10.236 Wohnungen und weist jährlich 400 Wohnungen neu zu. Dennoch stehen noch 2.900 Familien auf der Warteliste.

Auf dem freien Mietenmarkt befanden sich 1991 25.000 Mietwohnungen. In den 90er Jahren sind praktisch alle Mietverträge zu Marktpreisen erneuert worden. Jährlich werden 5.900 Mietverträge abge-

schlossen und 2.370 Wohnungen gekauft (1992-1997). Der gesamte Wohnungsbestand wird auf 181.800 (1997) geschätzt. Für den geförderten Wohnbau investiert das Land Südtirol im Jahr 2000 300 Mrd. Lire.

Wie wird sich der Markt weiterentwickeln? Laut Bevölkerungsprognosen wird die Zahl der Familien in Südtirol bis 2010 um 4.900 ansteigen. Nur in Bozen kommt es zu einem Rückgang der Bevölkerung. Auch das Angebot an Wohnungen nimmt beim jetzigen Rhythmus zu, und zwar mit 104-110 Wohnungen pro 100 neuen Familien. Ein wachsender Teil davon ist jedoch dem Zweitwohnungsbau zuzuordnen. Nur in Gemeinden mit stärkerem Zweitwohnungsbau nimmt die Bautätigkeit tendenziell zu, während sie in Bozen stagniert. Somit sind den kommenden 10 Jahren - bei gleichbleibenden politischen Rahmenbedingungen - keine wesentlichen Änderungen im Marktgleichgewicht zu erwarten. Dies bedeutet jedoch auch, dass sich bei gleichbleibendem Niveau der verschiedenen öffentlichen Beiträge nichts an der Belastung der Arbeitnehmerfamilien durch Mieten und Darlehensstilgungsraten für den Kauf und die Sanierung von Wohnungen ändern wird. Eine bloße Erhöhung der verschiedenen Beiträge bringt andererseits auch eine weitere Aufblähung des Preisniveaus mit sich. Somit stellt sich die Frage nach preisdämpfenden Markteingriffen.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Die Wohnkostenbelastung beträgt im Schnitt 1999 517.000 pro Haushalt. Mieter geben im Durchschnitt monatlich 450.000 Lire, Eigentümer 504.000 Lire aus. Für die Darlehensrückzahlung zahlen die Betroffenen im Schnitt 792.000 Lire monatlich.
2. 1997 waren nur 39.000 (21,4%) der 181.800 Wohnungen in Südtirol Mietwohnungen, wovon sich nur 25.000 auf dem freien Markt befinden.
3. Die Preise der Wohnungen schwanken zwischen 2,1 Mio. und 7 Mio. Lire/ m<sup>2</sup>. Das öffentliche Beitragssystem hat wesentlich zur Aufblähung der Immobilienpreise beigetragen, der Förderungseffekt ist dadurch teilweise verloren gegangen.
4. Zwar werden jährlich etwas mehr Wohnungen angeboten als neue Familien eine solche nachfragen, doch wächst auch der Anteil der Zweitwohnungen. Bei gleichbleibenden öffentlichen Mitteln für den sozialen Wohnbau ist somit nicht mit einer wesentlichen Entlastung der Arbeitnehmerfamilien bei den Wohnungskosten zu rechnen.

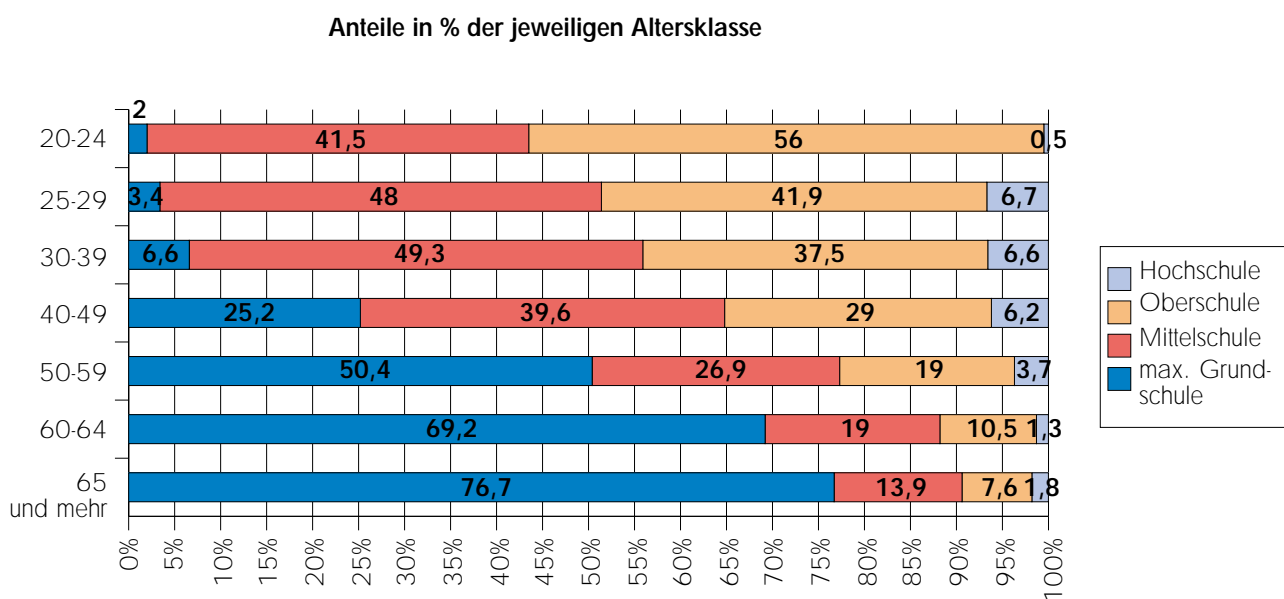
#### Zur Vertiefung:

- AFI-IPL, Preise, Wohnungsmarkt und Wohnbaupolitik in Südtirol, Dokumentation Nr. 14, Bozen 1999
- AFI-IPL, Preise, Wohnungsmarkt und Wohnbaupolitik in Südtirol, Dokumentation Nr. 8, Bozen 1997

## 4.7 Chancengleichheit durch Bildung?

*In der Informations- und Wissensgesellschaft zählt eine solide Ausbildung zu den Grundvoraussetzungen für beruflichen Erfolg und für die Wahrung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Gerade für Kinder aus Arbeitnehmerfamilien, die auf kein Produktivkapital oder größeres Vermögen der Familie zurückgreifen können, verläuft der Weg zum sozialen Aufstieg und zur gesicherten Existenz über eine gute, zukunftssträchtige Ausbildung, sowohl in den allgemeinen Schlüsselqualifikationen wie in der beruflichen Spezialisierung.*

Tab. 85 - Die Bevölkerung nach Altersklassen und Bildungsgrad - 1997



Quelle: ASTAT, Sozialporträt, 1998

Der Bildungsstand der Südtiroler Bevölkerung hat sich in den letzten 30 Jahren, vor allem nach der Mittelschulreform, stark gewandelt. Konnten 1971 70% der Südtiroler nur einen Grundschulabschluss vorweisen, waren es 1997 nur mehr 30%, wovon die Mehrheit bereits außerhalb des Erwerbslebens stand. Auch die bloßen Pflichtschulabsolventen werden bald in der Minderheit sein, da der Besuch eines weiterführenden Ausbildungsgangs zur Regel geworden ist. Mit dem Jahr 2000 ist in Italien die Ausbildungspflicht bis zum Alter von 18 Jahren verlängert worden, die in Südtirol auch mit der Berufsausbildung (dualen Ausbildung mit Lehre) absolviert werden kann. 1997 hatten 27,4% der Südtiroler eine Oberschule, 4% eine Hochschule abgeschlossen.

Das Lehrlingswesen ist in Südtirol angesichts der großen Bedeutung des Handwerks für die Südtiroler Wirtschaft traditionell stark verankert. Deshalb ist der geringere Anteil an Oberschulabsolventen nicht

### Das Stichwort: Chancengleichheit

Moderne Sozialpolitik begnügt sich nicht mit einem System der sozialen Sicherheit zur Verhinderung von Not und Armut. Vielmehr geht es um die allgemeine Daseinsvorsorge als Gerüst für die optimale Selbstverwirklichung der einzelnen. Sie berührt den Menschen in allen Lebensaltern und aller sozialen Gruppen und soll gleiche Chancen schaffen. Da neben natürlichen Unterschieden die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in unserer Gesellschaft ungleich sind und voraussichtlich bleiben werden, soll die öffentliche Hand zumindest allen die Möglichkeit (Chance) eröffnen, sich zu entfalten. Bildungssystem, Arbeitswelt, Gesundheitswesen, soziale Sicherung tragen dazu bei, Chancen zumindest gerechter zu verteilen.

unbedingt als Defizit zu werten, sondern spiegelt den hohen Anteil an Lehrlingen an den jeweiligen Altersgruppen wieder. Die Übertrittsrate von der

Mittelschule an die Oberschule hält sich seit 15 Jahren auf Landesebene konstant bei rund 70%, bei der italienischen Volksgruppe hingegen liegt diese Quote bei 90%.

Insgesamt zeigt sich eindeutig ein Trend zu höheren Bildungsabschlüssen. Im Schuljahr 1995/96 schlossen

sen mehr als die Hälfte der 18-jährigen die Oberschule mit der Matura ab, bei den Mädchen sogar über 60%. Die Zahl der Lehrverträge hat im letzten Jahr fünf insgesamt um 12,3% abgenommen. Dagegen steigt die Zahl der Besuchern von Vollzeitkursen der Berufsschulen langsam an.

**Tab. 86 - Lehrverträge 1995-1999**

SEKTOR	1995	1996	1997	1998	1999	1998-1999 (Veränderung in %)
Metall/Installateure	770	825	854	785	729	-7,1
Baugewerbe	259	281	272	292	236	-19,2
Holz	416	403	341	377	281	-25,5
Leder und Textil	18	26	18	2915	-48,3	
Nahrungsmittel	108	96	93	104	99	-4,8
Körperpflege/Gesundheit	150	166	203	203	192	-5,4
Grafik, Glas, Keramik	90	104	76	106	92	-13,2
Andere	22	20	20	17	30	76,5
<b>Industrie/Handwerk</b>	<b>1.833</b>	<b>1.921</b>	<b>1.877</b>	<b>1.913</b>	<b>1.674</b>	<b>-12,5</b>
Handel	759	678	616	653	598	-8,4
Büro und Verwaltung	119	118	97	109	141	29,4
Gastgewerbe	888	846	840	785	743	-5,4
<b>Insgesamt</b>	<b>3.599</b>	<b>3.563</b>	<b>3.430</b>	<b>3.460</b>	<b>3.156</b>	<b>-8,8</b>

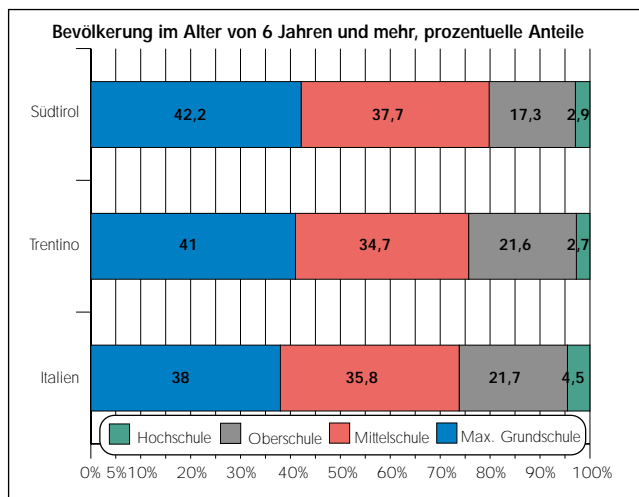
Quelle: Aut. Provinz Bozen, Amt für Lehrlingswesen

Insgesamt aber geht die Zahl der Oberschüler zurück, was vor allem auf die sinkenden Geburtenraten zurückzuführen ist. Dies hat bei stabiler Lehrerbilanz den Vorteil, dass die Schüler-Lehrer-Relation sich langsam verbessert: jede Lehrperson kann sich im Durchschnitt weniger Schülern widmen.

Bildung fördert nicht nur die Chancengleichheit nach sozialen Gruppen, sondern auch die Chancengleichheit nach Geschlecht. Mit 53,4% verfügten 1997 schon mehr Frauen über einen Oberschulabschluss als Männer. Da seit einigen Jahren die Hochschulabschlussquote der Frauen um 10% über jener der Männer liegt, werden die Frauen die Männer beim Akademikeranteil insgesamt eingeholt haben. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frauen sowohl bei den Lehrberufen wie bei den Nach-Matura-Studiengängen sich auf eine beschränkte Palette von Studienrichtungen konzentrieren und während des Berufslebens ihren erlernten Beruf aus familiären Gründen in geringerem Maße ausüben. Südtirol wies aufgrund historischer Umstände bisher einen starken Aufholbedarf an Oberschul- und Hochschulabsolventen auf. Diese fanden in verschiedenen Sparten des expandierenden öffentlichen Dienstes (Verwaltung, Schulen, Gesundheitswesen, jetzt auch in der Forschung) auf dem lokalen Arbeitsmarkt Platz.

Akademikerarbeitslosigkeit war in Südtirol bisher unbekannt, vielmehr verließen zahlreiche Akademi-

**Tab. 87 - Bevölkerung nach Bildungsgrad - Interregionaler Vergleich 1991**



Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

ker das Land, da sie keine ihrer Ausbildung entsprechende Stelle finden konnten. 1991 verfügten 20,2% der Bevölkerung über einen Oberschul- oder Hochschulabschluss. Dieser Anteil wird rasch zunehmen, da heute 53% eines Jahrgangs die Reifeprüfung ablegt und 13% eine Hochschulbildung abschließt. Beim Anteil der Hochschulabsolventen an der Bevölkerung liegt Südtirol im Vergleich mit Italien und Österreich, aber auch mit Nordtirol noch zurück.

Wie hoch liegt der Anteil von Kindern aus Arbeitnehmerfamilien an den Hochschulstudenten und

Akademikern? Dies kann nur indirekt anhand der Studienförderung des Landes geschätzt werden, da der Beruf der Eltern in der Hochschulstatistik nicht erfasst bzw. durch die Landesstatistik nicht ausgewertet wird. Daran knüpft die Frage, ob die öffentliche Studienförderung und das Bildungswesen an

sich tatsächlich Chancengleichheit für alle auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen kann. Mit anderen Worten: in welchem Maße gleicht das öffentliche Bildungswesen, das theoretisch allen offen steht, andere, die Ausbildung benachteiligenden Faktoren in geringer verdienenden Familien aus?

**Tab. 88 - Landesstipendien für Pflicht-, Ober-, Berufs- und Hochschüler nach soz. Gruppen - 1994-1999**

EINKOMMENSKATEGORIE	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99
Arbeitnehmer	7.444	7.828	7.623	7.779	7.573
Landwirtschaft	1.547	1.441	1.256	1.120	966
Gastgewerbe	125	104	342	324	304
Handel, Handwerk, sonstige	637	660	449	516	437
Andere Einkommen	57	103	335	383	457
Ohne Tätigkeit	581	529	112	100	72
<b>Insgesamt</b>	<b>10.391</b>	<b>10.124</b>	<b>10.117</b>	<b>10.242</b>	<b>9.809</b>

Quelle: Autonome Provinz Bozen, Amt für Schulfürsorge

77,2% der vom Land im Studienjahr 1998/99 ausbezahlten Studienstipendien kommen Schülern bzw. Studenten aus Arbeitnehmerfamilien zugute (hier sind auch Bauernfamilien enthalten, deren Einkommen aus abhängiger Arbeit das offizielle Einkommen aus der Landwirtschaft übersteigt). Somit liegt der Anteil der Stipendienbezieher über jenem des Arbeitnehmeranteils an den Erwerbstätigen insgesamt (rund 70%). Auch der Anteil der Studenten, die überhaupt in den Genuss öffentlicher Studienstipendien kommen, liegt in Südtirol im interregionalen Vergleich hoch. Über das Stipendienwesen und den aufnahmefähigen Arbeitsmarkt ist relativ vielen Kindern aus einkommensschwächeren Familien oder bildungsferneren Schichten eine Qualifizierung ermöglicht worden. Keine genauen Angaben liegen über den Anteil der Arbeitnehmerkinder an den Hochschülern an sich und an den Hochschulabsolventen vor.

Heute liegen die Hindernisse für eine berufliche Qualifizierung bis zur universitären und postuniversitären Ausbildung weniger in finanziellen Umständen, auch wenn die Kosten eines Hochschulstudiums ansteigen. Vielmehr sind es sozial bedingte Lernschwierigkeiten in der Pflichtschule, die bereits weit früher die Weichen in Richtung praktische Ausbildung setzen, sowie die traditionell guten Verdienstchancen in Bereichen des Arbeitsmarktes ohne längere Ausbildung, die junge Menschen von einer längeren, aber langfristig ergiebigeren Ausbildung abhalten. Da allgemeine und berufliche Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft noch stärker gefragt sein werden, ist die Förderung aller Bildungspotentiale und die Durchlässigkeit der Ausbildungswege ein Gebot vorausschauender Politik (vgl. Kapitel 4.8).

#### ZUSAMMENFASSUNG:

- 1. In wenigen Jahren wird die Mehrheit der Bevölkerung über den Abschluss einer weiterführenden Ausbildung verfügen. Die Ausbildungspflicht liegt ab 2000 bei 18 Jahren und kann auch in der Berufsschule absolviert werden.**
- 2. Beim Akademiker- und Maturantenanteil hinkt Südtirol gegenüber den Nachbarregionen noch etwas zurück.**
- 3. Bildung fördert nicht nur die Chancengleichheit nach sozialen Gruppen, sondern auch die Chancengleichheit nach Geschlecht. Mit 53,4% verfügten 1997 schon mehr Frauen über einen Ober Schulabschluss als Männer.**
- 4. 77,2% der Bezieher eines Landesstipendiums für den Besuch einer Ober- oder Hochschule stammen aus einer Arbeitnehmerfamilie. Die Hindernisse für eine Höherqualifizierung von Arbeitnehmerkindern liegen weniger in finanziellen Schwierigkeiten, als in sozial bedingten Lernschwierigkeiten und der damit verknüpften Ausbildungs- und Berufswahl begründet.**

## 4.8 Qualifikation - Schlüsselgröße für beruflichen Erfolg

*Neben Infrastrukturen und den wichtigsten Kostenbereichen ist der Ausbildungsstand der Arbeitnehmer der zentrale Faktor im Standortwettbewerb zwischen Regionen und Staaten. Die Stärkung der Südtiroler Position im internationalen Wettbewerb hängt wesentlich von Anstrengungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung ab. Die Schaffung von sicheren und hochwertigen Arbeitsplätzen verlangt auch hochqualifizierte Mitarbeiter. Lebenslanges Lernen ist angesagt, aber für dieses Lernen müssen auch entsprechende Bedingungen geschaffen werden.*

Die stärksten Impulse für Veränderung im Bildungswesen kommen aus der Informationstechnologie (Informatik, neue Medien), der Arbeitsorganisation (soziale und Managementkompetenzen), der internationalen Verflechtung (Fremdsprachen) und der Automatisierung von Produktionsprozessen. Deshalb ist sowohl eine breite Grundausbildung gefragt, die auch die innovativen Kulturtechniken umfasst, als auch die Vermittlung der entscheidenden Schlüsselqualifikationen, die flexible Spezialisierung und Weiterbildung erlauben.

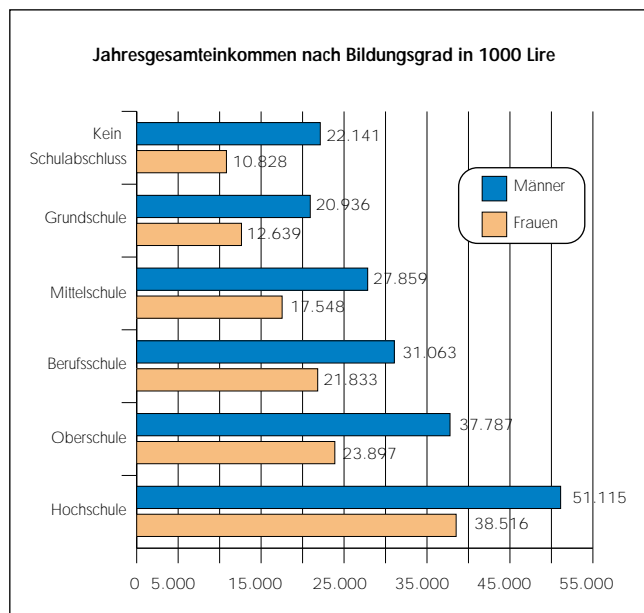
Bei der zunehmenden Geschwindigkeit des technologischen und wirtschaftlichen Wandels wird heute zunehmend der sog. Lebensberuf in Frage gestellt. Die „Halbwertszeit“ der Bildung nimmt ab, der Gebrauchswert des Erlernten verfällt rasch. Arbeitnehmer können nicht mehr davon ausgehen, einen einmal erlernten Beruf bis zur Rente auszuüben. Immer mehr Arbeitnehmer werden ihren Beruf auch mehrmals wechseln müssen. Eigenverantwortung und Eigeninitiative in der Planung der eigenen Bildungslaufbahn ist angesagt. Neues Wissen, neue Fertigkeiten werden oft selbst erarbeitet und erlernt werden müssen. Dies wird immer mehr über multimediale Selbstlernprogramme und neue Medien ortsunabhängig erfolgen.

In den Unternehmen verändern sich aufgrund dieser Entwicklung Produktionsstrukturen, Entscheidungshierarchien und Arbeitsorganisation. Dies stellt neue Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte. Vor allem die Arbeitsplätze mit niedrigem Qualifikationsprofil sind gefährdet. Die reine Fachkompetenz genügt nicht mehr. Soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Gesprächsführung, Konfliktlösung, Kommunikation und kreatives Denken sind mehr gefragt. Die betriebliche Weiterbildung der Mitarbeiter wird mehr Investitionen erfordern. Neue Ausbildungsformen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern, Bil-

dungsinstitutionen und Unternehmen müssen gefunden werden. Die betriebliche und die allgemeine Weiterbildung müssen enger aufeinander abgestimmt werden. Dafür müssen auch organisatorische und finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden, wie z.B. die Erweiterung und Anpassung des Bildungsurlaubs.



Ein Mangel an Ausbildung bildet eines der Hauptrisiken, arbeitslos zu werden. In Südtirol erreichen die gastgewerblichen Berufe einen Anteil von 36% der eingetragenen Arbeitslosen, die Verwaltungsberufe 24%, nicht spezialisierte Arbeiter, Verkaufsbereufe und Berufe im Baugewerbe liegen zwischen 5-10%. 73% der Eingetragenen haben höchstens den Pflichtschulabschluss. „Beschäftigungsfähigkeit“ misst sich immer mehr am Ausbildungsstand. Da nun in Südtirol Vollbeschäftigung besteht und langfristig gesichert werden kann, geht es nicht nur um das Risiko Arbeitslosigkeit, sondern vor allem um die Qualität und Sicherheit des Arbeitsplatzes und um die Höhe des Einkommens.

**Tab. 89 - Einkommensverteilung nach Studiengrad - 1998**

Quelle: ASTAT/AFI-IPL, Die Einkommens- u. Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000

Der Einfluss der Ausbildung zeigt sich neben den Arbeitsmarktchancen vor allem in der Einkommensstatistik. Während die Beschäftigten mit bloßem Pflichtschulabschluss das relativ geringste Einkommen haben, liegen die Hochschulabsolventen an der Spitze, aber auch die Meisterprüfung und der Abschluss berufsbildender höherer Schulen schlägt sich in einem wesentlich höheren Einkommen nieder. Wie kann die berufliche Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer besser gefördert werden? Eine fundierte Grundausbildung gilt zwar als Einstiegs Voraussetzung in den Arbeitsmarkt, aber Weiterbildung und Spezialisierung wird immer mehr zum Normalfall. Speziell für Frauen ist die Weiterbildung wichtig, wenn die berufliche Laufbahn familienbedingt unterbrochen wird. Der berufliche Abstieg nach einer oder mehrfacher Mutterschaft ist oftmals vorgezeichnet. Frauen kehren oft nicht mehr in den angestammten Beruf zurück, sondern nehmen Hilfsarbeiterinnenjobs oder geringfügige Beschäftigungen an. Somit wird die Förderung nach besserer Regelung des Bildungsurlaubs (Bildungskarenz) immer lauter, die sowohl von den Unternehmen als auch vom Land finanziell gefördert werden müssen. Der Wandel in den Beschäftigungsverhältnissen (atypische Arbeitsverhältnisse, befristete Arbeitsverträge) muss durch Bildungsangebote ergänzt wer-

den. Die Ausbildungswege müssen durchlässiger gestaltet werden, insbesondere zwischen den Oberschulen und den Berufsschulen. Die Bereitschaft, das eigene Wissen und Können zu erneuern wird notwendige Eigenleistung zur Absicherung des Arbeitsplatzes und zur eigenen Selbstverwirklichung.

Als strategische Interessen der Arbeitnehmer im Bildungswesen können folgende gelten:

- als Arbeitnehmer zur Modernisierung der Unternehmen und Wirtschaft als Ganzes und damit zur Sicherheit der Arbeitsplätze beizutragen;
- als Arbeitnehmer im Rahmen des raschen Strukturwandels im Wettbewerb zu bestehen und insgesamt durch Qualifikation die Qualität der Arbeit zu heben und die beruflichen Kompetenzen zu erweitern;
- die berufliche Mobilität und den Aufstieg der Arbeitnehmer zu ermöglichen;
- Jugendarbeitslosigkeit durch Ausbildung, Praktikas und Einstiegslohnformen zu verhindern;
- die sozialpartnerschaftliche Ermittlung des Berufs- und Bildungsbedarfs zu gewährleisten und Bildungsinhalte und -institutionen mitzugestalten.

Dabei stehen folgende Ziele im Zentrum gewerkschaftlichen Bildungsverständnisses:

- Ziel von Bildung ist nicht nur die Qualifikation für den Beruf, vielmehr hat Bildung auch einen Eigenwert für die Entfaltung der Person.
- Bildung soll Verständnis für die eigene Überlieferung und Kultur wecken und Menschen befähigen, sich und andere Kulturen besser zu verstehen.
- Bildung muss Menschen befähigen, sich mit der Gesellschaft und den Anforderungen der Arbeitswelt kritisch auseinanderzusetzen.
- Bildung soll helfen, sich in unserer komplizierten Welt zurechtzufinden, Kreativität zu entwickeln, Technik verantwortungsbewusst zu gebrauchen, Information sinnvoll auszuwählen, sich am Gemeinwesen zu beteiligen und gewerkschaftliches Engagement zu unterstützen.
- Bildung soll dazu beitragen, mehr Verantwortung am Arbeitsplatz und in der Gewerkschaft oder im Gemeinwesen überhaupt zu übernehmen.

Um diese Ziele zu verwirklichen, stehen Maßnahmen verschiedener Art auf der Tagesordnung, etwa:

- die Ausdehnung des Bildungsurlaubs

- die Anrechnung von Bildungskrediten oder Bildungsguthaben
- die Einführung regelmäßiger Weiterbildungsperioden während des Berufslebens
- der Ausbau der innerbetrieblichen Weiterbildung
- der Ausbau der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit
- die Verbesserung der Grundausbildung.
- Die Bereitschaft zur selbstverantwortlichen Weiterbildung.

Aber: die dominanten Angebote auf dem „Bildungsmarkt“ sind einseitig auf Markt, Technologie und sofortige Anwendbarkeit am Arbeitsplatz ausgerichtet. Vernachlässigt wird die politische Bildung, die Erziehung zur Solidarität und das „Weisheitswissen“ allgemein: die Zusammenhänge kennen, Gesellschaft, Natur und Kultur ganzheitlich erfassen lernen, Hintergründe gesellschaftlicher Vorgänge

erkennen lernen muss wieder Platz in Aus- und Weiterbildung auch bei praktischen Berufen finden; nicht nur nach marktbezogener unmittelbarer Verwertbarkeit lernen, sondern für ein tieferes und erfüllteres Leben. So würde lebenslanges Lernen nicht bloß zur Last, sondern bisweilen auch zur Lust.

Auch die Gewerkschaften sind mit all diesen Problemen befasst: als Vertragspartner der Unternehmer und als Vertreter der Arbeitnehmer, auf der institutionellen wie auf der Vertragsebene, sowie als lernende Organisationen, die Bildung brauchen, vermitteln und durchführen. Sie werden in Zukunft auf der Ebene der Kollektivverträge wie auf der institutionellen Ebene gefordert, Konzepte und Initiativen einzubringen, Bildungsinhalte mitzugestalten und zu evaluieren und immer mehr eigene Angebote zu entwickeln.

#### ZUSAMMENFASSUNG:

1. Neben einer breiten Grundausbildung, die auch die innovativen Kulturtechniken umfasst, ist im Bildungswesen der Zukunft die Vermittlung der entscheidenden Schlüsselqualifikationen notwendig, die Flexibilität und eigenverantwortliche Weiterbildung erlauben (lebenslanges Lernen).
2. Die rechtlichen und organisatorischen Vorkehrungen für mehr allgemeine und berufliche Weiterbildung müssen ausgebaut werden, von der Zertifizierung der Bildungsfortschritte über „Bildungsguthaben“ bis zum Ausbau des Bildungsurlaubs. Unternehmen und öffentliche Hand müssen die finanzielle Verantwortung für die Qualifizierungsoffensive tragen.
3. Die arbeits- und produktionsorientierte Aus- und Weiterbildung darf nicht vergessen lassen, dass Bildung eine weitergehende Dimension hat. Aus gewerkschaftlicher Sicht haben kritisches Denken, Grundwerte und Solidarität, das Begreifen sozialer, ökologischer und politischer Zusammenhänge einen wichtigen Stellenwert. Die übergreifende und ganzheitliche Bildung darf nicht ausgeblendet werden.

#### Zur Vertiefung:

- WIFO, Die Bildungsbilanz Südtirols, Bozen 1997
- Arbeiterkammer Tirol, Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol, 2000
- AFI-IPL, Das Bildungsleitbild des Arbeitsförderungsinstituts, Bozen 1996



## 5. Die Gewerkschaften



- 5.1 Die Gewerkschaft in der modernen Gesellschaft
- 5.2 Die Gewerkschaften in Südtirol
- 5.3 Gewerkschaftliche Errungenschaften
- 5.4 Sozialer Dialog in der „Verbändedemokratie“
- 5.5 Kollektivverträge, Betriebsabkommen und Betriebsräte
- 5.6 Herausforderungen an die Gewerkschaften heute
- 5.7 Die Südtiroler Gewerkschaften: auf zu neuen Ufern?

*Gewerkschaften sind weder politische Parteien noch bloße Dienstleistungszentren für Arbeitnehmer, obwohl sie sich ständig in die Politik einbringen und immer stärker Patronatsfunktion übernehmen. Gewerkschaften organisieren und vertreten die Interessen der Arbeitnehmer. Sie sind angetreten, eine „soziale Gegenmacht“ gegen die wirtschaftlich mächtigeren und politisch einflussreicheren gesellschaftlichen Gruppen aufzubauen. Sie beraten und betreuen ihre Mitglieder in allen möglichen Fragen, führen Kollektivverhandlungen und organisieren notfalls Streiks. Interessenvertretung der größten sozialen Gruppe, nämlich der Arbeitnehmer, bedeutet tagtägliches Engagement in einer Fülle sozialer und politischer Aufgabenfelder.*

*Als zentralen Wert haben die Gewerkschaften die „Solidarität“ auf ihre Fahnen geschrieben. Solidarität bedeutet nichts anderes als gemeinsames Eintreten für gemeinsame Anliegen und Ziele. Seit dem 19. Jahrhundert haben Gewerkschaften für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gekämpft und vieles, was heute selbstverständlich ist, ist erst nach langen Arbeitskämpfen und politischen Auseinandersetzungen durchgesetzt worden.*

*Aber welche Rolle spielen die Gewerkschaften heute, speziell in Südtirol? Und welche Ziele sind es Arbeitnehmern heute noch wert, einer Gewerkschaft beizutreten und sich aktiv an Gewerkschaftsaktivitäten zu beteiligen? Können Gewerkschaften tatsächlich überall dort mitreden, wo die Interessen der Arbeitnehmer im Spiele sind oder sind sie eher das fünfte Rad am Wagen? Welche neuen Aufgaben und Herausforderungen warten auf die Gewerkschaften?*

## 5.1 Die Gewerkschaft in der modernen Gesellschaft

*Gewerkschaften sind Vereinigungen von Arbeitnehmern zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen gegenüber anderen sozialen Gruppen und gegenüber dem Staat. Auf der Basis der verfassungsrechtlich garantierten Koalitionsfreiheit (Vereinigungsfreiheit) haben sich seit dem 19. Jahrhundert Arbeiter und Arbeiterinnen freiwillig in solchen Verbänden zusammengeschlossen, um die eigenen Interessen gegenüber den Unternehmern zu wahren. Damals als „Selbsthilfeverband“ der Arbeitnehmer entstanden, sind Gewerkschaften heute der mitgliederstärkste Sozialverband überhaupt und soziale Gegenmacht gegenüber den Arbeitgebern.*

Das Recht der Arbeitnehmer, Gewerkschaften zu bilden, ist in den meisten Verfassungen verankert, aber noch lange nicht in allen Staaten der Erde Wirklichkeit. Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Mitbestimmung oder Konzertierung, das Streikrecht, die Gültigkeit der Kollektivverträge für alle Arbeitnehmer und Unternehmen sind Grundpfeiler der heutigen Rechtsordnungen in der EU. In Italien ist die Gewerkschaftsfreiheit im Art. 39 der Verfassung verankert. Ein Grundrecht sind auch das Recht auf Streik (Art. 40 der Verfassung) und andere Formen des Arbeitskampfes, um kollektive Interessen durchzusetzen. Verschiedene Gesetze regeln die Austragung der sozialen Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Die Gewerkschaften sind der einzige legitime Verhandlungspartner der Unternehmerverbände bei Kollektivverhandlungen (Tarifverhandlungen) und vertreten die Arbeitnehmer auch gegenüber der Öffentlichkeit und auf politischer Ebene.

Dabei geht es den Gewerkschaften - im Rahmen einer marktwirtschaftlich organisierten, von Ungleichheit geprägten Industriegesellschaft - nach wie vor grundsätzlich um die Sicherung eines gerechten Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt und um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen in jeder Hinsicht. Ihre Grundziele sind:

- eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung
- kürzere Arbeitszeiten, geringere Arbeitsbelastung
- mehr soziale Sicherheit, gerechtes Rentensystem
- mehr und sicherere Arbeitsplätze, Arbeit für alle
- Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
- der Ausbau der Mitbestimmung im Betrieb
- gleiche Bildungschancen
- institutionelle Mitbestimmung auf allen Ebenen
- eine arbeitnehmerfreundliche Wirtschafts- und Sozialpolitik

**Tab. 90 - Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in der EU - 1985-1995**  
(in % der Arbeitnehmer insg.)

LÄNDER	1985	1990	1995
Österreich	60,6	56,2	51,6
Belgien	51,0	48,0	53,0
Dänemark	80,7	80,1	81,7
Finnland	80,0	79,8	79,3
Frankreich	16,6	14,5	9,1
Deutschland	36,0	34,9	32,3
Griechenland	16,5	15,4	11,2
Großbritannien	49,0	38,1	32,1
Italien	42,0	39,2	38,0
Niederlande	27,5	25,5	25,6
Portugal		51,4	25,6
Spanien	14,2	16,8	17,4
Schweden	82,8	81,0	83,0

*Quelle: European Trade Union Yearbook 1998, Brüssel 1999*

Die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen bedeutete für die Gewerkschaften auch die Übernahme von mehr Verantwortung, z.B. im Rahmen der Mitbestimmung oder Mitsprache in den Unternehmen und in der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die direkte „Mitbestimmung“ in Form eines Rechts auf Vertretung in der Vorstandsetage nach deutschem Modell wird in Italien nicht akzeptiert. Allerdings kam es in den 90er Jahren zu einer immer stärkeren „Konzertierung“ der Interessen zwischen Regierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften in Form „tripartistischer“ Gesprächen und Verhandlungen. Diese Art von Interessenabstimmung geht in Italien noch nicht so weit wie die „Sozialpartnerschaft“ in Österreich, doch EU-weit nähern sich die Vorstellungen an.

In jüngster Zeit gesellten sich neue Aufgaben zu den herkömmlichen gewerkschaftlichen Aufgabenbereichen, wie z.B. die Betreuung der Arbeitnehmer in allen sozial- und steuerrechtlichen Belangen. Zumal es in Italien keine öffentlich-rechtlichen, vom Staat

finanzierten Arbeiterkammern gibt, haben alle Gewerkschaftsbünde und die katholische Arbeitnehmerbewegung „Patronate“ für die sozialrechtlichen Belange der Arbeitnehmer aufgebaut, die Gewerkschaftsmitglieder bzw. Verbandsmitglieder kostenlos beraten und betreuen. Auch in der Steuerberatung von Arbeitnehmern und Rentnern spielen gewerkschaftliche Einrichtungen heute eine unverzichtbare Rolle.

Eine weitere Ebene zur Verwirklichung von Arbeitnehmerinteressen ist die politische Vertretung. Die Gewerkschaften wollen auf allen Regierungsebenen in Fragen, die Arbeitnehmer betreffen, einbezogen werden. Es geht ihnen nämlich nicht nur um den Schutz des Arbeitslohns, sondern auch um mehr „Soziallohn“ (geringere Besteuerung der sozial Schwächeren, mehr Sozialleistungen, Sicherung der Renten), und allgemein um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer, etwa durch sozialen Wohnbau, kostenloses Gesundheitswesen, gleiche Bildungschancen für alle. Die Gewerkschaften erstellen immer wieder umfassende Leitbilder der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, an denen die konkrete Politik auf allen Regierungsebenen gemessen wird.

Dank ihrer Kompetenz, ihrer Mitgliederstärke und ihres Gewichts sind Gewerkschaften heute in den meisten Industrieländern in der Lage, die Arbeitnehmer betreffenden Entscheidungen maßgeblich zu beeinflussen. Europas Gewerkschaften haben, im Unterschied zu den USA und Japan mit dem dort wesentlich geringeren Grad an gewerkschaftlicher Organisation und Mitbestimmungsmöglichkeiten, die zentralen Pfeiler des Sozialstaates erfolgreich verteidigt und gestalten heute seinen Umbau aktiv mit. Wenn heute auf der regionalen, der nationalen und der EU-Ebene eine Kultur des sozialen Dialogs zwischen den Sozialpartnern besteht, ist dies maßgeblich Verdienst der Gewerkschaften. Ihre politische Macht hängt aber nach wie vor wesentlich von der Mobilisierungsfähigkeit der Basis ab.

### *Das Stichwort: Gewerkschaftsarten*

Entsprechend dem Aufbau können unterschieden werden:

#### **1. Richtungsgewerkschaften**

Verbände von Fachgewerkschaften, die sich gemäß ihrer Weltanschauung oder politischen Ideologie zusammenschließen. Historisch gesehen befinden sie sich oft in einem Nahverhältnis zu politischen Parteien.

#### **2. Berufsgewerkschaften**

sind der Zusammenschluss von Arbeitnehmern des gleichen Berufs, unabhängig vom Beschäftigungssektor, z.B. Beamtenbünde, Pilotenvereinigung, Angestellten-gewerkschaften usw.

#### **3. Industriegewerkschaften**

umfassen alle Arbeitnehmer einer Branche, unabhängig von ihrem Beruf oder Arbeitsplatz. Die Organisation erfolgt nach dem Industrieverbandsprinzip.

Industriegewerkschaften schließen sich in der Regel zu Dachverbänden oder **Gewerkschaftsbünden** zusammen. Das sind in Italien die „Konföderierten Gewerkschaftsbünde“ CGIL, CISL und UIL, und, beschränkt auf die deutschen und ladinischen Arbeitnehmer in Südtirol, der ASGB.

Der **Organisationsgrad** der Arbeitnehmer (Anteil der gewerkschaftlich Organisierten auf die Gesamtzahl der in abhängiger Stellung Erwerbstätigen) ist von Land zu Land verschieden.

Es gibt auf politischer Ebene **Einheitsgewerkschaften** (z.B. in Österreich und Deutschland) oder **Richtungsgewerkschaften** (Italien, Frankreich, Spanien). In Italien haben die Gewerkschaften eine stärkere Einbindung in staatliche Institutionen meist abgelehnt, während in Österreich gleich in der Nachkriegszeit die Mitbestimmung der Gewerkschaften in öffentlichen Institutionen verankert worden ist (Sozialpartnerschaft).

## 5.2 Die Gewerkschaften in Südtirol

*Die Geschichte der Südtiroler Gewerkschaften ist erst ein knappes, aber ereignisreiches Jahrhundert alt. Aus dem Kampf um bessere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und die Versorgung in Notfällen gingen in Tirol um die Jahrhundertwende die ersten Arbeiterorganisationen der Sozialdemokratie hervor. Sie hatten allerdings von Anfang an einen schweren Stand, da sie in Konkurrenz zu den konfessionellen Arbeitervereinen standen und von den konservativen Kräften aufs Heftigste bekämpft wurden. Um die Jahrhundertwende gab es in Tirol rund 2.500 organisierte Gewerkschaftsmitglieder. Der Zusammenschluss der Fachvereine Tirols und Vorarlbergs und ihre Umwandlung in Gewerkschaften bildete den ersten Schritt zur Gewerkschaftsorganisation im heutigen Sinne.*

Der Großteil der Gewerkschaftsmitglieder kam aus dem Raum Innsbruck, aber auch Bozen rückte bald mit in den Mittelpunkt der Bewegung. Die christlichen Vereinigungen blieben treibende Kräfte in der gewerkschaftlichen Organisation. Im vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichteten, nur sehr begrenzt industrialisierten Südtirol war eine größere Ausbreitung der Gewerkschaften zu dieser Zeit nicht möglich.

Nach der Teilung Tirols 1919 waren die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften in Südtirol unter den ersten Opfern der faschistischen Repression. Schon Anfang der 20er Jahre war das Bozner Gewerkschaftshaus besetzt und der faschistischen Gewerkschaft einverleibt worden. Das faschistische Regime bemächtigte sich bald auch der Symbole und Traditionen der Arbeiterbewegung. Der 21. April wurde zum Tag der Arbeit umfunktioniert und sollte, als Tag der Geburt Roms, den 1. Mai ersetzen, „einen Tag, der vom internationalen Sozialismus ausgewählt und dem Herzen und der Seele der

Italiener nichts zu sagen habe“, so die Faschisten.

Die politischen Neuanfänge nach 1945 waren noch von diesen Niederlagen gekennzeichnet, und es gelang nicht ganz, die historischen Bruchstellen zwischen den weltanschaulichen und ethnischen Lagern zu verarbeiten. Der eisige Wind des Kalten Kriegs Ende der 40er und in den 50er Jahren wehte auch der Südtiroler Gewerkschaftsbewegung ins Gesicht. 1948 kam es zur Aufspaltung der bis dahin bestehenden Einheitsgewerkschaft in unterschiedliche ideologische Lager.

Die gewerkschaftsfeindlichen Rahmenbedingungen, die politische Trennung der Arbeiter nach Volksgruppen, die nationalistischen Auseinandersetzungen - auch innerhalb der Gewerkschaft: all das waren Gründe, die in den 50er Jahren zu einem Mitglieder-rückgang führten. Die Arbeiterkultur blieb weitgehend auf die Städte und auf die vorwiegend italienische Industriearbeiterschaft beschränkt. In den 60er Jahren begannen sich verstärkt auch die Arbeiter in den ländlichen Gebieten zur Wehr zu setzen. In einer Zeit tiefgreifender wirtschaftlicher Veränderungen bedeutete „Umstrukturierung“ meist Massenentlassung. Mit Streiks und Demonstrationen kämpften deutsch- und italienischsprachige Arbeiter gemeinsam gegen Entlassungen und für bessere Löhne. Trotz der vielen Hürden ist die Gewerkschaftsbewegung in Südtirol heute tief verwurzelt.

Ende 1999 waren rund 42% der unselbständig Beschäftigten und zehntausende Rentner gewerkschaftlich organisiert, und zwar zum Großteil bei den vier größten Gewerkschaftsbünden, AGB/CGIL, ASGB, SGB/CISL und SGK/UIIL. Ein kleiner Teil der Arbeitnehmer (im besonderen bestimmte Berufsgruppen und Gruppen von öffentlich Bediensteten) hat sich in sog. Autonomen Gewerkschaften zusammengetan. Geringere Bedeutung hat in



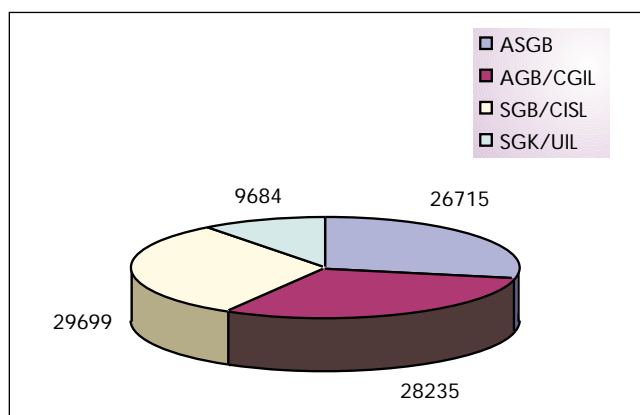
*Das Gewerkschaftshaus in Bozen (aus ASGB, Das ASGB-Haus, Bozen 1998)*

Südtirol die Alleanza Nazionale nahestehende UGL (Unione Generale del Lavoro, früher CISNAL). Die drei Konföderierten Gewerkschaftsbünde sind eigenständige Landesorganisationen der drei auf gesamtstaatlicher Ebene tonangebenden Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL.

Der **Allgemeine Gewerkschaftsbund AGB/CGIL** wurde im Mai 1945 von Arbeitern verschiedener Bereiche, aber zum Großteil aus der Metallindustrie, als einheitliche Gewerkschaft gegründet. Im AGB/CGIL wirkte bis 1948 auch die antifaschistische Arbeiterbewegung Südtirols mit. Die Mitgliederbasis konzentrierte sich in den 50er und 60er Jahren hauptsächlich auf die italienischen Arbeiter in den Großindustriebetrieben. Seit Ende der 60er Jahre begann sich die Gewerkschaft unter den Arbeitern aller drei Volksgruppen organisatorisch zu festigen. Die deutsche und ladinische Volksgruppe in der Gewerkschaft haben mit dem eigenen Landesstatut, das der Landeskongress im Juni 1996 verabschiedet hat, eine gewisse Autonomie innerhalb des AGB/CGIL erhalten. 1999 ist die Mitgliederzahl des AGB/CGIL auf 28.235 angestiegen, wovon rund ein Drittel deutscher Muttersprache sind.

Der **Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund ASGB** versteht sich als Vereinigung der deutsch- und ladinischsprachigen Arbeitnehmer Südtirols. Der ASGB ist 1964 als eigenständige Interessenvertretung der Südtiroler Arbeitnehmer gegründet worden, nachdem sich ein Teil der Mitglieder des SGB/CISL von diesem gelöst hatte. Mit Dekret des Staatspräsidenten Nr. 58 vom 6.1.1978 ist der

**Tab. 91 - Mitgliederstand der Gewerkschaftsbünde in Südtirol - Ende 1999**



Quelle: Angaben der jew. Gewerkschaftsbünde

ASGB den gesamtstaatlichen Gewerkschaften gleichgestellt worden. Im Juli 1978 hat der Südtiroler Landtag festgestellt, dass der ASGB die repräsentativste Gewerkschaft der Arbeitnehmer deutscher und ladinischer Muttersprache ist. Nach eigenen Angaben hatte der ASGB am 31.5.1999 26.715 Mitglieder.

Der **Südtiroler Gewerkschaftsbund SGB/CISL** wurde am 17. Oktober 1948 in Bozen als Verband der deutsch- und italienischsprachigen Werkstätigen Südtirols gegründet, der 1950 dem auf gesamtstaatlicher Ebene gegründeten Gewerkschaftsbund und CISL beitrug. Ein Teil der deutschsprachigen Mitglieder spaltete sich 1964 mit der Gründung des ASGB ab. Nach schweren internen Auseinandersetzungen

**Tab. 92 - Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaftsbünde in Südtirol - 1993-1999**

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
ASGB	26.048	26.502	26.550	26.600	26.650	26.700	26.715
AGB/UIL	25.326	26.258	26.417	26.701	27.059	27.694	28.235
SGB/CISL	22.447	23.494	24.667	26.327	27.182	28.399	29.699
SGK/UIL	9.200	9.300	9.400	9.500	9.600	9.698	9.684
<b>Summe</b>	<b>83.021</b>	<b>85.554</b>	<b>89.029</b>	<b>91.124</b>	<b>92.488</b>	<b>94.489</b>	<b>96.332</b>

Quelle: *Eigenangaben der Gewerkschaftsbünde (Zahlen für den ASGB 1994-97 extrapoliert; Zahl 1990 für 1993; UIL/SGK extrapoliert für 1993-1997)*

wurde die Landesorganisation Mitte der 70er Jahre unter kommissarische Leitung gestellt. Der Wiederaufbau auf der Grundlage eines interethnischen Organisationsmodells setzte Ende der 70er Jahre ein.

Ende 1999 hatte der SGB/CISL in Südtirol nach eigenen Angaben 29.699 Mitglieder, davon mehr als die Hälfte deutscher Muttersprache.

Die **Südtiroler Gewerkschaftskammer SGK/UII** ist die Landesorganisation des Anfang der 50er Jahre auf gesamtstaatlicher Ebene gegründeten Gewerkschaftsverbandes UII, der sich 1976 als UII/SGK konstituiert hat. Bis 1976 war die UII jene Gewerkschaft, die den ASGB auf gesamtstaatlicher Ebene als Vertragspartner in Kommissionen oder bei Kollektivvertragsabschlüssen vertreten hat. Der SGK/UII gehörten 1999 nach eigenen Angaben 9.684 Mitglieder an (davon fast 50% deutscher Muttersprache) an.

Insgesamt organisieren die Südtiroler Gewerkschaftsbünde somit gut 96.000 Arbeitnehmer und Rentner. Allerdings wächst, parallel zur Überalterung der Gesellschaft, das zahlenmäßige Gewicht

der Rentner in den Gewerkschaften in einem nicht unbedenklichen Maße. Da über ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr im Erwerbsleben steht, beträgt der gewerkschaftliche Organisationsgrad insgesamt - bei 143.000 abhängig Beschäftigten - fast 42%. Damit sind Südtirols Arbeitnehmer besser organisiert als ihre Kollegen im Trentino (40%) und in Nordtirol (34%) und stehen etwas besser da als der Gesamtdurchschnitt der EU-Länder. Mit ihrem Einsatz für sozialen Ausgleich, ethnischen Frieden und die Arbeitnehmerrechte im allgemeinen haben die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit wesentlich zu einer Kultur der Solidarität und zur Demokratisierung der Südtiroler Gesellschaft beigetragen.



## 5.3 Gewerkschaftliche Errungenschaften

*Viele der arbeits- und sozialrechtlichen Standards, die von jüngeren Arbeitnehmern als selbstverständlich betrachtet werden, konnten erst nach und nach, oft gegen den harten Widerstand von Unternehmern und Regierung durchgesetzt werden. Einzelne Errungenschaften wurden unter politischem Druck auch wieder rückgängig gemacht, manche sozialstaatlichen Regelungen müssen immer wieder von den Gewerkschaften auf kollektivvertraglicher und politischer Ebene verteidigt werden. In der Nachkriegszeit ist das kollektive Arbeitsrecht jedoch kontinuierlich verbessert und von zahlreichen Schutzgesetzen flankiert worden.*

Die heutige Rechtslage im Bereich Arbeits- und Sozialrecht leitet sich vor allem aus zwei Quellen ab: zum einen aus der Verfassung und den darauf aufbauenden staatlichen und regionalen Gesetzen, die größtenteils dank des Einsatzes der Gewerkschaften zustande gekommen sind oder deren Handschrift tragen. Zum anderen aus den nationalen Kollektivverträgen, die für alle Tarif- oder Sozialparteien Geltung haben und als sekundäre Rechtsquelle mit allgemeinem Charakter eingestuft werden. Im folgenden einige der wichtigsten Stationen der Entwicklung der Arbeitnehmerrechte in der Nachkriegszeit, die maßgeblich durch den Einsatz der Gewerkschaften zustande gekommen sind.

- 1944:** Mit dem Gesetz Nr. 369 vom 23.11.1944 wird das faschistische Arbeitsrecht beseitigt.
- 1948:** In der italienischen Verfassung werden das Recht auf Arbeit, auf Gewerkschaftsfreiheit, auf Streik und weitere Grundrechte im Bereich Arbeit festgeschrieben.
- 1946:** In einem interkonföderalen Abkommen wird der 13. Monatslohn bzw. die Weihnachtsgartifikation erreicht.
- 1966:** Der Kündigungsschutz für Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 35 Beschäftigten wird eingeführt und später auf alle Betriebe ab 15 Beschäftigten ausgedehnt.
- 1967:** Das erste Gesetz zum Jugendarbeitsschutz wird verabschiedet.
- 1968:** Betriebe mit mindestens 15 Beschäftigten müssen bedürftigen Personengruppen (Invaliden usw.) Arbeitsplätze vorbehalten (Gesetz Nr. 482/1968). Die sog. Pflichteinstellung ist 1999 novelliert worden.
- 1970:** Das Arbeiterstatut (Gesetz Nr.300 vom 20.5.1970), ein Meilenstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung, bringt wesentliche Verbesserungen in vier Hauptbereichen: Freiheit und Würde der Arbeitnehmer, Koalitionsfreiheit, gewerkschaftliche

### Stichwort: Das Arbeiterstatut

Die wichtigsten Gewerkschaftsrechte der Arbeitnehmer im Betrieb sind im Arbeiterstatut (Gesetz Nr.300 vom 20.Mai 1970) zusammengefasst, während die gleichen gewerkschaftlichen Rechte der öffentlich Bediensteten in entsprechenden Gesetzen des Staates oder des Landes enthalten sind. Die bedeutendsten sind die folgenden:

- Recht auf Teilnahme an Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit im Ausmaß von 10 Stunden jährlich.
- Recht auf Information durch Mitteilungen der Gewerkschaften an der Anschlagtafel im Betrieb.
- Recht auf Bildung von betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen, welche sich zu einer betrieblichen Vertretung zusammenschließen können, wenn der Betrieb mindestens 16 Arbeitnehmer hat.
- Recht auf Freistellung von Gewerkschaftsmitarbeitern.

Betätigung am Arbeitsplatz, Verbot gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens (vgl. *Das Stichwort* oben).

- 1971:** Einführung des Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubs (1976 verbessert) mit Entlassungsschutz, bezahlter Freistellung, freiwilligem Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub mit 30%iger Entlohnung (novelliert mit Gesetz Nr. 53/2000).
- 1973:** Schutz und Regelung der Heimarbeit.
- 1977:** Gleicher Lohn für gleiche Arbeit der Arbeitnehmerinnen.
- 1982:** Einführung des Rechts auf Abfertigung für alle Arbeitnehmer (für jede Art der Auflösung von Arbeitsverhältnissen).
- 1990:** Ausdehnung des Kündigungsschutzes auf die Kleinbetriebe.
- 1991:** Besserer Schutz bei kollektiven Entlassungen wegen Personalreduzierung.



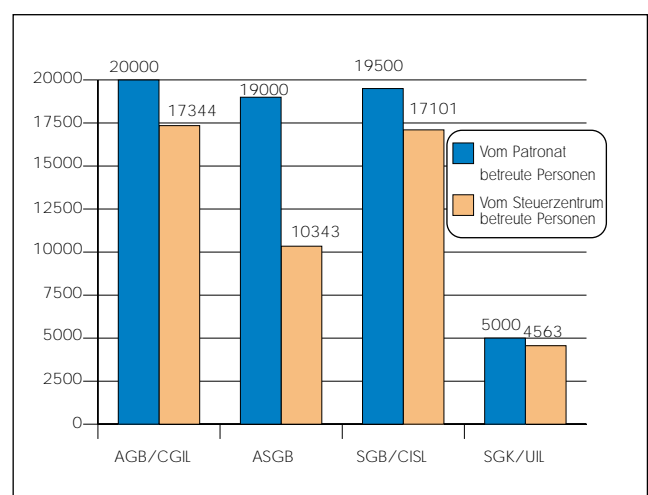
- 1994:** Einführung eines generellen Systems der Arbeitssicherheit (mit GVD Nr.626/1994).
- 1997:** Festlegung der Informationspflichten der Arbeitgeber gegenüber den einzelnen Arbeitnehmern.
- 1997:** Reduzierung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden (kollektivvertraglich meist schon Arbeitszeiten unter 40 Stunden vereinbart). Um 1900 lag die tatsächliche Wochenarbeitszeit noch bei 70-80 Stunden, im Jahr 2000 unter 40 Stunden.
- 1998:** Festlegung der Höchstzahl von Überstunden pro Jahr auf 250, auf 80 pro Trimester. Überstunden müssen von den Vertragsparteien vereinbart werden, Jugendliche unter 18 dürfen keine leisten.
- 1999:** Verbesserung des Jugendschutzes am Arbeitsplatz mit dem Gesetz Nr. 345/1999.
- 2000:** Verbesserung der Elternkarenz (G. Nr. 53 vom 8.3.2000).

Sehr breitgefächert ist, neben dem Bereich des Arbeitsrechts, das sog. Sozialrecht und Sozialversicherungsrecht, das die verschiedensten Leistungen der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten und deren Leistungen an Arbeitnehmer und Rentner regelt. Sozialleistungen werden nicht nur auf zentralstaatlicher Ebene geregelt, sondern in wachsendem Ausmaß auch auf regionaler Ebene. Südtirol hat beim Sozialwesen primäre Kompetenz und bei der Sozialversicherung, im Rahmen der Autonomen Region, ergänzende Gesetzgebungskompetenz. Diese ist 1997 mit der Einführung einer regionalen Zusatzversicherung für verschiedene Personengruppen auch genutzt worden. Die Südtiroler Gewerkschaften haben diese Dezentralisierung eines wichtigen Elements des Sozialstaats begrüßt und verwalten den entsprechenden Regionalfonds mit.

Die Gewerkschaften sind inzwischen zu echten Dienstleistungszentren für Arbeitnehmer herangewachsen. Die Palette dieser Leistungen reicht von der Betreuung bei sozialversicherungsrechtlichen Anliegen (z.B. beim Rentenantrag, bei Arbeitsunfällen oder Ansuchen um Arbeitslosengeld) bis zu den Angeboten im Freizeitbereich.

Eine lange Tradition weisen in Italien die sog. Patronate auf, die die Betreuungsarbeit in sozialrechtlichen Belangen bewältigen, die in Österreich vor allem von den öffentlich-rechtlichen Arbeiterkammern wahrgenommen wird. 1999 sind in Südtirol über 50.000 Arbeitnehmer und Rentner persönlich betreut worden. Die Patronate erhalten für einen Teil ihrer Tätigkeit eine staatliche Unterstützung in Form jährlicher Rückvergütungen pro gewährter Leistung (vor allem für die Rentenanträge). Die Gewerkschaften finanzieren sich nicht nur aus den Mitgliedsbeiträgen, sondern erhalten vom Staat auch sog. „Dienstquoten“ gemäß Repräsentativität und erbrachten Patronatsleistungen. Da diese staatliche Unterstützung die Kosten für die Patronatsleistungen nicht abdeckt, müssen die Gewerkschaften die Dienstleistungs- und Betreuungstätigkeit auch aus den Mitgliedsbeiträgen mitfinanzieren. Von der Südtiroler Landesverwaltung und der Region Trentino-Südtirol erhalten die Gewerkschaften weit geringere Beiträge als die Wirtschaftsverbände.

**Tab. 93 - Von den Patronaten betreute Personen - 1999**



*Quelle: Angaben der jeweiligen Patronate*

Enorme Beanspruchung haben in den letzten Jahren die sog. „Steuerbeistandszentren“ erfahren: die staatliche Finanzverwaltung hat die Beratung und Hilfe

bei der Abfassung jener Formen der Steuererklärung, die von den meisten Arbeitnehmern und Rentnern genutzt werden, an diese gewerkschaftlichen Dienststellen delegiert. Auch große soziale Verbände wie der KVV/ACLI bieten sie an.

Die Mehrheit der Arbeitnehmer Südtirols nutzt diesen Dienst, der dem Staat viel an Personal- und Sachaufwand spart. Die Abwicklung der Steuerveranlagung der Mitglieder ist für jeden Gewerkschaftsbund ein wichtiges Aushängeschild für die Mitgliederwerbung. Dadurch stehen die einzelnen Bünde in einem gewissen Marktwettbewerb auf der Ebene der Dienstleistungen, der über die Tarife, die Effizienz und die Qualität der Dienste ausgetragen wird. Der Rechtsschutz bei Arbeitsstreitfällen ist eine traditionelle Dienstleistung der Gewerkschaften, die dafür die sog. Streitfallbüros aufgebaut haben. Besondere Bedeutung haben in letzter Zeit der Mieterschutz und der Konsumentenschutz erlangt.

## Der Katholische Verband der Werktätigen (KVV)

Neben den Gewerkschaftsbünden besteht in Südtirol eine lange Tradition der katholischen Arbeitnehmerbewegung. Am 17.9.1948 wurde in Bozen der KVV gegründet mit dem Anspruch, Südtirol aus dem sozialen Tiefstand nach dem 2. Weltkrieg herauszuführen. Sozial aufgeschlossene Laien und Kirchenleute schufen nach und nach ein dichtes Netz von Fürsorge- und Beratungsstellen im ganzen Land nach dem Vorbild des ACLI. In fast jeder Ortschaft entstand eine KVV-Ortsgruppe, die Arbeitnehmer und Rentner zusammenführte. Der KVV versteht sich auch als organisierte Nachbarschaftshilfe und Solidarnetz für die sozial Schwächeren. Wie in den Gewerkschaften wird im KVV professionelle Tätigkeit mit breitem, ehrenamtlichem Engagement verbunden. Die Werte der Subsidiarität und Solidarität als Grundpfeiler einer sozial gerechteren Gesellschaft teilt der KVV mit den Gewerkschaften, nicht jedoch die politischen und kollektivvertraglichen Vertretungsrechte. Der KVV versteht sich als volksnahe, breit angelegte demokratische Selbsthilfeorganisation auf der Grundlage der katholischen Soziallehre. Er zählt über 30.000 Mitglieder im ganzen Land, die z.T. auch Gewerkschaftsmitglieder sind.

Insgesamt waren Anfang 2000 bei den Südtiroler Gewerkschaftsbünden insgesamt 226 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in verschiedenen Anstellungsverhältnissen im Einsatz. Begehrt sind dabei die sog. Gewerkschaftsfreistellungen, die an die einzelnen Fachgewerkschaften gemäß Mitgliederzahlen in der jeweiligen Branche vom Arbeitgeber vergeben werden müssen. Somit sind die Gewerkschaften in ihren Kernfunktionen und mit ihren Dienstleistungszentren selbst zu einem größeren „Arbeitgeber“ herangewachsen. Die von den Mitgliedern geschätzten Dienstleistungen sind zum unverzichtbaren Teil gewerkschaftlicher Tätigkeit geworden. Die vier Südtiroler Gewerkschaftsbünde gaben für ihre gesamte Tätigkeit im Jahr 1999 mindestens acht Milliarden Lire aus, ein Betrag, der jährlich kontinuierlich mit wachsenden Anforderungen ansteigt.



Die Frauen des KVV bauten seit den 50er Jahren eine autonome Frauenbewegung im KVV auf, die erste Frauen-Emanzipationsbewegung in der Gesellschaft und Kirche Südtirols. Seinen Mitgliedern bietet der KVV vielfältige Beratungs- und Hilfsdienste. Pro Jahr werden vom Patronat des KVV/ACLI gut 50.000 Akten bearbeitet (20 hauptamtliche Mitarbeiter, 88 Sozialfürsorgereinnen in 76 Ortsgruppen). Der KVV ist Mitglied der Weltbewegung der christlichen ArbeitnehmerInnen (WBCA). Zusammen mit den vier Gewerkschaftsbünden ist der KVV Mitbegründer und Träger des Arbeitsförderungsinstituts, der Organisation für ausländische Arbeitnehmer ABAS und der Verbraucherzentrale VZS.

## 5.4 Sozialer Dialog in der „Verbändedemokratie“

*Aufgabe der Sozialparteien ist es, ihre Interessen, die oft in Konflikt zueinander stehen, im Rahmen der gesetzlichen Ordnung wahrzunehmen. Doch von einem vernünftigen Interessenausgleich können beide Seiten profitieren. Deshalb sind Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Regierung auf einen „sozialen Dialog“ auf allen Ebenen bedacht und betrachten die „Lobbyarbeit“ als einen ganz legitimen Vorgang. Gewerkschaften und Unternehmerverbände, als Rechtspersonen vom Staat anerkannt, sind damit in den modernen Industriegesellschaften zu Ordnungsfaktoren geworden, die den sozialen Konflikt in geregelte Bahnen lenken. Wie funktioniert diese „Verbändedemokratie“ und welche Formen von „sozialem Dialog“ gibt es in Südtirol?*

Über ihre klassische Schutzfunktion der Arbeit hinaus gestalten die Gewerkschaften aber die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Arbeitnehmersinne aktiv mit. Diese Mitsprache artikuliert sich im Rahmen der Sozialpartnerschaft, die auf besonderen Institutionen und rechtlichen Regelungen fußt.

Auf gesamtstaatlicher Ebene sind in den 90er Jahren verschiedene „Sozialpakete“ zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Regierung vereinbart worden, der letzte am 22.12.1998. Darin werden die wichtigsten Entscheidungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik einer Konzertierung (Abstimmung) unterworfen. Diese Art der Absprache soll auch auf die Ebene der Regionen und Provinzen ausgedehnt werden (vgl. *Das Stichwort*). Gleichzeitig sind die Gewerkschaften nach wie vor auch „soziale Gegenmacht“ und in diesem Sinne auch politisch aktiv: wenn zentrale Arbeitnehmerrechte im Spiele sind, treten Gewerkschaften mit Kundgebungen, in den Medien oder mit Informationskampagnen auf politischer Ebene für die Verteidigung errungener Rechte oder für die Durchsetzung neuer Rechte ein.

Welche Formen des sozialen Dialogs gibt es in Südtirol? In der „Verbändedemokratie“, die das heutige Südtirol kennzeichnet, mischen die Gewerkschaften und Unternehmerverbände in verschiedensten Kommissionen und Beiräten eifrig mit, die formeller oder informeller Natur sein können. Bei den formellen Gremien nimmt die Landesarbeitskommission eine herausragende Stellung ein. Die Landesüberwachungskommission für den sozialen Wohnbau, das Komitee für Chancengleichheit, der Landesbeirat für die Berufsausbildung und jener für das Sozialwesen, das Landeskomitee des INPS-NISF

### *Das Stichwort: der soziale Dialog*

Auf EU-Ebene hat sich in den 90er Jahren „Sozialer Dialog“ als Bezeichnung für die Gesamtheit der gemeinschaftsweiten Arbeitsbeziehungen zwischen den Sozialpartnern durchgesetzt, da Tarifverhandlungen und Mitbestimmung als klassische Gewerkschaftstätigkeit auf EU-Ebene noch nicht bestehen. Man versteht unter Sozialem Dialog zunehmend jegliche Interaktion zwischen den Sozialparteien auf betrieblicher, sektoraler und lokaler Ebene, wobei es um die kollektive Interessenvertretung geht. Er bedeutet keine Festlegung auf ein bestimmtes Modell industrieller Beziehungen.

sind weitere Beispiele. Explizite Sozialpakete im Sinne von dreiseitigen, verbindlichen Vereinbarungen fehlen allerdings, während andere Pläne und Vereinbarungen als spezielle Sektoren-Fachpläne bezeichnet werden können, wie z.B. der Landesraumordnungsplan, der Mehrjahresplan für Beschäftigung, der Ausbildungsplan, der Industrieplan, der Sozialplan und der Gesundheitsplan. Die Gewerkschaften werden in die Ausarbeitung und Begutachtung dieser Pläne zwar in beratender Funktion einbezogen, doch haben die Pläne kaum rechtliche Verbindlichkeit.

Daneben gibt es noch informelle „Sozialpartnerforen“, die im vorparlamentarischen Raum oder auch nur innerhalb einer Partei die unterschiedlichen Interessen der Sozialparteien abstimmen und abklären. Viele politische Entscheidungen werden somit auf eine Ebene verlagert, für die es im Gegensatz zum österreichischen Modell kaum Transparenz gibt.

Heute fordern die Gewerkschaften die Einführung der „Konzertierung“ wie auf gesamtstaatlicher

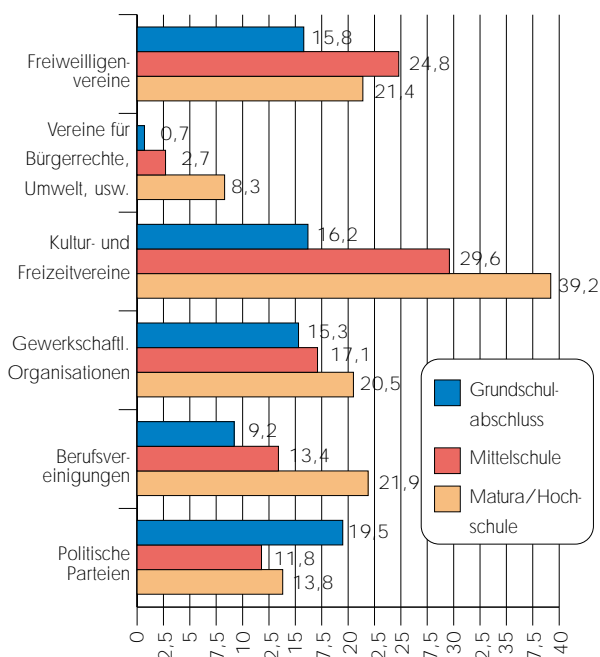
Ebene auch in den Beziehungen mit der Landesregierung: sie wollen regelmäßig formell zu allen anstehenden Fragen in jenen Sachbereichen, die Arbeitnehmer betreffen, gehört werden und dazu verbindliche Vereinbarungen treffen. Doch beruht der Soziale Dialog auf den „Tauschwerten“, die die Gewerkschaft anzubieten hat, also auf ihrer Konfliktfähigkeit. Diese setzt ein gewisses Machtpotential voraus. In Südtirol ist die Verbandsmacht der Gewerkschaften im Sinne der Mobilisierungsfähigkeit der Mitgliederbasis eher gering. Deshalb werden die Gewerkschaften in den politischen Entscheidungsprozess zwecks Konsensstiftung seltener als anderswo eingebaut. Der Interessengegensatz zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern wird oft von anderen Konfliktlinien überlagert.

Worauf ist dieses Defizit zurückzuführen? Gewerkschaften haben zunehmend Probleme, ihre Mit-

gliederbasis zu erweitern und zu erneuern, obwohl sie in Südtirol die unmittelbaren Interessen von rund 143.000 abhängig Erwerbstätigen vertreten. Bilden sie eine Ausnahme oder beteiligen sich die Südtiroler allgemein weniger am sozialen und politischen Leben und an Berufsverbänden? Werden immer mehr Arbeitnehmer zu „Trittbrettfahrern“, genießen also die Früchte des gewerkschaftlichen Einsatzes, ohne die Gewerkschaften selbst durch Mitgliedschaft und Mitgliedsbeitrag zu unterstützen? Sprechen die Gewerkschaften alle Betroffenen an?

Aus dem „Sozialen Survey“ ergeben sich Aufschlüsse über die Bereitschaft der Südtiroler, sich am politischen Leben aktiv zu beteiligen. 1997 waren 18,6% der Bevölkerung im Alter ab 16 Jahre bei einer Gewerkschaft eingeschrieben, während 18,9% einer Partei angehörten. Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder war unter der italienischsprachigen Bevölkerung höher (25%) als unter der deutschsprachigen (21,8% in der Stadt, 13,7% auf dem Land). Bei den Italienern gibt es aber auch einen höheren Anteil von Arbeitnehmern an den Erwerbstätigen. Die Mitgliedschaft bei Gewerkschaften sowie bei Berufsvereinigungen überhaupt steigt mit dem Bildungsgrad und dem Alter. Frauen sind in geringerem Maße Gewerkschaftsmitglieder, was sich aus der geringeren Erwerbsquote der Frauen (46,5% gegenüber 68,9% der Männer im erwerbsfähigen Alter) erklärt. Vereine und Freiwilligenorganisationen erfreuen sich in Südtirol größeren Zuspruchs als die eigene Interessenvertretung. 23,6% der Südtiroler gaben an, ehrenamtlich für Vereine zu arbeiten und 34,5% für einen oder mehrere Vereine gespendet zu haben. Das bedeutet, dass Gewerkschaften ihre Anliegen besser vermitteln und ihre Organisationskultur verbessern müssen, um den Konsens und die Unterstützung der breiten Mehrheit der Arbeitnehmer zu gewinnen, die grundsätzlich aktivierungsbereit wäre.

**Tab. 94 - Mitgliedschaft in Vereinen und Parteien nach Bildungsgrad - 1997 (in Prozent)**



Quelle: ASTAT, Sozialporträt 1998

#### Zur Vertiefung:

- IGR Zentralalpen (Hg. Thomas Benedikter), Der Soziale Dialog in den Zentralalpen, Bozen 2000

## 5.5 Kollektivverträge, Betriebsabkommen und Betriebsräte

*Laut Verfassung (Art. 40) herrscht Tarifautonomie, d.h. der Staat hat bei Auseinandersetzungen zwischen den Sozialpartnern kein direktes Eingriffs- oder Regelungsrecht. Die Ergebnisse der Verhandlungen gelten nicht nur für die zeichnenden Tarifparteien, sondern für alle Unternehmen und Arbeitnehmer der betroffenen Kategorie. „Kollektivverhandlungen“ (in Deutschland: Tarifverhandlungen) nennen sich die Verhandlungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, weil sie stellvertretend „kollektiv“ für alle Unternehmen und Arbeitnehmer geführt werden.*

Grundsätzlich ist das italienische Kollektivvertragssystem zweistufig angelegt: es gibt also Verhandlungen sowohl auf nationaler Ebene wie auf territorialer bzw. betrieblicher Ebene. Die Einbettung des

Südtiroler Kollektivvertragssystems in das gesamtstaatliche System wird in folgendem Schema dargestellt.

„interkonföderale“ Abkommen	bilaterale Abkommen mit weitreichendem Geltungsbereich in einem Sektor (z.B. Industrie)
nationaler Branchenkollektivvertrag „ <i>contratto collettivo nazionale di lavoro</i> “:	Standardfall, branchenspezifisch einheitliche Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte Trennung in ein Rahmenabkommen mit vierjähriger Laufzeit („ <i>parte normativa</i> “) und in einen primär entlohnungsbezogenen Teil („ <i>parte economica</i> “) mit zweijähriger Laufzeit
Abkommen auf lokaler Ebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bipartistische Abkommen auf Landesebene („<i>contratti territoriali interconfederali</i>“)</li> <li>• branchen- und sektorenspezifische Landeszusatzverträge („<i>contratti territoriali integrativi / di secondo livello</i>“): in den Branchen Handel, Tourismus, Metall- und Bauhandwerk sowie Landwirtschaft mögliche Verträge, die zusätzliche produktivitätsorientierte Lohnbestandteile und andere Regelungen nach Maßgabe des nationalen Kollektivvertrages vorsehen können (keine Doppelungen)</li> <li>• bilaterale sektorale Abkommen über bilaterale Einrichtungen</li> </ul>
Abkommen auf betrieblicher Ebene	betriebliche Zusatzabkommen, die an die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebs gebunden sind („ <i>contratto aziendale integrativo</i> “) (keine Doppelungen) und im Zuge der Verbetrieblichung der Arbeitsbeziehungen mit zusätzlichen Informations- und Kontrollrechten ausgestattet werden. Der Rahmen wird vom nationalen Branchenkollektivvertrag abgesteckt.

Quelle: AF/IPL, *Kollektivvertragsverhandlungen im Tourismus*

Jahrzehntlang war das italienische Kollektivverhandlungssystem sehr zentralistisch aufgebaut. Der territorialen und betrieblichen Ebene kam geringe Bedeutung zu. Das gesamtstaatliche Abkommen vom 23. Juli 1993 wertet die Betriebsabkommen entschieden auf. Während der gesamtstaatliche Kollektivvertrag nach Fachbereichen die Eckdaten für den normativen (4 Jahre Laufzeit) und den öko-

nomischen Teil (2 Jahre Laufzeit) setzt, kann die zweite, nachgeordnete Verhandlungsebene auf die Besonderheiten des einzelnen Unternehmens oder auch des jeweiligen Gebiets eingehen. Doch können sich die Kollektivverhandlungen auf unterer Ebene nur in dem von jeweiligen nationalen Kollektivvertrag gesteckten Rahmen bewegen.

**Das Stichwort: Die Einheitliche Gewerkschaftsvertretung EGV**

Die EGV/RSU sind die Verhandlungs- und Vertragspartner der Unternehmensleitung in Betrieben und Verwaltungen, also eine Art Betriebsrat. Ihre Errichtung fußt auf dem Abkommen zwischen den Sozialpartnern vom 1.12.1993, in welchem die Anerkennungs- und Wahlverfahren der EGV geregelt worden sind. Die EGV können in allen Betrieben und Verwaltungen mit mehr als 15 Beschäftigten errichtet werden. Als von der Belegschaft gewählte Struktur erhält die EGV ein Mandat von allen Beschäftigten, unabhängig von ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit. Die EGV ist aber gleichzeitig eine Gewerkschaftsstruktur, da nur Gewerkschaften Listen für EGV-Wahlen vorlegen, und die Verhandlungsthemen zum Kollektivvertrag festlegen können. Die Betriebsverhandlungen setzen darüberhinaus die Beteiligung der zuständigen Fachgewerkschaften voraus.

Hauptansatzpunkt der Betriebsverhandlungen ist die Beteiligung der Beschäftigten am Betriebsergebnis, also am Gewinn ihres Unternehmens. Die über den Tariflohn hinaus gezahlten Prämien werden in der Regel an die erreichten Betriebsergebnisse gekoppelt. Ziel ist die Steigerung der Produktivität, der Leistung, der Qualität und anderer Wettbewerbsfaktoren. Diese Faktoren werden in der Regel mit verschiedenen Indikatoren oder Parametern gemessen wie die Arbeitsproduktivität (auch einzelner Abteilungen und Arbeitsstellen), die Qualität, die Rentabilität und die Anwesenheit. Danach bemessen sich dann Lohnerhöhungen, Prämien oder Zuschläge.

In Südtirol ist in 43,4% der Betriebsabkommen, die eine Ergebnisprämie vorsehen, die Produktivität der Indikator, gefolgt von der Präsenz, der Rentabilität und der Qualität. Die Betriebe schütten diese Ergebnisprämie zumeist einmal jährlich aus. Je mehr Beschäftigte die Unternehmen haben, desto eher sind auch Ergebnisprämien vorgesehen. Die kleineren Betriebe ziehen traditionelle Prämien gemäß Rentabilität vor. Die Umsetzung der Abkommen muss periodisch begutachtet werden, wofür 17,8%

der betroffenen Betriebe eine eigene Kommission eingesetzt haben. Außerdem wird in den Betriebsverhandlungen auch über andere Fragen wie die Arbeitszeit, Unfallschutz, neue Berufsbilder, Urlaubsregelungen und Weiterbildung auf Betriebsebene verhandelt. Betriebsverhandlungen bedeuten für die Arbeitnehmer sowohl die Chance für Lohnverbesserungen wie für soziale Emanzipation und Mitsprache im Betrieb, also für eine reifere Beziehung zur Unternehmenseite. Eines der zentralen Anliegen der Südtiroler Gewerkschaften ist es, die Betriebsabkommen sowohl inhaltlich zu erweitern als auch auf möglichst viele Unternehmen auszudehnen.

1998 gab es in Südtirol 115 Unternehmen mit einem gültigen Betriebsabkommen, wovon 19.620 Beschäftigte betroffen waren. Nur 2,8% aller Unternehmen Südtirols haben mehr als 15 Beschäftigte und kommen somit für Betriebsverhandlungen in Frage. Die in diesen Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer stellen 37,8% der insgesamt Beschäftigten. Somit kommt aufgrund der kleinbetrieblichen Unternehmensstruktur nur etwas mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer Südtirols potentiell in den Genuss von Verbesserungen auf betrieblicher Verhandlungsebene. Am stärksten verbreitet sind Betriebsabkommen in den Sektoren Chemie, Energie, Banken und Versicherungen. Nicht zufällig haben diese Sektoren die höchsten Durchschnittslöhne. Am wenigsten präsent sind Betriebsabkommen im Bauwesen, wo nur 8% der Unternehmen und 14,4% der Beschäftigten erfasst sind. Hier besteht jedoch ein Landeszusatzvertrag.

Wenn aufgrund der Betriebsgröße keine Betriebsabkommen zustandekommen, können auf Gebiets- oder Landesebene Zusatzverträge abgeschlossen werden. Solche Verträge gibt es in Südtirol schon seit längerem im Baugewerbe und im Fremdenverkehr. 1996 wurde der erste Landeszusatzvertrag für den Bereich Handel abgeschlossen und 1999 für das Handwerk. In Südtirol sind auch primäre Verhandlungsebenen vorgesehen, sofern nationale Kollektivverträge dies erlauben. Für die öffentlich Bediensteten der lokalen Körperschaften werden Verträge - innerhalb des gesamtstaatlichen rechtlichen Rahmens - ausschließlich auf lokaler Ebene abgeschlossen.

**Zur Vertiefung:**

- AFI-IPL, Die Einheitlichen Gewerkschaftsvertretungen in Südtirol, Dokumentation Nr. 6, Bozen 1997
- AFI-IPL, Ergebnisprämien in den Südtiroler Unternehmen, Dokumentation Nr. 10, Bozen 1998
- AFI-IPL, Gesamtstaatliche Betriebsverhandlungen in Südtirol, Dokumentation Nr. 7, Bozen 1997
- AFI-IPL, Kollektivvertragsverhandlungen im Tourismus, Dokumentation Nr. 15, Bozen 2000

## 5.6 Herausforderungen an die Gewerkschaften heute

*Die moderne Gesellschaft befindet sich im Umbruch zum Dienstleistungszeitalter und zur „Informationsgesellschaft“. Einerseits erleben wir den Fusionsrausch der Großunternehmen, andererseits behaupten sich die klein- und mittelbetrieblichen Strukturen gut. Zum einen wird die Welt immer mehr zum globalen Markt, wodurch sich Konsum- und Produktionsmodelle angleichen; zum anderen fächern sich die Arbeits- und Lebenssituationen der einzelnen innerhalb der Gesellschaften immer mehr auf, die Interessen divergieren und sind schwerer organisierbar.*

Überall in Europa sehen sich die Gewerkschaften unter dem Druck tiefgreifender wirtschaftlicher Veränderungen mit gleichen Herausforderungen konfrontiert: auf hohe Arbeitslosenzahlen, das Anwachsen des Dienstleistungssektors, die steigende Frauenerwerbstätigkeit und die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen, einhergehend mit stagnierenden oder sinkenden Mitgliederzahlen, haben die Gewerkschaften mit verschiedenen Reformen der Strukturen und Organisationsweise reagiert. Damit versuchen die Gewerkschaften, in einer veränderten Arbeitswelt als Arbeitnehmervertretung „anschlussfähig“ zu bleiben. Unter diesen Veränderungen lassen sich fünf Grundtendenzen ausmachen:

1. Die **Globalisierung** führt zu wachsender internationaler Standortkonkurrenz. Die Staaten verlieren an Steuerungsfunktion, Entscheidungsstrukturen werden immer mehr auf europäische und internationale Ebene verlagert. Damit wird Druck auf das Lohnniveau und auf sozial- und umweltrechtliche Standards ausgeübt. Die erweiterten Kapital-, Waren- und Arbeitsmärkte führen zu höherer Unternehmenskonzentration, zu geringerer Transparenz und Mitsprache und zur tendenziellen Verschlechterung von Sozialrechten. Die Tarifverhandlungen und die politische Mitwirkung der Sozialpartner auf europäischer Ebene sind noch völlig unterentwickelt.



2. Die **ökologischen Kosten und die Verknappung der Ressourcen** machen den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft immer dringender. Wie kann die globale, kapitalistische Marktwirtschaft umweltverträglich oder gar nachhaltig werden? Noch wird das ökologische Umsteuern eher als moralische Forderung denn als gangbarer Weg gesehen, noch steht der technische Umweltschutz zu stark im Vordergrund, zu Lasten der notwendigen grundsätzlichen Strukturreformen. Die Globalisierung forciert das Wachstum und erhöht die ökologischen Kosten.
3. Der **Umbau des Sozialstaates** wird aufgrund der wachsenden Überalterung und der gefährdeten Finanzierbarkeit der bisherigen Modelle von sozialen Sicherungssystemen auch aus Arbeitnehmersicht unumgänglich. Vorgeschlagen wird ein garantiertes Mindesteinkommen, das allen Bürgern Freiheit von Armut und Not sichern soll. Mehr individuelle Verantwortung und Vorsorge ist gefordert, ebenso wie neue, bedarfsgerechtere Regelungen von Arbeits- und Lebenszeiten. Der moderne Sozialstaats soll auch in Zukunft umfassende Daseinsvorsorge und Chancengleichheit gewährleisten.
4. Die **Individualisierung**, auch definiert als „Entsolidarisierung“ der modernen Konsumgesellschaft, drängt die in langen Arbeitskämpfen gewachsene Solidargemeinschaft in den Hintergrund. Wie andere soziale Gruppen versuchen Arbeitnehmer, ihr privates Lebensprojekt nach eigenen Konsummodellen zu verwirklichen. Die kollektive Interessenvertretung wird dabei als weniger dringlich betrachtet. Dazu gesellen sich wachsende Probleme, Familie, Beruf und Freizeit zu vereinbaren und den Berufsstress zu verarbeiten. Umstrukturierung erschwert die betriebliche Mitbestimmung; so ergeben sich weniger Bezugspunkte für eine solidarische Politik.
5. Die **Flexibilisierung** der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse führt zu einem wachsenden Anteil „prekärer Arbeitsverhältnisse“. Die „atypisch Beschäftigten“ sind gewerkschaftlich weit schwieriger zu organisieren, ihre Interessen divergieren und können noch nicht ausreichend gebündelt werden. Die Industriegesellschaft entwickelt sich von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft und zudem zur Informationsgesellschaft. Das Wirtschaftswachstum allein kann Vollbe-

schäftigung nicht mehr herstellen, weil die arbeitssparenden Produktivitätsgewinne die Wachstumsrate übersteigen. Die Sockelarbeitslosigkeit konditioniert dauerhaft die Lohnforderungen.

Wie reagieren die Gewerkschaften auf diesen Wandel? Für sie gibt es auch in Zukunft genug zu tun, weil sich die Grundanliegen der Arbeitnehmer nicht von selbst ergeben: angemessene Entlohnung, geringere Arbeitsbelastung und ein sinnvolles Arbeiten. Heute tun sich Gewerkschaften mit ihrem Angebot entlang der „Produktlinien“ Einkommensgerechtigkeit, soziale Sicherheit, Schutz am Arbeitsplatz und betriebliche Mitbestimmung zwar schwerer, weil die Interessen viel bunter aufgefächert sind als einst. Aber wenn sie sich den Veränderungen stellen, indem sie die Betroffenen zusammenführen und kreative Lösungen wagen, werden sie neue Unterstützung erfahren. Die gestiegene individuelle Wahlfreiheit muss nicht Vereinzelung und Egoismus bedeuten, wenn neue Gemeinsamkeiten erfahrbar werden und Solidarität konkret erlebt wird. Gewerkschaftliche Organisation im 21. Jahrhundert wird sich an folgenden Ansatzpunkten orientieren:

- **Öffnung**

Die Gewerkschaft muss den Dialog mit den noch nicht organisierten Menschen führen, ihre Strukturen für alle öffnen und für mehr Beteiligung aller Betroffenen sorgen.

- **Image**

Die meisten Arbeitnehmer zweifeln nicht daran, dass sich die Gewerkschaften für wichtige Ziele einsetzen, doch fehlt es an der zeitgemäßen Vermittlung dieser Werte. Es gilt, ein wichtiges Kommunikationsproblem zu lösen.

- **Partizipation**

In den Betrieben und an den Arbeitsplätzen muss mehr Mitsprache durchgesetzt werden, um Solidarität täglich erfahrbar zu machen. Heutiger Unternehmensphilosophie von Qualitätsproduktion und projekt- und kundenorientierten Arbeitsformen entspricht die Stärkung von Teilhabe und Mitverantwortung, was wiederum die Mitarbeiter motiviert.

- **Service**

Die wichtigste Ressource der Gewerkschaft ist der Mensch als Mitglied, Mitarbeiter oder Aktivist. Eine breite Palette von Dienstleistungen, mehr



gewerkschaftliche Bildungsarbeit, moderne Kommunikation, transparente Information kommt dem entgegen. Professionalität ist in diesem Bereich der entscheidende Maßstab.

- **Innovation**

Gewerkschaften und ihre Einrichtungen können zu „Zentren für soziale Innovation“ werden, die Ideen und Konzepte zur Neugestaltung der Arbeitswelt und Arbeitsgesellschaft in konkrete Politik umformen. Gewerkschaften müssen Motoren eines neuen Verständnisses von Arbeits- und Lebensqualität sein.

- **Kooperation**

In einer Zeit der Fusionen und steigenden Macht der Unternehmensverbände können sich Gewerkschaften keine Verzettelung nach überholten Trennlinien leisten. Auf allen Ebenen und transnational muss eine organische Aktionseinheit um die wesentlichen gewerkschaftlichen Ziele geschaffen werden.

- **Organisationskultur**

Wie Parteien, Kirchen, Sport-, Kultur- und Brauchtumsvereine haben Gewerkschaften eine Organisationskultur, also innere Regeln, Werte und das Bild nach außen. Weil die Lebensstile und Erwartungen an die Interessenvertretungen vielfältiger geworden sind, müssen Gewerkschaften darauf eingehen.

- **Vision**

Gewerkschaften müssen neue Leitbilder menschengerechten Arbeitens und Teilens entwickeln und konkrete Antworten auf politische und soziale Entwicklungen der Gegenwart finden und sie allen Arbeitnehmer verständlich machen.

- **Aktion**

Werden Gewerkschaften zu stark in Institutionen eingebunden, verlieren sie ihre Fähigkeit zum sozialen Widerstand. Neue Formen der Aktion entwickeln die Mitverantwortung im sozialen Dialog, aber auch die Mobilisierungsbereitschaft der Basis und die Fähigkeit zur „sozialen Gegenmacht“.

Gewerkschaftliche Stärke wird auch in Zukunft nicht zuletzt daran gemessen werden, inwiefern es gelingt, die Anliegen der Mitglieder aufzunehmen und sachverständig weiterzuverfolgen. Gewerkschaften haben diese Fähigkeit schon oft unter Beweis gestellt und müssen das stets aufs Neue tun. Sie müssen den gesellschaftlichen Wandel organisa-



torisch bewältigen, wenn sie nicht Einfluss, Macht, Ansehen verlieren wollen. Die Geschichte der Gewerkschaften ist eine Geschichte der permanenten Reform. Neben Bewahrendem konnten die Gewerkschaften immer wieder auf die aktuellen Umwälzungen reagieren und Neues hervorbringen. Heute geht es darum, dem technologisch und marktmäßig bedingten schnellen Wandel neue demokratische, soziale und ökologische Standards abzurufen. Es geht im Kern darum, die Einsicht zu vermitteln, dass die Durchsetzung auch individueller Interessen der kollektiven Organisation bedarf. Wie kann Solidarität erzeugt und lebendig gehalten werden? Davon hängt es ab, ob die Gesellschaft aus der aktuellen Umbruchphase nicht kälter und ungerechter, sondern ein Stück menschlicher hervorgeht.

## 5.7 Die Gewerkschaften in Südtirol: auf zu neuen Ufern?

*Wenn einerseits die Entgrenzung der Kapital- und Warenströme und das Zusammenwachsen der europäischen Märkte mehr internationale Gewerkschaftskooperation verlangen, ist andererseits die Region als Regulierungsraum in Wirtschaft und Politik auch zunehmend von Bedeutung, umso mehr in einer Region mit stark ausgebauter Autonomie und finanzpolitischem Spielraum. Wie reagieren die Südtiroler Gewerkschaften auf den Umbruch in Wirtschaft und Gesellschaft, wohin bewegen sich diese - zusammen mit dem KVW - mitgliederstärksten Verbände sozialer Interessenvertretung?*

Staatliche und soziale Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer greifen heute vor allem auf nationaler Ebene: zum einen im Arbeitsrecht, zum anderen in der Tarifautonomie, eingebettet in ein komplexes staatliches Institutionensystem. Daraus ergab sich in Italien auch in den Gewerkschaften eine Tendenz zur Zentralisierung der Organisation und der Entscheidungen.

Auf regionaler Ebene sind Gewerkschaften in Italien noch nicht so einflussreich und institutionell abgesichert. Regionale Kompetenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik haben eine noch junge Tradition, mit Ausnahme der Regionen mit Sonderstatut. Doch in Südtirol war die Entwicklung der Gewerkschaften im vergangenen Jahrhundert zeitweise unterbrochen und später länger von ethnischen Konfliktlinien überlagert. Andere politische Eigenheiten und Wirtschaftsstrukturen haben die Organisierung von Arbeitnehmerinteressen erschwert. Neue Entwicklungen drängen. So ist die Südtiroler Gewerkschaftsrealität heute mit offenen Problemen konfrontiert:

1. Gemessen an ihrer Mitgliederzahl haben die Gewerkschaften in Südtirol eine noch beschränkte Verbandsmacht im Rahmen der industriellen Beziehungen und einen zu geringen Einfluss auf die Politik.
2. Der ethnische Konflikt wirkt sich noch nachteilig auf die Einheitlichkeit der Interessenorganisation aus. Zwar ist im vergangenen Jahrzehnt die ethnische Konfliktualität in den Hintergrund getreten (vgl. Social Survey 1997), aber eine echte „Aktionseinheit“ wie jene auf Unternehmerseite steht noch aus.
3. Die Arbeitnehmer haben in Südtirol - mit Ausnahme des AFI-IPL (vgl. *Das Stichwort*) - im Unterschied zur österreichischen Realität keine öffentlich-rechtlichen Vertretungsinstanzen. Der Soziale Dialog ist nicht gesetzlich verankert.
4. Betriebliche Interessenvertretungen sind nur in einer Minderheit der Unternehmen mit mehr als

### *Das Stichwort: Das Arbeitsförderungsinstitut*

Als Gegenstück zu den Einrichtungen der öffentlich geförderten Handelskammer wünschten die Südtiroler Gewerkschaften die Schaffung eines Instituts für die arbeitnehmerorientierte Bildungs- und Forschungsarbeit. Das AFI/IPL ist 1992 mit Landesgesetz gegründet worden und hat 1995 seine Tätigkeit aufgenommen.

**Hauptaufgabe** des AFI/IPL ist die Verbesserung der beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer/innen durch Initiativen in den Bereichen Bildung, Forschung und Information. Das AFI/IPL wird zum Großteil durch Landesbeiträge finanziert.

**Verwaltet** wird das AFI/IPL durch den Institutsrat und den Institutsausschuß. Im Institutsrat sind 22 Vertreter der Gewerkschaften und großen Sozialverbände des Landes sowie der Landesverwaltung tätig, im Ausschuß deren 8.

Das AFI/IPL verfügt über einen gut eingerichteten Kursraum und eine öffentlich zugängliche Fachbibliothek zu den Themen Arbeit, Soziales und Gewerkschaftspolitik. Das AFI/IPL führt laufend Forschungsprojekte durch und baut eine Dokumentationsstelle für industrielle Beziehungen auf. Es gibt eine eigene **Halbjahreszeitschrift** mit dem Titel „Dimensione Lavoro - Dimension Arbeit“ heraus und weitere Publikationen. An Hochschüler vergibt das AFI/IPL **Forschungsprämien**. Vor kurzem ist eine eigene Stelle für „soziale Innovation“ (SIC) entstanden. Das AFI/IPL hat ein **Jahresbudget** von rund 550 Millionen Lire (ausschließlich Gehälter der Mitarbeiter, die direkt vom Land gezahlt werden) und einen Mitarbeiterstab von derzeit acht Personen.

Weitere Infos unter: [www.afi-ipl.org](http://www.afi-ipl.org)

15 Beschäftigten präsent. Ein Betriebsverfassungsgesetz, das Betriebsräte überall zur Pflicht macht, gibt es in Italien nicht. Immer noch erschwert der Widerstand seitens der Unterneh-

mer vor allem in kleineren Betrieben die gewerkschaftliche Organisation.

Demgegenüber können die Südtiroler Gewerkschaften auch auf zahlreiche Erfolge und Errungenschaften verweisen:

- den stetigen Ausbau der Mitgliederbasis
- den Aufbau einer qualifizierten Arbeiterschaft
- die Einbindung in zahlreiche öffentliche Institutionen
- die Vertretung in verschiedenen bilateralen Körperschaften
- ein flächendeckendes Netz effizienter Dienstleistungen
- wachsende Bedeutung bei Kollektivverhandlungen auf Landesebene.
- eine Sozialpolitik, die auf Arbeitnehmerinteressen konkret eingeht.

Die offenen Probleme und der rasche Wandel in der Wirtschaft und Gesellschaft Südtirols stellt die Gewerkschaften vor neue Herausforderungen mit folgenden Prioritäten:

### 1. Eine Gewerkschaft der Mitglieder, Mitdenker und Mitlenker

Die Menschen in neuen Berufen und Branchen wer-

den durch spezielle Angebote angesprochen. Gewerkschaftsvertreter im Betrieb sind die wichtigsten Dialogpartner, um den Sinn der Gewerkschaftsmitgliedschaft erfahrbar werden zu lassen. Neue Formen der Beteiligung aktivieren das kreative Potential der Mitgliederbasis. Die Organisationskultur geht mit der Zeit.

### 2. In Institutionen mitentscheiden

Durch Geschlossenheit, Sachverstand und kluge Strategie erreicht die Gewerkschaft mehr Mitwirkung bei sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

Der soziale Dialog in tripartistischer Form muss gesetzlich verankert werden. Durch Einbindung in die Institutionen werden neue Ressourcen erschlossen und rationale Konfliktlösung ermöglicht. Diese Einbindung darf nicht zu Lasten der Mobilisierungsbereitschaft gehen.

### 3. Die betriebliche Mitsprache ausbauen

Das Instrument der EGV funktioniert und kann auf zahlreiche Unternehmen ausgedehnt werden. Für Klein- und Mittelbetriebe können neue überbetriebliche Formen gefunden werden. Intensive Weiterbildung muss die Qualität der Arbeitnehmervertretung im Betrieb heben.



#### 4. Mehr Tarifautonomie auf Landesebene schaffen

In einzelnen Branchen werden Kollektivverhandlungen bereits wesentlich vor Ort geführt; bei weiteren in Südtirol sehr ausgeprägten Wirtschaftsbranchen ist mehr Autonomie im Rahmen der gesamtstaatlichen Verhandlungen für die betriebliche bzw. regionale Ebene nötig, wodurch die Bedeutung der Gewerkschaften für die Südtiroler Arbeitnehmer allgemein spürbarer wird. Deshalb müssen die Nationalen Kollektivverträge dafür mehr Spielraum schaffen.

#### 5. Gewerkschaftliche Ziele besser transportieren

In der Informationsgesellschaft zählt, was medial gut „verkauft“ wird. Aufmerksamkeit erfährt, wer mit Phantasie und Können seine Ziele, seine Arbeit und Erfolge einem breiten Publikum vermitteln kann. Die Anliegen der gemeinsamen Interessenvertretung werden allen Betroffenen besser zu Bewußtsein gebracht. Gewerkschaft funktioniert auch per Internet.

#### 6. Gewerkschaftseinheit herstellen

Die Südtiroler Gesellschaft erlebt immer wieder die übermäßige Macht der mächtigen Wirtschafts-

verbände. Durch Geschlossenheit und Aktionseinheit wird die Macht der eigenen fast 100.000 Mitglieder in die Waagschale geworfen. Dadurch erhält die Mitgliedschaft neuen Auftrieb.

Südtirols Gewerkschaften brauchen im zusammenwachsenden Europa beides: die Anbindung an die nationale und internationale Gewerkschaftsbewegung und die Verwurzelung in der regionalen Identität; die Öffnung hin zu allen modernen Tendenzen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung und die Schaffung spezifisch regionaler Arbeits- und Organisationsmodelle. Gewerkschaftliche Grundziele sind auch in Südtirol gültig: soziale Sicherheit und Chancengleichheit, gerechte Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg, Herausbildung einer neuen ökologischen Qualität des Arbeitens. Wenn Einsicht in die Notwendigkeit kollektiver Interessenvertretung und Solidarität immer wieder erzeugt werden muss, bedarf es einer entsprechenden Organisationskultur. Auch in Südtirol bleibt für Gewerkschaften genug zu tun.



## Quellen und weiterführende Literatur:

- ASTAT, Statistisches Jahrbuch für Südtirol 1999, Bozen 1999  
ASTAT, Sozialporträt Südtirol 1998, Bozen 1999  
ASTAT, Südtirol in Zahlen 1999, Bozen 1999  
ASTAT, Sozialer Survey 1986, Meinungen, Werte und Lebensformen in Südtirol, Bozen 1988  
ASTAT, Social Survey 1997, Arbeitswerte und wirtsch.-sozialer Wandel in Südtirol, Bozen 2000  
ASTAT, Sozialprodukt und Wirtschaftsentwicklung in Südtirol 1980-1997, Bozen 2000  
ASTAT, Berufspendlerströme und Arbeitsmarkträume in Südtirol, Bozen 1995  
ASTAT, Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in Südtirol bis 2020, Bozen 1998  
ASTAT, Haushaltsvorausrechnung für Südtirol bis 2010, Bozen 1999  
ASTAT, Wanderungsbewegungen in Südtirol, 1992-1994, Bozen 1996  
ASTAT, Die Einstellung der Südtiroler zur Arbeit, Ergebnisse der Sozialstudie 1997  
ASTAT-Information 1999, Nr. 17, Erwerbstätigkeit in Südtirol im europäischen Vergleich - 96-98  
ASTAT-Information, Nr. 32, Die Öffentlich Bediensteten in Südtirol, 1995-1997, Dezember 1998  
ASTAT-Information 1998, Nr. 19, Die Einstellung der Südtiroler zur Arbeit, Oktober 1997  
ASTAT-Information 1999, Nr. 21, Ausländer in Südtirol 1998  
ASTAT-Information 1999, Südtirols Außenhandel 1998  
ASTAT, Verschiedene Pressemitteilungen 1999 und 2000  
ASTAT/AFI-IPL, Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000
- AFI-IPL, Das Bildungsleitbild des Arbeiterförderungsinstituts, Dok. 2, Bozen 1996  
AFI-IPL, Funktionale Einkommensverteilung und Entwicklung der Lohneinkommen in Südtirol 1980-1993, Dok. 5, Bozen 1997  
AFI-IPL, Die Einheitlichen Gewerkschaftsvertretungen in Südtirol, Dok. 6, Bozen 1997  
AFI-IPL, Gesamtstaatliche Betriebsverhandlungen in Südtirol, Dok. 7, Bozen 1997  
AFI-IPL, Preise, Wohnungsmarkt und Wohnbaupolitik in Südtirol, Dok. 8, Bozen 1997  
AFI-IPL, Inflation und Kaufkraft in Südtirol, Dok. 9, Bozen 1998  
AFI-IPL, Ergebnisprämien in den Südtiroler Unternehmen, Dok. 10, Bozen, 1998  
AFI-IPL, Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Ländern, Dok. 11, Bozen 1999  
AFI-IPL, Industriestandort Südtirol, Dok. 13, Bozen 1999  
AFI-IPL, Wohnungsmarkt und Wohnbaupolitik in Südtirol, Dok. 14, Bozen 1999
- AFI-IPL, Kollektivverhandlungen im Tourismus, Dok. 15, Bozen 2000
- AFI-IPL, Stefano Fidenti, Die Finanzen und der Haushalt der Autonomen Provinz Bozen, 1998  
AFI-IPL, Arno Teutsch, Schritte zum ökologischen Wohlstand, Bozen 1998  
AFI-IPL, Helmuth Renzler/Arthur Pernstich, Die italienische Rentenreform, Bozen 1998  
AFI-IPL, I nuovi criteri per il sostegno dell'economia in applicazione della L.P. n.4/1997, internes Arbeitspapier, Bozen, Juni 2000  
AFI-IPL, Walther Andraeus, Die Rechte der ArbeitnehmerInnen, Arbeits- und sozialrechtlicher Ratgeber für Südtirol, Bozen 2000  
AFI-IPL, Dimension Arbeit, Halbjahreszeitschrift des AFI, versch. Ausgaben 1998-2000
- WIFO, Die Wirtschaft Südtirols - Struktur und Besonderheiten, Gedankenunterlage, Bozen 1995  
WIFO, Südtirols Arbeitsmarkt, Charakteristika und internationaler Vergleich, Bozen 1995  
WIFO, Langzeitarbeitslosigkeit in Südtirol, Bozen 1997  
WIFO, Direkte und indirekte Steuerbelastung, Mai 1995  
WIFO, Steueraufkommen und öffentliche Ausgaben in Südtirol, Bozen 1994

- WIFO, Lohnkosten in Südtirol, Bozen 1997  
 WIFO, Wirtschaftsstandort Südtirol aus Sicht der Unternehmer, Bozen 1997  
 WIFO, Innovation in Südtirol, Bozen 1998  
 WIFO, Struktur der Südtiroler Industrie, Mitteilungen 1999/4  
 WIFO, Das Lehrlingswesen in Südtirol und Tirol, Bozen 1998  
 WIFO, Die Bildungsbilanz Südtirols, Bozen 1997  
 WIFO, Südtirol auf dem Weg in die Zukunft, Bozen 1999
- Aut. Provinz Bozen, Abteilung Arbeit, Arbeitsmarktbericht 1998, Bozen 1999  
 Aut. Provinz Bozen, Abt. Gesundheitswesen, Landesgesundheitsbericht 1998, Bozen 1999  
 Aut. Provinz Bozen, Abt. Gesundheitswesen, 10 Jahre Gesundheitswesen - Indikatoren, B 1999  
 Aut. Provinz Bozen, Abteilung Sozialwesen, Sozialbericht 1998, Bozen 1999  
 Aut. Provinz Bozen, Amt für Arbeitsmarkt (Thomas Benedikter), Die eingetragenen Arbeitsuchenden in Südtirol (interner Bericht), Bozen 1990  
 Aut. Provinz Bozen, Abteilung Industrie, Industrieplan, Bozen 1998  
 Aut. Provinz Bozen, Südtirol Leitbild 2000, Bozen 1992  
 Aut. Provinz Bozen, Martin Larch, Wirtschaftspolitik in Südtirol - Eine Bewertung, Bozen 1995  
 Aut. Provinz Bozen (Abt. Arbeit), Erika Pircher/ Barbara Burgstaller, Viel Arbeit ist noch kein Beruf, Salzburg 1991  
 Aut. Provinz Bozen (Landesbeirat für Chancengleichheit zwischen Mann und Frau), Erika Pircher/Elfriede Christine Neubauer, Die Zeit ist ein Tyrann, Salzburg 1995  
 Aut. Provinz Bozen, Assessorat für Gesundheit und Sozialwesen, Armut in Südtirol, Bozen 1998  
 Aut. Povernz Bozen, Erläuternde Bemerkungen zur allgemeinen Rechnungslegung 1998, Bozen 2000
- Arbeiterkammer Tirol, Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 1998, 1999 und 2000, Innsbruck
  - ASGB, Das ASGB-Haus - Heimstatt für die Südtiroler Arbeiterschaft, Bozen 1998
  - Thomas Benedikter, Die Finanzierung der Regionen mit Sonderstatut (übersetzt als internes Dokument vom Wirtschaftsausschuss der SVP), Bozen/Trient 1987
  - Gerhard Bosch (Hg.), Die Zukunft der Erwerbsarbeit, Frankfurt 1998
  - Heinrich Brugger, Erica Fassa, Martha Fischer, Michaela Schalk, Wirtschafts- und Gemeinschaftskunde, Band 2, Hg. Päd. Institut, Bozen 1998
  - Bund der Genossenschaften, Nie nirgends daheim, Vom Leben der Arbeiter und -Arbeiterinnen in Südtirol, Bozen 1991
  - CEDOCS Weiterbildungszentrum, Nora Lonardi/Adel Jabbar, Die Integration ausländischer Bürger und ihrer Familien in die Südtirol Gesellschaft, Bozen März 2000
  - Deutscher Bundestag, Enquête-Kommission, Konzept Nachhaltigkeit, Bonn 1997
  - Döring/Nullmeier/Pioch/Vobruba, Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, Marburg 1995
  - ECOLNET, Arno Teutsch, Die Krise als Chance, Sondernummer Imago, Bozen 2000
  - ETUI (Europ. Gewerkschaftsinstitut), European Trade Union Yearbook 1998, Brüssel 1999
  - Matthew Fox, Revolution der Arbeit, Kösel Verlag 1996
  - L. Frey/G. Croce/T. Tagliaferri, Mercati del lavoro e politiche del Lavoro in Alto Adige, Quaderni di Economia del lavoro n. 63, 1999
  - Karlheinz A. Geißler, Zeit leben, Weinheim 1993
  - Orio Giarini/Patrick Liedtke, Wie wir arbeiten werden, Hamburg 1997
  - IGR Zentralalpen (Thomas Benedikter), Die Arbeitsmarktpolitik in den Zentralalpen, Bozen 1999
  - IGR Zentralalpen (Thomas Benedikter, Hg.), Der Soziale Dialog in den Zentralalpen, Bozen 2000
  - Wolfgang Klauer, Ohne Fleiß kein Preis - Die Arbeitswelt der Zukunft, Zürich 1990
  - KVV, Menschen miteinander unterwegs, Jubiläumsheft 1948-1998, Bozen 1998
  - Pixner, Albin, Industrie in Südtirol, Innsbrucker Geografische Studien, Innsbruck 1983
  - E.A. Rauter, Wofür arbeiten wir eigentlich?, Hamburg 1988
  - Jürgen Ritsert, Gerechtigkeit und Gleichheit, München 1997
  - Südtiroler Landtag, Protokoll der Haushaltsdebatte im Landtag im Dezember 1999, Bozen 1999

## Verzeichnis der Tabellen und Grafiken

(zwecks Vereinfachung tragen sämtliche Tabellen und Grafiken das Kürzel Tab.)

### 1. Die Bevölkerung

Tab. 1 - Die Bevölkerungsentwicklung in Südtirol - 1970 bis 2020	11
Tab. 2 - Die Geburtenrate - Internationaler Vergleich - 1996	12
Tab. 3 - Die Bevölkerungsentwicklung nach großen Altersklassen - 2000-2010	13
Tab. 4 - Lehrlinge und Vollzeitkurse - 1991-1996	13
Tab. 5 - Die Wohnbevölkerung nach Altersklassen - Interregionaler Vergleich - 1997	14
Tab. 6 - Die Entwicklung der Haushalte nach Anzahl der Mitglieder - 1971-1997	15
Tab. 7 - Haushalte nach Haushaltstyp - Internationaler Vergleich 1990/91	16
Tab. 8 - Ansässige Ausländer nach Herkunftsregion - 1997	17
Tab. 9 - Beschäftigte Nicht-EU-Bürger nach Geschlecht - 1996-1999	18
Tab. 10 - Nicht-EU-Bürger nach Sektoren und Art des Arbeitsvertrags - 1997	18

### 2. Die Wirtschaft

Tab. 11 - Die Wachstumsrate des BIP Südtirol-Italien 1990-2000	21
Tab. 12 - Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung 1997 - Interregionaler Vergleich	22
Tab. 13 - Bruttoinlandsprodukt je Einwohner - 1997	22
Tab. 14 - Die größten Umweltprobleme in Südtirol - 1996	24
Tab. 15 - Die Verteilung des Bruttoinlandsprodukts 1990-97	25
Tab. 16 - Die Entwicklung der bereinigten Lohnquote 1980-1993	26
Tab. 17 - Einkommen aus unselbständiger Arbeit - 1990-97	27
Tab. 18 - Die durchschnittliche Entlohnung der Arbeitnehmer 1990-1997	28
Tab. 19 - Die Reallohnentwicklung in einigen EU-Ländern 1995-1998	28
Tab. 20 - Durchschnittliche Bruttoentlohnungen nach Sektoren - 1996	28
Tab. 21 - Die Veränderung der Lohnstückkosten 1993-1997	30
Tab. 22 - Die Entwicklung der Produktivität 1980-93	31
Tab. 23 - Die Inflationsrate Bozen-Trient-Italien 1974-1999	32
Tab. 24 - Unterschiede im Preisniveau Bozen-Italien - 1995	33
Tab. 25 - Die Entwicklung der Südtiroler Industrie 1800-1979	35
Tab. 26 - Umsatzanteile nach Absatzgebieten der Industrie 1997	36
Tab. 27 - Die Verteilung der Betriebe nach Innovationstyp 1998	36
Tab. 28 - Beiträge des Landes an die Unternehmen - 1998-2000	38
Tab. 29 - Die Betriebsgrößen in Südtirol - 1996	39
Tab. 30 - Die Einnahmen des Landes 1985-2000	40
Tab. 30a - Zusammensetzung der in fixer Quote überwiesenen Steuern 1998	41
Tab. 31 - Die Einnahmen und Ausgaben des Staates in Südtirol 1990	41
Tab. 32 - Die konsolidierten Ausgaben der Lokalkörperschaften und das BIP - 1994-1997/43	
Tab. 33 - Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung von Land und Gemeinde in Südtirol, Tirol, Trentino - 1998	43
Tab. 34 - Die Ausgaben des Landeshaushaltes 1999-2000, funktionale Gliederung	44
Tab. 35 - Import- und Exportströme nach Herkunfts- und Bestimmungsländern - 1999	45
Tab. 36 - Handelsverkehr mit dem Ausland 1989-98	46
Tab. 37 - In und von Südtirol getätigte Investitionen 1998	47
Tab. 38 - Die Einkommensverteilung in Südtirol - 1998	48
Tab. 39 - Das persönliche Einkommen nach Erwerbsstellung und Sektor - 1998	48
Tab. 40 - Die Einkommensverteilung nach der Stellung im Beruf - 1998	49
Tab. 41 - Die Geldanlage der Haushalte nach Einkommensklassen - 1999	50
Tab. 42 - Gebäudebesitz der Haushalte - 1999	51
Tab. 43 - Wohnkostenbelastung nach Einkommensklassen - 1998	52

### 3. Der Arbeitsmarkt

Tab. 44 - Erwerbspersonen nach Geschlecht - 1994 bis 1999	55
Tab. 45 - Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereich und Geschlecht - 1999	56
Tab. 46 - Indikatoren zum Erwerbsleben, regionaler Vergleich - 1998	56
Tab. 47 - Arbeitslosenquoten nach Geschlecht - 1995-99	58

Tab. 48 - Arbeitslosigkeit, regionaler Vergleich - 1998	58
Tab. 49 - Frauenbeschäftigung nach Sektoren und Stellung im Beruf - 1997	60
Tab. 50 - Frauen und Lehrberufe - 1991	61
Tab. 51 - Tagespendlerströme	62
Tab. 52 - Tagespendler zwischen statistischen Bezirken - 1991	63
Tab. 53 - Zeitaufwand für den Weg vom und zum Arbeitsplatz - 1991	63
Tab. 54 - Wanderungsbewegungen von und nach Südtirol - 1991-1995	64
Tab. 55 - Erwerbstätige nach Sektoren, Stellung im Beruf und effektiver Arbeitszeit - 1997	65
Tab. 56 - Effektive Arbeitszeit nach Großsektoren, Stellung im Beruf und Geschlecht - 1997	66
Tab. 57 - Teilzeitbeschäftigte nach Begründung und Geschlecht - 1997	66
Tab. 58 - Wünsche nach mehr oder weniger Zeit für verschiedene Lebensbereiche - 1997	67
Tab. 59 - Öffentlich Bedienstete nach Körperschaften - 1993-1997	68
Tab. 60 - Atypische Arbeitsverhältnisse in Südtirol - Juli 2000	69
Tab. 61 - Erwerbstätige nach Tätigkeitsgruppen 1985 und 2010	70
Tab. 62 - Erwerbstätige nach Anforderungsprofilen der Tätigkeiten 1985 und 2010	70
Tab. 63 - Wohnbevölkerung in beruflicher Stellung nach Berufen - 1991	71
Tab. 64 - Berufs- und Betriebsverbundenheit Südtirol/Italien - 1997	73
Tab. 65 - Wünsche nach mehr Zeit für verschiedene Lebensbereiche in Italien, Südtirol und Österreich - 1997	74
Tab. 66 - Präferenzen für unterschiedliche Formen der Beschäftigung in Italien, Südtirol und Österreich 1997	74

#### 4. Soziales

Tab. 67 - Haushalte nach Monatseinkommensklassen - 1998	81
Tab. 68 - Durchschnittliches Jahreseinkommen aus der Haupttätigkeit nach beruflicher Stellung - 1998	82
Tab. 69 - Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen in Südtirol 1988-2000	84
Tab. 70 - Erklärter Gesundheitszustand, internationaler Vergleich - 1994	85
Tab. 71 - Entwicklung der Arbeitsunfälle und berufsbedingten Krankheiten - 1990-99	85
Tab. 72 - Die Sozialausgaben des Landes 1994-1998	87
Tab. 73 - Ausgaben der Tätigkeitsbereiche des Sozialwesens - 1998	88
Tab. 74 - Anzahl der Altersheimgäste nach Pflegebedarf - 1995-1998	88
Tab. 75 - Die in Südtirol ausgezahlten Renten 1997	90
Tab. 76 - Renten nach Art der Rente - 1998	91
Tab. 77 - Entwicklung der Rentenzahlungen 1993-2000	91
Tab. 78 - Ständig bewohnte Wohnungen - 1961-91	93
Tab. 79 - Wohnraumversorgung international - 1991	94
Tab. 80 - Nicht ständig bewohnte Wohnungen - 1961-1991	94
Tab. 81 - Die wichtigsten Wohnungsprobleme - 1997	95
Tab. 82 - Durchschnittliche Wohnkosten - 1998	96
Tab. 83 - Indikatoren für Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt - 1998	97
Tab. 84 - Indikatoren des Wohnungsmarktes - 1998	97
Tab. 85 - Die Bevölkerung nach Altersklassen und Bildungsgrad - 1997	98
Tab. 86 - Lehrverträge 1995-1999	100
Tab. 87 - Bevölkerung nach Bildungsgrad - Interregionaler Vergleich - 1991	100
Tab. 88 - Stipendien für Ober- und Hochschul学生 nach sozialen Gruppen 1994-1999	101
Tab. 89 - Einkommensverteilung nach Studiengrad - 1998	103

#### 5. Die Gewerkschaften

Tab. 90 - Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in der EU - 1985-1995	107
Tab. 91 - Mitgliederstand der Gewerkschaftsbünde Südtirols Ende 1999	110
Tab. 92 - Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaftsbünde in Südtirol - 1993-1999	110
Tab. 93 - Von den Patronaten betreute Personen 1999	113
Tab. 94 - Mitgliedschaft in Vereinen und Parteien nach Bildungsgrad - 1997	116

Fotonachweis: S. 105, 119, 124: CGIL, Il lavoro della confederazione (Bilder zur Geschichte der Gewerkschaft und Arbeiterbewegung 1906-1986, Mailand 1988 • S. 123: Bund der Genossenschaften, Nie nirgends daheim, Bozen 1991 • S. 109: ASGB, Das ASGB-Haus - Heimstatt für die Südtiroler Arbeiterschaft, Bozen 1998 • S. 79, 114: Hanna Battisti, Kaltern, Privatarchiv. • S. 9, 19, 29, 34, 53, 57: Arbeiterkammer Tirol, Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2000. • S. 37, 86, 89, 94, 102, 111, 121: Südt. Landesregierung, Das Land Südtirol, Sonderheft zur Nr. 8-9/1998 • Umschlag: Fotos von Hanna Battisti, KVW, Arbeiterkammer Tirol